

Telefon 16-24823  
16-24056  
Telefax 16-26683

**Referat für Stadtplanung  
und Bauordnung**  
Stadtentwicklungsplanung  
PLAN HA I/21

**PERSPEKTIVE MÜNCHEN**  
**Bericht zur Stadtentwicklung 2003**

- A Aktuelle Trends in der Stadtentwicklung**
- B Leitlinien der Stadtentwicklung**
- C Evaluierung – Umsetzung der Leitlinien durch Leitprojekte**

**Anlagen:**

1. Niederschrift über die 26.Sitzung des Naturschutzbeirates der Landeshauptstadt München (TOP 4) vom 07.07.2003
2. Schreiben des Kreisverwaltungsreferates vom 31.03.2003
3. Leitlinie: Sicherung des Freizeitwertes der Stadt München (Langfassung)
4. Leitlinie: Neue Medien (Langfassung)
5. Leitlinie: Kultur in München (Langfassung)
6. Erläuterungen zu Kapitel C.II: „Zukunft der Arbeit in München“  
- zu Kap. C.II.3.2: „Gender Mainstreaming – Maßnahmen der LH München im Bereich der sozialen Infrastruktur“ und „Ausbildung und berufliche Weiterbildung“
7. Auszug aus dem Beschluss der Vollversammlung vom 21.03.2001 zu „PERSPEKTIVE MÜNCHEN – Leitlinie Ökologie“
8. Leporello „Die PERSPEKTIVE MÜNCHEN ist Ausdruck einer neuen Planungskultur – Die Münchner Stadtentwicklungskonzeption“

**Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung**  
**vom 24.03.2004 (VB)**  
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis:	Seite
<b>I. Vortrag der Referentin.....</b>	<b>3</b>
Anlass und Überblick über den Bericht zur Stadtentwicklung 2003.....	3
I. Vortrag der Referentin.....	3
A Aktuelle Trends in der Stadtentwicklung.....	9
A.I Generelle Rahmenbedingungen, Entwicklungstrends und neue Herausforderungen für die Stadt.....	9
A.I.1 Bevölkerungsentwicklung.....	9
A.I.2 Wirtschaftliche Entwicklung.....	10
A.I.3 Soziale Entwicklung.....	14
A.I.4 Europäische Integration.....	16
A.I.5 Regionale Kooperation.....	18
A.I.6 Räumliche Entwicklung.....	19
A.I.7 Mobilität in München.....	21
A.I.8 Ökologische Entwicklung.....	22
A.II Schwerpunktthema: Folgen des soziodemografischen Wandels und Herausforderungen für die Stadtentwicklung.....	25
A.II.1 Demografische und sozialstrukturelle Trends in Deutschland und München .....	25
A.II.2 Folgen, Herausforderungen und Handlungsfelder für die Stadtentwicklung.....	39
A.II.3 Zusammenfassung zentraler Handlungsbereiche der Stadtentwicklung.....	58
B Leitlinien der Stadtentwicklung.....	62
B.I Leitlinienentwürfe in der öffentlichen Diskussion .....	62
B.I.1 Leitlinie Ökologie.....	62
B.I.2 Leitlinie Sicherung des inneren Friedens.....	64
B.II Die neuen Leitlinien.....	64
B.II.1 Leitlinie: Sicherung des Freizeitwertes der Stadt München.....	64
B.II.2 Leitlinie Neue Medien.....	70
B.II.3 Leitlinie Kultur in München.....	80
C Evaluierung - Umsetzung der Leitlinien durch Leitprojekte.....	88
C.I Stand der Leitprojekte und wichtiger Handlungsprogramme.....	88
C.I.1 Leitprojekt Flächenmanagement.....	88
C.I.2 Konzepte und Projekte für eine qualifizierte Innenentwicklung.....	94
C.I.3 Konzepte und Projekte zur Freiflächensicherung.....	100
C.I.4 Konzepte und Projekte für eine stadtverträgliche Mobilität - Verkehrsentwicklungsplan (VEP) für die Landeshauptstadt München.....	106
C.I.5 Handlungsprogramm „Wohnen in München, III“.....	109
C.I.6 Stadtteilentwicklung.....	111
C.I.7 Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit.....	113
C.II „Zukunft der Arbeit in München“ – Umsetzung der Handlungsempfehlungen .....	117
C.II.1 Zur Arbeitsmarktsituation in München.....	117
C.II.2 Einflussmöglichkeiten der LH München auf die Beschäftigungslage.....	119
C.II.3 Die Handlungsempfehlungen – ihre Relevanz und ihre Umsetzung.....	120
C.III Weiterentwicklung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN – Ausblick auf die nächste Fortschreibung.....	132
<b>II. Antrag der Referentin.....</b>	<b>138</b>
<b>III. Beschluss.....</b>	<b>140</b>

## I. Vortrag der Referentin

Zuständig für die Entscheidung ist die Vollversammlung des Stadtrates gemäß § 4 Nr. 9b der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt München nach Vorberatung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung.

### **Anlass und Überblick über den Bericht zur Stadtentwicklung 2003**

In Weiterentwicklung seiner Vorgänger, der Stadtentwicklungspläne von 1963, 1975 und 1983 ist die erstmals vom Stadtrat am 18.02.1998 beschlossene PERSPEKTIVE MÜNCHEN ein integriertes, offenes Konzept, das die Chancen, Risiken und Entwicklungen Münchens unter sich verändernden Rahmenbedingungen thematisiert und einen flexiblen Orientierungsrahmen für die weiteren Leitlinien und Entwicklungsziele der Landeshauptstadt schafft.

Eingebettet in das gesamtstädtische Zielesystem (vgl. Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 23.07.2003) geben sie einen langfristigen Orientierungsrahmen für die einzelnen Zielebenen der Fachreferate. Die PERSPEKTIVE MÜNCHEN ist damit mehr als frühere Stadtentwicklungspläne umsetzungs- und handlungsorientiert.

Die Prozessorientierung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN schafft die Möglichkeit, schneller und situationsgerechter auf nicht vorhersehbare Entwicklungen zu reagieren, die Bürgerinnen und Bürger intensiver zu beteiligen und die wesentlichen Kooperationspartner und Akteure (Wirtschaftsunternehmen, Verbände, Wissenschaft etc.) mit einzubeziehen.

Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat im o.g. Beschluss vom 18.02.1998 das Planungsreferat beauftragt, „über die Umsetzung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN einen 2-jährlichen „Bericht zur Stadtentwicklung“ vorzulegen und die PERSPEKTIVE MÜNCHEN damit fortzuschreiben“.

Die erste Fortschreibung wurde dem Stadtrat im „Bericht zur Stadtentwicklung 2000“ nach Anhörung der Bezirksausschüsse am 24.07.2001 vorgelegt und stand unter dem Themenschwerpunkt „Arbeiten in der Stadt“. Vorgelegt wurden auch die Entwürfe von neuen Leitlinien zur Ökologie, Kultur, Neue Medien und Innere Sicherheit. Ebenso wurde dem Stadtrat über den Stand und die weitere Entwicklung der Leitprojekte der PERSPEKTIVE MÜNCHEN berichtet.

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 24.07.2001 die fachlich betroffenen Referate beauftragt, für die o.g. neuen Leitlinienentwürfe die Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen und neue Leitlinien zu den Themenbereichen „Freizeit“, „Sport“ und „Bildung“ zu entwickeln. Die Leitprojekte sollten weiter umgesetzt werden.

Außerdem hat der Stadtrat die betroffenen Referate beauftragt, über den Stand der Umsetzung des Gutachtens „Zukunft der Arbeit in München“ zu berichten. Schließlich sollte ein erster Entwurf für Indikatoren zur Messung nachhaltiger Stadtentwicklung vorgelegt werden.

## Veränderte Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung

Die wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Bedingungen, an denen sich Stadtentwicklungsplanung orientieren muss, unterliegen einem ständigen Wandel. Die PERSPEKTIVE MÜNCHEN muss diesen Rahmenbedingungen regelmäßig angepasst werden.

Mit dem Beschluss vom 23.07.2003 zu den „Aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung“ haben wir den Stadtrat bereits über aktuelle Probleme mit denen sich die Städte und die Stadtentwicklung konfrontiert sehen unterrichtet.

Ganz allgemein kann gesagt werden, dass Städte und Stadtregionen zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor großen Herausforderungen stehen, die sie nur mit einer politisch und finanziell starken Selbstverwaltung erfolgreich bewältigen können:

- Die anhaltende Finanzkrise der deutschen Städte und Gemeinden stellt die Landeshauptstadt vor einen zunehmenden Konsolidierungszwang ihres Haushalts in allen Bereichen;
- der demografische Wandel, der verstärkt ab 2015/2020 zu einer deutlichen Alterung der Stadtgesellschaft und zu neuen Anforderungen an die Infrastruktur, das Bildungs- und Ausbildungssystem, die Gesundheitsdienstleistungen, den Städtebau und das Wohnungswesen, die soziale und kulturelle Integration u.a. führen wird;
- die wachsende europäische und globale Städtekonzurrenz um Investitionen, Arbeitsplätze, Einwohner und kreative Potenziale; hinzu kommt, dass durch europäische Rechtsnormen kommunale Handlungsspielräume immer stärker eingeengt werden;
- der wirtschaftlich-technologische Strukturwandel und die Globalisierung führen zu einer beschleunigten Veränderung nicht nur des Arbeitsmarktes, sondern auch des Stadtbaus und zu einer verstärkten Internationalisierung der Immobilienmärkte; Stadtentwicklung wird mehr denn je von Entscheidungen oft weit entfernter Konzernzentralen und von großen privaten Projekten bestimmt. Öffentliche Räume sind dadurch von Entwertung und „Privatisierung“ bedroht;
- die zunehmende Arbeitslosigkeit verstärkt die ohnehin wachsende soziale Polarisierung und Differenzierung der Stadtgesellschaft. Die Sicherung sozialer Kohäsion, ein Konsens über Ziele und Prioritäten der Stadtentwicklung ist unter diesen Bedingungen immer schwerer erreichbar. Stattdessen drohen soziale Desintegration und verstärkte sozialräumliche Disparitäten;
- die (ökonomisch und demografisch notwendige) Zuwanderung verlangt nach zusätzlichen sozialen und kulturellen Integrationsaufgaben der Städte;
- der Wandel im Geschlechterverhältnis verlangt nach Anpassungen auf allen Gebieten im Sinne eines fairen Interessenausgleichs zwischen Frauen und Männern.

Diese Herausforderungen sind allein mit kurzfristigen, reaktiven Strategien der Stadtpolitik nicht zu bewältigen. Die Städte benötigen deshalb langfristig orientierte und integrierte Strategien, um Investitionen fördernde Innovationen zu generieren, Spannungen stadt- und sozialverträglich auszugleichen und bedrohte Qualitäten zu stabilisieren.

Die Grundsätze bzw. Leitlinien der PERSPEKTIVE MÜNCHEN wie etwa die Sicherung von Beschäftigung und wirtschaftlicher Prosperität, die Entwicklung zukunftsfähiger Siedlungsstrukturen, die Verbesserung der Kooperation in der Region oder die Sicherung der Wohnungsversorgung und generell des Sozialen Friedens, bleiben auch unter derzeit schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und angesichts künftiger Herausforderungen weiterhin gültig. Eine grundlegende Neuorientierung der Leitlinien und Strategien der Stadtentwicklung ist nicht erforderlich. Zweifelloos notwendige Anpassungen, z.B. von Instrumenten oder Prioritäten werden laufend im Rahmen der Handlungsprogramme und der Leitprojekte vorgenommen. Hierzu enthält der vorgelegte Bericht in den einzelnen Fachkapiteln die aktuellen Informationen.

Die längerfristig ausgerichteten Leitlinien der Stadtentwicklung benötigen ein hohes Maß an Stabilität und Kontinuität, auch um den privaten und öffentlichen Akteuren der Stadtentwicklung einen verlässlichen Rahmen für ihre zwangsläufig langfristig wirksamen Entscheidungen und Investitionen zu geben. Diese Kontinuität hat sich für München in den letzten Jahrzehnten bewährt und zu einer hohen Qualität der Stadt beigetragen.

Die schwierige kommunale Haushaltsituation erfordert zweifellos in allen Bereichen eine kritische Überprüfung von kommunalen Leistungen und Standards. Gerade in dieser Situation ist es aber wichtig, die langfristig wirksamen, grundlegenden Qualitäten und Chancen der Stadtentwicklung, etwa in der Wohnungsversorgung und bei der sozialen, kulturellen und technischen Infrastruktur zu sichern. Eine nachhaltige Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge dient dabei nicht nur dem Gemeinwohl, sondern fördert durch Investitionen wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung.

Durch die laufende Fortschreibung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN mit ihren differenzierten Umsetzungsstrategien und Handlungskonzepten (z.B. „Wohnen in München III“, „Handlungsprogramm Mittlerer Ring“) sowie eine zeitliche und räumliche Prioritätensetzung kann auf geänderte Rahmenbedingungen flexibel reagiert werden.

### **Überblick über den „Bericht zur Stadtentwicklung 2003“**

Der vorliegende „Bericht zur Stadtentwicklung 2003“ greift die o.g. Auftragslage aus dem Fortschreibungsbeschluss vom 24.07.2001 auf und gibt darüber hinaus wichtige Informationen über aktuelle Trends und Schwerpunktthemen der Münchner Stadtentwicklung. Der Bericht gliedert sich thematisch in 3 Abschnitte A, B und C.

- Im **Teil A** werden in knapper Form **aktuelle Ergebnisse, Trends und Bewertungen** der wichtigsten Entwicklungsbereiche Ökonomie, Soziales, Räumliche Entwicklung, Ökologie sowie regionale und europäische Entwicklung gegeben. Das **Schwerpunktthema** des vorliegenden Berichtes greift die aktuelle Diskussion zu den Trends und **Folgen des soziodemografischen Wandels** auf und benennt die Herausforderungen und Handlungsfelder für die Stadtentwicklung in München.

Die im Beschluss des Stadtrates vom 23.07.2003 angekündigten weiteren Schwerpunktthemen „Konsequenzen der europäischen Integration“ und „Wissenschaftsstandort München“ werden aus Gründen der Übersichtlichkeit in eigenen Beschlüssen bzw. Bekanntgaben im ersten Halbjahr 2004 in den Stadtrat eingebracht.

- Der **Teil B** beschäftigt sich mit den **Leitlinien der Stadtentwicklung**. Die Leitlinien stellen einen langfristigen, fach- und referatsspezifischen Orientierungs- bzw. Entwicklungsrahmen dar und bilden neben den Stadtratszielen einen zusätzlichen Definitionsrahmen zur Ableitung von Referats- und Handlungszielen in den einzelnen Referaten (s. Beschluss der Vollversammlung zur PERSPEKTIVE MÜNCHEN vom 23.07.2003). Sie bündeln und integrieren verschiedene Fachziele und werden i.d.R. in Kooperation mit den Fachreferaten und externen Akteuren in einem umfangreichen Bearbeitungsprozess erstellt.

Langfristige Schwerpunktsetzungen, finanzielle- und ressourcenbezogene Rahmenbedingungen und soweit erkennbar mögliche Zielkonflikte fließen in die Bearbeitung mit ein, können aber auf dieser oberen Leitlinienebene häufig nicht immer konkretisiert und dargestellt werden. Die Konkretisierung und haushaltsmäßige Prioritätensetzung kann sinnvollerweise nur auf der operativen Ebene der Referats- und v.a. der Handlungsziele

le erfolgen, oder erfolgt bei städtebaulichen Projekten im Zuge des Bauleitplanverfahrens im Rahmen der Abwägung ohnehin.

Im vorliegenden Entwurf werden zunächst die Leitlinienentwürfe die sich in der öffentlichen Diskussion befanden diskutiert und zur endgültigen Beschlussfassung vorgeschlagen. Es sind dies die Leitlinien zur „Ökologie“ und zur „Sicherung des Inneren Friedens“.

Die ebenfalls am 24.07.2001 im Entwurf beschlossenen Leitlinien „Neue Medien“ und „Kultur“ wurden aufgrund neuerer Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (LL Neue Medien) bzw. Einbindung der Leitlinie in das gesamtstädtische Zielesystem (LL Kultur) grundlegend überarbeitet und werden als „neue“ Leitlinienentwürfe in dieser Vorlage vorgestellt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Diskussion der neuen Leitlinie „Neue Medien“ fand im Rahmen einer „Aktionswoche Neue Medien“ vom 21.01. – 29.01.2004 in der Rathausgalerie unter Beteiligung der Fachreferate und externer Akteure statt.

Als weitere neue Leitlinie wird die Leitlinie zur „Freizeitentwicklung in München“ im Entwurf vorgestellt.

Die beantragten Leitlinienentwürfe zur „Bildung“ und zur „Sportentwicklung“ konnten vom federführenden Schul- und Kultusreferat noch nicht erstellt werden.

Das Referat führt in seinem Schreiben vom 30.10.2001.2004 dazu folgendes aus:

„Der Abschlussbericht des Projektes „Sportstadt 2000“, das die Grundlage für die Entwicklung der Leitlinie „Sport“ bildet, wird derzeit in verschiedenen Gremien in seinen Auswirkungen und Konsequenzen diskutiert und wurde dem Stadtrat im Herbst 2003 vorgelegt. Erst auf der Grundlage der Diskussionsergebnisse und der Stadtratsentscheidung kann dann unter Berücksichtigung auch der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen die Leitlinie Sport vorgelegt werden.

Die Ressourcenentscheidung erfolgte erst im Januar 2004, so dass die Leitlinie Sport erst im Herbst 2004 vorgelegt werden kann.

Die neuesten Entwicklungen in der Diskussion um Bildung, wie z.B. der Bildungs- und Erziehungsplan im Kindertagesstättenbereich, Bildungsstandards national und auf Länderebene, Ganztagschule – Ganztagsbetreuung, Bildung im sog. außerschulischen Bereich werden derzeit auch auf der Grundlage von Ergebnissen der PISA-Studien ausgewertet, in ihrer möglichen Auswirkung auf die kommunale Bildungslandschaft bewertet und mit verschiedenen Gruppen diskutiert. Dieser Prozess ist eingeleitet. Allerdings müssen nun die aktuellsten Vorgaben der Staatsregierung – hier ist z.B. die Diskussion um das G8 zu nennen, mögliche Auswirkungen der Sparvorhaben der Staatsregierung z.B. auf die Erwachsenenbildung, geplante Änderungen im Bereich Übergang Schule-Beruf oder auch das angekündigte Vorziehen des Einschulalters – einbezogen werden, da sie einen erheblichen Einfluss auf die Bildungslandschaft haben werden. Ergebnisse, die dann in eine Leitlinie Bildung münden müssen, sind auf Grund der Aktualität der Entwicklungen und der derzeit noch fehlenden endgültigen Entscheidungen auf Ebene des Freistaates Bayern bzw. des Bundes noch ausstehend. Eine Leitlinie Bildung kann frühestens gegen Ende des Jahres 2004 vorgelegt werden. Die Grundlagenarbeit ist allerdings bereits dokumentiert in den jährlich vorgelegten Zielen des Schul- und Kultusreferates.“

- Der dritte **Abschnitt C** beschäftigt sich mit der **Evaluierung** der bereits bestehenden Leitlinien. Durch die kontinuierliche Evaluierung der Leitlinien erhalten diese unter Berücksichtigung sich verändernder Rahmenbedingungen einen aktuellen Bezug und werden auf ihre längerfristigen Zielaussagen hin überprüfbar. Auch können „Nebenwirkungen“ auf andere Bereiche besser erkannt und Schwerpunktsetzungen den aktuellen Erfordernissen angepasst werden.

Im vorliegenden Entwurf wird u.a. über den Stand der Umsetzung der den Leitlinien zugeordneten Leitprojekte und wichtiger Handlungsprogramme bzw. Fachkonzepte berichtet. Diese sollen exemplarisch aufzeigen, wie die in den Leitlinien formulierten Vorgaben und Strategien im Sinne einer Zielerreichung auch praktisch umgesetzt bzw. optimiert werden können.

Hinzu kommt ein Bericht über die Umsetzung der Ergebnisse der Studie „Zukunft der Arbeit in München“, die im „Bericht zur Stadtentwicklung 2000“ vorgestellt wurde.

Weiterhin wird über die Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der PERSPEKTIVE MÜNCHEN berichtet, sowie über deren Ausrichtung im Hinblick auf die Einbindung der Stadtteile bzw. der Bezirksausschüsse.

Ein Indikatorensystem zur Evaluierung der Leitlinien der Stadtentwicklung kann mit diesem Bericht noch nicht vorgelegt werden. Das Planungsreferat hat in einer referatsinternen Arbeitsgruppe bereits eine Reihe von Indikatorenvorschlägen herausgearbeitet, die aber noch einer Überprüfung bezüglich ihrer Anwendbarkeit und Zielgenauigkeit bedürfen sowie eines Abgleichs mit den sachlich berührten Referaten. Diese Prüfung ist aufgrund der Komplexität der zu evaluierenden Leitlinien dringend erforderlich. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse dieser noch ausstehenden Arbeitsschritte zu gegebener Zeit in einer gesonderten Vorlage in den Stadtrat einzubringen.

Die PERSPEKTIVE MÜNCHEN ist, wie bereits eingangs erwähnt, gemäß ihrem strategischen Charakter kein starres Instrument, sondern ein flexibler Orientierungsrahmen, der veränderten Anforderungen entsprechend, prozesshaft weiterentwickelt und angepasst werden muss. Über entsprechende Vorschläge zur Weiterentwicklung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN wird im Schlusskapitel berichtet werden.

Der vorliegende Bericht steht wie seine Vorgänger unter den zentralen Leitbildern der **Nachhaltigkeit** und der **Urbanität** und greift damit auch die Zielsetzungen des Beschlusses vom 02.07.2003 zu den Zielen des Stadtrats zur nachhaltigen Entwicklung in München auf. Integraler Bestandteil des vorliegenden Berichtes ist auch die Strategie des **Gender Mainstreaming** mit dem Ziel, ein Zusammenleben der Geschlechter mit gleichen Chancen und Rechten zu erreichen und eine Stadt zu entwickeln, die dafür gute Voraussetzungen bietet.

### **Gesamtstädtische Ausrichtung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN und Stadtteilinteressen**

Der Stadtrat hat in seinem Beschluss vom 23.07.2003 zu den „Aktuellen Herausforderungen der PERSPEKTIVE MÜNCHEN“ das Planungsreferat beauftragt, die bereits dort skizzierte Thematik der „Stadtentwicklung und Stadtteilinteressen“ im „Bericht zur Stadtentwicklung 2003“ erneut aufzugreifen und in diesem Zusammenhang ergänzende Aktionen zur Beteiligung der Öffentlichkeit darzustellen.

Strategische Stadtentwicklungskonzepte wie die PERSPEKTIVE MÜNCHEN haben von ihrem integrierten und langfristigen Ansatz her zunächst die Gesamtstadt sowie die Stadtregion im Blick. Sie muss daher notwendigerweise abstrahierend von konkreten Einzelproblemen für die Gesamtstadt Leitlinien und Zielvorgaben erarbeiten, aus denen dann erst konkrete Einzelprojekte abgeleitet werden können.

Im Rahmen von Leitprojekten, wie etwa dem Projekt zur Stadtteilentwicklung (vgl. Punkt C I.6) oder anderer teilträumlich ausgerichteter Projekte, Konzepte und Programme werden aber auch Aussagen zur Umsetzung getroffen, die durchaus auf der Ebene der betroffenen Stadtbezirke nachvollziehbar sind.

Dabei kann es auch künftig nicht um eine systematische teilräumliche Entwicklungsplanung für alle Stadtbezirke gehen, sondern immer nur um einzelne, aus einem besonderen baulich-räumlichen oder sozial-räumlichen Problemzusammenhang abgeleitete Planungsvorhaben und entsprechende Beteiligungsverfahren.

Schon bisher wurden entsprechende teilräumliche Vorhaben bzw. Beteiligungsverfahren vom Planungsreferat durchgeführt. Beispiele dafür sind

- das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, mit seinen Programmgebieten Hasenberg und Milbertshofen; weitere mögliche Gebiete am Mittleren Ring – Südost befinden sich in Vorbereitung;
- das Projekt Stadtteilentwicklung in Hadern;
- der erste Münchner „Habitat-Tag“ in Hadern;
- das Entwicklungsvorhaben Zentrale Bahnflächen Hauptbahnhof-Laim-Pasing;
- die Projekte auf der Theresienhöhe und der Messestadt Riem;
- die teilräumliche Öffentlichkeitsarbeit zum Entwurf des Verkehrsentwicklungsplanes
- die Perspektivenwerkstatt Freimann und
- die Zukunftswerkstatt Moosach.

Die Erfahrungen aus den aufgeführten Beispielfällen zeigen, dass den Bezirksausschüssen eine wichtige Rolle bei erfolgreich verlaufenden gesetzlich geregelten und bei nichtformalisierten Beteiligungsverfahren zukommt.

Ziel bleibt, den hohen Standard der „Münchner Planungskultur“ auch unter erschwerten Rahmenbedingungen so weit wie möglich zu erhalten.

Auf die erschwerten Rahmenbedingungen, v.a. im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurde bereits im Beschluss vom 23.07.2003 zu den „Aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung“ hingewiesen.

Die Anforderungen und Erwartungen an das Planungsreferat werden einerseits deutlich höher, vor allem nehmen die zu behandelnden Themen an Umfang und Komplexität zu, von der Stadtverwaltung auszugleichende Verteilungsprobleme treten zudem offen und verstärkt zu Tage. Andererseits werden die Ressourcen des Planungsreferates im Sachmittel- und insbesondere im Personalbereich beständig zurückgefahren. Ohne eine Reaktion des Planungsreferates auf die gegenläufigen Entwicklungen wird sich die Schere zwischen Bearbeitungs-Aufwand und –tiefe und den zur Verfügung stehenden Ressourcen immer weiter öffnen. In Betracht kommt deshalb v.a. eine Straffung, Differenzierung und Flexibilisierung der Beteiligungsverfahren und der Öffentlichkeitsarbeit.

Unter diesen erschwerten Bedingungen muss auch deutlich gesagt werden, dass die in der Vorlage angekündigten Vorhaben unter dem Vorbehalt stehen, dass die Personalkapazität im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nicht noch weiter eingeschränkt wird.

Unter Punkt C I.7 dieser Vorlage werden entsprechende Vorschläge für situations- und zielgruppenorientierte Beteiligungsformen zur PERSPEKTIVE MÜNCHEN aufgezeigt.



## **A Aktuelle Trends in der Stadtentwicklung**

### **A.1 Generelle Rahmenbedingungen, Entwicklungstrends und neue Herausforderungen für die Stadt**

München gilt nach wie vor als eine der attraktivsten deutschen Städte. Eine 2000/2001 im Auftrag des Planungsreferats durchgeführte repräsentative Befragung Münchner Bürgerinnen und Bürger zeigte, dass die Einwohner in vielen Lebensbereichen mit ihrer Stadt zufrieden sind. So wurden Wohnqualität, Wohnumgebung, Arbeits- und Fortbildungsmöglichkeiten sowie infrastrukturelle Angebote insgesamt positiv bewertet. Münchens kulturelles Leben, die Vielfalt an gastronomischen Angeboten sowie an Einkaufsmöglichkeiten fanden ebenfalls Anklang bei den Befragten. Auch fühlen sich die Münchnerinnen und Münchner in Bezug auf Gewalt und Kriminalität relativ sicher in ihrer Stadt. Diese subjektive Einschätzung korrespondiert mit den aktuellen Ergebnissen der Münchner Kriminalitätsstatistik, nach der München weiterhin zu den sichersten Großstädten Europas gehört und der Tatsache, dass München nach wie vor auch für die Wirtschaft ein attraktiver Standort ist.

Diesen erfreulichen Aussagen stehen aber gleichzeitig kritische Einschätzungen in anderen Lebensbereichen gegenüber: In der Bürgerbefragung wurde beispielsweise die nicht zufriedenstellende Versorgung mit Alten- und Pflegeeinrichtungen bemängelt, sowie die hohen Mietbelastungen, über die jede bzw. jeder Zweite klagte.

So gilt München bei seinen Bürgerinnen und Bürgern als wirtschaftlich starke und kulturell lebendige Stadt, die jedoch nur wenig „Herz“ für Menschen zeigte, die eher am Rande der Gesellschaft stehen.

Schon in der letzten Fortschreibung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN (Beschluss der Vollversammlung vom 26.7.2001) wurden Hinweise auf eine sich andeutende krisenhafte Entwicklung gegeben, auch in Hinblick auf „Anzeichen für eine Spaltung der Gesellschaft“ (S.7). Heute treten diese Entwicklungen deutlicher hervor. Dabei dürfen aber die vielfältigen Chancen und Ressourcen über die München verfügt, um diesen Problemen entgegenzutreten, nicht aus den Augen verloren werden. Eine integrierte Gesamtschau, wie sie in der PERSPEKTIVE MÜNCHEN unternommen wird, hat dafür hohe Bedeutung. Dies gilt gerade in der gegenwärtig schlechten Situation, in der sich die kommunalen Haushalte der bundesdeutschen Städte befinden und die auch München betrifft.

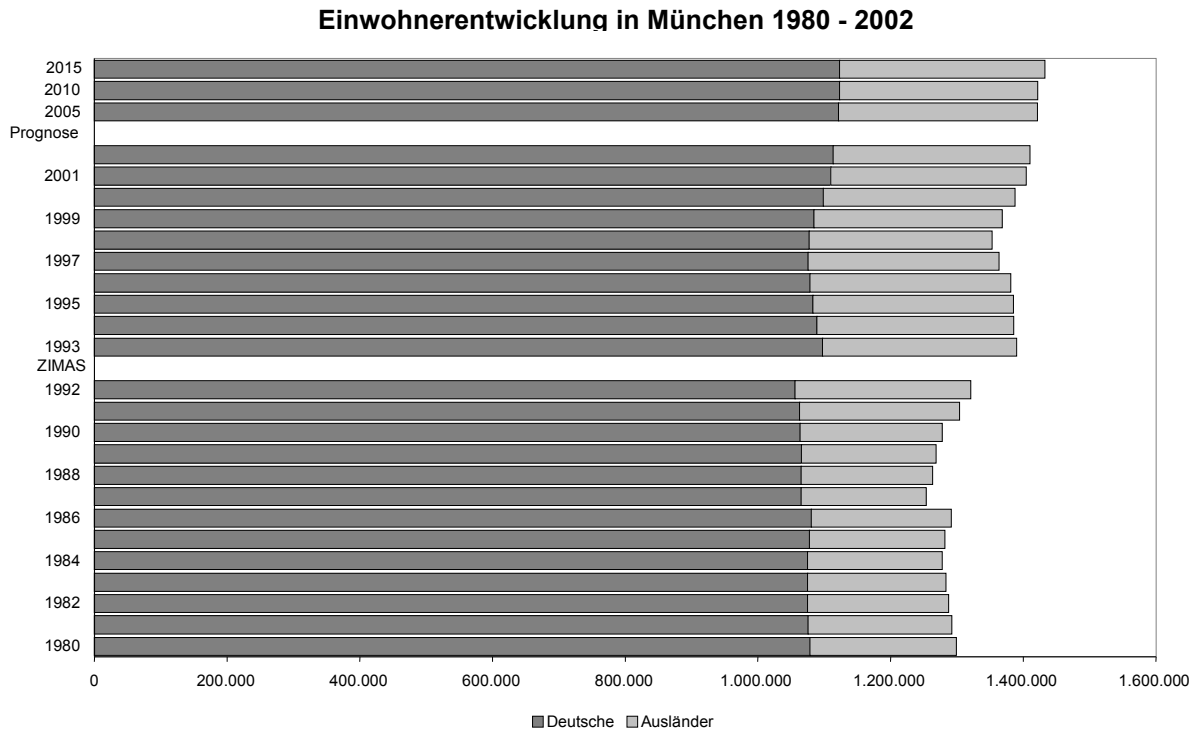
Gerade dann, wenn die Ressourcen knapp werden, ist es wichtig, Prioritäten zu setzen und Entscheidungen darüber zu treffen, was für die Zukunft der Stadt wirklich wesentlich ist. Um die Entwicklung bewusst in die gewünschte Richtung beeinflussen zu können, bedarf es eines längerfristigen Orientierungsrahmens für die Stadt, der je nach den sich verändernden Rahmenbedingungen flexibel gehandhabt werden kann.

Hierfür ist eine Einschätzung der gegenwärtigen Situation sowie eine Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungsoptionen notwendig. Im Folgenden sollen daher zunächst in knapper Form die wesentlichen aktuellen Trends und Herausforderungen der Entwicklungen in der Stadt München zusammengefasst werden.

#### **A.1.1 Bevölkerungsentwicklung**

Die Zahl der Einwohner Münchens hat in den letzten 4 Jahren deutlich zugenommen und liegt gegenwärtig bei 1,41 Mio. (Wohnberechtigte 2002). Dadurch verschärften sich unter anderem die Wohnungsprobleme sowohl in der Stadt als auch im Umland, wobei ca. 40% des Zuwachses in der Region auf das Stadtgebiet entfielen. Nach der Planungsprognose 2002 wird die Einwohnerzahl der Landeshauptstadt München noch weiter ansteigen, nämlich von 1,41

Mio. 2002 auf 1,43 Mio. im Jahr 2015. Der Ausländeranteil wird voraussichtlich geringfügig steigen (von 21,0 % auf 21,6 %).



Weitere Angaben zur Bevölkerungsentwicklung, z. B. zur Altersstruktur finden sich in Kapitel A.II. „Folgen des soziodemografischen Wandels“.

### A.1.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Die derzeitige Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hinterlässt auch in der erfolgreichen Region München ihre Spuren. Konnte sich die Region München lange Zeit über sinkende Arbeitslosenzahlen freuen und im bundesweiten Vergleich alle anderen Großstädte hinter sich lassen, steigen die Arbeitslosenzahlen jedoch seit Mitte 2001 auch in München kontinuierlich an.

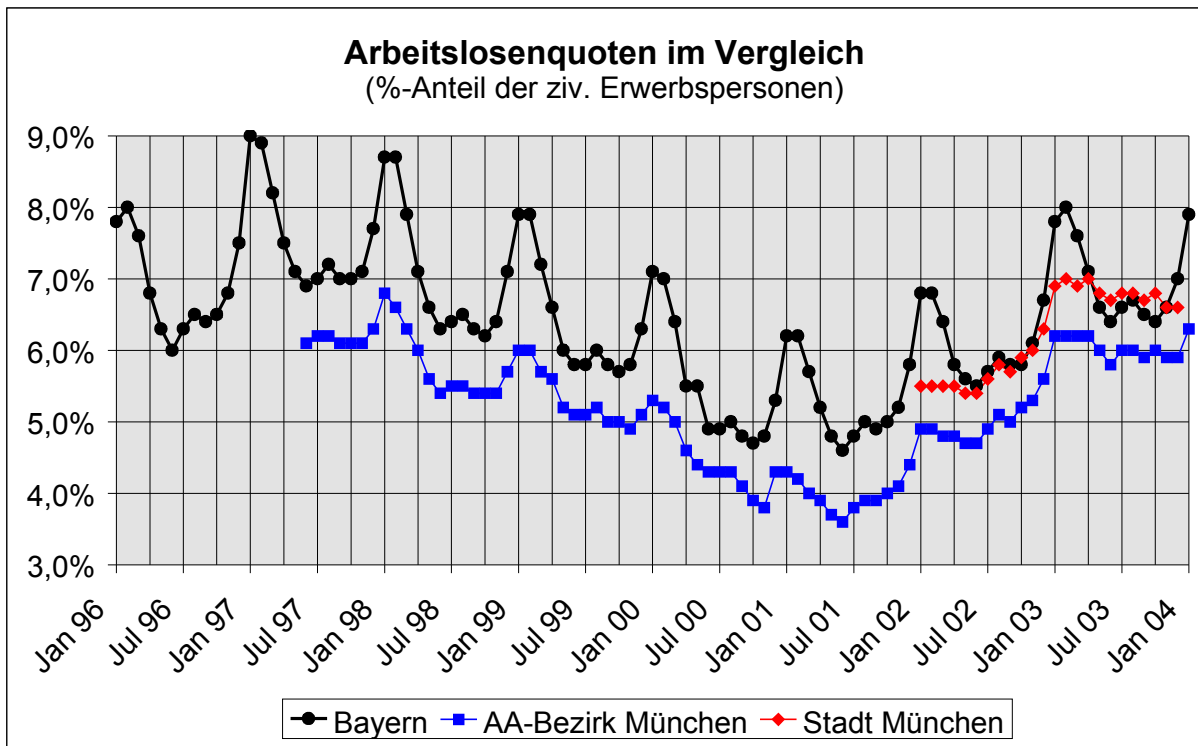


Abbildung A-1: Arbeitslosenquote der Landeshauptstadt München im Vergleich

Es ist derzeit noch nicht abzusehen, welche Entwicklung die Arbeitslosigkeit und die Beschäftigung in München nehmen werden. Für eine Abschätzung sollte stets berücksichtigt werden, dass sich der Wirtschaftsraum München inzwischen weit über die Stadtgrenzen der Landeshauptstadt München hinaus ausdehnt. Nicht nur die Bayerische Staatsregierung, die von einer Region „Greater Munich“ spricht, auch der Regionale Planungsverband geht davon aus, dass der Wirtschaftsraum mit der Einbeziehung des unmittelbaren Verflechtungsraums (S-Bahn-Einzugsgebiet) nicht ausreichend beschrieben ist. Das Einzugsgebiet weist weitere Ringe um München auf, die gemessen an den Pendlerverflechtungen bis nach Augsburg, Ingolstadt, Landshut oder Rosenheim reichen.

In Deutschland wird die weitere wirtschaftliche Entwicklung von folgenden fundamentalen Trends beeinflusst, die sich auch auf München auswirken (Prognos-Trendletter 1/ 2002, Berliner Memorandum 1997<sup>1</sup>):

- Die demografische Entwicklung in den OECD-Ländern führt zu einer deutlichen Zunahme des Durchschnittsalters.
- Die Erwerbstätigkeit der Frauen erhöht sich.
- Die Globalisierung der Produktion wird zu einer wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit der Volkswirtschaften führen.
- Der Wandel von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft beschleunigt sich. (Technologisch-sektoraler Strukturwandel)
- Das Leitbild der Nachhaltigkeit wird ein integraler Bestandteil aller politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handlungen werden.
- Die Qualifikationsanforderungen an die Arbeitnehmer werden größer und die geforderten Qualifikationen verändern sich hin zu Team-, Analyse- und Entscheidungsfähigkeit.
- Die Normarbeitsverhältnisse gehen zugunsten der beruflichen Selbständigkeit zurück.

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind angesichts der aktuellen und sicher noch geraume Zeit andauernden Debatte über eine Reform der Sozialsysteme sowie Steuern und Abgaben nicht stabil genug, um eine Zunahme des Konsums und der Investitionen auszulösen. Die weiteren Steigerungen der Belastung durch Sozialabgaben führen zu der Schlussfolgerung, dass das Angebot an Arbeitsplätzen nicht steigen wird. Die mangelnde Auslastung der

<sup>1</sup> Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen des Bundeslandes Berlin, Berlin 1997

Kapazitäten in vielen Betrieben steht auf absehbare Zeit ebenfalls einer Zunahme der Arbeitsplätze entgegen.

Berücksichtigt man unabhängig von der konjunkturell schwierigen Lage die langfristigen Prognosen zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit in München, dann ist mit einer leichten Zunahme der Beschäftigung in den nächsten Jahren zu rechnen, die allerdings nicht vom rückläufigen produzierenden Sektor getragen wird, sondern von den personenbezogenen Dienstleistungen. Innerhalb des produzierenden Sektors wird es außerdem eine Verschiebung der Tätigkeitsfelder geben. Es werden zunehmend Dienstleistungen und weniger Produktionsleistungen erbracht. Insgesamt steigt der Qualifikationsbedarf bei allen Beschäftigten durch eine weitere Verschiebung in Richtung Informationsgesellschaft an.

Die Chancen im Arbeitsamtsbezirk München einen Arbeitsplatz zu behalten bzw. die Arbeitslosigkeit zu verlassen, sind für die verschiedenen Gruppierungen (Alter, Geschlecht,...) sehr verschieden.<sup>2</sup> So hat die Zahl der Anteil der arbeitslosen „Jugendlichen unter 25 Jahren“ von 3.628 auf 7.931 um 119 % zugenommen, ihr Anteil stieg damit von 7,6% auf 10,9 %. Knapp 1500 junge Menschen unter 20 Jahren sind im Frühjahr 2003 ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Auffällig ist, dass es doppelt so viele männliche (971) wie weibliche Jugendliche(506) sind.

Nicht nur der Verbleib im Arbeitsleben oder die Übernahme in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis nach der Ausbildung ist schwieriger geworden. Auch vor dem Berufseinstieg sind die Hürden größer geworden. Während zum Beginn des Ausbildungsjahrs 2001/2002 noch 16.948 Ausbildungsplätze angeboten worden waren, werden es 2003/2004 nur mehr rd.12.400 sein. Ferner ist es nicht mehr selbstverständlich, dass die Ausgebildeten von ihren Firmen nach Abschluss ihrer Ausbildung übernommen werden. Neben den individuellen Belastungen für die Jugendlichen und die Unternehmen, die in die Ausbildung investiert haben, ist dies auch unter demografischen Gesichtspunkten fatal. Neben der weiteren Belastung der Sozialkassen, fehlt den jungen Menschen eine berufliche Perspektive und den Unternehmen fehlen auf Dauer die notwendigen Fachkräfte. Der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit bedeutet aber nicht, dass sich die Chancen der älteren Arbeitslosen über 50 Jahre auf dem Arbeitsmarkt wesentlich verbessert hätten; die Absolutzahl der Älteren ist nur um 2,7 % zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Zahl der Personen in Altersteilzeit in den letzten beiden Jahren in Bayern um ca. 4.600 gestiegen.

Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk München betrug im Juni 2003 43,9 %. Er ist gegenüber Juni 2001 (46,5 %) gesunken, d.h. die Frauen sind etwas weniger von der wachsenden Arbeitslosigkeit betroffen. Allerdings profitieren Frauen auch in geringem Maß von einem wirtschaftlichen Aufschwung. Im Langzeitvergleich fällt auf, dass die Arbeitslosenquote der Frauen wesentlich stabiler ist als die der Männer.

Ein besondere Problematik ist der hohe Anteil der (v.a. männlichen) Ausländer an den Arbeitslosen in der Höhe von 29,9 % (Juni 2003) bei einem Bevölkerungsanteil von 18,4 %. Ursache ist zum einen der höhere Beschäftigungsanteil der Ausländer im gewerblichen Bereich, der immer stärker schrumpft, zum anderen, weil bei dem in diesem Bereich vorhandenen Arbeitskräfteüberangebot, die häufig vergleichsweise geringer qualifizierten ausländischen Arbeitnehmer geringere Beschäftigungschancen haben.

Betrachtet man die Struktur nach Berufsgruppen, so fällt auf, dass in jeder der ausgewiesenen 40 Berufsgruppen die Zahl der Arbeitslosen gestiegen ist; besonders stark bei den Dienstleistungsberufen, rd.64 %, und bei den Metallberufen, rd. 54 %. Aber auch die Zahl der arbeitslosen Ingenieure, Chemiker, Physiker, die in Boomjahren besonders nachgefragt waren, lag im Mai 2003 um 64 %, das sind rd. 1.336 Personen, höher als vor zwei Jahren.<sup>3</sup> Trotz der schlechteren Berufschancen für Hochschul- und Fachhochschulabsolventen ist der große An-

<sup>2</sup> Die Ausführungen beziehen sich auf den Zeitpunkt Frühjahr 2003.

<sup>3</sup> Medien/Finanzdienstleistungen werden nicht gesondert ausgewiesen.

teil dieser Beschäftigten (18,5% aller Beschäftigten im Jahr 2002 gegenüber 8,5% im bayerischen Durchschnitt) ein wichtiger Standortfaktor für München.

Konkrete Aussagen über die Zahl der zu erwartenden Arbeitsplätze oder der Rationalisierungspotenziale sind vor dem Hintergrund sich einer immer stärker differenzierenden Arbeitsmarktlanschaft kaum möglich. Die Zahl der möglichen Variablen nimmt stetig zu. Hierzu gehören der Rückgang der Normarbeitsplätze, die Zunahme der Teilzeitarbeit, die stärkere Abhängigkeit einer Exportregion von weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Entwicklungen sowie die Veränderung der Handelsbeziehungen durch eCommerce, um nur die wichtigsten zu nennen.

Ein weiteres Feld für zukünftig mehr Beschäftigung ist der bereits sehr gut ausgebaute Gesundheits- und Pflegebereich. Bereits jetzt sind dort knapp 100.000 Beschäftigte tätig. Im Rahmen einer vom Referat für Arbeit und Wirtschaft sowie dem Referat für Gesundheit und Umwelt in Auftrag gegebenen Studie mit dem Titel „Gesundheit als Wirtschaftsfaktor – Entwicklungschancen für den Cluster Gesundheit in München“ wird u.a. auch ein Beschäftigungspotenzial im Bereich „Gesundheitstourismus“ und Pflegedienste gesehen. Diese Erwartung wird auch durch die zunehmende Alterung der Gesellschaft gestützt.

Neben den sektoralen Veränderungen, die auch durch die Globalisierung und die technische Entwicklung beschleunigt werden, werden die in den letzten Jahren angestoßenen rechtlichen Veränderungen einen wichtigen Einfluss auf die Wirtschaft in der Region München haben. Besonders hervorzuheben sind die Entwicklungen, die die Erwerbstätigkeit von Frauen positiv beeinflussen. U.a. wurde das Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge verabschiedet. Dieses Gesetz soll für Frauen und Männer die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Mittel- bis langfristig verhindern diese und ähnliche Regelungen den Kompetenzverlust von Unternehmen, der u.a. durch den bisher erzwungenen Rückzug von Frauen aus dem Berufsleben verursacht wurde.

Zu den wichtigsten Veränderungen des laufenden Jahres gehört auch die Reform der Bundesanstalt für Arbeit und weiterer Reformen, die u.a. durch die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz-Kommission)“ angestoßen wurden. So werden zur besseren Vermittlung von Arbeitslosen Personal-Service-Agenturen gegründet. Die Einkommensgrenzen für geringfügige Beschäftigung wurden angehoben und die Übergänge in höhere Einkommensbereiche geglättet. So entstanden von April bis Mitte Juli 2003 im Bereich des Arbeitsamtsbezirks München 6.200 neue Stellen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass dies nicht alles neu entstandene Stellen sind. Ein erheblicher Teil ist durch Stellenumwandlung, Legalisierung der Beschäftigung (vorherige Schwarzarbeit) usw. geschaffen worden.

Die Einflüsse der EU-Erweiterung auf die wirtschaftliche Situation des Münchner Wirtschaftsraums sind nur schwer abzuschätzen. So werden die sogenannten personenbezogenen Dienstleistungen bereits jetzt zu einem erheblichen Teil durch ausländische Arbeitskräfte aus bis dato Nicht-EU-Ländern erbracht.<sup>4</sup> Nach vorliegenden Untersuchungen ist davon auszugehen, dass es zu einer Zunahme der ausländischen Arbeitskräfte in der Region München kommen wird. Die Zuwanderung wird Schätzungen des Referats für Stadtplanung und Bauordnung zufolge voraussichtlich in einer Größenordnung von 72.000 Personen (mit einem hohen Anteil an Erwerbspersonen) bis 2025 erwartet.<sup>5</sup> Die berufliche Qualifikation der erwerbsfähigen Migranten ist nicht bekannt, aber das Referat für Arbeit und Wirtschaft geht nach eigenen Untersuchungen davon aus, dass die Angebote im Niedriglohnsektor die Zuwanderung wesentlich bestimmen.<sup>6</sup> Der Einfluss der Kommunen ist wegen der Freizügigkeitsregelungen, auf mittlere Frist auch bei den neuen Mitgliedern der EU, dabei relativ gering.

<sup>4</sup> Referat für Arbeit und Wirtschaft: Der Beitrag der ausländischen Bevölkerung zur Wirtschaft Münchens und der Region – Studie 2002, 9

<sup>5</sup> Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Bekanntgabe „Auswirkungen der EU-Osterweiterung...“ vom 23.10.2003 im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung

<sup>6</sup> Referat für Arbeit und Wirtschaft: Der Beitrag der ausländischen Bevölkerung zur Wirtschaft Münchens und der Region – Studie 2002, 58

Die Wirtschaftsregion München wurde in den letzten Jahren u.a. durch den hohen Exportanteil (ca. 48% im verarbeitenden Gewerbe) gestützt. Die Exporte sind derzeit auch von der Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar geschwächt. Mit einer Erholung wird frühestens im Laufe des Jahres 2004 gerechnet.

Auch bei einer in Deutschland noch geraume Zeit andauernden Stagnation hat München gute Voraussetzungen für eine leicht positive Wirtschaftsentwicklung. Trotz der aktuellen wirtschaftlichen Probleme in den Zukunftssektoren (Informations- und Kommunikationstechnologie, Medienwirtschaft und Biotechnologie) sind diese Sektoren die Basis für eine positive Entwicklung in der Region, allerdings mit einer wahrscheinlich geringeren Dynamik als in den Jahren 1999 bis Mitte 2001.

**Die zentrale wirtschaftliche Herausforderung für die Landeshauptstadt München ist die Sicherung der gewerblichen und industriellen Basis, da auch viele Dienstleistungsberufe in enger Beziehung dazu stehen. Dies schafft die Arbeitsplätze für einen großen Teil der Münchner Bevölkerung. Zugleich werden damit die Auswirkungen der Schwankungen im Arbeitsmarkt der Zukunftstechnologien gedämpft. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung zur Sicherung des sozialen Friedens.**

### A.1.3 Soziale Entwicklung

Die soziale Entwicklung in München ist aufgrund der sich seit 2001 verschlechternden wirtschaftlichen Situation tendenziell durch fortschreitende Spaltungstendenzen der Stadtgesellschaft gekennzeichnet.

Dies zeigt sich besonders deutlich darin, dass die sozioökonomische Polarisierung in der Stadt zunimmt: Die Einkommensunterschiede werden größer, die sozialen Schichten der Stadtgesellschaft rücken weiter auseinander. Zu den Verlierern dieser Entwicklung zählen vor allem kinderreiche Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehende und deren Kinder, teilweise auch ausländische Haushalte und Personen mit geringer Qualifikation.

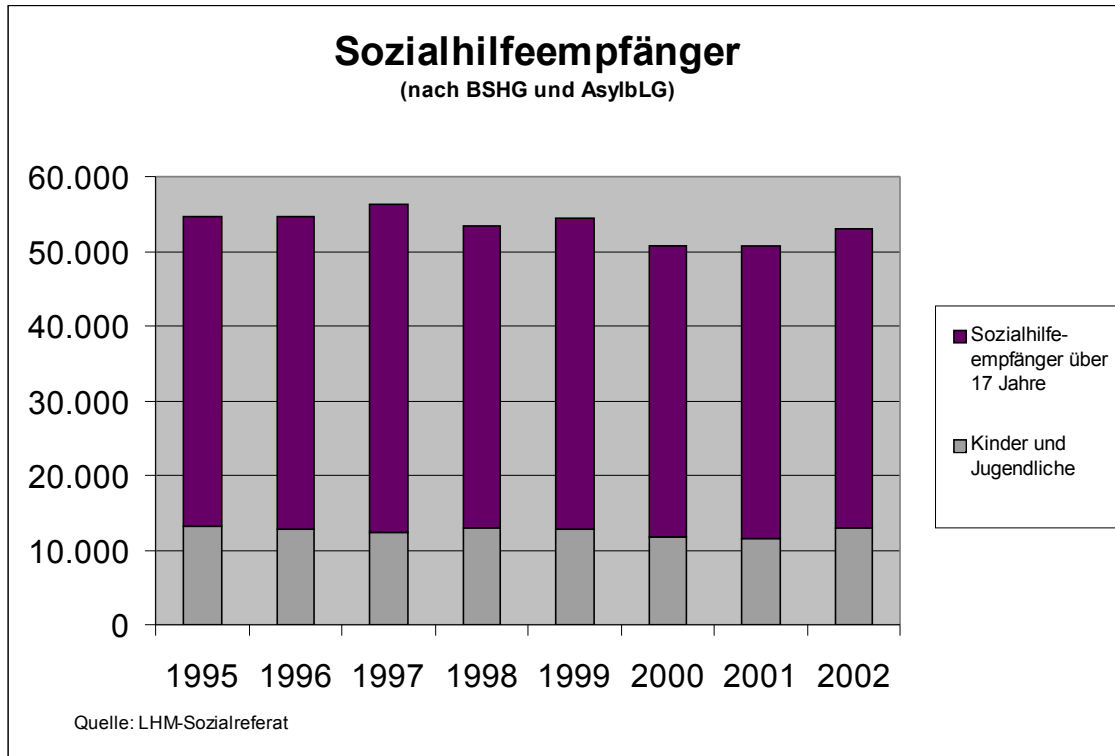
Erkennbar ist dies beispielsweise an der Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens: Bei dessen Verteilung auf unterschiedliche Haushaltsformen haben sich in den letzten zehn Jahren die Unterschiede verstärkt. Dies betrifft vor allem Diskrepanzen zwischen Ein- und Mehrpersonenhaushalten sowie zwischen Haushalten mit und ohne Kinder. (Genauere Angaben hierzu siehe A II.1. S. 35.) Diese Entwicklung steht beispielhaft für die allgemein wachsenden ökonomischen Disparitäten der Stadtgesellschaft.

Der vom Sozialreferat vorgelegte „Münchner Armutsbericht 2000“ konstatierte für Ende 2000 zunächst erstmals ein Zurückgehen der Armut seit Beginn der Armutsberichtserstattung 1987. Für Ende 2000 wurde eine Armutspopulation von 146.338 Personen errechnet, was einer Armutsdichte von 111 pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern und dem Stand von 1995 entspricht. Dies bedeutet einen Rückgang der Armutsdichte um ein Zehntel gegenüber 1997.

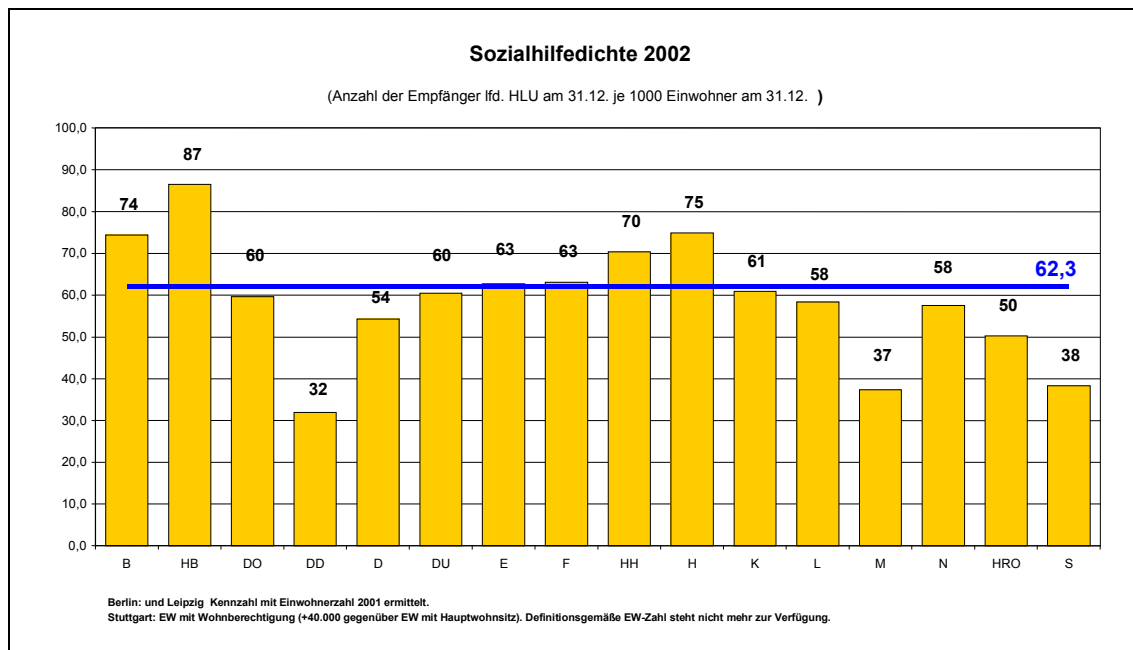
Auch die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger war seit 1997 rückläufig. Aktuell ist allerdings ein gegenläufiger Trend sichtbar: Im Jahr 2002 stieg die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger wieder an (s. Abbildung), und 2003 ist ein weiterer Anstieg zu verzeichnen. Die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger sowie die Empfänger von Grundsicherungsleistungen (neues Gesetz seit 01.01.2003) zeigen eine Steigerungsrate von ca. 10%. Die weiter zunehmende Arbeitslosigkeit schlägt auch auf die Sozialhilfeleistungen durch.

Es ist zu befürchten, dass durch die jüngsten gesetzlichen Entscheidungen die Armut (auch wieder Altersarmut) weiter steigen wird.

Der gleiche Trend zeigt sich bei Wohnungslosigkeit: Die Zahl der Personen ohne Wohnung, die seit 1993 kontinuierlich rückläufig war, ist nach 2000 wieder sprunghaft angestiegen und war 2002 über dem Stand von 1993 („München sozial“, 5/03).



Im Vergleich mit den anderen deutschen Großstädten hat München einen geringen Anteil an Sozialhilfeempfängern:



Die von Armut am stärksten betroffene Bevölkerungsgruppe sind Kinder (62 von 1000 beziehen Sozialhilfe, Erwachsene 25 von 1000). Ebenfalls überproportional viele Sozialhilfeempfänger sind unter den in München lebenden Nicht-Deutschen, die doppelt so häufig Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten wie Deutsche. Ein weiteres Armutsrisiko, das noch dazu an Bedeutung zunimmt, ist Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosenquote entwickelte sich ebenfalls seit 1997 rückläufig, ist aber im Jahr 2002 erstmals wieder angestiegen (Jahresdurchschnitt im Arbeitsamtbezirk München 5,7%). Dennoch hat München - vor allem im Vergleich mit anderen deutschen Großstädten - noch eine verhältnismäßig niedrige Arbeitslosenquote. Von Arbeitslosigkeit sind insbesondere ältere Menschen sowie Ausländerinnen und Ausländer betroffen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen stieg zwischen 1980 und 2000 um 75% (Münchner Armutsbericht), ebenso hat in München auch die durchschnittliche Dauer der Sozialhilfebedürftigkeit zugenommen.

Dies legt die Befürchtung nahe, dass für Menschen in prekären Lebenssituationen die Gefahr zugenommen hat, dauerhaft an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Gleichzeitig steigt die Distanz der wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen vom mittleren Einkommensbereich; Das heißt, dass von beiden Seiten aus die Disparitäten in der Stadtgesellschaft zunehmen. Diese Entwicklung wird auch von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen und negativ bewertet: 60% der Befragten der Münchner Bürgerbefragung 2000 gaben an, die sozialen Unterschiede in München seien zu hoch.

Segregationstendenzen bestehen nicht nur zwischen arm und reich, sondern auch zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung. Im Zuge des europäischen Integrationsprozesses gewinnt die Frage der Integration Menschen unterschiedlicher Herkunft in die Stadtgesellschaft weiter an Gewicht. Wie das vergangene Jahrzehnt gezeigt hat, kann dies jedoch durch (Bürger-)Kriegsereignisse in noch stärkerem Ausmaß und weitgehend unvorhersehbar der Fall sein.

Die Stärkung der sozialen Integrationskraft der Stadt wird damit eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft sein. Angesichts zu erwartender demografischer Veränderungen - wie Veränderungen in der Altersstruktur oder Wanderungsströme in Zusammenhang mit dem europäischen Einigungsprozess - und angesichts der sich gleichzeitig verengenden finanziellen Spielräume der Kommunen muss diesem Prozess der Desintegration und Spaltung entgegen-gesteuert werden.

**Eine sozial integrierende Kommunalpolitik wird in Zukunft für die Qualität des Standortes München eine noch größere Rolle als bislang spielen. Angesichts der schlechten kommunalen Finanzausstattung müssen dafür neue Instrumente und Strategien entwickelt werden.**

#### **A.1.4 Europäische Integration**

Die Bedeutung der europäischen Integration für die Stadtentwicklung hat im vergangenen Jahrzehnt in vielen Bereichen deutlich zugenommen: der Binnenmarkt, der Vertrag von Maastricht, der Beitritt der skandinavischen Länder und Österreichs und die vollzogene Währungsunion haben die Integration der europäischen Staaten zu einem gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Raum wesentlich vertieft. Der Prozess der Verfassungsgebung der Europäischen Union wird dies weiter verstärken. Doch auch die Folgewirkungen bereits eingeleiteter Integrationsschritte verändern die Rahmenbedingungen und Handlungsoptionen der europäischen Städte. Besonders deutlich wird dies im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund der Liberalisierung der Märkte, aber auch in der zunehmenden Kooperation zwischen Städten auf europäischer Ebene.

Die wohl wichtigsten Veränderungen aber bringt der Beitritt von zehn neuen Staaten, vor allem Mittel- und Osteuropas, im Mai 2004.

Durch bilaterale Verträge und Übergangsbestimmungen sind viele Veränderungen dieser EU-Erweiterung heute schon eingetreten. So bestehen bereits freier Waren- und Kapitalverkehr sowie die Freiheit für Direktinvestitionen. Dieser Teil der wirtschaftlichen Integration lässt sich an den Außenhandelsdaten Bayerns deutlich ablesen: so hat in den letzten zehn Jahren eine



Verdreifachung des Handelsvolumens mit den Ländern Mittel- und Osteuropas stattgefunden. Damit entstehen auch deutliche Wachstumsimpulse für die Region München.

Die Chancen des europäischen Integrationsprozesses sind jedoch auch mit Risiken verbunden. So lassen die Wachstumsprognosen eine Zunahme des Güterverkehrs in Deutschland bis zum Jahr 2015 um 60 % befürchten. Diese Steigerung entsteht nicht zuletzt durch das größere wirtschaftliche Integrationsgebiet. Dabei spielt einerseits der dadurch stärkere Güterverkehr von und nach Deutschland eine Rolle. Andererseits zeigt sich darin die Funktion Deutschlands als zentral gelegenes Transitland. Eine verträgliche Bewältigung derartiger Verkehrsströme ist gerade für Stadtregionen wie München eine Aufgabe mit zentralem Stellenwert.

Ebenso bedeutend ist die sozial verträgliche Integration der zu erwartenden neuen Zuwanderer in Arbeits-, Wohnungsmarkt und Stadtgesellschaft. Erst mit dem tatsächlichen Beitritt der neuen EU Staaten treten die Liberalisierungen im Dienstleistungsverkehr und die volle Mobilität der Arbeitskräfte ein. Über das Ausmaß der zu erwartenden Wanderungsbewegungen bestehen jedoch sehr unterschiedliche und mit großer Unsicherheit behaftete Schätzungen. Noch schwieriger ist die regionale Verteilung oder die Qualifikationsstruktur der zuwandernden Personen abzuschätzen. Für München ist aber in jedem Fall mit einer erheblichen Zuwanderung und einem höheren Wanderungsaustausch mit den neuen Mitgliedern zu rechnen (vgl. Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 23.10.2002 "Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Wanderungsbeziehungen der Landeshauptstadt").

Diese möglichen Zuwanderungsströme werden von vielen als „sensible“ Frage der Erweiterung betrachtet. Wegen der befürchteten negativen Wirkungen wurde den heutigen EU Staaten die Möglichkeit eingeräumt, siebenjährige Übergangsfristen zu nutzen. Während dieser Zeit kann die Arbeitnehmerfreizügigkeit aufgrund von arbeitsmarktpolitischen Überlegungen eingeschränkt werden. Deutschland und Österreich werden diese Regelungen in Anspruch nehmen. Für die Stadt München würde jedoch gerade der Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte, um die internationaler Wettbewerb besteht, große Vorteile bringen. Auf Stadt und Region kommt daher die Aufgabe zu, ihr eigenes Interesse innerhalb des national definierten Spielraums bestmöglich zu verfolgen. Im Sinne der gemeinsamen Verantwortung für eine sozial verträgliche europäische Entwicklung ist dabei zu bedenken, dass eine zu starke Abwanderung gerade der besten Arbeitskräfte auch die Entwicklungschancen der neuen Mitglieder stark schwächen könnte.

**Das Ziel der Münchner Stadtentwicklung, eine nachhaltige, das heißt ökonomisch erfolgreiche und gleichzeitig sozial gerechte sowie ökologisch verträgliche und räumlich ausgewogene Entwicklung zu ermöglichen, ist auch für andere Städte in Europa Modell. In internationaler Zusammenarbeit mit anderen Städten trägt München dazu bei, dass Städte die gesellschaftliche Basis für eine friedliche und demokratische Entwicklung in Europa sind und bleiben.**

Nur in Kooperation mit anderen kann auf die Rechtsetzung und die Politik der EU im Sinne Münchens Einfluss genommen werden. Eines der wichtigsten Foren für diese Aufgabe ist das Netzwerk Eurocities, in dem München seit 1996 mitarbeitet. Durch Zusammenarbeit entsteht darüber hinaus gegenseitiges Verständnis für Probleme, ebenso wie neues Wissen über die besonderen Stärken der verschiedenen europäischen Städte und Länder, das im Austausch zur eigenen Weiterentwicklung genutzt werden kann. So werden zur Zeit im EU-Projekt Interact die Umsetzung strategischer Stadtentwicklungsplanung untersucht und Vorschläge für ihre Verbesserung erarbeitet. Im eben begonnenen EU-Projekt TUSEC-IP wird ein Verfahren zur Bewertung von Böden in Stadt-Regionen des Alpenraums entwickelt. Im Rahmen der EU Gemeinschaftsinitiative Equal bemüht sich München im Verbund mit vielen Partnern in Stadt und Region um Beschäftigung, Qualifizierung und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Diese Projekte sind nur Beispiele der vielfältigen internationalen Zusammenarbeit aller Referate. Sie schaffen direkten Nutzen für die Bevölkerung oder tragen indirekt dazu bei, indem neue Methoden und neues Wissen gewonnen und nutzbringend eingesetzt werden.

**Die Erweiterung der EU stellt eine große Chance für München dar. Doch es gilt, in den kommenden Jahren die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese Chance in Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedsstaaten genutzt wird. Dazu wird es notwendig sein, das vorhandene Wissen aller Akteure der Stadtgesellschaft um solche Chancen zu bündeln und für die aktive Mitgestaltung der Stadtentwicklung zu nutzen. Der Stadt kommt dabei eine zentrale Rolle zur Aktivierung und Koordinierung dieses Prozesses zu.**

### **A.I.5 Regionale Kooperation**

Die Region München weist im Vergleich zu anderen deutschen Regionen, abgesehen von den Problemen des Wohnungsmarktes, noch relativ günstige Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten sowie sonstige Rahmenbedingungen für die künftige Entwicklung auf (z.B. Verkehrsinfrastruktur, weiche Standortfaktoren). Diese Position wird jedoch immer wieder durch die innerregionale Konkurrenz gefährdet. Es herrscht insbesondere ein kommunaler Wettbewerb um Gewerbeansiedlungen und großflächige Einzelhandelsbetriebe.

Andererseits vernetzen die Landeshauptstadt München und ihr Umland sich immer stärker zu einem funktionalen Lebens- und Wirtschaftsraum und längst begreifen angesichts der Suburbanisierung von Wohn- und Gewerbebeständen auch viele Bürger und Unternehmen die politischen Gemeindegrenzen als eher zufällig.

Folglich muss die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen regionalen Akteuren – insbesondere den Kommunen und Landkreisen - eine neue Qualität durch eine auf gemeinsame Ziele ausgerichtete Kooperation erreichen, da keine Kommune für sich allein den anstehenden Zukunftsaufgaben gewachsen ist (z.B. nachhaltige Siedlungsentwicklung, Freiraumschutz, regionales Flächenmanagement, Verkehrsentwicklung, innerregionaler Finanzausgleich, Wettbewerb der Regionen). Trotz vieler positiver Ansätze zur interkommunalen und regionalen Kooperation und einer entwickelten Diskussions- und Gesprächskultur besteht hier ein deutlicher Handlungsbedarf.

Die gemeinsame Beteiligung der Landeshauptstadt München und von zunächst sieben Umlandkommunen am Bundeswettbewerb „Modellvorhaben der Raumordnung 2003 bis 2006“ (MoRo) mit dem Themenschwerpunkt „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“ kann einen wichtigen Beitrag zur Beseitigung der aufgezeigten Defizite leisten. (Vgl. C.I.1.4)

Auch muss sich die Region München angesichts der allgemeinen Handlungserfordernisse und der gleichzeitig zunehmenden überörtlichen Kooperationsanforderungen fragen, ob die derzeitigen kommunalen, regional- und landesplanerischen Kompetenzen und Entscheidungsstrukturen geeignet sind, auf die Herausforderungen, die im internationalen Wettbewerb auf die Regionen zukommen, dauerhaft erfolgreich reagieren zu können.

Zwar sind die generellen Entwicklungsziele der Region München prinzipiell im Regionalplan dargestellt, es fehlt allerdings teilweise der Umsetzungswille auf kommunaler Ebene; der Regionalplan enthält zudem meist nur grundsätzliche Vorgaben oder Ziele, die allenfalls in ihrer Kombination Wirkung entfalten können.

Neben der Intensivierung des Dialoges und des Informationsaustausches wird die Landeshauptstadt München künftig die bereits bestehende Zusammenarbeit mit dem Regionalen Planungsverband, dem Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, den regional bedeutsamen Vereinen (z.B. Erholungsflächenverein), den Akteuren der Wirtschaft (z.B. IHK, Handwerkskammer) und der Wissenschaft weiter ausbauen. Gute Möglichkeiten hierzu bieten überörtliche Projekte wie die Bundesgartenschau 2005 und die Erholungslandschaft zwischen Würm und Isar im Münchener Norden. Auch das regionale Einzelhandelskonzept, die gemeinsame Wettbewerbsbeteiligung am Bundeswettbewerb „Modellvorhaben der Raumordnung 2003-2006“ und weitere Umsetzungsstrategien für wichtige regionale Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte (z.B. Park and Ride, Stadt-Umland-Bahn, Schienenanbindung Flughafen,

Regionalpark- und Ausgleichsflächenkonzept) erleichtern es, die bisher weit verbreitete Zurückhaltung gegenüber einem gemeinsamen Vorgehen zu überwinden.

Aus einer intensiveren Mitarbeit in den bestehenden Organisationen und Projekten können sich Formen einer verbesserten Kooperation entwickeln, die ebenfalls die bereits bestehende Gesprächs- und Kooperationskultur fördern; damit kann langfristig ein Klima geschaffen werden, das die Arbeit an schwierigen Fragestellungen wie einem Vorteils-/Lastenausgleich und langfristig gegebenenfalls einer organisatorischen Weiterentwicklung der regionalen Planungs- und Entscheidungsstrukturen begünstigt.

Eine vertiefte Behandlung der Entwicklungstrends und Kooperationsstrategien in der Region München erfolgte in einer Beschlussvorlage „Region München – Entwicklungstrends und Kooperationsstrategien“, die die Vollversammlung des Stadtrats am 01.10. 2003 behandelt hat.

**Durch Intensivierung der regionalen Kooperation soll dazu beigetragen werden, einen gerechten Interessenausgleich zwischen den beteiligten Akteuren in der Region zu erreichen, die bestehenden und sich verstärkenden Ungleichgewichte zu minimieren, und die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Stadtregion dauerhaft zu sichern und zu stärken.**

**Angesichts der zum Teil eingeschränkten Durchsetzungsfähigkeit der Regionalplanung besteht in der Region München die Herausforderung darin, über einen stärkeren innerregionalen Dialog sowie über projektbezogenes Regionalmanagement das gemeinsame Handeln zu intensivieren.**

#### **A.1.6 Räumliche Entwicklung**

Für die räumliche Entwicklung innerhalb der Stadt München hatte der bereits beschriebene Einbruch im Bereich der 'New Economy', der sich in den letzten beiden Jahren vollzogen hat, deutliche Auswirkungen. Das Ausmaß der Folgen steht in Zusammenhang mit der besonderen Wirtschaftsstruktur Münchens.

Die Auswirkungen betreffen zunächst den Markt für Büroimmobilien, wo sich die Nachfrage stark abgeschwächt hat. Da der Markt verzögert auf die vorgängige extreme Büroflächenknappheit reagiert hat, steht der gesunkenen Nachfrage ein wachsendes Angebot gegenüber, wobei eine nennenswerte Anzahl von Bürogebäuden erst noch in nächster Zeit neu am Markt erscheinen wird. Entsprechend liegt die aktuelle Leerstandsquote nach unter 1 % in 2001 bei ca. 8 % (Stand Jahresmitte 2003) und wird vermutlich noch um zwei bis drei Prozentpunkte anwachsen. Im Vergleich zur Situation in anderen deutschen Großstädten befindet sich München aber weiterhin in einer relativ günstigen Marktposition.

Die Auswirkungen dieser Umbruchsituation auf das Münchner Bodenpreisgefüge sind bislang erst relativ schwach ausgeprägt. So haben bei den Büroflächen die Spitzenmieten in den Top-Lagen im letzten halben Jahr (12/02 bis 5/03) um lediglich 2,4 % nachgegeben. Dahinter steht neben den üblichen Verzögerungseffekten auch die Einschätzung der Immobilienbesitzer, dass es sich bei den zu beobachtenden wirtschaftlichen Entwicklungen nicht um strukturelle Veränderungen mit Langzeitwirkung handelt, sondern um eine konjunkturelle Schwäche, die in absehbarer Zeit (vermutet wird ab Mitte 2004) wieder in einen deutlichen Wachstumspfad münden wird. Zunächst sind allerdings hinsichtlich der baulichen Realisierung planreifer Gebiete für Bürogewerbe in einzelnen Teilbereichen Verzögerungen zu erwarten.

Im Wohnungsbau ist trotz nur geringfügig nachlassendem Nachfragedruck – die Nachfrage ist auf hohem Niveau leicht gesunken – ein deutlicher Rückgang bei den Baufertigstellungen zu verzeichnen (2000: 5720 WE; 2001: 3563 WE; 2002: 3308 WE, 2003: 3331 (vorl.)). Die Baurechtschaffungen werden entsprechend den Zielsetzungen des Stadtrats in den letzten Jahren

auf gleichem Niveau weiter betrieben, bei unveränderter Anwendung der Regelungen der Sozialgerechten Bodennutzung.

Im Umland sind die Wohnungsbaufertigstellungen (Stand 2002) etwa auf dem Niveau der letzten Jahre verblieben, bei einem Anteil von mittlerweile mehr als zwei Dritteln der gesamten Fertigstellungen in der Region.

Insgesamt verweisen die Ergebnisse der Bürgerbefragung auf den ausgeprägten Wunsch der Münchnerinnen und Münchner, weiter in ihrer Stadt wohnen zu wollen, dessen Erfüllung sich aufgrund der problematischen Wohnungssituation allerdings in vielen Fällen als schwierig erweisen dürfte. Die Wandermotivbefragung zeigt, dass 70% der weggezogenen Familien zunächst auch in München nach Wohnraum suchten, ohne etwas Geeignetes gefunden zu haben. Auch die von den wegziehenden Familien präferierten Wohnformen konnten in der Stadt offensichtlich nur unzureichend realisiert werden.

Die durch die Auflassung bisheriger Nutzungen auf Kasernen-, Industrie- und Bahn-Gelände sich ergebenden Chancen der Baulandmobilisierung wurden in München konsequent genutzt, so dass Umstrukturierungsmaßnahmen auf Bauflächen innerhalb des Siedlungsgefüges eine zunehmend wichtige Rolle spielen.

Dabei ist als Reflex auf die wirtschaftliche Entwicklung das verstärkte Ringen von Investoren und Entwicklern um einen möglichst hohen Kerngebietsanteil zu beobachten, sowie insgesamt der Versuch, möglichst hohe Bebauungsdichten realisieren zu können. Im Gegensatz dazu sehen andere Marktakteure eine erfolgversprechende Strategie in der stärkeren Berücksichtigung gemischter Nutzungsstrukturen und der Sicherung eines qualitativ hochwertigen Wohnumfeldes; sie wollen dadurch Vermietungskomplexe an den Markt bringen, die weniger konjunkturanfällig sind. Mischstrukturen zielen dabei einmal auf das Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten, zum anderen auf die Integration von Bürogewerbe und Einzelhandel, ggf. angereichert durch Elemente des Entertainment und der Hotellerie.

Zusammengenommen kann eine eindeutige Veränderungstendenz zugunsten von Büronutzungen festgestellt werden, aufgrund überproportionaler Bautätigkeit in diesem Sektor. So betrug das Verhältnis der Bruttogeschossflächen von Wohnen zu Büro/Verwaltung im gesamten Gebäudebestand 5 zu 1,03 im Jahr 2002. Die Bautätigkeit der Jahre 2000 bis 2002 etwa weist allerdings im Saldo (Vorhaben in Bebauungsplangebietern sowie im unbeplanten Innenbereich) bereits ein entsprechendes Verhältnis von 5 zu 3,67 auf. Entsprechend diesem seit längerem zu beobachtenden Trend sind die Wohnanteile am gesamten Gebäudebestand von 61,6 % im Jahr 1975 auf mittlerweile nur noch 58,7 % im Jahr 2002 gesunken.

Im Einzelhandel hält der expansive Flächentrend an, die Nachfrage betrifft zunehmend auch klassische Gewerbestandorte mit ihren noch relativ günstigen Bodenpreisen. Bei weiterhin stagnierenden Umsätzen wächst der Konkurrenzdruck zwischen den Anbietern wie auch den verschiedenen Standorttypen, mit dem einhergehenden Effekt einer Ausdünnung der Nahversorgungsstruktur. Im Zusammenhang mit den Folgen der demografischen Entwicklung kann dies in einzelnen Gebieten, bei teilräumlich sinkenden Einwohnerdichten, zu Problemsituationen hinsichtlich der wohnortnahen Versorgung führen.

Daneben bleibt abzuwarten, inwieweit sich auch künftig Stadtteil- und Quartierszentren gegen die doppelte Konkurrenz von Innenstadt und 'Grüner Wiese' behaupten können. Zudem erscheint es gegenwärtig fraglich, ob die geplante und in Ansätzen begonnene Dezentralisierung kommunaler Verwaltungseinrichtungen in die Stadtbezirke weitergeführt und somit das polyzentrische Netz gestärkt werden kann. Aber auch die City selbst wird möglicherweise Entwicklungspotenzial abgeben müssen an neu entstehende bzw. expandierende regionale Wachstumspole, etwa im Bereich des Flughafens.

Münchens starke Position im europäischen Städtewettbewerb wird in Teilen auf die Besonderheiten der Münchner gewerblichen Mischung zurückgeführt. Hier spielen auch kleinteilige Einrichtungen von Existenzgründern und kulturell bzw. sozial orientierten Betrieben eine Rolle, die oft als sog. Zwischennutzer auf Umstrukturierungsflächen funktionale und räumliche Nischen besetzen und auf vielfältige Weise der Entwicklung einer Stadt Impulse verleihen können. Die

in der Vergangenheit beobachtbare Einengung der Flächenoptionen für Zwischennutzer scheint sich in der gegenwärtigen Lage zumindest vorübergehend zu lockern.

**Als zentrale Herausforderung stellt sich aktuell die erfolgreiche Vermarktung von Entwicklungsflächen, wozu eine qualitätsvolle Planung, die marktgerechte Rahmenbedingungen setzt, einen wichtigen Beitrag leisten kann. Bedeutsam ist dabei die Aufrechterhaltung einer hohen Qualität im Städtebau, um in den neuen Quartieren sowohl Urbanität als auch ein hinsichtlich Freiflächenqualitäten attraktives Wohnumfeld entstehen zu lassen. Vermehrt sind Anstrengungen vonnöten, um die Bereitstellung ausreichenden Wohnraums und den Erhalt einer wohnungsnahen Einzelhandelsversorgung gewährleisten zu können.**

### A.1.7 Mobilität in München

Die Münchnerinnen und Münchner legen laut Bürgerbefragung 2000 ihre täglichen Wege zur Arbeitsstelle zu 39% mit dem ÖPNV, zu 36% mit dem MIV (Auto, Motorrad, Mofa) und zu 13% mit dem Rad bzw. 8% zu Fuß zurück (Rest Mehrfachnennungen). Im Vergleich zu anderen Großstädten wie Stuttgart oder Nürnberg ist dies ein deutlicher Unterschied, da dort der MIV auf dem Weg zur Arbeitsstelle mit jeweils über 50% dominiert.

Die zunehmende Verlagerung von Wohnstandorten und Arbeitsplätzen in das Umland von München machen sich auch im Verkehrsgeschehen bemerkbar. So zeigt sich beispielsweise eine starke Verkehrszunahme im Umland, insbesondere im Nordosten der Landeshauptstadt München, was vor allem auf die dynamische Entwicklung des Flughafens und der Messe zurückzuführen ist.

Die zunehmende Verflechtung zwischen Stadt und Umland spiegelt sich auch in der Entwicklung der Pendlerzahlen wieder: So stieg die Zahl der Einpendler zwischen 1995 und 2000 um 25% von 260.000 auf 300.000, die Zahl der Auspendler um 22% auf ca. 106.000.

Laufende Untersuchungen der Entwicklung des Kfz-Verkehrs in München zeigen folgende Trends:

- Der Verkehr über die Stadtgrenze steigt leicht an,
- der Verkehr über die Isarbrücken („Isarschnitt“) zwischen dem östlichen und westlichen Teil Münchens stagniert wegen der hohen Auslastung des vorhandenen Straßennetzes,
- der die zentralen Bahnanlagen querende Verkehr („Bahnschnitt“) zwischen den nördlichen und südlichen Teilen Münchens stagniert ebenfalls bzw. ist leicht rückläufig.

Vor dem Hintergrund kaum noch erweiterbarer innerstädtischer Verkehrskapazitäten - insbesondere der öffentlichen Straßenräume - und im Hinblick auf eine stadtverträgliche, nachhaltige Verkehrsentwicklung, genießen alle Maßnahmen, die der Verkehrsminderung und Verlagerung des Verkehrs auf umweltgerechte Verkehrsmittel dienen, höchste Priorität.

Auch verkehrslenkende und verkehrssteuernde Maßnahmen gewinnen dabei zunehmend an Bedeutung. Betrachtungsraum muss dabei die gesamte Region und nicht allein das Stadtgebiet sein. Hier ist vor allem der bis 2010 zu realisierende Tunnel für die 2. S-Bahnstammstrecke bedeutsam, weil damit und in Verbindung mit dem weiteren Ausbau der S-Bahnaußenäste eine höhere Kapazität, ein attraktiverer Takt und eine stärkere Zuverlässigkeit dieses für die Region wichtigsten ÖPNV-Verkehrsträgers geschaffen wird.

Innerhalb des Stadtgebietes bildet der weitere Ausbau des U- und Straßenbahnnetzes (z. B. Linie 23 in die Parkstadt Schwabing) die notwendige Voraussetzung für eine nachhaltige, ressourcensparende Siedlungs- und Verkehrsentwicklung. Auch der Ausbau der Rad- und Fußverkehrssysteme trägt zu einer stadtverträglichen Verkehrsbewältigung insb. im Nahbereich der Wohn- und Einkaufszentren bei. So werden laut Bürgerbefragung 2000 zwei Drittel der Wege für den täglichen Einkauf zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt.

Gesamtstädtisch und im regionalen Zusammenhang müssen jedoch Verkehrsmanagementkonzepte realisiert werden, die alle Verkehrsmittel und Verkehrsträger berücksichtigen und miteinander verbinden. Voraussetzung für die optimierte Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger bilden Telematik und Mobilitätsmanagement. Telematik beinhaltet den Aufbau und die Vernetzung moderner Steuerungs- und Informationssysteme. Mobilitätsmanagement umfasst die beiden Handlungsbereiche

- Verkehrsmanagement (Maßnahmen der Verkehrssteuerung/-lenkung zur effizienteren Auslastung der vorhandenen Infrastruktur) und
- Mobilitätsberatung (Maßnahmen zur Information und Beratung von Privatpersonen, Haushalten, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen wie z. B. Schulen hinsichtlich vorhandener Verkehrsangebote, Optimierung der Organisation von Transporten usw.).

Im Rahmen des vom Bundesministeriums für Forschung und Technologie geförderten Forschungsvorhabens MOBINET, an dem auch die LH München mitwirkte, wurden die Themen multimodales Verkehrsmanagement, innovative Verkehrstechnologien und neuartige Mobilitätsdienste untersucht. Ziel war dabei v. a. die Vernetzung der Steuerung des MIV und des ÖPNV in München und der Region.

Zusammenfassend lässt sich für die gesamte Region München als zentrales Problem die Bewältigung der mit der erwünschten wirtschaftlichen Prosperität verbundenen Verkehrszunahme festhalten. Dies bezieht sich insbesondere auf den Nordostsektor des Stadtgebietes und des Umlandes. Ziel ist es, durch die geplanten und in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur der Verkehrssysteme und die Maßnahmen der Telematik die Region München als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort mit gesicherter Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer zu erhalten.

**In diesem Zusammenhang ist auch auf die am 9.12.2003 von der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands beschlossene Fortschreibung des Kapitels Verkehr im Regionalplan sowie auf die Erarbeitung des neuen Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) für die LH München zu verweisen, der dem Stadtrat 2004 zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Inhalt und Verfahrensstand des neuen VEP werden in Kap. C.I.4 näher erläutert.**

### **A.1.8 Ökologische Entwicklung**

Die Lebensqualität in der Region München ist nachweislich hoch. Dennoch ist auch hier spürbar, dass hinsichtlich der Sicherung ökologischer Qualitäten weiterhin erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Dies zeigt sich auch im subjektiven Befinden der Münchner und Münchnerinnen: In der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2000 stimmten 76% der Befragten der Aussage „Die Umweltverhältnisse für unsere Kinder beunruhigen mich“ voll und ganz bzw. eher zu. Fast ebenso viele (74%) nehmen an, dass „wir auf eine Umweltkatastrophe zusteuern“. Diese Aussagen weisen auf eine hohe Bedeutung der Umweltpolitik für die Bürgerinnen und Bürger hin.

Umweltpolitik hat sich in den letzten zehn Jahren vor dem Hintergrund des in Rio de Janeiro verabschiedeten Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung in ihrem Grundverständnis gewandelt. Nachhaltigkeit, bzw. „sustainable development“ beschreibt eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.

Im Nachhaltigkeitskonzept liegt die Erkenntnis, dass die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung nicht voneinander abgespalten und gegeneinander ausgespielt werden darf, sondern als eine notwendige Einheit zu betrachten ist. Die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen des Menschen sind daher mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen, wobei der Schutz der Umwelt mit ihren natürlichen Ressourcen Grundlage jeder Entwicklung ist.

Gegenüber der bislang vorherrschenden Umweltpolitik betont der Begriff der nachhaltigen Entwicklung die vorrangige Orientierung am Vorsorgeprinzip. Eine konsequente von allen städtischen Stellen und gesellschaftlichen Gruppen getragene Umweltvorsorgepolitik ist auch eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung und den Fortbestand eines leistungsfähigen Wirtschaftsstandortes München sowie einer zukunftsfähigen Stadtgesellschaft.

Damit das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung im täglichen Handeln auch umgesetzt werden kann, müssen entsprechende soziale, ökonomische und ökologische Ziele und Maßnahmen formuliert werden, wie dies der Stadtrat in seinen „Zielen zur nachhaltigen Entwicklung in München“ im Frühjahr 2003 getan hat.

Die Innovation erfolgt in München bislang überwiegend aus dem Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen Kommunalverwaltung, Bürgerinnen und Bürger, örtlichen Interessensgruppen und der Wirtschaft. Das Leitbild der PERSPEKTIVE MÜNCHEN, „Nachhaltigkeit und Urbanität“, ist dabei eine wichtige Basis. Durch die Leitlinie Ökologie wurden Ziele formuliert, die den in Gang gesetzten Prozess in ausgewählten Handlungsfeldern (Bodenschutz, Grundwasserressourcen und Oberflächengewässer, Luftqualität, Artenpotentials und naturnahe Flächen, Energie, Abfall und Lärmschutz) unterstützen.

**Schwerpunkte** der umweltorientierten Arbeit in den letzten Jahren:

Besonderen Schwung haben in den letzten Jahren die Bemühungen der LHM erhalten, das 1991 eingegangene CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel zu erreichen. Mit dem „Erweiterten Klimaschutzprogramm“ werden neben dem „Förderprogramm Energieeinsparung der LHM“ weitergehende innovative Maßnahmen finanziell unterstützt. Zu erwähnen ist vor allem die Unterstützung von „Photovoltaik – Bürgerbeteiligungsanlagen“ sowie Projekte der Landwirtschaftlichen Betriebe des Kommunalreferates wie Biogasanlage, rapsölbetriebener Traktor, Rapsölheizung und Dach-Photovoltaikanlagen. Hierdurch übernimmt die Stadt in der Rolle des Landwirts als Energiewirt eine Vorbildfunktion für die private Landwirtschaft in und um München.

München nimmt nicht nur mit den Projekten „Solarpark“ und mit der zweiten 1-Mega-Watt-Anlage auf den Dächern der Messe Riem in diesem Feld eine bundesweite Spitzenposition unter den deutschen Großstädten ein. In den Fachforen zum Klimaschutz (derzeit: Fachforum Solarstadt München, Fachforum Wärmeschutz für Wohngebäude und Fachforum Energieeinsparung in Bürogebäuden) werden kontinuierlich in einem breit angelegten und moderierten Ansatz die gesellschaftlichen Zielgruppen in die Klimaschutzpolitik der LHM eingebunden. Dennoch musste im letzten Jahr in der CO<sub>2</sub> Bilanz der LHM festgestellt werden, dass die durch Stadtratsbeschluss am 17.07.1991 anvisierte Selbstverpflichtung einer 30% Reduktion der CO<sub>2</sub> Emissionen bis 2005 nicht erreicht werden wird. Zwar sanken zwischen 1987 und 1999 die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf um 5,5% und diejenigen aus der Wärmeversorgung der kommunalen Liegenschaften zwischen 1987 und 2000 um 20%, doch besteht insbesondere beim Heizenergieverbrauch im Wohnungsbereich und beim motorisierten Straßenverkehr weiter erheblicher Handlungsbedarf.

Mit der Einführung des Ökologischen Kriterienkataloges der Landeshauptstadt München im Jahr 1995 ist es gelungen, eine einheitliche Grundlage und Vorgehensweise für alle Vorhaben auf städtischen Grundstücken und im öffentlich geförderten Wohnungsbau zu schaffen. Die Ziele des Kriterienkataloges, der über den Einzelfall hinaus allgemein gültige Kriterien zum ökologischen Bauen enthält, sind:

- Sparsamer Umgang mit Rohstoffen und Energie
- Verminderung der Umweltbelastung auf ein möglichst geringes Maß

- Schaffung gesunder Wohnverhältnisse
- Erreichung günstiger Bau- und Betriebskosten

Der Ökologische Kriterienkatalog wird stets entsprechend den sich ändernden Erkenntnissen der Ökologie angepasst und fortgeschrieben und stellt einen wichtigen Baustein für eine erfolgreiche Fortführung der lokalen Agenda 21 auf diesem Sektor dar. Letztmalig wurde die Fortschreibung des ökologischen Kriterienkataloges in der Vollversammlung des Stadtrates am 17.03.2004 beschlossen.

Die im Münchner Bündnis für Ökologie (MONACO) begonnenen Aktivitäten haben auch zu einer bürgerschaftlichen Offensive bei der Unterstützung der städt. Aktivitäten, z.B. des 1991 vom Stadtrat verabschiedeten Programms zum Ausbau der Grünzüge („Realisierungsprogramm: Reihenfolge großer Grünausbaumaßnahmen“) geführt. Hier besteht allerdings langfristig auch noch erheblicher Handlungsbedarf um die definierten Flächen rechtlich zu sichern und nutzerorientiert auszubauen. Die Veranstaltung der Bundesgartenschau 2005 in der Messestadt Riem hat auf der Ebene der weichen Standortfaktoren durch dezentrale Projekte in der gesamten Region zu neuem Schwung geführt. Hervorzuheben sind die im Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) unterstützten Radwegevernetzungen um München („RadlRing“) und die Zielsetzung, bei der Wasserqualität der Würm wieder Badegewässertauglichkeit zu erreichen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Bemühungen zu sehen, die Badegewässerqualität für die Isar zu erreichen (Renaturierung, Erhöhung der Restwassermenge).

Zu nennen ist auch das noch in Arbeit befindliche Arten- und Biotopschutzprogramm als wesentliche Grundlage und Hilfestellung bei der naturschutzfachlichen Beurteilung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen in München.

Besonders zu erwähnen ist darüber hinaus das ÖKOPROFIT-Projekt, ein gemeinsames Beratungsprogramm für Münchner Firmen des Referates für Arbeit und Wirtschaft und des Referates für Gesundheit und Umwelt mit den Kooperationspartnern IHK und HWK, bei dem sowohl die betrieblichen Umweltleistungen verbessert als auch betriebswirtschaftliche Vorteile erzielt werden sollen. Über 100 Betriebe haben mittlerweile erfolgreich an diesem Programm teilgenommen.

Durch konkrete Projekte dieser Art wie z.B. auch das „Grüngürtelprojekt“ und das „Grün- und Maßnahmenkonzept für die Münchner Innenstadt“ (als Leitprojekte der PERSPEKTIVE MÜNCHEN, siehe Kap C I) wird in der Stadt München eine nachhaltige Umweltverbesserung angestrebt.

**Für die Stadt München erfordert die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich ihres umweltbewussten Handelns verstärkte Maßnahmen der Kommunikation (mittels geeigneter Instrumente wie z.B. die Umweltberichterstattung und eine spezielle Zielgruppenansprache) auf allen Ebenen und über alle kommunalen Ressorts hinaus. Insbesondere die Klimaschutzpolitik und die Freiraum- und -Flächensicherung müssen auch unter erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konsequent fortgesetzt werden.**



## **A.II Schwerpunktthema: Folgen des soziodemografischen Wandels und Herausforderungen für die Stadtentwicklung**

### Einleitung

Alle Prognosen zur demografischen Entwicklung in Deutschland stimmen darin überein, dass es mittel- bis langfristig zu teilweise tiefgreifenden Veränderungen der Bevölkerungs- und Altersstruktur kommen wird, vor allem durch Bevölkerungsrückgang, Überalterung, Zuwanderung und veränderte Haushalts- und Familienstrukturen. Diese Erwartungen werden erhebliche Auswirkungen auf nahezu alle kommunalen Handlungsfelder haben und sich regional sehr unterschiedlich niederschlagen. Auch die Zeitfenster, in denen sich diese Prozesse vollziehen werden, werden je nach Region und Kommune unterschiedlich sein.

„Weniger – älter – bunter“ klingt relativ harmlos angesichts der möglichen Konsequenzen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Anpassungen dürften in nahezu allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens notwendig werden und sich auch in der Raumstruktur niederschlagen.

Wir stehen am Anfang einer Entwicklung, deren Rahmendaten schon relativ klar erkennbar und mit Zahlen belegbar sind, deren Folgen für die Stadtentwicklung jedoch noch unscharf erscheinen. Der vorliegende Bericht versucht, diese Folgen und die daraus resultierenden Handlungsfelder für die Landeshauptstadt München an ausgewählten Politikbereichen zu skizzieren. Dabei wird es zunächst nur um erste Trends und Einschätzungen gehen, die im Einzelfall noch vertieft werden müssen.

In den Fachreferaten wird in Bezug auf den Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels schon vieles unternommen, das hier im Rahmen dieses Textes im einzelnen nicht aufgeführt werden kann. Es ist daher beabsichtigt, nach dem Beschluss des „Berichtes zur Stadtentwicklung 2003“ dieses Thema in Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachreferaten zu vertiefen und ein konkretes Handlungskonzept für den Stadtrat auszuarbeiten.

### **A.II.1 Demografische und sozialstrukturelle Trends in Deutschland und München**

Als Grundlage für die Bearbeitung des Themenschwerpunktes „Soziodemografischer Wandel“ werden die Grundzüge der bisherigen und für die Zukunft prognostizierten demografischen Entwicklungstendenzen dargestellt. Zur besseren Einschätzung der Situation in München wurde der Vergleich mit der Entwicklung in Gesamtdeutschland vorgenommen. Für München beziehen wir uns auf die Planungsprognose 2002, für Deutschland auf die 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Basisjahr 1999).

#### **Überblick**

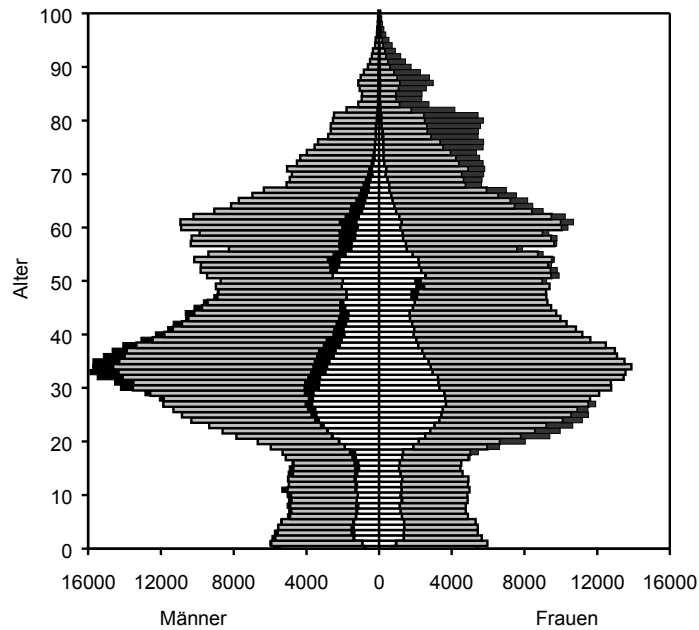
- Die Bevölkerung Münchens wird voraussichtlich kurzfristig leicht zunehmen, diese Zunahme ergibt sich aus den angenommenen Wanderungsbewegungen. Nach der Planungsprognose 2002 steigt die Einwohnerzahl der Landeshauptstadt München kurzfristig noch weiter an, nämlich von 1,40 Mio. Ende 2001 auf 1,421 Mio. 2005. Anschließend wird die Zunahme schwächer, 2015 werden ca. 1,43 Mio. Menschen in München leben.
- Ohne Wanderungen würde die Bevölkerung Münchens zurückgehen. Bis 2015 würde München 5% weniger Einwohnerinnen und Einwohner haben als 2001. (2001: 1.40 Mio., 2015: 1.30 Mio.).

- Die zusammengefasste Geburtenziffer liegt derzeit in Gesamtdeutschland bei 1,4, in München bei 1,2. Diese Geburtenziffer wird für die nächsten Jahrzehnte für Deutschland und München als unverändert angenommen.
- Es wird in der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung angenommen, dass die Lebenserwartung noch weiter zunehmen wird. Bis ins Jahr 2050 steigt die weitere Lebenserwartung für 60 jährige Männer auf 22 Jahre (heute 19 Jahre), für 60 jährige Frauen auf 27 Jahre (heute 23) an. (Bei Geburt: 1999: 74,4 bzw. 80,6 Jahre / Prognose 2050:78,1 bzw. 84,5Jahre). In der Planungsprognose für München wird bis 2015 hingegen von konstanten Sterbeziffern ausgegangen.

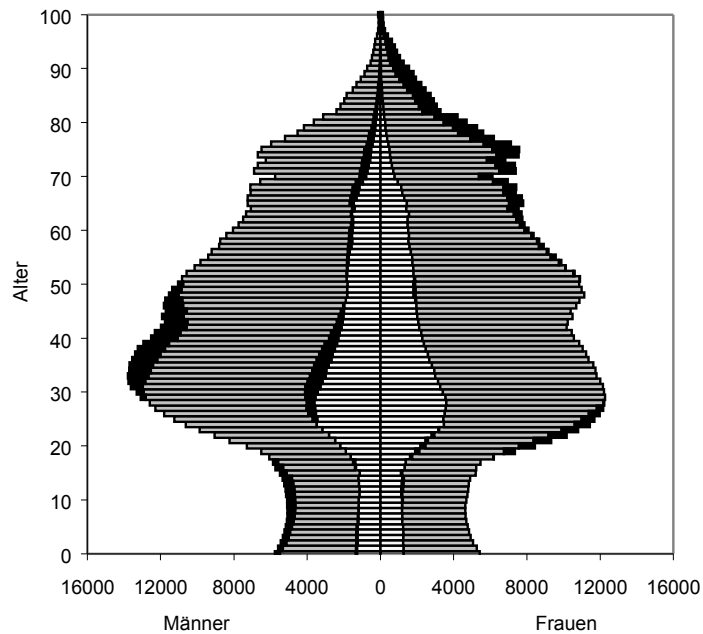
### **Entwicklung der Altersstruktur**

Die Struktur der Münchener Bevölkerung und ihre Veränderung bis 2015 ist an den Bevölkerungsbäumen ablesbar. An der Grundform wird sich auch in den nächsten 15 Jahren nichts Wesentliches ändern. Insgesamt kommt es zu einer Zunahme der älteren Bevölkerung: Die heute am stärksten besetzte Altersgruppe der 30 bis 40-jährigen wächst in die 40er und 50er hinein, die heute bereits starke Gruppe der 55 bis 65-jährigen nimmt durch das Hineinwachsen der nachfolgenden Jahrgänge ebenfalls zu. Damit scheidet auch eine relativ starke Gruppe aus dem Erwerbsleben aus. Durch die anhaltend geringe Sterblichkeit wird die Spitze des Bevölkerungsbaumes immer breiter und dünnt sich nur sehr langsam aus.

### Bevölkerung Münchens 2001



### Bevölkerung Münchens 2015



Deutsche
  Ausländer
  „Überschüsse in einzelnen Altersjahren“

Quelle: Planungsprognose 2002

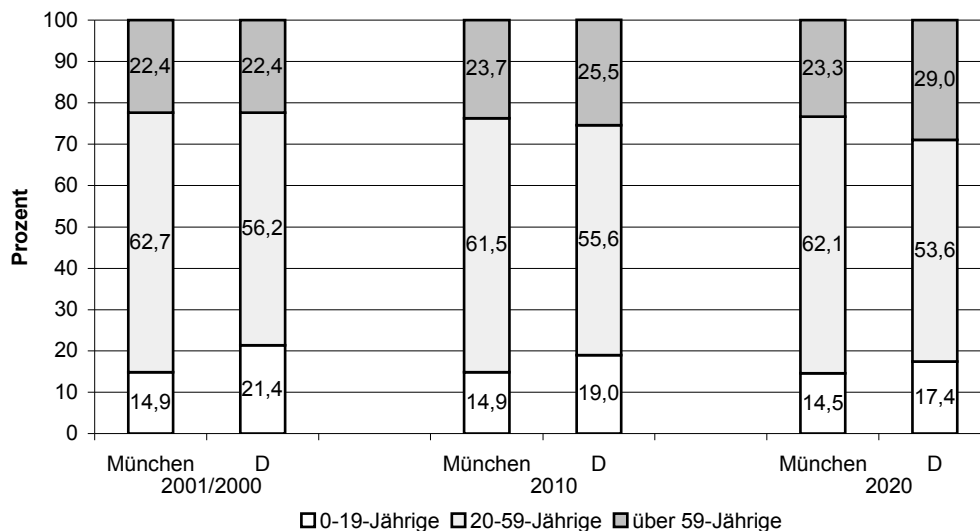
Das Verhältnis zwischen Frauen und Männern ist nicht in allen Altersjahrgängen ausgeglichen. In München leben mehr ausländische Männer als Frauen, in Zukunft wird sich der Männerüberschuss bei den älteren Ausländern leicht verringern. Der Männerüberschuss bei den 30 bis 40-Jährigen bleibt bestehen und verschiebt sich in höhere Jahrgänge. Derzeit besteht ein sehr deutlicher Frauenüberschuss bei älteren Frauen, dieser bleibt in Zukunft bestehen wird jedoch geringer ausfallen, da in Zukunft mehr ältere Männer in München leben werden.

### Die Altersstruktur der Münchner Wohnbevölkerung zeichnet sich durch folgende Besonderheiten aus:

- Das Schwergewicht liegt bei den jüngeren Erwachsenen (18-30 Jahre), die in München stärker vertreten sind als im Bundesschnitt.
- In München ist der Anteil an Kindern und Jugendlichen traditionell geringer als im Bundesschnitt. Die Zahl und der Anteil der Kinder geht im Prognosezeitraum zusätzlich leicht zurück.
- Überrepräsentiert ist in München die Altersgruppe der 18 bis 64-Jährigen, d.h. der Menschen im erwerbsfähigen Alter. Seit den 60er Jahren schwankt dieser Anteil um rund 70%. Bedingt ist der hohe Anteil durch die Zuwanderung in die Stadt München. Es handelt sich hier vor allem um Arbeits- und Ausbildungsmigration, deren zukünftige Entwicklung vor allem von der wirtschaftlichen Situation abhängig ist.
- Ursache der Bevölkerungszunahme sind Wanderungsbewegungen. In der Planungsprognose 2002 wird von einer Normalisierung der innerdeutschen Fernwanderung auf ein durchschnittliches Niveau sowie von einer Stagnation der Auslandswanderung mit anhaltendem positivem Saldo ausgegangen. Im Verlauf des Prognosezeitraums nimmt die Verflechtung mit Osteuropa durch die EU Osterweiterung zu.
- Der Anteil der Menschen ab 65 Jahren wird bis 2015 leicht zunehmen. Seit den 80er Jahren ist der Anteil der älteren Menschen in München höher als jener der Kinder und Jugendlichen.
- Insgesamt finden in München nur geringfügige Verschiebungen zwischen einzelnen Altersgruppen statt. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zur Veränderung der gesamtdeutschen Altersstruktur, die wesentlich stärker ausfällt.

Fazit: In Deutschland sinkt der Anteil der Kinder und Jugendlichen sowie der Anteil der Erwerbsfähigen ab und der Altenanteil steigt. In München bleibt vor allem durch Wanderungsbewegungen der Anteil der Erwerbsfähigen konstant, jener der Kinder sinkt leicht ab (aber weniger als im Bundesgebiet) und jener der älteren Menschen steigt leicht.

#### Veränderung der Altersstruktur in München und Deutschland



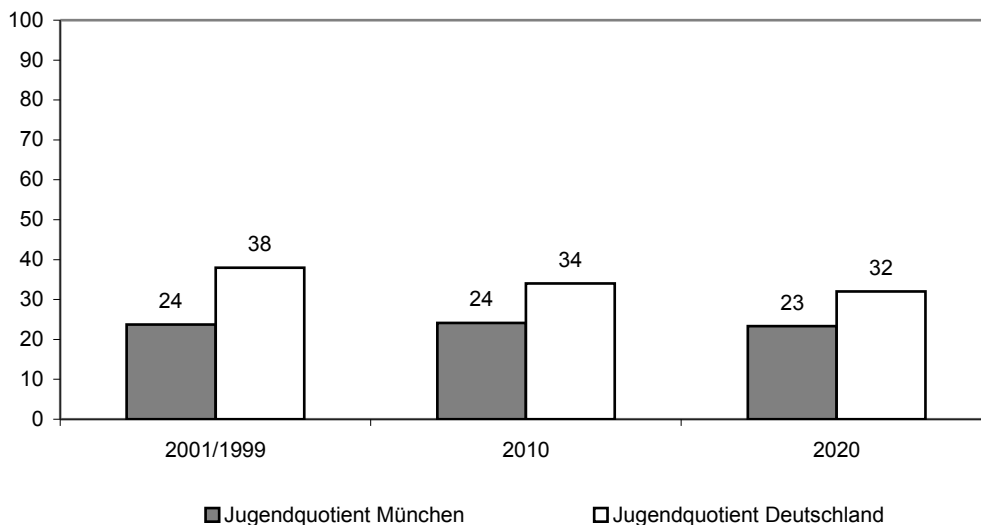
Quelle: Planungsprognose 2002, 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

## Jugend- und Altersquotienten

Die Relation zwischen jenen Bevölkerungsanteilen, die durch die Gesellschaft "getragen" werden und jenen die "tragen" (darunter wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verstanden) wird als Jugend- bzw. Altersquotient bezeichnet. In den Berechnungen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter als die "tragende" Bevölkerungsgruppe angenommen, vor allem deshalb, weil durch die Struktur der Sozialversicherungssysteme vorgegeben wird, dass die gegenwärtig erwerbstätige Bevölkerung die anderen Bevölkerungsgruppen finanziert. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass bei der Definition von „Tragen“ und „Getragen werden“ nicht allen Aspekten Rechnung getragen wird. Zum einen gibt es noch andere monetäre Leistungen, von denen verschiedene Bevölkerungsteile unterschiedlich stark belastet bzw. begünstigt sind (Steuern, Unterhaltskosten für Kinder, Erziehungsgeld...). Zum anderen tragen Seniorinnen und Senioren die Gesellschaft in vielen Bereichen mit. Sie leisten ehrenamtliche Arbeit in Vereinen, hüten Enkelkinder oder unterstützen ihre erwachsenen Kinder finanziell oder durch Sachleistungen. Ebenso leisten bereits Jugendliche durch Geschwisterbetreuung oder auch ehrenamtliche Arbeiten in Vereinen bereits Arbeit, durch die die Gesellschaft getragen wird. Abgesehen davon wird die Leistung der erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Frauen und Männer im Rahmen der Elternschaft in diesem Modell nicht berücksichtigt, soweit es sich nur auf finanzielle Leistungen beschränkt.

- Auf 100 Menschen zwischen 20 und 59 Jahren kommen in München 24 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren. Daran wird sich voraussichtlich auch im Prognosezeitraum wenig ändern. Im Gegensatz dazu nimmt der Jugendquotient bundesweit ab: 1999 kamen auf 100 Erwachsene zwischen 20 und 59 Jahren 38 Kinder und Jugendliche, 2020 werden es nur noch 32 sein.

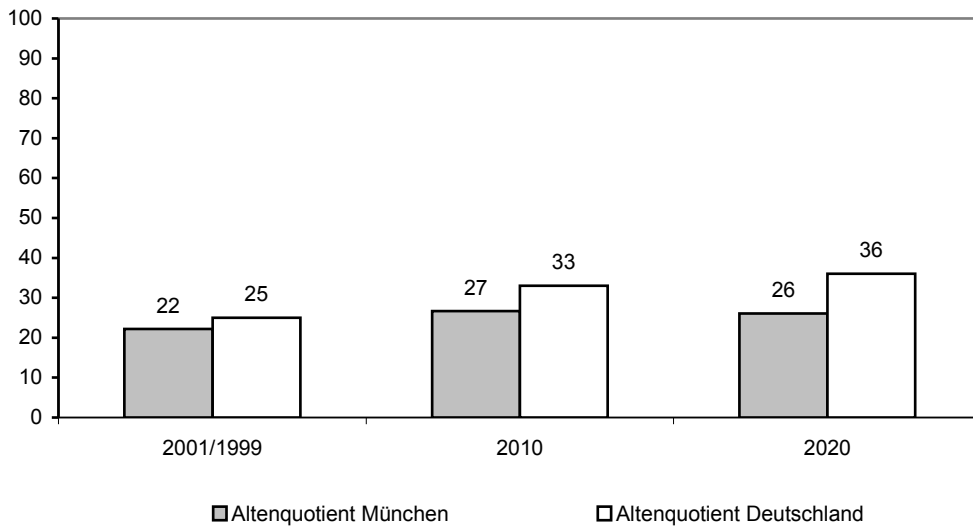
Jugendquotient München und Deutschland im Vergleich  
unter 20-Jährige je 100 Personen von 20 bis 59 Jahren



Quelle: Planungsprognose, 9. Koordinierte Bevölkerungsprognose

- Der Altenquotient für Menschen ab 65 Jahren (bezogen auf 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren) steigt in München von 22 im Jahr 2001 auf 27 im Jahr 2015 und sinkt bis 2020 auf 26 ab. Im Gegensatz dazu verändert sich der Altenquotient bundesweit sehr viel stärker: Die Anteile in Deutschland lagen bereits 1999 höher als 2001 in München, auch sind die Zunahmen in Gesamtdeutschland sehr viel stärker. Bundesweit werden 2020 100 Erwerbstätige 36 alte Menschen "tragen", fast die Hälfte mehr als in München.

**Altenquotient "65" München und Deutschland im Vergleich  
über 64-Jährige je 100 Personen von 20 bis 64**

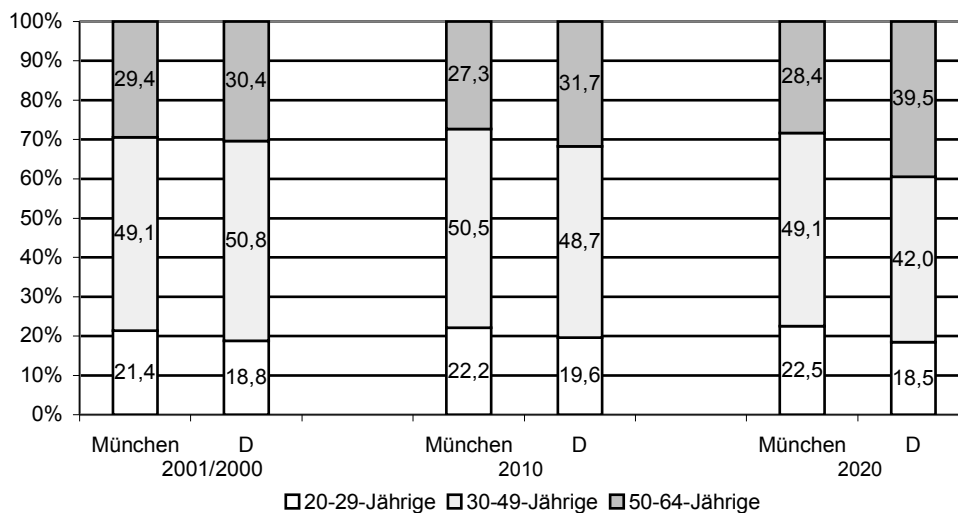


Quelle: Planungsprognose, 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

### Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Struktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier 20-64 Jahre) verändert sich in Deutschland sehr viel stärker in Richtung Alterung als in München. In Deutschland nimmt der Anteil der Menschen zwischen 50 und 65 stark zu und jener der mittleren Altersgruppe (30-49 Jahre) ab. In München sind knapp 50% aller Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 30 und 49 Jahre alt, ein Fünftel zwischen 20 und 29 Jahren und knapp 30% zwischen 50 und 64 Jahren. Daran wird sich laut Planungsprognose in den nächsten 20 Jahren nicht sehr viel ändern.

**Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in München und  
Deutschland**



Quelle: Planungsprognose 2002, 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

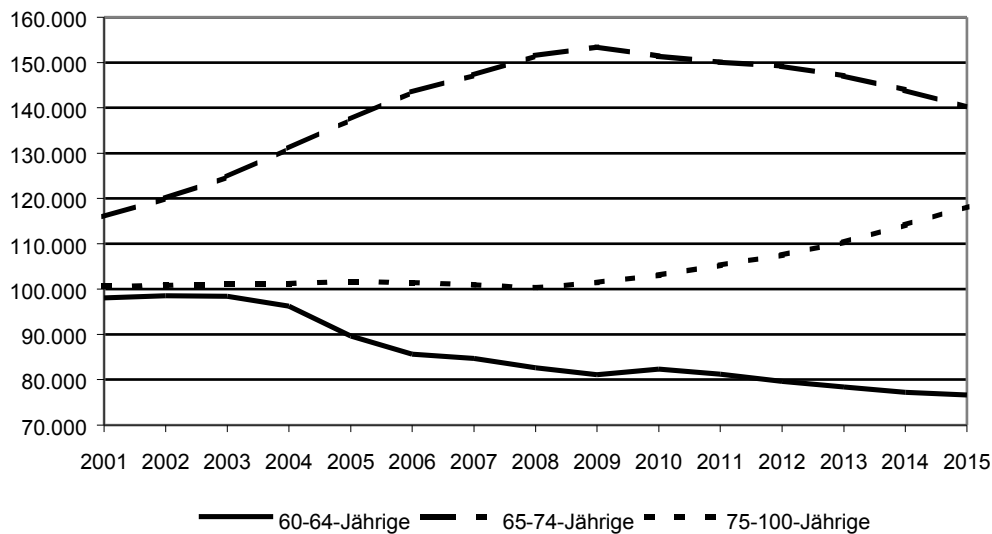
### Entwicklung der älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen in München

Auch wenn sich am Verhältnis einzelner Altersgruppen zueinander nur wenig verändert so wird sich die Anzahl und Struktur einzelner Bevölkerungsgruppen verändern. Die größten Veränderungen wird es bei den älteren Menschen geben.

Die Gruppe der älteren Menschen wurde in drei Altersgruppen untergliedert: die 60-64-Jährigen, die 65-74-Jährigen sowie die über 74-Jährigen.

- Die Jahrgänge der heute 50-59-Jährigen sind etwas schwächer besetzt als jene der heute 60-64-Jährigen. Durch deren Alterung wird die Zahl der 60-64-Jährigen bis 2010 abnehmen. (2001 rund 98.000 Menschen, ihre Zahl wird bis 2015 um 28% auf 76.700 Menschen zurückgehen und dann wieder leicht ansteigen)
- Die Jahrgänge der 60-64-Jährigen umfassen jene Menschen, die sich am Übergang von der Erwerbstätigkeit zur Verrentung befinden. Das aktuelle Renteneintrittsalter liegt durch Frühverrentung und Vorruhestand bei 60 / 61 Jahren. Hierbei handelt es sich um geburtenstarke Jahrgänge in München, zumal sich in dieser Gruppe auch die bis 1973 angeworbenen Gastarbeiter, die nun ins Rentenalter kommen, befinden. Bis 2010 wird damit die Zahl der 65-74-Jährigen zunehmen, ab 2010 jene der über 75-Jährigen.
- Die Gruppe der 65 bis 74-Jährigen ist meist wenig durch gesundheitliche Probleme beeinträchtigt und nimmt in der Regel noch sehr aktiv am gesellschaftlichen Leben teil. Ihre Zahl wird durch das Hineinaltern starker Jahrgänge von 116.000 im Jahr 2001 auf 153.000 im Jahr 2009 steigen (dies entspricht einer Zunahme von 32% bzw. 37.000 Personen) und wird anschließend wieder absinken. Am Ende des Prognosezeitraums wird die Zahl der Münchnerinnen und Münchner zwischen 65 und 74 Jahren voraussichtlich bei einem Niveau von ca. 11% über jenem von 2001 stagnieren.
- Die Zahl der Menschen über 75 wird durch das Hineinaltern starker Jahrgänge in diese Altersgruppe zunehmen. 2001 lebten in München rund 100.000 Menschen über 75 Jahre. Bis zum Jahr 2009 wird sich diese Zahl zunächst kaum verändern, nach 2009 wird die Zahl der Menschen über 75 zunehmen und dann stagnieren. 2015 werden in München nach der Planungsprognose 18.000 Menschen über 75 Jahren mehr leben als 2001. Die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit steigt mit zunehmendem Alter. Ob sich im Zuge der steigenden Lebenserwartung die Zahl der pflegebedürftigen alten Menschen oder die Zahl der "gesunden Alten" erhöhen wird, ist jedoch unklar.
- In Zukunft wird es in München mehr ältere Ausländer und Ausländerinnen sowie mehr ältere Männer geben als heute. Der Ausländeranteil wird bei den über 75-Jährigen von 3,6% 2001 auf rund 7% im Jahr 2015 ansteigen. Insgesamt wird jedoch ein nahezu gleichbleibender Ausländeranteil in München prognostiziert. Diese veränderte Zusammensetzung der Gruppe der älteren Menschen hat Konsequenzen auf Pflegeeinrichtungen, die sich in Zukunft verstärkt auf die Bedürfnisse von ausländischen und männlichen Bewohnern einrichten müssen.

## Veränderung der Anzahl älterer Menschen



Quelle: Planungsprognose 2002

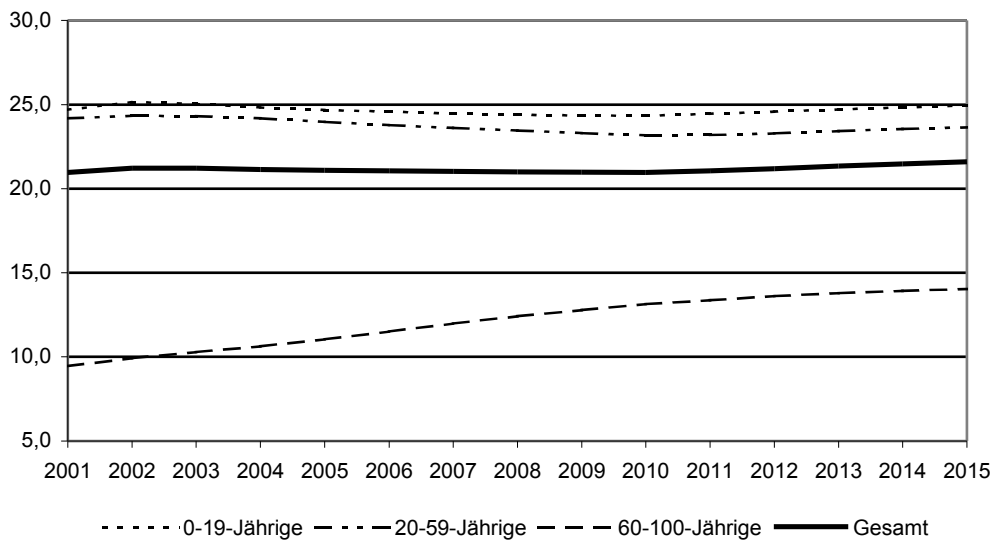
- Die Wanderungsbewegungen sind auch für die Entwicklung der Zahl der älteren Menschen von Bedeutung. Ohne Wanderungsbewegungen würde die Zunahme älterer Menschen höher ausfallen als bei einer angenommenen Fortsetzung des gegenwärtigen Wanderungsverhaltens. Im Jahr 2001 sind rund 1000 Menschen über 75 nach München gezogen, während etwa 2000 Menschen dieser Altersgruppe die Stadt verlassen haben. Auch die Ergebnisse der 2001 vom Planungsreferat durchgeführten Wanderungsmotivbefragung der in den Jahren 1998-2000 aus München weggezogenen Haushalte weisen gerade bei der Gruppe der älteren Menschen auf einen erhöhten Handlungsbedarf hin. So mussten zahlreiche ältere Münchener Bürgerinnen und Bürger, die zum Teil Jahrzehnte in München gelebt hatten, oft schweren Herzens in das Umland umziehen, da sie keinen (bezahlbaren) Altenheim-/Pflegeplatz in der Stadt finden konnten.

### Nichtdeutsche Bevölkerung in München

Der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung lag im Jahr 2001 in München bei 21%. Bis 2015 wird sich dieser nach der Planungsprognose 2002 voraussichtlich nur sehr geringfügig, auf 21,6% erhöhen. Die altersspezifischen Ausländeranteile sind für einzelne Altersgruppen unterschiedlich. Der Anteil nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher sowie Erwachsener im erwerbsfähigen Alter (hier 20-59 Jahre) lag 2001 bei 24% bzw. 25%. (In den einzelnen Altersjahren schwankt der Ausländeranteil zwischen 13% und 40%.) Im Prognosezeitraum bleibt der Ausländeranteil in diesen Altersgruppen ungefähr gleich. Im Gegensatz dazu wird der Anteil der nichtdeutschen älteren Menschen kontinuierlich ansteigen. Dies ist mit einem Durchaltern der Altersgruppe der heute 55- bis 60-Jährigen begründet. In diese Altersgruppe fallen viele der bis 1973 angeworbenen Gastarbeiter, weshalb der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung hier erhöht ist. Bei den älteren Menschen steigt der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung von 9% im Jahr 2001 auf 14% im Jahr 2015. Auch absolut wird die Anzahl der Ausländerinnen und Ausländer ab 60 von 30.000 im Jahr 2001 auf 47.000 im Jahr 2015 steigen. Dies hat vor allem für altersspezifische Infrastruktureinrichtungen Auswirkungen, da diese in Zukunft verstärkt die Bedürfnisse älterer Menschen mit nichtdeutschem kulturellen und religiösen Hintergrund berücksichtigen müssen.



Anteil nichtdeutscher Bevölkerung nach Altersgruppen in München



Quelle: Planungsprognose 2002

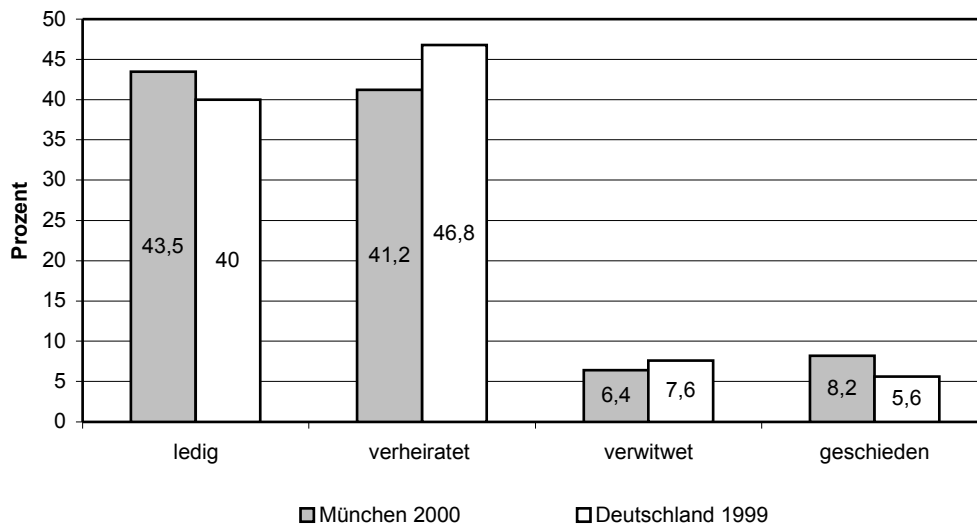
### Haushalte und Familien

Neben dem "klassischen" demografischen Wandel, das heißt Veränderungen der Altersstruktur und der Bevölkerungsgröße, sind teilweise auch als dessen Folge gesellschaftliche Veränderungen zu beobachten, die sich auf das Zusammenleben der Menschen beziehen und sich in quantitativen Veränderungen der Lebensformen, Haushaltsgrößen und –zusammensetzungen sowie Heirats- und Scheidungszahlen niederschlagen. Im Zusammenhang mit der Alterung der Gesellschaft stellt sich die Frage, wie sich in Zukunft das Zusammenleben der Menschen und der Generationen gestalten wird. Die Pluralisierung familialer Lebensformen und die Veränderung in den Verwandtschaftsstrukturen stehen in Zusammenhang mit den Folgen des demografischen Wandels. So wird es beispielsweise nicht nur mehr alte Menschen geben, sondern auch mehr Alleinlebende und mehr kinderlose Menschen. Dies hat u.a. zur Folge, dass voraussichtlich die Anzahl der Personen, die im Falle der Pflegebedürftigkeit nicht von Angehörigen gepflegt werden kann, zunimmt. Und dies wiederum hat Folgen für den Bedarf an sozialen Diensten.

Generell werden für moderne Gesellschaften im Bereich der Haushalts- und Familienstrukturen folgende Entwicklungen beobachtet und deren Folgen diskutiert:

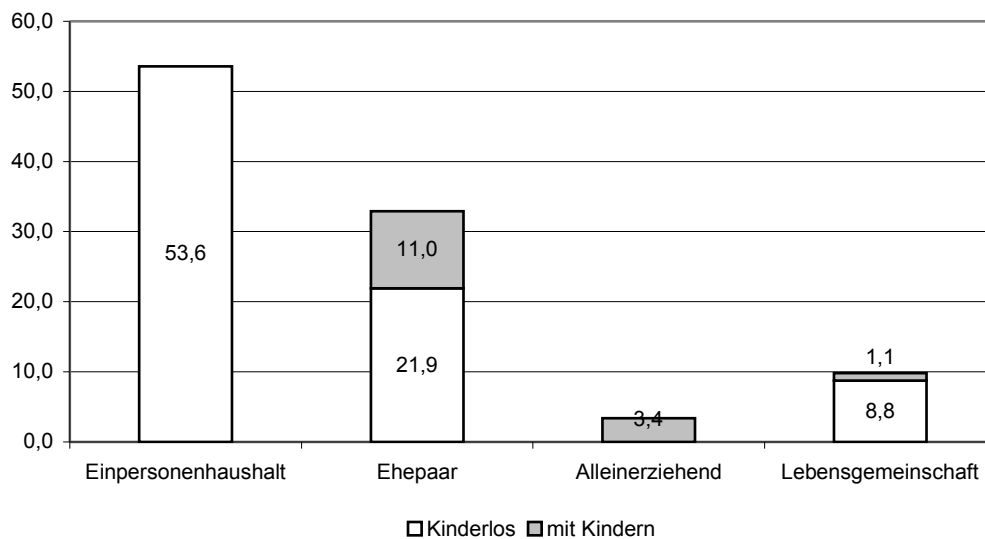
- Die Zunahme alternativer Lebensformen zur klassischen Ehepaar-mit-Kind-Familie. Insbesondere gibt es mehr Ein-Eltern-Familien und Stieffamilien.
- Eine Verkleinerung der Haushalte: Die Zahl der kinderlosen Paare und der Alleinlebenden nimmt zu. Gleichzeitig gibt es immer weniger Haushalte mit vielen Kindern. Damit nehmen auch Gelegenheiten für Begegnungen und Unterstützungsleistungen zwischen den Generationen ab.
- Eine größere Vielfalt bei der Gestaltung von Lebensläufen und die Zunahme biographischer Brüche. (z. B. durch Trennung, Scheidung, Mobilität...)
- Eine Verschlankung der verwandtschaftlichen Netze durch die Abnahme der Querverbindungen innerhalb der Verwandtschaft.

### Familienstand in München und Deutschland im Vergleich



Quelle: Statistisches Amt München, 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

### Haushaltstypen in München (Anteil an allen Haushalten) im Jahr 2000



Quelle: Statistisches Amt München

Gleichzeitig wird auch Kontinuität festgestellt:

- Partnerschaft, Familie und Kinder gelten in Umfragen nach wie vor als zentrale (gelebte oder gewünschte) Lebensbereiche. In der Münchner Bürgerbefragung 2000 gaben 91% der Befragten an, sie hielten "Partnerschaft" für einen sehr wichtigen oder wichtigen Lebensbereich. "Eigene Familie und Kinder" wurden von 78% der Befragten als sehr wichtiger oder wichtiger Lebensbereich eingestuft. Die Wichtigkeit der Partnerschaft nahm mit zunehmendem Alter ab, während die Bedeutung von eigener Familie und Kindern um so höher eingestuft wurde, je älter die Befragten waren.
- Unterstützende Familienbeziehungen werden auch über Haushaltsgrenzen hinaus weiterhin intensiv gelebt ("Multilokale Mehrgenerationenfamilie"). Untersuchungen zeigen enge

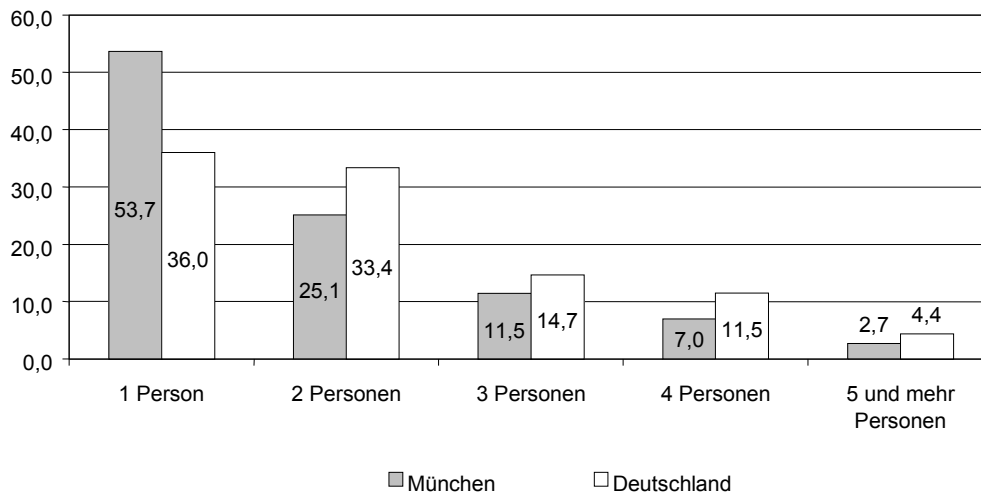
emotionale Bindungen und verlässliche Unterstützungsleistungen, auch wenn die Generationen in unterschiedlichen Haushalten leben.

Es gibt in Hinblick auf den Wandel familialer Lebensformen starke regionale Disparitäten nach städtischen und ländlichen Milieus, wobei Großstädte und besonders Entwicklungspole wie München starke Veränderungstendenzen im Bereich des Zusammenlebens zeigen. Über die Entwicklung familialer Lebensformen in München liegen keine Prognosen vor. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich Modernisierungstendenzen im Bereich des Zusammenlebens in München als Großstadt auch in Zukunft früher und stärker ausprägen werden als im Bundesdurchschnitt.

Für München gilt:

Zum Jahresende 2001 gab es in München 760.000 Privathaushalte<sup>7</sup>. Über die Hälfte dieser sind Einpersonenhaushalte (54%<sup>8</sup>), in einem Viertel aller Haushalte (25%) leben nur zwei Personen.

**Privathaushalte nach Anzahl der Personen  
in München und Deutschland im Jahr 2000**



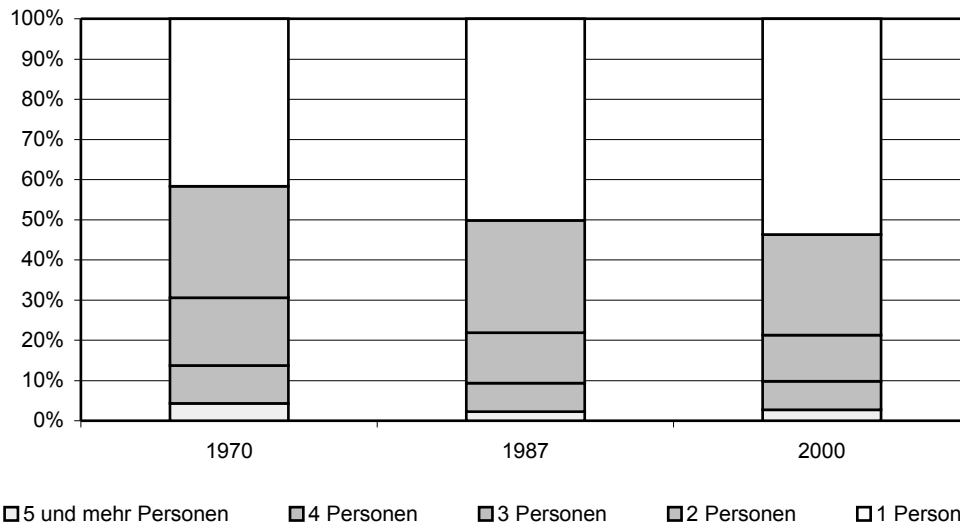
Quelle: Statistisches Amt München/ 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

- In Deutschland gab es 2000 38,1 Mill. Haushalte, davon waren 36% Einpersonenhaushalte und 33,4% Zweipersonenhaushalte. Der Anteil der Einpersonenhaushalte in München ist von 42% 1970 auf 54% 2001 stetig gestiegen. Dies entspricht bezogen auf die Anzahl der Einwohner, dass ca. 30% der Bevölkerung Münchens in Einpersonenhaushalten, ca. 28% in Zweipersonenhaushalten, 19% in Dreipersonenhaushalten, 16% in Vierpersonenhaushalten und 7% in Haushalten mit 5 oder mehr Personen, lebten (Zahlen 1999). Der Großteil der Menschen in Einpersonenhaushalten sind ältere Menschen (insbes. Frauen).
- Mehrpersonenhaushalte werden weniger (von 1970 bis 2001: um 9,5%), Zweipersonenhaushalte gehen nur leicht zurück (Rückgang 1970 bis 2001: um 2,5%).

<sup>7</sup> Ein Privathaushalt ist von ZIMAS definiert als ein Personenverband, in dem mehrere Personen miteinander wohnen. Gemeinschaftsunterkünfte, Heime und Anstalten werden nicht berücksichtigt. Die Daten werden auf der Basis lohnsteuerrechtlicher Informationen des Melderegisters gebildet. Durch den Vergleich von Namen, Einzugsdatum und Adresse wird auf die Zusammensetzung der Haushalte geschlossen.

<sup>8</sup> Aufgrund der ZIMAS zugrundegelegten Systematik zur Definition eines Haushalts wird die Zahl der Einpersonenhaushalte und damit der Alleinlebenden überschätzt. (vgl. auch Münchner Statistik, 2, 2003, S.3)

**Veränderung der Haushaltsgrößen in München  
(Anteil der Haushalte an einzelnen Haushaltsformen)**



Quelle: Statistisches Amt München

- In 16% aller Haushalte in München lebten 2001 Kinder unter 18 Jahren. 70% der Eltern dieser Kinder waren verheiratet, 7% lebten in Lebensgemeinschaften und 21% waren alleinerziehend. In über der Hälfte der Haushalte mit Kindern lebte nur ein minderjähriges Kind (57%), in 34% lebten zwei minderjährige Kinder, und in 8% der Haushalte mit Kindern lebten drei oder mehr Kinder unter 18 Jahren.
- Die Zahl der Haushalte mit minderjährigen Kindern ging in den letzten Jahrzehnten in München stark zurück, die Zahl der Alleinerziehenden sowie der nichtehelichen Lebensgemeinschaften nahm zu. In 7 von 10 Haushalten mit zwei oder mehr Personen lebten 2001 keine Kinder mehr, 1970 betrug dieses Verhältnis noch 4:10.

### Einkommensverteilung <sup>9</sup>

Das durchschnittliche Netto-Pro-Kopf-Einkommen in München lag im Jahr 2000 bei 1350€ pro Monat. Das Pro-Kopf-Einkommen ist ungleichmäßig auf einzelne Haushaltsformen verteilt, hier zeigt sich, dass sich die Disparitäten verstärkt haben. So stieg das Pro-Kopf-Einkommen der Einpersonenhaushalte von 1991 bis 2000 im Schnitt um 54%. Das der Familien stieg je nach Größe nur zwischen 31 und 40%. Lag das Pro-Kopf-Einkommen der Einpersonenhaushalte 1991 um 10% über dem Durchschnitt so betrug der Wert im Jahr 2000 bereits 24%. Dagegen blieb die Abweichung des Netto-Pro-Kopf-Einkommens der Familien vom Durchschnitt wie 1991 auch im Jahre 2000 zwischen 30 und 52% unterhalb des Durchschnittswerts nahezu konstant.

Es wird deutlich, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten zehn Jahren in München weiter geöffnet hat. Auch ist anzunehmen, dass sich diese Polarisierungstendenzen in Zukunft fortsetzen werden.

### Demografische Trends in der Stadtregion

Im Gegensatz zu der häufig in Volumen und Saldo variierenden Fernwanderung sind das Wanderungsvolumen und die Wanderungsbilanz zwischen Stadt und Umland relativ konstant. Seit Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts pendelt der Saldo von Zu- und Wegzügen um minus 6.000 Personen, davon 2/3 entfallen auf Familienhaushalte mit Kindern, die

<sup>9</sup>Alle Angaben in diesem Abschnitt stammen aus der Münchner Bürgerbefragung 2000 bzw. der Münchner Sozialstudie 1991.

wiederum ganz überwiegend unter 6 Jahre alt sind. Es dominieren zwar insgesamt bei den Zu- und Wegzügen aus dem bzw. in das Umland die Haushalte ohne Kinder (Singles und Zweipersonenhaushalte) ganz eindeutig (knapp 70% aller Wegzüge und sogar mehr als 80% aller Zuzüge), in der Saldobetrachtung gleichen sich Zu- und Wegzüge zwischen Stadt und Umland bei diesen Haushaltsgruppen aber nahezu aus. Ältere kinderlose Menschen (ab 50 Jahre) sind an innerregionalen Zu- und Wegzügen nur zu knapp 10% beteiligt, bei einem geringfügig negativen Saldo in der Bilanz.

Das Münchener Umland (acht Landkreise der Region München) verzeichnete zwischen 1990 und 2000 ein Bevölkerungswachstum von ca. 150.000 Personen (Zunahme um + 13,4%; zum Vergleich LH München: minus 18.800 Personen, = - 1,5%), wobei in absoluten Zahlen die Gemeinden in unmittelbarer Nähe der Kernstadt - neben den Mittelzentren - am stärksten gewachsen sind, jedoch der weiter von München entfernte Ring an Gemeinden deutlich höhere Zuwachsraten aufweist, auch zwischen den S-Bahnachsen. Auffallend sind die Einwohnerzuwächse im sehr dynamischen Bereich zwischen München und dem Flughafen.

Die Prognosen für die weitere Einwohnerentwicklung der Region sind uneinheitlich. Während die Raumordnungsprognose des Bundes (Quelle: Laufende Raumberechnung BBR, Mikrozensus 1998; IzR 11/12 1999) für die Planungsregion München im Zeitraum 2000 – 2015 einen Bevölkerungsanstieg von etwa +100.000 (+ 4,2%) voraussagt, geht die aktuelle Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern vom April 2003 in der Prognose bis 2020 von einer weitgehenden Beibehaltung des Status Quo aus (dabei zunächst leichter Anstieg bis 2010 und danach Rückgang in der Dekade 2010 – 2020).

Nach Einschätzung des Planungsreferates spricht aus heutiger Sicht mehr für die Prognose des Bundes, denn

- der Zuwanderungsdruck auf die Region München ist ungebrochen und die Flächenpotenziale in den Bauleitplänen der Städte und Gemeinden für ein anhaltendes Bevölkerungswachstum sind heute schon vorhanden
- Es ergibt sich allein für die LH München nach der aktuell berechneten Planungsprognose des Planungsreferates für das Jahr 2015 ein Einwohnerzuwachs von +28.000, dies entspricht + 2% (hier allerdings: wohnberechtigte Bevölkerung).
- Für den bereits im vergangenen Jahrzehnt besonders dynamischen Bereich des Flughafenumlandes werden weitere Bevölkerungszuwächse in einer Größenordnung von bis zu 60.000 Einwohner prognostiziert (Strukturgutachten Flughafen-Umland, Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, BStMWVT, Juli 2002).

Die für Gesamtdeutschland erwarteten Bevölkerungsverluste werden ebenso wie in der Stadt auch in der Region München mittelfristig vermutlich nicht oder nur in geringem Ausmaß eintreten. In der Region München ist vielmehr ein Prozess der Ausweitung des urbanen Raumes zu beobachten, der anhalten dürfte. Motoren der Entwicklung sind positive Wanderungssalden der Fernwanderung und die Prosperität der vorhandenen Wirtschaftsbranchen.

### **Deutschlandweite regionale Disparitäten**

Der demografische Wandel vollzieht sich in Deutschland regional unterschiedlich. Es zeichnet sich ab, daß es Gewinner- und Verliererregionen geben wird, wobei schon jetzt prosperierende Regionen profitieren werden, während wirtschaftlich schwache Regionen weiter verlieren werden. Aus demografischer Sicht werden die Disparitäten in Deutschland während der kommenden Dekaden nicht kleiner, sondern größer werden. Alternde und schrumpfende Regionen mit kleinem Anteil von Einwanderern werden Regionen gegenüberstehen, in denen ausländische und eingebürgerte Zuwanderer sowie deren Kinder eine zunehmend größere Rolle spielen. Die bisherigen Entwicklungen sowie die Bevölkerungsprognosen für München lassen erwarten, dass München eher zu den "Gewinnerregionen" gehören wird.

**Fazit:**

**Die Alterung der Münchner Bevölkerung wird zunächst weniger stark ausfallen als im Bundesschnitt. Die Altersstruktur wird sich im Zeitraum der Planungsprognose kaum verändern, aber es werden bis Ende des Prognosezeitraums (2015) voraussichtlich 18.000 Menschen über 75 Jahre mehr in München leben als heute. Die Zahl und der Anteil der Kinder und Jugendlichen wird nur leicht zurückgehen. Es ist allerdings zu erwarten, dass sich Veränderungen qualitativer Art ergeben werden. Die Disparitäten zwischen Arm und Reich werden voraussichtlich stärker werden und die Beziehungsstrukturen innerhalb der Familien und der Generationen werden sich weiter verändern. Aufgrund dieser absehbaren Entwicklungen untersucht das Planungsreferat, wie sich die Planung in München in spezifischer Weise auf den demografischen Wandel einstellen kann.**

## **A.II.2 Folgen, Herausforderungen und Handlungsfelder für die Stadtentwicklung**

### **A.II.2.1 Konsequenzen für Wohnungsmarkt, Siedlungsentwicklung und regionale Kooperation**

Nach verbreiteter Einschätzung von Wissenschaftlern steigt der Wohnungsbedarf für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt bis etwa 2015 trotz sinkender Bevölkerungszahlen noch deutlich an.

Diese Annahme eines steigenden Wohnungsbedarfs wird für München verstärkt gelten, da aufgrund seiner Attraktivität für Zuwanderer hier mit einem leichten Bevölkerungszuwachs gerechnet wird. Für die Siedlungsentwicklung können sich trotzdem in Teilbereichen sinkende Einwohnerdichten ergeben mit entsprechenden Auswirkungen auf die Versorgungs-Infrastruktur. Zur Begründung im einzelnen:

Wohnungsmarkt:

Bundesweit wird die Zahl der Haushalte trotz der schrumpfenden Bevölkerung steigen, da die kleinen Rentner-Haushalte relativ zu den jungen Familien mit Kindern an Gewicht gewinnen. Die Zahl der 'Alterssingles' wird deutlich anwachsen.

Für die Wohnflächenentwicklung pro Haushalt ist von Bedeutung, dass (bundesweit) Haushalte jenseits der Altersklasse von 40-44 Jahren im Mittel ihre Wohnfläche nicht mehr verändern, ein Umzug aufs 'Altenteil' findet in relevantem Umfang nicht mehr statt. Damit bedeuten sinkende Haushaltsgrößen im Alter gleichzeitig auch höhere Pro-Kopf-Wohnflächen. Ein weiterer starker Effekt auf den Wohnflächenverbrauch liegt darin begründet, dass die bis 2015 ins Rentenalter tretenden Geburtsjahrgänge in ihrer Haushaltsvergrößerungsphase in ihren 40er Lebensjahren eine im historischen Vergleich besonders große Wohnfläche realisierten (den historischen 'Rekord' hält der Geburtsjahrgang von 1946 mit 107 m<sup>2</sup>, während der Geburtsjahrgang 1911 in seiner Haushaltsvergrößerungsphase im Mittel noch eine Familienwohnung von nur 70 m<sup>2</sup> bezog). Auf Gesamtdeutschland bezogen wird sich das Pro-Kopf-Wohnflächenwachstum erst nach 2015 verlangsamen, in München noch später.

Infolge dieser Tendenzen werden auf längere Sicht noch große Wohnungen und Einfamilienhäuser blockiert und relativ untergenutzt sein. Gleichzeitig sind die in den nächsten Jahren im Erbgang freiwerdenden Wohnungen zunächst einmal noch nicht so groß – sie entsprechen damit noch nicht den Ansprüchen junger Familienhaushalte hinsichtlich ihrer Wohnflächenausstattung. Das daraus resultierende strukturelle Ungleichgewicht zwischen Wohnungsangebot und –nachfrage macht zusätzlichen Neubaubedarf bei gleichzeitigem Leerstand wahrscheinlich. Dieser Trend wird verstärkt durch zunehmende Individualisierung und Ausdifferenzierung von Lebensstilen.

Für München wird diese Entwicklung aufgrund der deutlich vom Bundesdurchschnitt abweichenden Altersstruktur (größerer Anteil kinderloser Haushalte) schwächer ausfallen, insbesondere auch, weil hier im relevanten Zeitraum noch ein negativer Wanderungssaldo bei den Alten erwartet wird, wodurch relativ weniger große Wohnungen blockiert werden.

Zusätzlich gilt zu bedenken, dass auf Grund der absehbaren demografischen Prozesse bis zum Ende der Dekade und darüber hinaus (vgl. Raumordnungsprognose des Bundes) damit zu rechnen ist, dass die Zahl der Familien - die klassischen Nachfrager großer Wohneinheiten sowie die Gruppe, die am relativ meisten Wohneigentum schafft - abnehmen wird. Soweit dieser Effekt stärker ist als der der Blockade großer Wohnungen im Alterungsprozess, könnte sich insgesamt eine gewisse Entspannung in dem heute in München sehr problematischen Marktsegment großer Wohnungen ergeben, und in der Folge damit auch eine Abschwächung der Stadt-Umland-Wanderung einhergehen.

Für die BRD insgesamt wird erwartet, dass sich die gesamten Wohnungsmärkte tendenziell entspannen werden, womit auch die Wahlfreiheit der Nachfrager zunimmt. Dies wird einen Bevölkerungsrückgang in unattraktiven Lagen zur Folge haben (z.B. an lärmbelasteten Standorten und in Bereichen mit schlechten städtebaulichen Qualitäten).

Diese Situation wird für München jedoch im Zeithorizont bis 2015 wohl nicht eintreffen; es ist vielmehr damit zu rechnen, dass die regionalen Wohnungsmärkte künftig noch stärker auseinanderdriften. Dabei wird München zu den Zentren mit Wachstumsgewinnen zählen, was anhaltenden Druck auf den Wohnungsmarkt erwarten lässt.

Aufgrund der fortbestehenden kritischen sozialen Entwicklung wird auch der Bedarf an öffentlich geförderten Wohnraum weiter zunehmen.

#### Büroflächenmarkt:

Was den Büroflächenmarkt betrifft, so ist die Prognosesituation wesentlich schwieriger. Der tendenziell abnehmenden Zahl der Erwerbstätigen steht der fortschreitende Prozess der Tertiärisierung entgegen. Gegenwärtig ist nicht absehbar, ob sich daraus im Saldo ein sinkender Büroflächenbedarf ableiten lässt. Gegenwärtige Prognosen bewegen sich in einem Korridor, der sowohl eine Zunahme als auch eine Abnahme des Büroflächenbedarfs bis 2015 möglich erscheinen lässt.

#### Siedlungsentwicklung:

Die gesamte Siedlungsentwicklung betreffend ist zusammenfassend für die BRD als relevanter Effekt lediglich abschätzbar, dass in Gemeinden bzw. Gemeindeteilen mit größerem Altbestand an Einfamilienhausgebieten und entsprechend homogener Altersstruktur eine Ausdünnung der Bevölkerung stattfindet, die zu einer Unterausnutzung von Versorgungseinrichtungen (insbes. soziale Infrastruktur, Einzelhandel) führen wird. Dies würde dann in einem nennenswerten Ausmaß auch zu einer Aufgabe entsprechender Einrichtungen führen, wobei gerade für den Einzelhandel die Gefahr eines sich selbst nährenden Abwärtsprozesses gesehen werden muss.

Die Stadt München ist hiervon allerdings insofern weniger stark betroffen, da dieser Siedlungstyp im Stadtgebiet deutlich unterrepräsentiert ist.

Zudem hat sich in der Vergangenheit in München gezeigt, dass in den Bestandsgebieten der Einfamilien- und Reihenhausbebauung eine bauliche Verdichtung stattfand, die den wachsenden Wohnflächenverbrauch überkompensierte und zu steigenden Einwohnerdichten führte. Der anhaltend angespannte Münchner Wohnungsmarkt mit seinen hohen Bodenpreisen fördert die Ausbildung kompakter Siedlungsformen und lässt eine Fortdauer dieser Entwicklung mindestens auf mittlere Sicht erwarten.

Trotz dieser Entwicklung ist eine Ausdünnung des Nahversorgungsnetzes (insbes. Lebensmittelversorgung) bereits heute auch in München Realität. Dieser Trend wird durch die demografischen Entwicklungsprozesse verstärkt werden.

#### Regionale Verflechtungen:

Im regionalen Zusammenhang wird, unabhängig von der demografischen Entwicklung, mit einer Abwanderung von Dienstleistungsunternehmen mit zentralörtlicher Bedeutung aus der Kernstadt in das Umland gerechnet. Hinzu kommt die tendenziell abnehmende Mobilität einer alternden Bevölkerung, für die z.B. der bequeme Versorgungseinkauf mit dem Auto in gut erreichbaren zentralen Standorten eine zunehmende Rolle spielt. Zusammengenommen entsteht eine Veränderung räumlicher Beziehungsmuster, nämlich eine Zunahme von kleinteiligen regionalen Verflechtungen zulasten der Bezüge zur Kernstadt mit ihren traditionell radialen Verknüpfungen. Eine wachsende Bedeutung lokaler Erreichbarkeiten ginge dann in der Folge mit der Entstehung neuer Wachstumspole in der Region einher. Dies würde in München zu einem relativem Bedeutungsrückgang der Innenstadt führen, damit den bestehenden Druck auf die City senken und könnte auf dem Weg über sinkende Bodenpreise neue Entwicklungsspielräume auch jenseits der Kommerzialisierung für die Innenstadt eröffnen.

Auf das Stadtgebiet übertragen sollten entsprechende Tendenzen zur Stärkung polyzentrischer Strukturen und zum Ausbau der wohngebietsnahen Versorgung in den Stadtteil- und Quartierszentren genutzt werden.

Ob im Raum München die für zahlreiche andere Großstadtregionen plausible Vorhersage einer künftig sich noch verstärkenden Standortkonkurrenz zwischen Kernstadt und Umlandgemeinden im Kampf um umzugswillige Einkommensteuerzahler so eintreten wird, hängt aber auch in starkem Maße vom Volumen und der Bilanz der Fernwanderungen und damit von der



Attraktivität der Region und ihres Zentrums ab. Solange die Region München eine Wachstumsregion bleibt, wird sich der Konkurrenzkampf zumindest nicht dramatisch verschärfen.

### Handlungsfelder:

- **Nachverdichtung im äußeren Stadtbereich:**

Es soll der durch die demografische Entwicklung tendenziell drohenden Ausdünnung der Bevölkerung speziell in Gebieten der Einfamilien- und Reihenhausbebauung entgegen gewirkt werden, um die notwendigen Tragfähigkeiten für Einrichtungen der öffentlichen und privaten Infrastruktur zu erhalten. Hierzu eignet sich die Fortführung der bereits vielerorts praktizierten verträglichen baulichen Verdichtung in Planungsgebieten des äußeren Stadtbereichs (vgl. etwa die Wohngebiete Schäferwiese Aubing; Josef-Frankl-Straße Feldmoching; Friedenspromenade und Truchthari-Anger Trudering). Dabei wird besonders darauf zu achten sein, dass städtebaulich qualitätsvolle Lösungen geschaffen werden, die vom Markt angenommen werden. Hier kann auch die Entwicklung neuer attraktiver kompakter Siedlungsformen erprobt werden.

- **Polyzentrische Siedlungsentwicklung:**

Die Siedlungsentwicklung in der Stadt und im regionalen Maßstab soll sich an dem Leitbild der dezentralen Konzentration orientieren:

- Stärkung des städtischen Netzes an zentralen Einrichtungen und Bündelung öffentlicher und privater Entwicklungspotenziale, u.a. durch den Ausbau von Stadtteil- und Quartierszentren, bei räumlicher Integration von stadtteilbezogenen kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie dezentralisierter Verwaltungseinrichtungen.
- Realisierung von Flächenpotenzialen auch für großflächigen, in die Zentren integrierbaren Einzelhandel.
- Stabilisierung des Netzes an zentralen Standorten, ggf. auch Bündelung von Standorten unter Tragfähigkeitsgesichtspunkten.

- **Schaffung attraktiver Wohnungsangebote für ältere Menschen:**

Mit der wachsenden Zahl (sehr) alter Menschen wächst auch die Zahl derer, die auf Hilfen und Dienstleistungen angewiesen sind. Da gleichzeitig die Preise für diese Dienstleistungen überproportional steigen werden, da die erhöhten öffentlichen Abgaben die Preise erhöhen und die Angebotsengpässe bei steigender Nachfrage ebenfalls zu Preissteigerungen führen werden, müssen vermehrt Lösungen gefunden werden, die altengerechte Wohnangebote mit Hilfs- und Serviceangeboten für Ältere in räumlicher Nähe kombinieren.

Neben generellen Angeboten im Neubau müssen vermehrt auch Bestandswohnungen im Sinne eines marktgerechten Wohnangebots für Ältere umstrukturiert werden (z.B. Schwellenfreiheit und besondere Ausstattung). Hinzu kommen müssen altengerecht gestaltete Wohnungen in Kombination mit integrierten Diensten, Sozialstationen und teilweise integrierten oder räumlich benachbarten Pflegebereich.

- **Verstärkte regionale Kooperation - auch im Wohnungsbau und der Wohnungsbauförderung:**

Bevölkerungssuburbanisierung wird es auch in Zukunft geben. Erforderlich bleibt daher eine über die Regionalplanung hinausgehende Stadt-Umland-Kooperation, die eine im Konsens erarbeitete regionale wohnungspolitische Arbeitsteilung sowie auch eine gleichmäßige Verteilung finanzieller Belastungen zwischen Kernstadt und Umland mit einschließt.

Der Wohnungsmarkt ist eines der wesentlichen Problemfelder, die nur dauerhaft und vorausschauend verbessert werden können, wenn über ein gemeinsames Problembewusstsein ein gemeinsames Regionsbewusstsein entstanden ist. Wohnungspolitische Maßnah-

men müssen immer im Zusammenhang einer Gesamtkonzeption der räumlichen Entwicklung gesehen werden, die auch andere Flächenansprüche wie Gewerbeflächenausweisung und Freiraumsicherung berücksichtigt. Dies ist ansatzweise im Siedlungs- und Freiraumkonzept des Regionalplans der Region München berücksichtigt. Zur praktischen Umsetzung und damit langfristigen Erfolgen auf dem regionalen Wohnungsmarkt ist jedoch eine intensivere Zusammenarbeit aller regionalen Akteure im Sinne eines vorausschauenden regionalen Flächenmanagements nötig.

- **Verstärkte Berücksichtigung von Bevölkerungsgruppen, die sich am Wohnungsmarkt nur schwer zu behaupten wissen – insbesondere Familien und ältere Menschen:**

Haushalte mit Kindern suchen temporär für diesen Lebensabschnitt ein kindergerechtes Wohnumfeld und bezahlbare, ausreichend große Wohnungen. Gerade Familien wissen (wie die Wanderungsmotivbefragung von 2001 zeigte) die spezifischen Standortqualitäten, die München ihnen bieten kann (etwa gut erreichbare Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten), durchaus zu schätzen und gehen nicht von vornherein davon aus, dass das Umland ihren Wohnstandortbedürfnissen besser entspricht. Der überproportionale Fortzug von Haushalten mit Kindern sollte hier eine entsprechende Signalwirkung für die städtische Politik entfalten. Ältere Menschen suchen geeignete und bezahlbare Wohnungen, gegebenenfalls in Kombination mit Pflegeeinrichtungen (s.o.). Um auch besserverdienende Haushalte in der Stadt halten zu können, wird die Entwicklung von Qualitätskonzepten für urbanes Wohnen mit offensiver Informationskampagne (Schwerpunktsetzung Mietwohnungsbau kleinerer Einheiten bis 6 Wohneinheiten) empfohlen.

#### **A.II.2.2 Auswirkungen auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt und berufliche Bildung**

Die Veränderungen in den soziodemografischen Rahmenbedingungen sind laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit von zentraler Bedeutung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung und demzufolge auch für den Arbeitsmarkt.<sup>10</sup> Wenn auch nach den o.g. Ausführungen keine gravierenden demografischen Strukturveränderungen im Bereich der Münchner und Münchnerinnen im arbeitsfähigen Alter festzustellen sind, so gibt es dennoch einige Veränderungen, die zumindest mittelbar einen Einfluss auf die Münchner Wirtschaft haben werden. Außerdem können sich die Unternehmen in München, die den wesentlichen Teil ihres Umsatz außerhalb von München realisieren, den sehr viel stärkeren Veränderungen sowohl innerhalb Deutschlands, aber auch darüber hinaus nicht entziehen.

Für die Wirtschaft Münchens unmittelbar relevant sind die Verkleinerung der Haushaltsgröße bei gleichzeitiger Zunahme der Einpersonenhaushalte, die deutliche Zunahme der deutschen und ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen über 60 bzw. über 65, der Rückgang der Personen unter 20 Jahren bei einer gleichzeitigen relativen Zunahme der ausländischen jüngeren Mitbürger und Mitbürgerinnen. Diese Veränderungen werden das Konsumverhalten und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen durch die Bevölkerung verändern. Die auch in München einsetzende Alterung der Bevölkerung löst z.B. einen Bedarf an seniorenspezifischen Angeboten aus, der die oben genannte Veränderung in der Beschäftigungsstruktur in Richtung persönliche Dienstleistung stützt. Da auch zukünftig davon auszugehen ist, dass diese Dienstleistungen eher unterdurchschnittlich bezahlt werden, und bereits heute ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften feststellbar ist, besteht Handlungsbedarf in Richtung Ausbildung und Werbung für diese Berufe sowie Steigerung der Attraktivität dieser Tätigkeitsfelder z.B. durch bessere Bezahlung. Gleichzeitig wird die Sicherung wohnstandortnaher Grundversorgung umso bedeutsamer je größer der Anteil der Bevölkerung mit eingeschränkter Mobilität

<sup>10</sup> Inge Weidig, Peter Hofer, Heimfrid Wolff: Arbeitslandschaft 2010 nach Tätigkeiten und Tätigkeitsniveau. IAB – Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 227 (1999)

ist. Die Notwendigkeit zur entwicklungsplanerischen Berücksichtigung ausreichender Einzelhandelskapazitäten sowohl in Bestandsgebieten als auch in den neu zu entwickelnden Wohnstandorten ist sehr hoch.

Die Zunahme der Einpersonenhaushalte bei gleichzeitiger Verringerung der allgemeinen Haushaltsgröße verstärkt den Bedarf nach haushalts- bzw. personenbezogenen Dienstleistungen. Mit dieser Entwicklung einher geht der Rückgang der Haushalte mit Kindern. Die genannten Haushalte (ohne Kinder) haben häufig auch ein anderes Konsumverhalten und ein höhere personenbezogene Kaufkraft. Hiervon kann u.a. der Einzelhandel profitieren, wenn er den Konsumbedürfnissen dieser Käuferschicht (längere Öffnungszeiten, Erlebnis-Einkaufen u.ä.) entgegen kommt.

Der Rückgang der Bevölkerung unter 20 Jahren in München ist von eher geringer Bedeutung. Weit aus bedeutsamer ist die Tatsache, dass die Bevölkerung unter 20 bzw. unter 30 Jahren in Deutschland insgesamt rückläufig ist. Die Deckung des Arbeitskräftebedarfs erfolgt in München in wesentlichem Umfang durch Zuwanderung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, die bereits eine Berufsqualifikation haben. Hier ist das Potenzial entsprechend der demografischen Entwicklung rückläufig. Der Bedarf an Arbeitskräften, die zukünftig deutlich höher qualifiziert sein müssen, muss verstärkt durch Schulabgänger und Schulabgängerinnen aus München und Umgebung gesichert werden. Hier sind zwei Themen von Bedeutung. Immer noch ist die schulische Qualifizierung der ausländischen Jugendlichen, hier verstärkt der männlichen Jugendlichen, deutlich schlechter als die der deutschen Jugendlichen.<sup>11</sup> Zusätzlich besteht ein genereller Handlungsbedarf auf den Gebieten der Lese- und Schreibkompetenz sowie der naturwissenschaftlichen Kenntnisse, wie die PISA-Studie offengelegt hat. Die Verbesserung der Sprachkompetenz mit besonderer Förderung der ausländischen Jugendlichen ist also eine wichtige Voraussetzung zur Heranführung an den Arbeitsmarkt, da sonst eine Spaltung der Gesellschaft in diejenigen ohne Schulabschluss und diejenigen mit höherem Schulabschluss erfolgt. Gleichzeitig würden sich die bereits bestehenden Schwierigkeiten für ausländische Arbeitskräfte bei der Anpassung an den wirtschaftlichen Strukturwandel wegen der sprachlichen Hürden verstärken.

Eine weitere Aufgabe ist die Qualifizierung der Arbeitskräfte speziell für die Wirtschaftsbereiche, für die zukünftig ein wachsender Bedarf an Arbeitskräften zu erwarten ist. Die Qualifizierung z.B. im Bereich der persönlichen Dienstleistungen (z.B. im Sanitäts- und Gesundheitssektor) oder auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik ist hier zu nennen. Der immer wieder angeprangerte Verlust von Wissen durch das immer noch frühzeitige Ausscheiden von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen aus dem Arbeitsprozess durch Frühverrentung und Altersteilzeit (Frauen arbeiten im Durchschnitt ein halbes Jahr länger) wird auf absehbare Zeit nicht gestoppt. Gründe hierfür sind, dass der Produktivitätsfortschritt nicht geringer ist als das Produktionswachstum und deshalb der Bedarf nach Arbeitskräften nicht steigen wird und deshalb keine zusätzliche Beschäftigung entsteht. Diesem Prozess kann nur durch eine Reduzierung der Arbeitszeit oder Teilzeit usw. entgegen gewirkt werden. Unabhängig davon sollte der Wissenstransfer im Sinne von „Alt hilft Jung“ gestärkt werden. Dabei beschränkt sich dieser Ansatz nicht auf die bereits laufenden Programme für Unternehmensgründer und Unternehmensgründerinnen, sondern generell auf jüngere Mitbürger und Mitbürgerinnen, die in den Arbeitsprozess einsteigen.

Wie bereits ausgeführt ist auch bei einer konjunkturellen Erholung u.a. nach Meinung des IAB nicht mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Außer dem Produktionsfortschritt wird dies begründet mit dem Fortschritt der Informations- und Kommunikationstechnologie, die die Transaktionskosten für den Kunden reduziert, der Liberalisierung der Handelsströme, der neuen Möglichkeiten in den Bereichen der Mikro- und Optoelektronik, der Werkstoff-, Solar-, Bio-, Medizin- und Gentechnik, der Recyclingverfahren usw. Da München auf vielen dieser

<sup>11</sup> Siehe Referat für Arbeit und Wirtschaft: Der Beitrag der ausländischen Bevölkerung zur Wirtschaft Münchens und der Region, S. 45 ff. Zu beachten ist, dass die Jugendlichen mit einer Staatsangehörigkeit aus den ehemaligen Anwerbestaaten (ehemaliges Jugoslawien, Portugal, Griechenland, Türkei) von den Problemen stärker betroffen sind.

Gebiete für Arbeitskräfte attraktiv ist, wird es zu einem Zustrom von Arbeitskräften kommen, der die Veränderung der Alterstruktur in München gegenüber z.B. Deutschland verzögert.

Die Planungen und bereits erfolgten Änderungen der Regelungen zur Frühverrentung und Altersteilzeit führen zu einer Zunahme des Erwerbspotenzials (Nachfrage nach Arbeit). Dadurch werden auch in München die demografischen Veränderungen mit großer Wahrscheinlichkeit kompensiert. Die Hoffnung, dass sich zumindest durch die geburtenschwächeren Jahrgänge die Arbeitslosigkeit langsam verringern könnte, ist demnach nicht aufrechtzuerhalten. Sie lässt sich auch für die späteren Phasen des soziodemografischen Wandels nicht aufrechterhalten, da sie unterstellt, dass sich das Ruhestandsalter nicht nach hinten verschiebt. Hier ist anzumerken, dass die durch die Sozialsysteme dann ausgelöste Belastung durch die arbeitende Bevölkerung nicht getragen werden kann. Es wird also in späteren Phasen des Wandels zu einer deutlichen Verschiebung des tatsächlichen Ruhestandsalters in Richtung 70 führen, wenn die Finanzierung der Renten weiterhin durch das Umlagesystem erfolgt.

Es ist anzunehmen, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen weiter steigen wird. Da dieser Anstieg vor allem durch die Erwerbstätigkeit von Müttern bedingt sein wird, ist es notwendig, ausreichend Kinderbetreuungsangebote bereitzustellen. Gleichzeitig ist es von Arbeitgeber- und Gesetzgeberseite notwendig, flexible Arbeitszeitmodelle (Teilzeit, Erziehungszeit...) für Mütter und Väter zu fördern. Des Weiteren ist es notwendig, günstige Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und familialer Pflege zu schaffen.

Insgesamt werden die Folgen des soziodemografischen Wandels für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in München im Prognosezeitraum bis 2020 entsprechend der ausgeführten Themen nur mäßige Wirkung entfalten. Allerdings ist davon auszugehen, dass auch München auf absehbare Zeit stärker in den soziodemografischen Wandel der Bundesrepublik Deutschland einbezogen wird, und dann auch mit vergleichbaren Folgen rechnen muss. München sollte also die Möglichkeit der längeren Vorbereitungszeit nutzen.

#### **Für die Kommune werden folgende Handlungsfelder gesehen:**

- **Förderung der Sprachkompetenz der jüngeren Generation**

Die Sprachkompetenz als zentrale Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe im Beruf und im Privatleben, muss, sofern dies nicht bereits durch die Schulen geschieht, in zusätzlichen Lerneinheiten vermittelt werden. Dabei ist es notwendig, dass auch die Elterngeneration der deutschen Sprache mächtig ist, um die Kinder und Jugendlichen beim Erwerb der Sprache zu unterstützen. Ohne ausreichende Sprachkompetenz ist kein Zugang zum Arbeitsmarkt möglich. Da besonders die ausländischen (männlichen) Jugendlichen hier Mängel aufweisen, werden ansonst zusätzlich soziale Spannungen aufgebaut.

- **Qualifizierung der Arbeitnehmer quer durch alle Generationen**

Aufgrund struktureller Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sind Anpassungsleistungen erforderlich. Daher wird es in jedem Lebensalter notwendig sein, durch Weiterqualifizierung auf Veränderungen zu reagieren. Für alle Berufszweige notwendige Kenntnisse, die sich z.B. aus der Globalisierung ergeben, sind Sprach- und Kulturkenntnisse.

- **Förderung der Dienstleistungen im Haushalts- und Gesundheitsbereich (Ansiedlung, berufl. Bildung)**

Dem besonderen Bedarf an Arbeitskräften z.B. im Gesundheitssektor kann nur durch eine gezielte Aufwertung dieser Berufe begegnet werden, dadurch dass a) die Möglichkeiten der Ausbildung (Berufsschulen) erweitert werden; b) für diese Berufe in den Schulen geworben wird und c) Unternehmen, die diese Dienstleistung anbieten, bei der Ansiedlung gezielt in die Stadtteile gelenkt werden. Hierfür ist z.B. planungsrechtlich die Voraussetzung zur Ansiedlung dieser Unternehmen zu schaffen.

- **Know-how-Transfer von Altersteilzeitarbeitenden und Rentnern/ Pensionären in „Alt hilft Jung – Programmen“**

Die Einrichtung von Informations- und Austauschbörsen kann eine Plattform für junge Unternehmen schaffen. Eine weitere Möglichkeit ist die Beratung von jungen Unternehmen durch Personen mit Expertenwissen und langjähriger Erfahrung.

### **A.II.2.3 Folgen für die Infrastrukturversorgung und soziale Dienste**

In diesem Kapitel ist auf der Grundlage der demografischen Entwicklung die Versorgung mit sozialer Infrastruktur und mit sozialen Diensten zu beleuchten. Dabei ergeben sich nicht nur hinsichtlich der reinen Versorgung Fragen, sondern auch durch den gesellschaftlichen Wandel andere Anforderungen an die Versorgung. Hinzu gesellen sich aktuell die kommunalpolitischen Entwicklungen der Verwaltungsreform mit der Neuorientierung auf den Bürger als demokratischen Teilhaber, Mitgestalter und als Kunden sowie die Krise der Kommunalfinanzen und darüber hinaus die Tatsache allgemein abnehmender Flächenreserven, was vor allem in der dichtbesiedelten Innenstadt schon heute immer wieder zu Nutzungskonflikten führt. Gerade die Haushaltsentwicklung hat dazu geführt, dass verstärkt die Rolle der Kommune als "Versorger" und der über Jahrzehnte gepflegte Bürgeranspruch auf eine bedarfsgerechte Infrastrukturversorgung hinterfragt wird.

Inwieweit die Propagierung und die Förderung einer Entwicklung zur "Bürgerkommune", von mehr Selbstverantwortung und von verstärktem bürgerschaftlichen Engagement in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens nicht mehr finanzierbare Versorgungsstandards ausgleichen oder gar ersetzen kann, ist hier zu hinterfragen.

### **Demografische Entwicklung, Infrastrukturversorgung und Handlungsfelder**

Ausgehend von der aktuellen Planungsprognose für die gesamtstädtische Entwicklung lassen 2 % Wachstum der Gesamtbevölkerung bis 2015 zunächst keinen Änderungsbedarf bei der Infrastrukturversorgung erkennen. Neben der Entwicklung der Bevölkerungszahlen insgesamt ist für die Infrastrukturversorgung ein differenzierter Blick auf die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur von Bedeutung.

Im Bereich der kommunalen Infrastrukturversorgung Münchens sind heute im Wesentlichen folgende Zielgruppen und/bzw. Handlungsfelder zu sehen:

- Familienbegleitende Einrichtungen für Kinder und Jugendliche (Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte, Tagesheime an Schulen, Pädagogische Nachmittagsbetreuung an städt. Realschulen und Gymnasien, Mittagsbetreuung, Schulsozialarbeit, Hausaufgabenbetreuung, offene Kinder- und Jugendeinrichtungen)
- Schulversorgung (Grundschulen, weiterführende Schulen, berufliche Schulen, Schulen des 2.Bildungsweges).
- Freizeit- und Sportstätten

- Senioreneinrichtungen
- Kultur und Erwachsenenbildung (z. B. Volkshochschule)
- Gesundheit (z. B. Krankenhausversorgung, Pflege)
- Integration und interkulturelle Arbeit

Dabei dürfen diese Bereiche nicht isoliert betrachtet werden. Handlungsfelder und Zielgruppen überschneiden sich mehr oder weniger je nach Ausformung der Produktbildungen in den einzelnen Fachreferaten.

Ein besonderer Handlungsbedarf wird für folgende **Handlungsfelder** aufgezeigt:

- **Familienbegleitende Einrichtungen**

Langfristig bleibt der Kinder- und Jugendlichenanteil stabil niedrig und wird mit 14,5 % nur unwesentlich niedriger sein als der heutige Anteil von 14,9 %. Im Kinder- und Jugendbereich wird es vor allem über gesellschaftliche Entwicklungen (z.B. veränderte Familienstrukturen, wachsende Berufstätigkeit von Frauen) zu Änderungen im Infrastrukturangebot kommen - sowohl quantitativ als auch qualitativ. Besorgnis erregt insbesondere die wachsende gesellschaftliche Polarisierung, die vor allem durch die wirtschaftliche Entwicklung ausgelöst wird und den Handlungsspielraum vieler Familien weiter einengen dürfte.

So wird sich der Fokus der Infrastrukturversorgung vor dem Hintergrund der Ergebnisse zum Beispiel der Armutsstudie und der Bürgerbefragung 2000 sowie der anhaltend schlechten Haushaltslage für diese gesellschaftliche Gruppe verengen auf die Stabilisierung und teilweisen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien (z. B. familiengerechtes Wohnen innerhalb der Stadt). Von Bedeutung bleiben präventive Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien, Angebote der offenen Kinder- und Jugend(kultur)arbeit, Ferienmaßnahmen und Familienbildung bzw. -beratung.

- **Senioren - Mobilität und Wohnen im Alter**

Im gesamten Bereich der Senioren ab 60 Jahren stellt sich die Versorgungsfrage zunächst nicht so sehr aufgrund einer mengenmäßigen Veränderung, die nur ein leichtes Ansteigen des Anteils von 22,4 % auf 23,3 % aufweist. Anders verhält es sich jedoch bei den höheren Altersgruppen ab 70 Jahren. So nimmt bei den Deutschen und noch stärker bei den Ausländerinnen und Ausländern Zahl und Anteil der Personen jenseits des 70. Lebensjahres deutlich zu.

Zum Faktor "Älter werden" gesellen sich weitere Phänomene wie die höhere und längere Mobilität der Senioren, weil es bei steigender Lebenserwartung und besserem Gesundheitszustand im Alter immer später zu Einschränkungen auf Grund der gesundheitlichen Entwicklung kommt. Dies hat Auswirkungen auf die Pflegeeinrichtungen. Ein interner Umbau der Pflegeeinrichtungen auf die neuen Krankheits- und Pflegebilder wird verstärkt erforderlich werden.

"Versorgung im Alter" beschränkt sich damit nicht mehr auf die reine Vorhaltung von stationären Pflegeplätzen, sondern weitet sich über die bisher bereits ausgebaute ambulante Versorgung noch stärker auf die **grundsätzliche Verbesserung des "Wohnens im Alter"** aus. Hinzu kommt, dass es mit dem gestiegenen Selbstbewusstsein und der längeren Mobilität der älteren Generation in Zukunft nicht mehr darum gehen kann, rein auf Senioren abgestimmte Freizeitangebote öffentlich zu organisieren oder vorzuhalten. Die ältere Generation wird sich verstärkt selbst organisieren, bürgerschaftlich engagieren und stärker generationenübergreifend handeln. Wer sich länger jung fühlt, sucht automatisch Kontakt zu jüngeren Menschen.

- **Integrationsangebote**

Der weiterhin leicht steigende Ausländeranteil weist auf **die wachsende Bedeutung von Integrationsangeboten** im Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich hin (vgl. dazu Kapitel A.II.1.2.6.). Die Änderungen des Einbürgerungsrechtes werden diese Diskrepanz nur scheinbar und statistisch mildern. Gefordert sind verstärkte Anstrengungen zur Integration in die Stadtgesellschaft. Integration ist dabei als Querschnittsthema zu verstehen und in allen Handlungsbereichen aufzugreifen. Verstärkter Handlungsbedarf wird insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in den Schulen gesehen, auch wenn sich der Ausländeranteil gesamtstädtisch nicht gravierend verändert. Teilräumlich wird es aber vermehrt zu „kritischen Anteilen“ bei den Kindergarten- und Schulkindern kommen, wodurch die Integration erschwert wird, wenn nicht gezielt Maßnahmen der Sprachförderung (v.a. auch für die Eltern) und des interkulturellen Lernens ergriffen werden. Erforderlich ist dafür eine stärkere interkulturelle Öffnung der Regeldienste.

- **Gesellschaftliche Anforderung - Demografische Entwicklung und Kinderversorgung**

Am Beispiel des Anspruchs auf einen Kindergartenplatz kann deutlich gemacht werden, wie eine gesellschaftlich notwendig gewordene Unterstützung der Familien konkrete Auswirkungen auf die Versorgung in München hat.

Die Landeshauptstadt München hat bereits Anfang der 90er Jahre das Versorgungsniveau verstärkt ausgebaut. So konnte bis heute eine gesamtstädtische Versorgung von rund 85 % (Stand 10/2002) mit anerkannten Kindergärten erreicht werden. Hinzu kommen eine Reihe von weiteren geförderten Eltern-Kind-Initiativen, so dass die LHM insgesamt gesehen einer Vollversorgung näher gekommen ist.

Die Altersgruppe der 3 - 5jährigen wird langfristig gesehen bis 2015 um 8 % sinken und dann wieder langsam ansteigen (in 2020 bereits wieder ein Plus von 2 %).

Die bisher prognostizierten Zahlen liegen nicht weit auseinander. Ein Vergleich der gesamtstädtischen Prognose 5/2001 zur Prognose 10/2002 zeigt nur ein leichtes Minus von 3 % für das Jahr 2015. Das heißt, dass die bisherigen Bedarfsannahmen weiterhin realistisch sind.

Durch die langfristige leichte Trendwende kann gesagt werden, dass zwar für 2015 rund 1000 Kinder weniger erwartet werden, wobei dann aber dieses Minus in den folgenden Jahren fast wieder ausgeglichen wird.

Die Altersgruppe der 3-5-jährigen hat beim EWO Stand 31.12.2002 33165 Kinder. Derzeit besteht ein gesamtstädtischer Versorgungsgrad von 86,9 %. Es werden zum Erreichen der 90 % aktuell noch 1029 Plätze bzw. 41 Gruppen bzw. bei 3-gruppigen Einrichtungen weitere 14 Standorte benötigt.

Kleinräumig läuft die Platzverteilung weit auseinander, so dass für die wohnungsnahen Versorgung mit Kindergärten weitere Einrichtungen erforderlich sein werden. In ggf. zukünftig überversorgten Gebieten wird das Schulreferat durch Umnutzung der Räume z. B. von Kindergartengruppen in Kinderhort- oder Kinderkrippengruppen reagieren. Da im Krippenbereich langfristig ein hohes Defizit bestehen bleiben wird, verfügt die Stadt hier über ein Handlungspotential.

Aufgrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, konkreter gesagt, der gestiegenen Nachfrage nach Kindergartenplätzen von mehr als nur den Eltern der 3 - 5jährigen, hat der Freistaat Bayern seine Vorgaben bereits dahingehend aktualisiert, dass er den Kommunen empfiehlt, 3 1/2 Altersjahrgänge bei der Versorgung zu berücksichtigen.

Das würde für München eine Änderung der Berechnungsgrundlagen für den Kindergartenbedarf bedeuten.

Das Schulreferat ist derzeit dabei - auf Grund der neuen Anforderungen des Kultusministeriums - über eine Beschlussvorlage des Stadtrats die Berechnungsgrundlage zu aktualisieren. Die reale Nachfrage nach Kindergartenplätzen in München bestätigt die Notwendigkeit. Eltern wollen bereits früher als erst ab dem 3. Jahr ihre Kinder in den Kindergarten bringen. Außerdem bleiben viele auch länger als bis zum Ende des 5. Lebensjahres im Kindergarten. Der Berechnung des Bedarfs an Plätzen sollen deshalb in Zukunft nicht mehr 3, sondern 3 1/2 Jahrgänge zugrunde gelegt werden.

Aktuell würde das einen **Mehrbedarf von ca. 5.000 Plätzen** bei einem Versorgungsgrad von 90 % bedeuten!

- **Hoher Bedarf an Integrationsgruppen in Kindertageseinrichtungen**

Untersuchungen im Schulreferat (z.B. Dr. Winner, 1998) haben ergeben, dass es in München einen hohen Bedarf an der Frühförderung von behinderten und verhaltensauffälligen Kindern in sogenannten Integrationsgruppen in Kindertageseinrichtungen gibt. Bei der Umwandlung von Regelkindergartenplätzen in Integrationskindergartenplätze werden 3 Regelplätze durch einen Integrationsplatz ersetzt. Normalerweise reduziert sich dadurch die Gesamtzahl der Kindergartengruppe von 25 auf 15 Plätze.

Das Schulreferat geht – die wissenschaftlichen Bedarfsberechnungen berücksichtigend - von einem realistischen Förderbedarf für 6% eines Jahrgangs aus. Eine Umsetzung dieser Forderung würde, wenn man 100 % von 3 1/2 Jahrgängen berücksichtigt, bedeuten, dass für ca. 2.300 Kinder Integrationsplätze geschaffen werden müssten. Dieses Ziel will das Schulreferat entsprechend der tatsächlichen Nachfrage und den finanziellen Mitteln der Landeshauptstadt umsetzen.

- **Steigende Nachfrage und qualitativer Wandel bei der Altersgruppe der Kinder bis zu drei Jahren**

Ähnlich wie bei den Kindergartenkindern wird sich der Bedarf an Plätzen für Kinder Alter bis zu drei Jahren nicht aufgrund der demografischen Entwicklung verändern, sondern vielmehr aufgrund der sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen für Kinder und Familien. So ist eine gestiegene Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen für die Altersgruppe der bis unter 3-jährigen zu verzeichnen. Das Sozialreferat reagiert hierauf mit einem differenzierten Angebot an Kindertagesbetreuung. Trotz der schwierigen Haushaltssituation wird mittelfristig angestrebt, das derzeitige Versorgungsniveau von 10,7 % (Stand 7/03) auf 20 % der Zielgruppe zu erhöhen. Darüber hinaus werden gezielt Eltern-Kind-Initiativen (Planungsrichtwert 6 % bei 2,9 % Versorgungsgrad in 2002) und die Kindertagesbetreuung in Familien (Planungsrichtwert 10 % bei 2,2 % Versorgungsgrad in 2002) gefördert. Zusätzliche Anforderungen kommen durch die geplante Einführung des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans (BEP) ab dem Kindergartenjahr 2005/06 hinzu. Mit ihm soll auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen und der grundlegenden Aussage reagiert werden, daß Kinder von der Geburt an lernen. Damit werden auch die pädagogischen Grundsätze der Kinderkrippen bestätigt. Das Kind soll über sein Recht auf Bildung verstärkt seine eigene Entwicklung mitgestalten, insbesondere im Hinblick auf „diskontinuierlich verlaufende familiäre Biographien, von denen Kinder zunehmend betroffen sind“. Weitere Hintergründe sind auch „veränderte Anforderungen der Wirtschaft an das Individuum und an das Bildungssystem und die zunehmende kulturelle Diversität und die soziale Komplexität der Gesellschaft, in der die Kinder aufwachsen werden.“ (beide Zitate aus der Presseerklärung von Prof. Dr. Fthenakis am 07.10.2002) Durch die hier in Kürze aufgezeigten Ausbauplanungen der Kindertagesbetreuung zum einen in der Vielfalt und zum anderen durch die qualitativen Weiterentwicklungen wird ein noch nicht genau abschätzbarer Mitteleinsatz notwendig werden.

- **Hoher Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder**

Die Anstrengungen der LHM, den Kindern im Vorschulalter mehr Betreuungsplätze sowohl in Krippen als auch in Kindergärten und Kooperationseinrichtungen (altersübergreifende Einrich-



tung für Krippen und Kindergartenkinder) zur Verfügung zu stellen, hat mit dazu beigetragen, dass nunmehr auch für Kinder im Schulalter mehr Betreuungsplätze nachgefragt werden. Die Nachfrage an Hortplätzen, Tagesheimplätzen an Grundschulen, Plätzen bei der Mittagsbetreuung an Grundschulen ist in den letzten Jahren beständig gestiegen. Sogar über den Bereich der Grundschulen hinaus gibt es Nachfrage nach Betreuung an den weiterführenden Schulen (Schulsozialarbeit an Hauptschulen, Pädagogische Nachmittagsbetreuung an Realschulen, Tagesheime und Hausaufgabenbetreuung an Gymnasien).

Der Versorgungsgrad für Grundschüler im Hort-/Tagesheimbereich beträgt im November 2003 31,8 % bezogen auf die Grundschüler an öffentlichen Schulen. Zum Erreichen des vom Stadtrat 1989 beschlossenen Zieles von 35 % fehlen noch 1139 Plätze ( $\approx$  44 Gruppen). Die Ankündigung der Staatsregierung, das Einschulungsalter in den nächsten Jahren sukzessive um ein halbes Jahr vorzuziehen, wird die Nachfrage nach nachmittäglicher Betreuung gerade im Grundschulbereich erhöhen.

Bei der Schaffung neuer Horte ist das Standortproblem noch bedeutsamer als bei Kindergärten, da Horte sinnvoller Weise an der Schule oder in Schulumgebung angeboten werden sollten.

Nachdem der Freistaat begonnen hat, das Modellprojekt Ganztagschule an Hauptschulen anzubieten, artikuliert sich eine große Nachfrage nach Ganztagsgrundschulen. Hier ist die weitere Entwicklung abzuwarten.

Fest steht, dass Betreuung für Schüler bis zum Alter von 12 –14 Jahren eine gesellschaftliche Notwendigkeit ist, die für immer größere Teile der Bevölkerung bedeutsam wird. Die Anforderungen an die LHM, allgemein mehr Betreuungsplätze zu schaffen werden weiterhin ansteigen. Deshalb wird die Stadt in den nächsten Jahren erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um hier die notwendige Unterstützung für die Familien bereitstellen zu können.“

### **Abschließende Bemerkungen**

Deutlich geworden ist an den Beispielen, dass neben der demografischen Entwicklung auch gesellschaftliche Kriterien, die sich ebenfalls in einem stetigen Wandel befinden, herangezogen werden müssen, um zielgruppen- und handlungsbereichsgerecht Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Wie oben ausgeführt, werden hier in erster Linie folgende zentrale Handlungsfelder gesehen:

- Familienbegleitende Einrichtungen,
- Senioren - Mobilität und Wohnen im Alter,
- Integrationsangebote.

Vor dem aktuellen Hintergrund der Haushaltskonsolidierung, aber auch im Hinblick auf die abnehmenden Flächenreserven, muss allerdings eine neue Diskussion über Bedarfsdefinitionen und Standardbestimmungen geführt werden. Es wird zum Teil zu einer Umgestaltung der kommunalen Infrastruktur und der jeweiligen Einrichtungen kommen. Diese wird sich an neuen fachlichen, aber auch politischen Qualitätskriterien orientieren, welche die bisherigen Bedarfsfestlegungen aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und der gesellschaftlichen Gegebenheiten zwar berücksichtigen, ihnen aber nicht unbedingt gerecht werden können.

#### **A.II.2.4 Folgen für die Gesundheitsversorgung und Pflege**

Auf der Basis der in Kapitel I genannten Zahlen und Annahmen ergeben sich im Bereich der Gesundheitsversorgung für die einzelnen Bevölkerungsgruppen folgende gesundheitsbezogenen Herausforderungen und Bedarfe:

- Kinder und Jugendliche

Mit der Zunahme älterer Menschen wird die Gesundheit der (berufstätigen) Erwachsenen immer drängender. Dies bedeutet eine erhöhte Investition in die Kinder- und Jugendgesundheit. Unter der Prämisse, dass sich die derzeitigen Trends bei gesundheitlichen Belastungen fortsetzen, wird für die in etwa gleichbleibende Anzahl der Kinder in der Bevölkerung eine Zunahme des Anteils der Entwicklungsverzögerungen und –störungen, des Bewegungsmangels, des Rauchens und des Übergewichts prognostiziert. Dies wird sich in späterem Lebensalter negativ auf die Erwachsenengesundheit auswirken. Um diesen Trend zu begegnen, werden erhöhte Investitionen in den Gesundheitsförderungs- und Präventionsbereich in Kindergärten und Schulen erforderlich sein.

- Erwachsenenbevölkerung

Bei den Erwachsenen im Alter bis zu 30 Jahren werden sich bis 2015 diese seit Anfang der 90er Jahre laufenden Trends bereits auswirken und erhöhte Gesundheitskosten mit sich bringen. Für die Stadt wird dies aber (noch) keine zusätzlichen Infrastrukturkosten bedeuten. Bei den Erwachsenen zwischen 30 und 60 Jahren werden die derzeitigen Verbesserungen bei einigen Gesundheitsrisiken (z.B. Abnahme des Rauchens) Verschlechterungen bei anderen Risiken (z.B. vermehrtes Übergewicht) gegenüberstehen. Über den Gesamteffekt lassen sich derzeit keine verlässlichen Prognosen abgeben. Für die Stadt wird aber nicht mit einem so erhöhten Bedarf gerechnet, das er erhebliche Infrastrukturinvestitionen erforderlich macht.

- Ältere Menschen

Für die älteren Menschen, insbesondere die alleinlebenden Hochbetagten (meist ältere Frauen) bedeutet die Bevölkerungsprognose bis 2015 einen kontinuierlich steigenden Bedarf bei den ambulanten und stationären Einrichtungen und Diensten, wenngleich die Frage künftiger Bedarfsentwicklungen im Feld der ambulanten und stationären Versorgung in ihrer Gesamtheit sehr vielschichtig ist. Hier wird beim Umfang, der Qualität und der Form der Leistungen Investitionsbedarf entstehen. Da die Anzahl der nichtdeutschen älteren Wohnbevölkerung steigen wird, müssen diese Einrichtungen auch den interkulturellen Bedürfnissen vermehrt gerecht werden. Hierzu einige Zahlen:

Die Ergebnisse des Münchner Gesundheitsmonitorings 1999/2000 zeigen für ältere Menschen folgenden gesundheitsbezogenen Bedarf:

Für die 65-79-jährigen Frauen und Männer verschlechtert sich die subjektive Einschätzung des Gesundheitszustands, nehmen Krankheitstage sowie Krankheiten zu. Gleichzeitig lässt die Vorsorgebereitschaft teilweise nach (Krebsvorsorgeuntersuchungen bei älteren Frauen nehmen ab (relativ hohes Ausgangsniveau), die der älteren Männer nehmen zu (relativ niedriges Ausgangsniveau). Die Impfquoten sind relativ niedrig.

Die Hausarzt- und Facharztinanspruchnahme ist hoch und die Krankenhausaufenthalte nehmen zu. 18,5% aller Behandlungsfälle im Krankenhaus sind 75 Jahre alt und älter. Die durchschnittliche Verweildauer liegt für diese Gruppe etwa 3 Tage höher als der Gesamtdurchschnitt (13,2 zu 9,8 Tage. Quelle: Krankenhausdiagnosestatistik von 1999 für München; Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung).

Gerade für ältere Frauen besteht wegen des Alleinlebens die Gefahr einer unzureichenden Unterstützung im gesundheitlichen Notfall durch Angehörige oder Freunde und Bekannte (z.B. Pfliegenotfall nach Krankenhauserlassung).

Die steigende Lebenserwartung lässt erwarten, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen ansteigt. Unklar ist allerdings wie drastisch dieser Anstieg ist. Es ist auch zu erwarten, dass aufgrund der zunehmenden pflegerischen und medizinischen Möglichkeiten zum Erhalt der Selbständigkeit die Zahl der gesunden alten Menschen zunimmt.

- Migrantengesundheit

Aus einer bislang unveröffentlichten Befragung von niedergelassenen Vertragsärztinnen und Vertragsärzten in München zur ambulant-ärztlichen Behandlung von Migrantinnen und Migranten geht hervor:

Sprachprobleme bei der Behandlung nennen 30% der befragten Ärztinnen und Ärzte.

Interkulturelle Verständigungsprobleme zwischen Ärztinnen/Ärzten und Patientinnen/ Patienten sind häufig ( 21% hinsichtlich der Einstellungen zu Krankheiten („verstärktes Krankheitsempfinden“, mangelnde „Compliance“ 11%)).

Hieraus ergibt sich der Bedarf an interkultureller Gesundheitsförderung sowie geschlechtssensible Berücksichtigung der nichtdeutschen Bevölkerung bei Infrastrukturmaßnahmen.

### **Prioritäres Handlungsfeld: Pflegebedarf und Wohnen im Alter**

Es ist zu beobachten, dass zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in ein Heim im Umland ziehen. Dies könnte auf einen Mangel an Heimplätzen schließen lassen, könnte aber auch darauf zurückzuführen sein, dass im Umland Heimplätze preisgünstiger angeboten werden. Inwiefern der Bedarf an Heimplätzen in München gedeckt ist, wird derzeit im Rahmen einer Bedarfsplanung durch das Sozialreferat untersucht. Ein Trend bezüglich der stationären Versorgung alter Menschen lässt sich derzeit schwer prognostizieren, da die Reform des Pflegeversicherungsgesetzes geplant ist.

Die Versorgung von älteren Menschen im häuslichen Umfeld verändert sich. Neben der pflegerischen Versorgung, die aufgrund der zunehmenden Singlehaushalte vermehrt von professionellen ambulanten Pflegediensten übernommen werden muss, steigt der Bedarf an Betreuungs- und Hauswirtschaftsleistungen zur Sicherung des Verbleibs in der eigenen Wohnung.

Veränderte Familienstrukturen haben zur Folge, dass Angehörige seltener zur Übernahme der Pflegeaufgaben zur Verfügung stehen.

Die steigende Zahl älterer Menschen zieht einen vermehrten Bedarf von Versorgungsangeboten im Bereich Betreuung von dementiellen Erkrankungen nach sich.

Berücksichtigt werden muss die steigende Zahl nichtdeutscher älterer Menschen.

Hieraus ergibt sich folgender Bedarf, wobei bei allen **Maßnahmen** die interkulturellen sowie Gender Aspekte berücksichtigt werden müssen :

- Strukturelle und räumliche Voraussetzungen schaffen für präventive Gesundheitsprogramme für ältere (alleinlebende) Frauen
- Prävention im Alter: Prävention vor Pflegebedürftigkeit
- bezahlbare Heimplätze in München,
- ehrenamtliche Netzwerke Laienpflege und Hauswirtschaft,
- alternative Wohnformen (betreutes Wohnen, Wohngruppen),
- Ausbau der Tagespflegeangebote,
- kulturspezifische ambulante und stationäre pflegerische Versorgung,
- mobile ambulante geriatrische Rehabilitationsangebote
- Ausbau von ambulanten Betreuungsangeboten, PatientInnenberatung sowie stationären Einrichtungen für gerontopsychiatrische Kranke (insb. Demenzkranken)
- Einbinden der gesunden Alten ins gesellschaftliche Leben (z.B. Gegenseitigkeits-Hilfen)

### **A.II.2.5. Generationenbeziehungen und Generationensolidarität**

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Folgen der demografischen Entwicklung werden auch die Beziehungen und Verhältnisse zwischen den Generationen neu diskutiert.

Beim Generationenbegriff kann unterschieden werden zwischen gesellschaftlichen Generationen (Makroperspektive) und familialen Generationen (Mikroperspektive). Gesellschaftliche Generationen schließen Personen ein, die in einem bestimmten Zeitraum geboren sind und ein bestimmtes historisches Schicksal teilen. Mit dem Begriff „Generationenverhältnisse“ werden

in der Makroperspektive abstrakte Zusammenhänge zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Generationen benannt. Familiäre Generationen bezeichnen die Abfolge von Großeltern, Eltern, Kindern, Enkeln etc.. Auf der Mikroebene wird der Begriff „Generationenbeziehungen“ verwendet, um die persönlichen Beziehungen der Angehörigen verschiedener Generationen zu beschreiben.

Beide Ebenen der Generationenbetrachtung sind für die Stadtentwicklung relevant.

Die Generationen stehen miteinander in vielfältigen Austauschbeziehungen: Die Erwerbstätigen finanzieren die Renten der Älteren, die Eltern versorgen und finanzieren ihre Kinder - oft auch noch im Erwachsenenalter -, Junge und Ältere pflegen und unterstützen Alte, Großeltern kümmern sich um Enkelkinder und alle tragen durch Steuerzahlungen öffentliche Leistungen, von denen jede Generation auf ihre Weise profitiert.

Im Zentrum der Diskussion um die Folgen des demografischen Wandels steht oftmals die Frage, wie angesichts der sich verschiebenden Generationenverhältnisse die Generationensolidarität – das heißt unter anderem die Bereitschaft, für die jeweils andere Generation Opfer zu bringen - gesichert und aufrecht erhalten werden kann. Hierbei sind zwei Aspekte wichtig: Zum einen könnte es dann Probleme geben, wenn die Erwerbstätigen, die Renten der Älteren finanzieren, davon ausgehen, dass die jüngere Generation in Zukunft nicht willens oder nicht in der Lage sein wird, ihrerseits den Generationenvertrag in Form umlagefinanzierter Renten aufrecht zu erhalten. Andererseits ist von Seiten der jungen Menschen für die Erhaltung der Generationensolidarität die Wahrnehmung der Gerechtigkeit zwischen den Generationen, vor allem in Hinblick auf die gerechte Verteilung von Zukunftschancen, wichtig. Dies impliziert - neben der Gewährleistung der Alterssicherung auch für die nachfolgenden Generationen - die Frage der Nachhaltigkeit, zum Beispiel durch schonenden Umgang mit Ressourcen und den Abbau von Schulden. Gegenwärtig sehen viele Jugendliche diese Aufgabe von der Politik nicht gewährleistet und haben den Eindruck, dass die älteren Generationen ihnen Entwicklungsmöglichkeiten verbauen, indem sie drängende Gegenwartsprobleme auf die nachfolgenden Generationen abwälzen<sup>12</sup>.

Untersuchungen haben gezeigt, dass negative Urteile über die jeweils andere Generation dann besonders wirksam sind, wenn Kontakt- und Kenntnisdefizite zwischen den Altersgruppen bestehen (z.B. SIGMA, 1999<sup>13</sup>). Daher wird gefordert, die Beziehungen zwischen den Generationen zu fördern, um die Generationensolidarität und damit den Fortbestand der sozialen Sicherungssysteme zu gewährleisten.

Neben diesen makrostrukturellen Entwicklungen ist der zweite wesentliche Bereich, in dem die Beziehungen zwischen den Generationen thematisiert werden, die konkrete persönliche Unterstützung, die Menschen verschiedener Generationen einander gewähren. Sie ist wichtiger Bestandteil der sozialen Netze und muss, wenn sie wegfällt, größtenteils durch soziale Einrichtungen oder Dienste ergänzt oder ersetzt werden. Hierbei ist beispielsweise die Pflege ein wichtiger Bereich, die in großem Ausmaß von Angehörigen, meist Töchtern oder Schwiegertöchtern, geleistet wird, sowie die Betreuung von Enkelkindern oder (Groß)Nichten und Neffen durch die ältere Generation.

Eine Gesellschaft, in der alte und junge Menschen einander nicht mehr begegnen, um sich zu ergänzen und voneinander zu lernen, verarmt. Jeder Generation sollte es ermöglicht werden, ihre spezifischen Stärken, Erfahrungen und Besonderheiten in die Gesellschaft einzubringen, so dass alte und junge Menschen voneinander lernen und einander unterstützen und bereichern können<sup>14</sup>.

<sup>12</sup> siehe zum Beispiel die Veröffentlichung der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“

<sup>13</sup> Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA)(1999) Generationenkonflikt und Generationenbündnis in der Bürgergesellschaft. Stuttgart

<sup>14</sup> Studien zeigen, dass gerade ältere Menschen sich mehr Kontakte mit der jüngeren Generation wünschen. Zum Beispiel äußerten in einer Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen zwei Drittel der über 70-jährigen den Wunsch, mit unter 30-Jährigen in Form ehrenamtlichen Engage-

## Worin werden in Zukunft die Herausforderungen liegen?

Die Forderungen, die Generationenbeziehungen zu stärken, beziehen sich sowohl auf die Verhältnisse innerhalb der Familien, als auch auf Kontakte außerhalb familialer Zusammenhänge. In Zukunft könnte es durch die zu erwartende weitere Zunahme der Einpersonnen- und Paarhaushalte innerhalb der Haushalte zu weniger Begegnungen zwischen den Generationen kommen. Die Familienforschung zeigt allerdings, dass Begegnungen zwischen Familienmitgliedern auch über die Haushaltsgrenzen hinweg intensiv stattfinden, wenn die Verwandten nicht allzu weit voneinander entfernt wohnen, was in der Stadt jedoch sehr häufig der Fall ist.

Weiterhin werden die Generationenbeziehungen dadurch gemindert, dass es immer mehr Menschen gibt, die kinderlos bleiben und immer weniger Familien mit vielen Kindern. Infolgedessen werden auch die weiteren Verwandtschaftsnetze (Geschwister, Tanten, Onkel, Enkelkinder, Kusinen etc.) ausgedünnt und es gibt weniger Möglichkeiten, innerhalb der Verwandtschaft Beziehungen zu leben. Außerdem werden durch Scheidungen, Wiederheirat und andere Brüche im Lebenslauf Beziehungsstrukturen erschüttert (z.B. zwischen geschiedenen Vätern und Kindern). In der Stadt München ist der Anteil der Einpersonnenhaushalte mit 54% und der Paarhaushalte ohne Kinder mit 30% sehr hoch. Auch die intensiven Wanderungsbewegungen legen die Annahme nahe, dass es innerhalb der Großstadt München verhältnismäßig weniger verwandtschaftliche Strukturen und intakte generationsübergreifende Familienzusammenhänge gibt als beispielsweise in ländlichen Gebieten. Die Forschung zeigt jedoch, dass Begegnungen zwischen den Generationen nach wie vor meist in familialen oder verwandtschaftlichen Zusammenhängen stattfinden. Intensivere generationsübergreifende Beziehungen außerhalb dieses Rahmens sind dagegen eher selten. Sie gilt es aber ebenfalls zu fördern, wenn Verwandtschaftsstrukturen immer weniger tragen.

In Hinblick auf Pflegeleistungen liegt die Herausforderung darin, dass mit einem abnehmenden Potential der privaten Pflege durch Angehörige zu rechnen ist. Die nachrückende Frauengeneration ist wesentlich besser ausgebildet als alle vorhergehenden Frauengenerationen und hat eine deutlich stärkere berufliche Orientierung. In München ist das Bildungsniveau sehr hoch<sup>15</sup>. Außerdem ist in Großstädten die Wahrscheinlichkeit, dass Eltern und erwachsene Kinder nahe beieinander wohnen wesentlich geringer als in nicht-städtischen Gebieten. Das gesellschaftliche Frauenbild hat sich verändert, so dass heute beispielsweise mehr Wert auf Berufstätigkeit, eigene Interessen und Selbständigkeit gelegt wird und das Bild der dienenden Frau, die für die Familie Opfer bringt, immer weniger Gewicht hat. Dies alles wird voraussichtlich dazu führen, dass weniger Pflegeleistungen durch Angehörige erbracht werden können und professionelle Einrichtungen stärker in Anspruch genommen werden müssen.

**Beziehungen stehen nicht im leeren Raum. Sie werden in der Kommune gelebt, im Stadtteil, in der Nachbarschaft. Begegnungen zwischen den Generationen finden nicht nur in Familie und Arbeitswelt statt, sondern auch im öffentlichen Raum, in Einrichtungen und Institutionen und im gemeinsamen bürgerschaftlichen Engagement. Dies bedeutet, dass die Stadt innerhalb ihrer Gestaltungsspielräume in vielerlei Hinsicht Einflussmöglichkeiten auf die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Altersgruppen hat und das Zusammenleben und die Solidarität der Generationen fördern kann.**

### Handlungsfelder:

ments zusammenzuarbeiten. (Sigma, 1999). Andererseits gibt es im Alltagsleben Konfliktpotential aufgrund unterschiedlicher Interessen und es besteht die Gefahr, dass in solchen Konflikten die Bedürfnisse von Familien, Jugendlichen und Kindern durch die wachsende Gruppe der alten Menschen an den Rand gedrängt werden.

<sup>15</sup> 42% der Frauen haben (Fach)-Hochschulabschluss (Bürgerbefragung 2000)

Wie können Generationenbeziehungen gefördert werden?

- **Städtebauliche und wohnungspolitische Maßnahmen**

Wohnformen, die generationsübergreifendes Wohnen unterstützen, sollten gefördert werden – beispielsweise Wohnanlagen, die sowohl für Seniorinnen und Senioren als auch für Familien attraktiv sind. Dadurch werden generationsübergreifende Kontakte außerhalb von Familiensammenhängen ermöglicht. Auch bei der Planung und Gestaltung größerer städtebaulicher Einheiten sollte eine Mischung verschiedener Altersgruppen angestrebt werden.

Es kann dabei notwendig sein, dafür Sorge zu tragen, Wohnungsangebote im Niedrigpreissegment zu fördern, um der finanziell bedingten Abwanderung älterer Menschen ins Umland entgegenzuwirken.

Auf Stadtteilebene sollten Möglichkeiten für Begegnungen geschaffen werden, so dass sich generationsübergreifende soziale Netze vor Ort entwickeln können.

- **Sicherung der Betreuung und Pflege**

Es ist notwendig, dass Menschen, die Angehörige versorgen oder pflegen ihrerseits Unterstützung erhalten. Hierzu gehört finanzielle Entlastung, Schulung und Beratung, psychosoziale Unterstützung, sowie ein flexibles Netz an Diensten, die die private Pflege nach Bedarf durch professionelle Kräfte ergänzen (Kurzzeitpflege, ambulante Einrichtungen etc.).

Es wird zunehmend wichtiger werden, eine Vereinbarkeit von Pflege- und Berufstätigkeit zu ermöglichen. Dies bedeutet vor allem die Förderung von Teilzeit und flexiblen Arbeitszeiten.

- **Förderung von bürgerschaftlichem Engagement**

Besonders von Seiten der älteren Generation besteht großes Interesse an gemeinsamem ehrenamtlichen Engagement von jung und alt.

Weiterhin gibt es noch großes Potential im Bereich Mentoring, das heißt beispielsweise, dass alte Menschen jüngeren Erwachsenen, Jugendlichen oder Kindern in einem institutionalisierten Rahmen Beratung, Begleitung und Freundschaft anbieten.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die intergenerative Pädagogik, bei der es darum geht, Senioreneinrichtungen und Kindertagesstätten in eine räumliche Nähe zu bringen, die es ermöglicht, Beziehungen zu knüpfen und sich gegenseitig zu erleben.

- **Stärkung der Generationensolidarität von Seiten der jüngeren Generation**

Die jüngere Generation hat ein Recht darauf, dass die ältere „herrschende Generation“ ihr ausreichende Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten zurücklässt. Die Wahrnehmung, dass dies nicht der Fall ist, spaltet die Generationen. Um dem entgegenzuwirken ist es notwendig, die „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ der Gesellschaft gegenüber Familien mit Kindern abzubauen (Stichworte: Kinderbetreuung, Rentensystem, Steuer, Karrierechancen von Müttern, Kinderfreundlichkeit, gesellschaftliche Anerkennung der Erziehungsleistung etc.), öffentliche Schulden zu verringern und schonend mit den vorhandenen Ressourcen umzugehen. Ein weiterer Schritt in diese Richtung wäre, die politischen Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken

## **A.II.2.6 Herausforderungen an eine integrationsorientierte Stadtentwicklung**

Wie die Prognosen zeigen, wird der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in München auf hohem Niveau weiterhin – wenn auch gering – wachsen, v.a. bei den älteren Migrantinnen und Migranten. Der Anteil der nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen wird mit ca. 25% überdurchschnittlich hoch bleiben. Die soziale Struktur und das Qualifikationsniveau wird generell und nach Nationen und innerhalb der Nationen auch geschlechtsspezifisch stark divergieren.

Die Stadtentwicklung steht im kommenden Jahrzehnt vor wachsenden Herausforderungen. Ohne die Arbeitskraft, die kulturelle Innovationsfähigkeit, den unternehmerischen Mut der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und die kreativen, auch künstlerischen Impulse, die aus anderen Sozialisations- und Erfahrungshorizonten kommen, wäre in Zukunft die wirtschaftliche und kulturelle Position Münchens gegenüber anderen Metropolregionen gefährdet.

Andererseits werden im Zuge des derzeitigen Modernisierungsprozesses die sozialen Probleme und Ausgrenzungen von großen Teilen der ausländischen Bevölkerung deutlicher als bisher schon hervortreten.

Schließlich stellen sich verstärkte Herausforderungen an die Anpassung spezifischer Beratungs- und Infrastruktureinrichtungen für Menschen mit nichtdeutschem kulturellem und religiösem Hintergrund.

Bei den Anforderungen an eine integrationsorientierte Stadtentwicklung wird es künftig nicht um idealistische Konzepte, etwa einer multikulturellen Stadtgesellschaft gehen, sondern vielmehr darum, wie die kulturellen und ökonomischen Potentiale der Stadt gesichert werden können. Es geht damit um die Grundlagen unserer künftigen Prosperität. Ohne eine nicht nur faktisch hingenommene, sondern gezielt betriebene staatliche Einwanderungs- und Integrationspolitik wird sie langfristig wohl kaum zu erhalten sein.

Auf kommunaler Ebene ist das stadtentwicklungsplanerische Ziel der Integration der auf Dauer oder für einen längeren Zeitraum hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, unstrittig, wenngleich die Bedingungen für eine erfolgreiche Integration, z.B. durch die verschlechterte Arbeitsmarktsituation schwieriger geworden sind.

Dies bedingt auch die Überprüfung bislang akzeptierter Annahmen, etwa das Ziel der Mischung in den Wohngebieten und der Vermeidung von ethnisch-kulturellen Clustern, die als segregierte Gebiete bisher abgelehnt wurden. Es gibt in den Sozialwissenschaften keine eindeutigen Antworten über die Folgen, die sich aus dem Spannungsfeld von Integration und Segregation ergeben. Könnten aber nicht gerade solche Cluster auch zur Identifikation mit dem Wohngebiet/Stadtteil, zur Entwicklung stabiler Bezugsgruppen und auch zur Entfaltung kreativer und wirtschaftlich erfolgreicher Milieus beitragen?

Häußermann und Siebel haben sich intensiv mit den Wirkungen von Segregation befasst und kommen zu der Schlussfolgerung, dass die Politik freiwillige, ethnisch-kulturell bedingte Segregation ermöglichen solle, um die Integration der Zuziehenden zu erleichtern, gleichzeitig aber erzwungene, durch fehlende Optionen auf dem Wohnungsmarkt bedingte Segregation vermeiden solle.<sup>16</sup> Auch die „Zuwanderungs-Kommission“ der Bundesregierung sieht positive Integrationseffekte, insbesondere für die Erstintegration von Neuzuwanderern, wenn auf eigenethnische Netzwerke in der Nachbarschaft zunächst zurückgegriffen werden kann. Sie macht aber auch auf Probleme aufmerksam, die sich daraus für die nachfolgenden Generationen ergeben könnten, wenn sich Segregationserscheinungen auf längere Zeit verfestigen würden.<sup>17</sup>

Langfristig wird das Leitbild der Urbanität bzw. der europäischen Stadt u.a. davon abhängen, wie Migration bewältigt wird. Migration wird so zum Prüfstein dafür, ob die Städte von sozialen

<sup>16</sup> vgl. H.Häußermann, W.Siebel, Integration und Segregation - Überlegungen zu einer alten Debatte, in: DfK, 40.Jg., 2001/1, S. 68-79

<sup>17</sup> vgl. Bericht der unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Zuwanderung gestalten – Integration fördern, Berlin 2001, S. 230f.

Desintegrationsprozessen überfordert werden, oder ob es gelingt, das Charakteristikum der europäischen Stadt – Offenheit, Toleranz und Integration zu erhalten.

Grundsätzlich ist Integration eine Querschnittsaufgabe aller Bereiche von Politik und v.a. der Gesellschaft. Auf der Basis eines erforderlichen kommunalen Integrationskonzeptes sind aus der Sicht der Stadtentwicklungsplanung folgende **Handlungsfelder** von Bedeutung und weiter zu entwickeln:

- **Verbesserung der schulischen und beruflichen Qualifikation sowie der deutschen Sprachkenntnisse als Grundqualifikation .**

Bildung und Sprachkompetenz sind die Basis für berufliche und soziale Integration. Aus einer Stadt zu kommen, die gezielt den Erwerb dieser Kompetenzen fördert, und deren Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur internationale Kooperation und Erfahrungsaustausch ermöglicht, wird zu einem zusätzlichen Qualifikationsmerkmal werden.

Für ausländische Kinder und Jugendliche (vor allem für Mädchen) muss der Zugang zu weiterführenden Schulen und der Übergang von Schule ins Berufsleben verbessert werden. Die Weichen sind dabei bereits im Kindergarten zu stellen, insbesondere mit gezielter Sprachförderung, unterstützt durch Erzieher und Erzieherinnen zur interkulturellen Pädagogik. Die Sprachförderung ist fortzusetzen im schulischen Bereich (z.B. Sprachlernklassen).

- **Die Stärkung der Stadtteile und die Verbesserung des Zusammenlebens in den (sozialen) Wohnquartieren.**

Maßnahmen und Projekte einer integrierten Stadtteilentwicklung im Zusammenwirken mit den Akteuren vor Ort, etwa im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, tragen zur sozialräumlichen Stabilisierung und zu einem toleranten Zusammenleben der verschiedenen Gruppen im Stadtteil bei.

- **Interkulturelle Urbanität braucht kompakte,utzungsdurchmischte Stadtstrukturen und öffentliche Räume.**

Ausländische Bewohnerrinnen und Bewohner nutzen aufgrund ihrer eher familien- und nachbarschaftsorientierten Orientierung und anderer Kommunikationsgewohnheiten die öffentlichen Straßen-, Platz- und Grünräume oft besonders intensiv und sehen sie als wichtige Orte für ihre soziale und kulturelle Identität an. Wichtiger Baustein einer integrativen Stadtentwicklung ist deshalb die Sicherung und Weiterentwicklung einer kompakten,utzungsgemischten Stadtstruktur mit einem guten Angebot an unterschiedlich gestalteten öffentlichen Räumen, stadtteilbezogenen Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturen sowie eine dezentrale Ausstattung mit sozialen und kulturellen Angeboten. Zukünftig wird es deshalb immer wichtiger sein, öffentliche Räume vor (wirtschaftlich) einseitig bestimmter Aneignung zu sichern und über offene Gestaltung ein hohes Maß der Variabilität von Nutzung, Aneignung und Identifikationsmöglichkeiten zu schaffen.

- **Stärkung der Selbständigkeit, der Selbsthilfepotentiale und eigenständiger Versorgungsnetze**

In einer multikulturell gestalteten Stadt wie München spielen ausländische Unternehmerinnen und Unternehmer und Selbständige für die wirtschaftliche Entwicklung generell, aber auch für die Integration (z.B. bei der Berufsausbildung) eine zunehmend wichtigere Rolle. Weit über 200 ausbildungsberechtigte ausländische Handwerksbetriebe stellen ein beträchtliches Potential dar. Projekte wie MOVA helfen ausländischen Inhabern zu einem Einstieg in die Berufsausbildung. Aktionen wie der „Tag des ausländischen Unternehmers“ informieren und unterstützen bei Existenzgründungen.



Wichtig sind im soziokulturellen und gesundheitlichen Bereich die Potentiale der Selbsthilfe und Eigeninitiative zu stärken. Vereine, Initiativen, lokale und themenbezogene Interessengruppen, aber auch Religionsgemeinschaften und kulturelle Einrichtungen sollten räumlich und organisatorisch in ihrer wichtigen Arbeit unterstützt werden. Im Sinne von bürgerschaftlichem Engagement und empowerment wird es darum gehen, Bürgerinnen und Bürger soweit zu befähigen, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und ihre Umsetzung selbst in die Hand zu nehmen.

- **Interkulturelle Öffnung der Regeldienste - Bereitstellung und Anpassung der spezifischen Einrichtungen und Dienste (z.B. für ältere Ausländerrinnen und Ausländer)**

Angesichts der demografischen Veränderungen, z.B. der wachsende Anteil älterer Migranten, müssen sich alle sozialen Einrichtungen in ihren Dienstleistungen diesen Entwicklungen stellen. Das Sozialreferat hat mit der interkulturellen Öffnung der Regeldienste und der Einrichtung von Sachverständigen für Migrationsfragen bereits wesentliche Schritte zur Anpassung der Einrichtungen und Dienste unternommen. Darüber hinaus wurde im Stadtrat beschlossen, ein interkulturell orientiertes Qualitätsmanagement in den Sozialregionen Schwanthalerhöhe/Laim und Milbertshofen-Am Hart einzuführen. Diese Programme müssen im Zuge der demografischen Herausforderungen immer wieder fortgeschrieben werden. Gefordert sind aber auch die freien Träger, sich diesen Aufgaben verstärkt zu stellen.

### A.II.3 Zusammenfassung zentraler Handlungsbereiche der Stadtentwicklung

Wenn auch die prognostischen Erwartungen bezüglich einer alternden Gesellschaft für die Landeshauptstadt zeitlich etwas gestreckter ausfallen als für Deutschland insgesamt, so zeigen doch die in Kapitel II skizzierten Folgen und Handlungsfelder einen eindringlichen Handlungsbedarf auf. Das zu erwartende Zeitfenster gibt der Stadt die Chance, sich jedoch gründlich mit den Herausforderungen des soziodemografischen Wandels auseinander zu setzen und die notwendigen Entscheidungen vorzubereiten..

Da Anpassungen und Veränderungen in vielen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens erforderlich werden, ist dies den Bürgerinnen und Bürgern rechtzeitig darzulegen und im öffentlichen Diskurs nach zukunftsfähigen Lösungen zu suchen. Damit stehen auch unsere bisherigen Beteiligungs- und Mitwirkungsverfahren zur Diskussion.

München muss wegen der Folgen des soziodemografischen Wandels nicht in Pessimismus verfallen. Die Stadt hat vergleichsweise immer noch gute ökonomische und gesellschaftliche Ausgangsbedingungen und Handlungsvoraussetzungen. Ökonomische Krisenerscheinungen und gesellschaftliche Polarisierungstendenzen werden aber dennoch immer stärker sichtbar.

Die Herausforderungen des Wandels kann die Stadt nicht alleine bewältigen. Sie ist abhängig von staatlichen und gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Aufgabenerfüllungen. *„Eine Gesellschaft, die über Jahrzehnte zu wenig Humankapital durch zu niedrige Geburtenraten und zu wenig Vermögen durch sinkende Sparquoten bildet und gleichzeitig immer mehr Belastungen in die Zukunft verschiebt, wird ihre aus der Vergangenheit ererbten Ansprüche auf Dauer nicht erfüllen können, und droht sich neue Verteilungskonflikte zwischen den Generationen und neue Belastungen der Erwerbstätigen durch den Staat aufzubürden.“*<sup>18</sup> Pfeiffer u.a. nennen folgende staatliche Strukturreformen, die als Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewältigung des Wandels dringend angegangen werden müssen:

- Abbau der Arbeitslosigkeit, v.a. bei Niedrigqualifizierten
- Ausbau der (privaten) Alterssicherung und Neuausrichtung der Finanzierung von Gesundheit und Pflege
- langfristig angelegter Abbau der Staatsverschuldung und Subventionen
- Forcierung der Bildung von Humankapital und internationaler Wettbewerbsfähigkeit unserer Bildungseinrichtungen
- verbindliche Regelung der Zuwanderung und Schaffung verstärkter Integrationsangebote
- ökologischer Umbau bei Energie und Mobilität<sup>19</sup>.

Doch auch auf **kommunaler Ebene** muss die Stadt rechtzeitig Prioritäten setzen und Entscheidungen (und damit auch Ausgaben) für die zukünftige Entwicklung treffen. Auch in diesem Zusammenhang ist deshalb eine rasche Gemeindefinanzierungsreform dringend erforderlich.

Mit dem Bekenntnis zur Urbanität und nachhaltigen Entwicklung hat die Stadt im Rahmen der PERSPEKTIVE MÜNCHEN ein zukunftsfähiges Leitbild entwickelt. Der angestrebte Abbau der kommunalen Verschuldung und ein schonender Umgang mit Ressourcen zum Beispiel lässt der jüngeren Generation ausreichende Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten und ist damit auch ein Beitrag zur Generationensolidarität.

Vor dem Hintergrund, der in Kapitel I und II skizzierten Herausforderungen und Folgen des soziodemografischen Wandels werden aus der Sicht einer integrierten Stadtentwicklung folgende **Schwerpunkte bzw. Prioritäten kommunalen Handelns** gesehen:

<sup>18</sup> Ulrich Pfeiffer, Heik Afheldt u.a.; Deutschland in den nächsten 30 Jahren: Die Zukunft gestalten (Kurzfassung); Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 03.12.2001; S.8

<sup>19</sup> ebenda, S.8f.

- **Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt**

Investitionen in Humankapital dürften langfristig wichtiger werden als in Infrastruktur. Ganztagskinderbetreuung, Qualitätssicherung von Leistungen und Spracherwerb für Kinder (u.v.a. Eltern) von Zuwanderern bleiben Herausforderungen einer Modernisierung des Bildungssektors. Dem besonderen Bedarf an Arbeitskräften im Bereich der Humandienstleistungen, z.B. im Gesundheitsbereich, muss durch Anpassungen in der (beruflichen) Ausbildung begegnet werden. Vor allem männlichen Jugendlichen müssen diese Ausbildungswege auch nahe gebracht werden. Die Zukunftsfähigkeit unserer Schulen in der Wissensgesellschaft erfordert eine laufende Anpassung an den sozialen und technologischen Wandel.

Die Einrichtung von Informationsbörsen oder die Beratung von Unternehmensgründerinnen und -gründern auch durch Seniorenberaterinnen und -berater sind Möglichkeiten den Wissenstransfer zu verbessern.

- **Stärkung der Familien mit Kindern, der Humandienstleistungen und Anpassung der Infrastrukturen**

Die Leistungen für Familien zur Stabilisierung bzw. Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen werden trotz der finanziellen Engpässe in hohem Maße erforderlich bleiben. Inhaltliche Schwerpunkte wurden unter dem Stichwort „Ziele und Prüfsteine für die Kinder- und Jugendhilfe in München“ am 03.12.2002 dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Neben nachfragegerechten Dienstleistungen für Familien geht es auch um die Stärkung familiengerechten Wohnens, etwa im Rahmen des München Modells, eines kinderfreundlichen Wohnumfeldes und um die Sicherheit im öffentlichen Raum.

Eine kontinuierliche Herausforderung bleibt auch die Befriedigung der wachsenden Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen und –plätzen sowie nach Ganztagschulen.

Die Versorgung älterer Menschen verändert sich. Neben der pflegerischen Versorgung, die aufgrund der zunehmenden Singlehaushalte vermehrt von professionellen ambulanten Pflegediensten übernommen werden muss, steigt der Bedarf an Betreuungs- und Hauswirtschaftsleistungen zur Sicherung des Verbleibs in der eigenen Wohnung. Steigen wird auch der Bedarf von Versorgungsangeboten im Bereich der Betreuung von dementiellen Erkrankungen und bei der wachsenden Zahl nichtdeutscher älterer Menschen.

Für die Kommune gilt es, z.B. die strukturellen und räumlichen Voraussetzungen für präventive Gesundheitsprogramme zu schaffen, bezahlbare Heimplätze zu sichern, die Tagespflegeangebote auszubauen, Angebote für gerontopsychiatrische Kranke zu schaffen.

- **Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung**

Der Wohnungsmarkt wird immer stärker auf die wachsende Nachfrage nach attraktiven, bezahlbaren und bedarfsgerechten Angeboten für ältere Menschen reagieren müssen. Vor allem altengerecht gestaltete Wohnungen in Verbindung mit Serviceleistungen und integrierten Diensten werden künftig verstärkt nachgefragt werden. Auch Wohnformen, die generationsübergreifendes Wohnen unterstützen, sollten stärker ermöglicht werden.

Aufgrund der sozialen Probleme wird generell der Bedarf an öffentlich gefördertem Wohnraum auf hohem Niveau bleiben, bzw. weiter steigen.

Siedlungsstrukturell bleiben die Nachverdichtung im Siedlungsbestand und die polyzentrische Siedlungsentwicklung Ziel der Stadt- und Regionalentwicklungspolitik, um der durch die demografische Entwicklung tendenziell drohenden Ausdünnung der Bevölkerung in einzelnen Gebieten entgegenzuwirken und das Netz an zentralen Einrichtungen zu erhalten bzw. zu stärken. Dazu ist eine verstärkte regionale Kooperation – auch im Wohnungsbau und in der Wohnungsbauförderung anzustreben.

In der städtischen und regionalen Flächenpolitik sollte der Innenentwicklung konsequent der Vorrang gegenüber Neuausweisungen eingeräumt werden.

Die absehbaren sozialen Entwicklungen machen eine sozialorientierte Stadterneuerungspolitik im Sinne einer Stadtteilentwicklung bzw. „Sozialen Stadt“ vermutlich zur Daueraufgabe. Auch hier ist eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll.

- **Weichenstellung in der Integrationspolitik**

Auf der Basis (und finanziellen Grundlage) einer dringend erforderlichen staatlichen Regelung der Zuwanderungsfrage stellen sich für die Kommune Fragen der Integration der bereits hier lebenden und neu zuziehenden Migrantinnen und Migranten. Integrationspolitik ist dabei als eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche wie auch der Gesellschaft generell anzusehen. Die Umsetzung bzw. Koordinierung der einzelnen Aufgaben verlangt daher nach einem kommunalen Gesamtkonzept der Integration. Dabei kommt der Integration der Kinder und Jugendlichen mit ihren Eltern ein Schwerpunkt zu. Hierbei sind auch die nationalen Vereine aufgefordert aktiv an der Integration ihrer Landsleute mitzuwirken.

Erforderlich werden v.a. Maßnahmen zum Spracherwerb und zur Verbesserung der Qualifizierung, aber auch Orientierungskurse zum Erwerb von kulturellen Kenntnissen und zur leichteren Bewältigung der Alltagsanforderungen. Ein wichtiger Bereich ist die Erleichterung von ausländischen Unternehmensgründungen und der Aufbau eigenständiger Versorgungsnetze. Eine Stärkung der Stadtteile durch (interkulturelle) Stadtteilentwicklungsprojekte soll das soziale Zusammenleben in den Wohnquartieren verbessern helfen. Die Bereitstellung und Anpassung der spezifischen Einrichtungen und Dienste, etwa für ältere Ausländerinnen und Ausländer muss weiterentwickelt werden.

- **Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Generationenbeziehungen**

Bürgerschaftliches Engagement ist als selbstbestimmter und zielgerichteter Einsatz für Verbesserungen sowohl im persönlichen Lebensumfeld als auch im Gemeinwesen anzusehen. Es reagiert auf die individuellen und gesellschaftlichen Entwicklungen einer Zivilgesellschaft und versteht sich als Ergänzung zu staatlichem Handeln.

Die Landeshauptstadt unterstützt und fördert bürgerschaftliches Engagement seit längerem schon auf vielfältige Weise, etwa im „Forum bürgerschaftliches Engagement“, in Kampagnen und Veranstaltungen, mit Fördermitteln und als Präsenz im München-Portal.

Im Bereich Mentoring besteht großes Potential zur Förderung der Generationensolidarität, d.h. dass z.B. ältere Menschen jüngeren Erwachsenen, Jugendlichen oder Kindern in einem institutionalisierten Rahmen Beratung und Unterstützung anbieten. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die intergenerative Pädagogik, die Beziehungen zwischen Senioren und Kindern knüpft.

Abschließend ist festzuhalten, dass der soziodemografische Wandel und seine Auswirkungen auf die Stadt tiefgreifende Veränderungen bewirken und Herausforderungen an die Stadtentwicklung im Generellen und die Fachpolitiken im Einzelnen stellen wird und eindeutigen Handlungsbedarf signalisiert. Die Landeshauptstadt hat aufgrund der zu erwarteten Bevölkerungsprognosen vermutlich ein etwas längeres Zeitfenster zur Verfügung, um sich darauf einzustellen, als andere Städte, wenngleich sich auch in München ein deutliches Ansteigen z.B. der über 70jährigen prognostisch bereits abzeichnet. Dies macht es erforderlich, die Komplexität der einzelnen Fragestellungen genauer zu analysieren und kommunale Entscheidungen vorzubereiten. Es wird deshalb vorgeschlagen, auf der Basis des vorgelegten Berichts unter Federführung des Planungsreferates referatsübergreifend und ggf. unter Hinzuziehung externer Experten, einzelne Themen zu vertiefen und Handlungsempfehlungen auszuarbeiten. Dabei soll auch die interessierte Öffentlichkeit in geeigneter Form mit einbezogen werden (Vergleich dazu auch Ziffer 3 des Antrags der Referentin).



## B Leitlinien der Stadtentwicklung

### B.1 Leitlinienentwürfe in der öffentlichen Diskussion

#### B.1.1 Leitlinie Ökologie

Am 18.2.1998 hat der Stadtrat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung beauftragt, zusammen mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt eine Leitlinie Ökologie für die PERSPEKTIVE MÜNCHEN zu erarbeiten, um auch dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen den entsprechenden Stellenwert im Stadtentwicklungskonzept zu geben.

Die Leitlinie Ökologie wurde am 21.03.2001 dem Stadtrat vorgestellt. Für Boden, Wasser, Luft, Flora und Fauna, Lärm, Energie und Abfall, als wesentliche umweltrelevante Themenkomplexe wurden erstmals alle Daten und Fakten übergreifend zusammengefasst, der derzeitige Zustand und Entwicklungstendenzen der Münchner Umwelt beschrieben sowie Ziele, Strategien und Maßnahmen für ein verantwortungsvolles Handeln formuliert.

Außerdem wurden umsetzungsorientierte Leitprojekte benannt, die wegen ihrer übergeordneten strategischen Bedeutung für den jeweiligen Fachbereich besonders wichtig sind.

Der Stadtrat hat die Leitlinie Ökologie zur Kenntnis genommen und neben weiteren Aufträgen zunächst das Planungsreferat beauftragt, gemeinsam mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt auf Basis der Langfassung der Leitlinie eine Broschüre für eine Öffentlichkeitsphase zu erstellen und dann erneut die Leitlinie Ökologie zusammen mit den Ergebnissen der Öffentlichkeitsphase zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.

#### Öffentlichkeitsphase

In Zusammenarbeit mit einem externen Büro wurde bis Herbst 2002 eine Broschüre für die Öffentlichkeitsphase erarbeitet, die aufbauend auf der Langfassung der Leitlinie die Thematik umfassend darstellt und durch textliche Aufbereitung sowie umfangreiches Bild- und Kartenmaterial nicht nur Fachleute sondern auch ein breiteres interessiertes Publikum erreichen sollte. Zusätzlich wurde ein Faltblatt zur Kurzinformation über die Leitlinie Ökologie und die vorliegende Broschüre herausgegeben.

Der Auftakt der Öffentlichkeitsphase und die Bekanntgabe der Veröffentlichung der Broschüre „Leitlinie Ökologie – PERSPEKTIVE MÜNCHEN“ war die Eröffnung der Ausstellung zur Leitlinie Ökologie – die analog zur Broschüre entwickelt wurde – am 14.10.2002 im Foyer des Gasteig.

Die Ausstellung war dort bis zum 30.10.2002, danach vom 05.11. – 21.11.2002 im Gesundheitshaus an der Dachauerstraße zu sehen.

Parallel zur Ausstellung wurde die Broschüre an alle Stadtratsmitglieder, Fraktionen, Bezirksausschüsse sowie an Verbände, Kammern, Schulen, Universitäten etc. versendet und in das Internet eingestellt.

#### Ergebnis der Öffentlichkeitsphase

Die Leitlinie Ökologie und die Broschüre dazu wurde überwiegend sehr positiv aufgenommen und als sehr gute Ausgangsbasis für weitere notwendige Differenzierungen und Präzisierungen der Zielaussagen für eine ökologisch verträgliche Stadtentwicklung befunden. Insbesondere wurde die Fülle des Grundlagenmaterials und die fachlich kompetente Bearbeitung des Themenkomplexes gelobt.

So wurde z.B. von Herrn Prof. Dr. Michaelis, Universität Augsburg und Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen in seinem Einführungsvortrag zur Ausstellungseröffnung hervorgehoben, dass seiner Einschätzung nach die Leitlinie Ökologie ein nicht zu unterschätzender Meilenstein auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt München sei, dass aber auch noch weitere Bearbeitungsschritte unternommen werden müssen im Hinblick auf ein handhabbares und praxistaugliches Instrument.

Unter anderem hat sich auch der Bund Naturschutz in einer ausführlichen Stellungnahme kritisch mit der Leitlinie auseinandergesetzt.

Zusammenfassend wurde dabei folgendes geäußert:

Damit die begrüßenswerten Zielformulierungen auch einen verbindlichen Charakter für Planungsprozesse bekommen, müssen sie

- a) quantifiziert werden,
- b) mit einem Zeithorizont versehen werden und
- c) insbesondere bei den Themen Boden, Wasser, Klima/Luft und Flora/Fauna auch in einen räumlichen Kontext gestellt werden.

Auch der Naturschutzbeirat der Landeshauptstadt München hat sich sehr eingehend mit der Leitlinie Ökologie beschäftigt und in ähnlicher Weise grundsätzlich dazu Stellung genommen (s. Anlage 1).

#### Folgerungen und weitere Bearbeitung

Die gute und sachliche Auseinandersetzung mit der Leitlinie Ökologie und die aufgeworfenen Kritikpunkte zeigen dabei sehr deutlich, dass einerseits mit dem jetzt vorliegendem Entwurf eine sehr gute Grundlage geschaffen wurde, andererseits aber auch, dass die Leitlinie Ökologie kein statisches Instrument sein kann, sondern im Dialog weiterentwickelt und konkretisiert werden muss. Dieser Aspekt war bereits bei der Stadtratsbefassung vom 21.03.2001 Thema. Die in diesem Beschluss des Stadtrates formulierten Anträge setzen sich mit den jetzt in der Öffentlichkeitsphase vorgebrachten Kritikpunkten bereits auseinander und zeigen die notwendigen weiteren Präzisierungs- und Bearbeitungsschritte auf:

- Die natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden, Klima/Luft, Flora/Fauna sind soweit wie möglich räumlich zu konkretisieren und in einer Leitbildkarte darzustellen.
- Mögliche Zielkonflikte zwischen den Inhalten der Leitlinie Ökologie und anderen Zielsystemen oder Grundsatzbeschlüssen sind herauszuarbeiten und Verfahrensvorschläge zum Umgang mit Zielkonflikten insbesondere bei verkehrs- und Planungsprojekten zu erarbeiten.
- Ein System von Umweltqualitätszielen (Quantifizierung/Zeithorizonte) ist auszuarbeiten und Indikatoren zur Überprüfung der Zielerreichung sind zu formulieren.
- Die aufgeführten Ziele, Strategien und Maßnahmen sind fortzuschreiben, zu quantifizieren und konkrete referatsübergreifende Umsetzungsstrategien sind zu erarbeiten

Im Rahmen dieser weiteren Arbeitsschritte wird das Planungsreferat in Zusammenarbeit mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt, dem Baureferat und dem Kommunalreferat die vorgebrachten Vorschläge berücksichtigen.

Auch die weiteren Punkte der Stellungnahme des Naturschutzbeirates und die in der Stellungnahme des Bund Naturschutz zur Quantifizierung von Zielen und Zeithorizonten vorgebrachten Vorschläge zur Zielerreichung sollen dabei ebenso in die weitere Diskussion einfließen.

Dennoch soll mit dieser Vorlage die Leitlinie Ökologie in der Fassung des Stadtratsbeschlusses vom 21.03.2001 (siehe auch Anlage 7) als erster wichtiger Schritt auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt München beschlossen werden.

Der Antragspunkt 2 des Stadtratsbeschlusses vom 21.03.2001 ist damit bearbeitet:

„Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird zusammen mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt beauftragt, auf der Basis der Langfassung der Leitlinie Ökologie eine Broschüre zu erstellen. Die Broschüre soll die Grundlage für eine Öffentlichkeitsphase sein und dazu dienen, die Bezirksausschüsse, Verbände und Kammern und die am Agenda-Prozess beteiligten Gruppen und Personen über die Leitlinie Ökologie zu informieren und am Diskussionsprozess zu beteiligen. Ebenso soll die Broschüre interessierten Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Dem Stadtrat ist über das Ergebnis spätestens im Rahmen des „Berichtes zur Stadtentwicklung 2002“ zu berichten und die Leitlinie Ökologie zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.“

Die weiteren Punkte des Beschlusses vom 21.03.2001 werden weiter bearbeitet. Ein neuer Antragspunkt wird aufgenommen, der das weitere Vorgehen mit den im Rahmen der Öffentlichkeitsphase eingegangenen Vorschlägen bei der weiteren Bearbeitung der Leitlinie Ökologie zum Inhalt hat.

Neben der Öffentlichkeitsphase zu Leitlinie Ökologie wurden bis jetzt folgende Arbeiten im Hinblick auf die Ableitung von Umweltqualitätszielen und Indikatoren in Angriff genommen bzw. fortgeführt:

- Arten – und Biotopschutzprogramm für München
- Bodenschutzkonzept
- Strukturtypenkartierung
- Grundlagenermittlung zu den Indikatoren einer nachhaltigen Stadtentwicklung

## **B.I.2 Leitlinie Sicherung des inneren Friedens**

Das Kreisverwaltungsreferat hat in der Vergangenheit unter anderem mit verschiedenen themenbezogenen Einzelmaßnahmen präventiv zur Sicherung des inneren Friedens der Stadt beigetragen. Schwerpunkt dieser Maßnahmen waren die in der Leitlinie formulierten Zielvorstellungen und die sich daraus ergebenden Aufgaben.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde mit Bekanntgabe des Sicherheitsreports 2002 am 08.04.2003 und mit Schreiben des Kreisverwaltungsreferats vom 31.03.2003 und den darin beschriebenen Aktivitäten abgeschlossen (siehe Anlage 2).

Der Leitlinienentwurf vom 24.07.2001 kann jedoch noch nicht endgültig beschlossen werden, da gegebenenfalls notwendige Änderungen noch nicht absehbar sind, Nachdem im Kreisverwaltungsreferat die Zielediskussion nicht abgeschlossen ist, ist noch unklar, welche Leitprojekte mit den Zielen des Kreisverwaltungsreferates verknüpft werden sollen.

## **B.II Die neuen Leitlinien**

### **B.II.1 Leitlinie: Sicherung des Freizeitwertes der Stadt München**

Anlass für die Erstellung des Leitlinienentwurfes war der Auftrag der Vollversammlung des Stadtrates vom 18.02.1998. Im Rahmen eines referatsübergreifenden Arbeitskreises haben unter Federführung des Planungsreferates Vertreterinnen und Vertreter des Baureferates, des Kulturreferates, des Referates für Arbeit und Wirtschaft, des Schulreferates und des Sportamtes, sowie des Stadtjugendamtes an der Erarbeitung der Leitlinie mitgewirkt. Grundlage für die nachfolgenden Darlegungen waren unter anderem der Beschluss zur Studie „Regionaler Freizeitmarkt München – Entwicklungspotentiale und Standortkriterien für Freizeitgroßprojekte – FGP“(Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung vom 15.05.2002) sowie die „Münchner Bürgerbefragung 2000“(Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung vom 13.11.2002).

Die Langfassung dieses Leitlinienentwurfes ist dem Beschluss als Anlage 3 beigefügt.



### **B.II.1.1 Grundlagen – Wandel der Freizeitpolitik**

Wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung, einem der zentralen Leitbilder der PERSPEKTIVE MÜNCHEN, ist die Freizeitpolitik: die Inanspruchnahme der städtischen Lebensgrundlagen und der natürlichen Ressourcen durch Freizeitaktivitäten der Bevölkerung und durch private und öffentliche Freizeitinvestitionen muss so gestaltet werden, dass auch die nachfolgenden Generationen noch lebenswerte Verhältnisse vorfinden.

Lebenswerte Verhältnisse werden in der PERSPEKTIVE MÜNCHEN mit dem Leitbild der Urbanität definiert, das die modernen Ansprüche nach Pluralität berücksichtigt: dazu gehören ein hohes Maß an sozialer Offenheit, an kultureller Vielfalt, an Nutzungsmischung und Gestaltqualität, nach nutzbaren Frei- und Bewegungsräumen. Die urbane Qualität, die die Stadt bietet sowie ihre Flexibilität, sich neuen Entwicklungen anzupassen, bestimmen den Rahmen für Freizeitaktivitäten ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Die Freizeit gewinnt dabei zunehmend eine neue soziale Bedeutung: Sie hat eine „Schlüssel-funktion als sinn-, beziehungs- und identitätsspendender Bereich inne.“ (Zitat: Thien, K. u.a.: Urbane Strukturen und neue Freizeittrends, Werkstattbericht Nr.29 der Stadtplanung Wien, S.123). Insbesondere die junge Generation, Frauen wie Männer gleichermaßen, legt besonderen Wert darauf, einerseits etwas zu leisten und andererseits das Leben zu genießen. Dies führt zu einer engeren Verzahnung von Arbeitsleben und Freizeit im Alltag.

Fernsehen, Lesen, Besuche von Nachbarn und Freunden, Besuche von Familienangehörigen und Verwandten, Basteln, Reparaturen in Haus oder der Wohnung, Gartenarbeit; aktive sportliche Betätigung sowie Essen oder Trinken gehen: Dies sind, wie Untersuchungen zeigen, die Freizeitaktivitäten, für die die deutsche Bevölkerung, mit auch gruppenspezifisch überwiegend nur geringen Unterschieden, am meisten Zeit aufwendet. Diese Tätigkeiten spielen sich vorwiegend im privaten Raum ab. Die Menschen gestalten diese Zeit in eigener Verantwortung. Zu berücksichtigen ist dabei, dass viele Frauen auf Grund von Hausarbeit und Kinderbetreuung weniger Freizeit haben als Männer, wobei Männer in der Regel die freie Zeit ihrer Frauen überschätzen.

Es gilt daher einen Rahmen zu schaffen, in dem allen Einwohnerinnen und Einwohnern unabhängig von Geschlecht, Alter, Nationalität und Einkommen lebenswerte Verhältnisse geboten werden. Ein urbanes Freizeitmilieu im heutigen Sinne bietet u.a. die Entlastung vom Stress des Alltags, in dem es im Rahmen einer Aktivität ermöglicht, sich zu betätigen, etwas für die Fitness zu tun, Spaß zu haben, Geselligkeit zu genießen, sich kulturell zu bilden oder sich in Gemeinschaften zu engagieren. Dies schließt sowohl das Streben nach Höchstleistung wie auch lediglich intensives Zuschauen oder bloßes Dabeisein, Nichtstun, ein.

Jeder Stadtraum kann seine eigene Form von Freizeitqualität besitzen. Sie muss angesichts der schnellen Veränderungen unserer Freizeitvorstellungen auch immer wieder neu entwickelt werden. Dabei hört der urbane Stadtraum nicht an der Stadtgrenze auf: das Umland war schon immer wesentlicher Bestandteil des Freizeitwertes von München. Umland und Stadt sind aufeinander angewiesen und müssen sich auch in Zukunft ergänzen.

Wirksamkeit von Freizeitpolitik wird daran gemessen wie wohl sich die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt fühlen, wie attraktiv die Stadt für Betriebe bzw. Arbeitskräfte ist, wie viele Reisende die Stadt als Urlaubsziel wählen.

Traditionell wird Freizeit in die Bereiche Sport, Kultur, Medien und Tourismus unterteilt. Dies passt mit dem heute vorrangigen Streben nach „Unterhaltung“ (Entertainment) und „Erlebnis“ nicht mehr zusammen. Bereits bisher gab es vielfältige Mischformen (Sportfeste, Filmfestivals usw.). Bei der Planung neuer Projekte wird zunehmend die strikte Beschränkung auf einen Bereich zugunsten einer mehrfunktionalen, viele Aktivitäten und Bedürfnissen in einer Einrich-

tung zulassenden Investitionspolitik aufgegeben. Erfolgreiche größere Freizeitprojekte stellen ein enges Nebeneinander von Erlebnisräumen dar. Sie werden heute so geplant, dass sie über Themendarstellungen z. B. kulturelle Aspekte transportieren und touristische Erlebnisse vermitteln wie sie sonst nur weite Reisen bieten.

Sportliche Aktivitäten stellen einen auch gesellschaftlich wichtigen Teilbereich der Freizeit dar. Die künftige Entwicklung des Sports in München wurde im Gutachten „Sportstadt München 2000“ behandelt. Aufbauend auf den einschlägigen Stadtratsbeschlüssen und auf den Zielen dieser Leitlinie wird vom Sportamt eine eigene Leitlinie Sport erarbeitet. Hinweise zum Sport werden daher hier auf das Notwendige beschränkt.

### **B.II.1.2 Vorgaben des Regionalplans für städtische Freizeitpolitik**

Seit 01.06.2002 ist die Fortschreibung des Kapitels Freizeit und Erholung des Regionalplans München (Kapitel B III) in Kraft. Der Regionalplan bildet durch die Anpassungspflicht öffentlicher Planungsträger den Rahmen für die flächenbezogene städtische Freizeitpolitik.

Der Regionalplan trifft Aussagen zur Erhaltung der dezentralen Versorgungsstrukturen, zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen zwischen städtebaulich integrierten und peripheren Lagen, zur bedarfsgerechten Sicherung und Ausschöpfung der Entwicklungspotenziale, zur umweltschonenden Erholungsnutzung (Kapitel B III 1), zur infrastrukturellen Erschließung, darunter zu Vernetzungszielen für städtische und Umland-Infrastruktur (Kapitel B III 2).

Die Allgemeinen Festlegungen zu Freizeit- und Erholungseinrichtungen (Kapitel B III 3) enthalten u.a. den Grundsatz, dass die Ausstattung der Zentralen Orte mit Freizeit- und Erholungseinrichtungen so ergänzt und verbessert werden solle, dass die nicht unmittelbar auf die freie Natur angewiesenen Aktivitäten vor Ort befriedigt werden können.

Die spezifischen Festlegungen zu Freizeit- und Erholungseinrichtungen (Kapitel B III 4) treffen Zielaussagen zu Golfplätzen, Reitsportanlagen sowie zu Freizeitgroßprojekten. Letztere sollen vornehmlich auf städtebaulich integrierte Lagen des Oberzentrums München, des möglichen Oberzentrums Freising, der Mittelzentren und nachrangig einzelner Siedlungsschwerpunkte gelenkt werden. Die qualifizierte Anbindung solcher Einrichtungen an das Netz des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs ist ebenfalls zwingende Voraussetzung für die Errichtung und den Betrieb von Freizeitgroßprojekten.

### **B.II.1.3 Leitlinien der städtischen Freizeitpolitik**

Grundsätze:

- Es bestehen für alle Bewohnerinnen und Bewohner Münchens ausreichende Möglichkeiten ihre Freizeit möglichst wohnortnah zu verbringen.
- Die Vielfalt unterschiedlich großer, öffentlicher, halböffentlicher und privater Angebote, tages- und jahreszeitlich unterschiedlicher Aktivitätsmöglichkeiten ist zu erhalten und fortzuentwickeln.
- Der öffentliche Raum steht allen offen, die sich darin aufhalten möchten und ist so gestaltet, dass er unterschiedlichen Interessengruppen Platz zur Entfaltung bietet.
- Grundsätzlich berücksichtigt die Freizeitlandschaft Münchens unterschiedliche Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Geschlecht, Alter, Nationalität und Einkommen.

Dazu gehören im Einzelnen folgende Strategien beziehungsweise Handlungsfelder:

### **1. Verminderung der Abhängigkeit von Freizeitaktivitäten von motorisiertem Individualverkehr**

Die Stadt als Freizeitraum ist so auszustatten, dass der Anreiz, Erholungsgebiete weit außerhalb der Stadt aufzusuchen, möglichst gering wird. Größere Freizeiteinrichtungen sind auf Standorte sehr guter Erreichbarkeit für Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV und Kfz-Verkehr zu beschränken. Die Vernetzung der Stadtbezirke durch das Radwege- und Radroutennetz ist weiter voranzutreiben.

### **2. Förderung von neuen Entwicklungen und Initiativen**

Die Attraktivität der Stadt für die Freizeit ist durch eine zielgerichtete Förderung neuer Ideen und innovativer Aktivitäten zu erhalten. Dies gilt insbesondere für nicht etablierte innovative Angebote, die oft auch von Initiativen und neuen Gruppierungen entwickelt und betrieben werden, denen wenig Investitionsmittel und Betriebskapital zur Verfügung stehen.

### **3. Steuerung und Vermeidung von Überlastungsproblemen**

Um die intensive Nutzung des städtischen Raumes auch künftig zu ermöglichen, ist gegebenenfalls die Sicherung bestimmter Aktivitäten im Rahmen der Bauleitplanung zu betreiben, z.B. durch die Ausweisung von entsprechenden Schutzbereichen und von unempfindlichen Nutzungen in den angrenzenden Gebieten. So wurden beim Verkehrsentwicklungsplan(VEP) – Radwege deshalb bereits meist Alternativrouten zu den Hauptrouten der Radwege in Grünanlagen angeboten.

### **4. Beseitigung von spezifischen Benachteiligungen**

Es ist notwendig, Defiziten im Freizeitangebot, die die Sozialisation und Integration von Kindern, weiblichen und männlichen Jugendlichen und Jungen Erwachsenen insbesondere im Wohnumfeld behindern, entgegenzuwirken. Dies dient auch der Entlastung der Familien. Bestehende Freiräume sollen geschützt und ausgeweitet werden. Es ist notwendig, kreativ nach neuen Instrumenten und Wegen zu suchen, um neue Freiräume zu finden und nutzbar zu machen. Zu berücksichtigen sind ferner die Interessen von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die andere Formen der Kultur und der Geselligkeit und damit auch der Nutzung von Freizeitangeboten pflegen. Neue Projekte sowie bestehende Einrichtungen und Angebote sind im Hinblick auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu überprüfen und geschlechtsdifferenziert umzusetzen bzw. zu verbessern.

Die Stadt muss bei Angeboten der Grundversorgung dafür sorgen, dass auch weniger leistungsfähige Bevölkerungsgruppen Gebrauch von diesen Angeboten machen können.

### **5. Verstärkte Nutzung der Möglichkeiten einer qualifizierten Innenentwicklung**

Um im Rahmen der verstärkten Konkurrenz um die Verwertung von Flächen auch künftig genügend für Freizeitaktivitäten brauchbare Flächen bieten zu können, ist es notwendig, alle kommunalen Instrumente der Flächengewinnung ( z. B. im Rahmen kleinräumiger Nutzungs- und Strukturkonzepte) und des Flächenmanagements einzusetzen, aber auch die Zwischennutzungen von Grundstücken oder Gebäuden zu ermöglichen, soweit die endgültige Zweckbestimmung des Grundstücks oder Gebäudes dies zulässt.

Die Nutzung kommunaler Grundstücke und Einrichtungen ist durch die jeweils zuständigen Referate verstärkt hinsichtlich der Priorität, der Intensität der Nutzung und der Auslastung der

Einrichtungen zu überprüfen. Dort, wo die Belastung des Naturraumes und der anliegenden Wohngebiete eine stärkere Belastung nicht mehr zulässt, sind Konzepte zu entwickeln, wie neu sich entwickelnde Aktivitäten bedient werden können. Es sind neue Formen von Angeboten zu erproben, aber auch vermehrt die Vernetzung verwandter und sich ergänzender Angebote zu organisieren.

Zusätzlich zu den klassischen Instrumenten der Bauleitplanung sind daher verschiedenste Formen der Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern und anderen Partnern (z.B. Vereinen, Gewerbebetrieben) zur Nutzbarmachung von neuen Freiräumen auf Grundstücken sowie in und auf Gebäuden zu entwickeln und zu erproben.

## **6. Förderung von stadtteilbezogenen Freizeitaktivitäten**

Stadtteilbezogene Freizeitaktivitäten sind zu fördern durch

- die Entwicklung lebendiger Nutzungsmischungen durch ein Netz von Standorten mit vielfältigen, öffentlichen und privaten Angeboten, z.B. im Rahmen von Stadtteilkonzepten, insbesondere in Bereichen mit Aufwertungspotential oder anstehenden Nutzungsänderungen,
- die Organisation solcher Standort- und Aktivitätennetze über die Stärkung der Zusammenarbeit von Trägern, die vor Ort Nachbarschafts- und Beziehungsnetze unterstützen,
- Verbesserung der Auslastung der Anlagen über Absprachen aller örtlich Betroffenen zur Organisation von Aktivitäten im Stadtteil, gemeinsames Marketing, gemeinsame Investitionen zur Beseitigung von Defiziten und zur Modernisierung der bestehenden Anlagen,
- die Beseitigung der quantitativen und qualitativen Defizite bei den Grün- und Freiräumen im Wohnumfeld, den Spielplätzen, den Kommunikations- und Rückzugsmöglichkeiten für weibliche und männliche Jugendliche, den freien Spiel- und Sportmöglichkeiten sowie der Vernetzung von Grünflächen durch Fuß- und Radwege. In die Umsetzung von entsprechenden Konzepten sind die Betroffenen und die Bezirksausschüsse einzubinden,
- die Förderung der Identifikation und der Zufriedenheit mit dem eigenen Wohngebiet über eine Weiterentwicklung der teilträumlichen Gestaltqualität durch die Qualität der Architektur und beispielhafte städtebauliche Nutzungskonzepte bei Neuanlagen oder Umnutzungen von Infrastrukturen,
- die Schaffung von bedarfsgerechten örtlichen Strukturen wie z.B. Einrichtungen, Freiflächen und Plätzen durch die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Planung und Betrieb,
- die sichere Erreichbarkeit publikumsintensiver Freizeiteinrichtungen durch Öffentliche Verkehrsmittel und durch bedarfsorientierte Angebote dieser Verkehrsmittel für die Besucherinnen und Besucher. Das Freizeitangebot in den Wohnbereichen ist so zu gestalten, dass die Wege dorthin minimiert werden und abwechslungs- und erlebnisreich gestaltet sind. Die Standorte sollten zu Fuß/ mit dem Rad verkehrssicher zu erreichen sein.

## **7. Überprüfung der kommunalen Förderung und ihrer Kostenwirksamkeit**

Angesichts der Finanzlage der Stadt und der raschen Veränderung der Ansprüche der Bevölkerung sind die Ziele kommunaler Förderungen von Freizeitaktivitäten regelmäßig hinsichtlich ihrer Priorität und der erzielten Nachhaltigkeit ihrer Wirkungen zu überprüfen.

Um den Problemen der zunehmenden Polarisierung und Fragmentierung der Stadtgesellschaft entgegen zu wirken, sind die öffentlichen Mittel durch den Stadtrat künftig verstärkt für Freizeitaktivitäten einzusetzen, die integrativen Zielen dienen sowie für solche, die die Le-

benssituation von Familien mit Kindern und Alleinerziehenden sowie von Jugendlichen und jungen Erwachsenen geschlechtsdifferenziert verbessern.

Herausragende Begabungen im Freizeitbereich (Musik, Theater, Kabarett, Tanz, Sport, Moderation und Organisation von Veranstaltungen) sind im Rahmen besonderer Konzepte zu fördern (z.B. Konzept Leistungssport, Konzept Kulturelle Stadtteilarbeit, Konzept Förderung der regionalen Münchner Kultur- und Kunstszenen, Angebote der Städtischen Sing- und Musikschule).

Um den Einsatz von städtischen Fördermitteln zu optimieren, sind vermehrt Formen der Partnerschaft zwischen privaten Betreibern und der Stadt, bzw. halböffentlichen Trägern zu erproben, traditionelle Trägerstrukturen sind durch Forderungen nach Einführung von betriebswirtschaftlichen Handlungsstrukturen an verstärkte Kundenorientierung und Refinanzierung zu gewöhnen.

## **8. Weiterentwicklung der Kooperation in der Region**

Die bestehende Kooperation in der Region (z.B. im 1965 gegründeten Erholungsflächenverein) ist mittels örtlich und überörtlich abgestimmter Konzepte fortzuführen. Verstärkt werden soll dabei die Zusammenarbeit im Aufbau eines Radwegenetzes. Im Rahmen der BUGA 2005 und deren teilweise regionaler Ausrichtung sind die Ansatzpunkte für eine gemeinsame Freizeitpolitik (z.B. 130 km langer "Radring" mit Themenrouten rund um München) zu nutzen.

Angesichts der hohen Mobilität der Bevölkerung und den zahlreichen gesamtregional angebotenen Freizeitveranstaltungen ist eine Vernetzung von thematisch "benachbarten" Angeboten sinnvoll und erfolgversprechend (z.B. Kombikarten für Museen und kulturelle Veranstaltungen).

Zur Attraktivitätssteigerung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Freizeitregion München sollen gemäß Regionalplan Modernisierung und Weiterentwicklung sowie auch Neuerichtung größerer Freizeiteinrichtungen möglich sein, sofern dies in einem regionalverträglichen Umfang bzw. an geeigneten Standorten geschieht.

Eine gemeinsame Strategie bei Großprojekten (Erlebniszentren, Freizeitparks) ist durch Anwendung der im Regionalplan vereinbarten Beurteilungskriterien anzustreben.

### **B.II.1.4 Leitprojekte der Freizeitentwicklung**

In München stehen aktuell große Freizeitprojekte zur Verwirklichung an, die als Leitprojekte der PERSPEKTIVE MÜNCHEN weiter entwickelt werden sollen:, u.a.:

- Die Messestadt Riem mit Landschaftspark und Bundesgartenschau 2005 als neuer Freizeit- und Naherholungsschwerpunkt mit ihrem vielfältigen Angebot für die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner der Messestadt, dem Stadtbezirk Trudering und zahlreichen Gemeinden in der Region München.
- Der Olympiapark mit seinen denkmalgeschützten Sportbauten und Grünflächen, der so mit orts- u. strukturverträglichen Nutzungen zu ergänzen ist, dass seine Qualität und Nutzungsvielfalt sowie eine finanzielle Basis für seinen weiteren Betrieb gesichert werden können, nachdem die großen Münchner Fußballvereine hier durch die Inbetriebnahme der Allianz-Arena ab 2005 nicht mehr spielen werden.
- Die Integration des neuen Fußballstadions in Fröttmaning in dem umgebenden für unterschiedliche Freizeitaktivitäten geeigneten Landschafts- und Stadtraum zwischen Heideflächen und Isar, verbunden mit der Ergänzung der fußballorientierten Freizeitangebote

durch die Angebote des im Umfeld des U-Bahnhofes Fröttmaning entstehenden „Kunstparks Nord“ (Hallenkultur, Clubs, Diskotheken und andere In-door-Freizeitangebote).

## **B.II.2 Leitlinie Neue Medien**

Die Neuen Medien verändern unsere Welt so grundlegend, dass es notwendig ist, sich im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts „PERSPEKTIVE MÜNCHEN“ und den dort formulierten Prinzipien „Nachhaltigkeit und Urbanität“<sup>20</sup> umfassend damit auseinander zu setzen und eigenständige Wege und Ziele im Umgang mit den Neuen Medien zu formulieren. Die vorliegende Leitlinie trägt dem Wunsch des Stadtrats Rechnung, mit neuen Leitlinien Strategien zu formulieren, die es der Landeshauptstadt München ermöglichen neue Entwicklungen in das eigene Handeln einzubinden.

Die Leitlinie „Neue Medien“ wurde auf Beschluss des Stadtrats der Landeshauptstadt München vom 18.02.1998 Teil des Stadtentwicklungskonzepts „PERSPEKTIVE MÜNCHEN“ erarbeitet. Der erste Entwurf wurde in der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts im Jahr 2000 vorgestellt. Der jetzt vorgestellte Entwurf der Leitlinie ist grundlegend überarbeitet und berücksichtigt die Entwicklung in den letzten drei Jahren, da der ursprüngliche Entwurf aus dem Jahr 2000 den aktuellen Gegebenheiten nicht mehr entspricht.

Die Überarbeitung erfolgt durch eine referatsübergreifende Arbeitsgruppe unter Leitung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, des Referats für Arbeit und Wirtschaft sowie des Direktoriums hat die redaktionelle Abstimmung durchgeführt. Im Januar 2003 wurden alle betroffenen Referate<sup>21</sup> im Rahmen einer Arbeitskreissitzung über die weitere Vorgehensweise und die jeweils zu erbringenden Beiträge informiert. Dabei wurde auch die Möglichkeit zur Stellungnahme zur grundsätzlichen Ausrichtung der Leitlinie (siehe Inhalte in Anlage 4, Kap. 1 und 2) gegeben. Die weitere Erarbeitung der Leitlinie erfolgte unter Verwendung der Zuarbeiten im Referat für Stadtplanung und Bauordnung.

### **B.II.2.1 Rahmenbedingungen**

Im letzten Jahrzehnt erfolgte mit der zunehmenden Digitalisierung und Verbreitung der Neuen Medien eine rasante Entwicklung hin zur Informationsgesellschaft. Die neuen Medien sind in der täglichen Lebensumwelt nun nicht mehr wegzudenken. Sie sind nun in allen Lebensbereichen angekommen und haben diese vielfach schon durchdrungen. Zu fragen ist, wo die Stadtverwaltung bzw. die Stadtgesellschaft bei den Neuen Medien Einfluss nehmen kann und wo sie beeinflusst wird. Die Stadtverwaltung München selbst ist mit inzwischen über 13.000 vernetzten Computerarbeitsplätzen ein großer Anwender, der auf einen produktiven und innovativen Einsatz der Neuen Medien bei sich selbst zu achten hat. Darüber hinaus hat die Stadtverwaltung die Aufgabe, die Chancen der Neuen Medien für die Stadtgesellschaft zu befördern, aber auch die Risiken der Datenflut und mangelnden Kontrolle über die eigenen Daten möglichst zu begrenzen.

<sup>20</sup> Die Prinzipien „Nachhaltigkeit und Urbanität“ bedeuten, dass München als europäische Stadt unter Beibehaltung der sozialen und funktionalen Mischung die soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung so ausrichtet, dass nachfolgende Generationen eine lebenswerte Umwelt vorfinden und gleichzeitig offen für neue Entwicklungen sind. Vgl. Zusammenfassung PERSPEKTIVE MÜNCHEN 1998.

<sup>21</sup> Zur Arbeitskreissitzung eingeladen: Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Direktorium, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Schulfachreferat, Sozialreferat, Kreisverwaltungsreferat, Kulturreferat, Referat für Gesundheit und Umwelt, Personal- und Organisationsreferat.

Die selbst von vielen Experten erwarteten Veränderungen unserer Lebensumwelt durch die Neuen Medien sind so tiefgreifend wie der Übergang vom Pferdefuhrwerk zum Automobil oder von der Elektronik zur Mikroelektronik. „Durch moderne Reise- und Kommunikationstechnologien brauchen wir für die Überbrückung von Raum immer weniger Zeit.“<sup>22</sup> Diese Herausforderung der Informationsgesellschaft anzunehmen, im Privaten, in den Unternehmen sowie in den Städten und Gemeinden gemeinsam den Wandel zu gestalten und nicht nur geschehen zu lassen, ist wichtig für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Daten und Informationen.

Wie gehen die Menschen mit dieser neuen „Kulturtechnik“ um und welche Chancen und Risiken bietet die neue Technik?

„Kaum eine andere Branche erfährt eine so dynamische Entwicklung wie die Informations-, Kommunikations- und Medienindustrien. Neue Produkte und Dienstleistungen entstehen in immer schnelleren Zyklen, neue Märkte tun sich auf und verschwinden auch wieder. ... Telefon und Computer, Internet und Fernsehen, Sprach- und Datenkommunikation, Buch und Multimedia-Anwendungen lassen sich nicht mehr klar einzelnen Teilmärkten [/ Bereichen, Anm. d. Verf.] zuordnen.“<sup>23</sup>

Die soziodemografischen Merkmale der Internetnutzer unterscheiden sich noch immer deutlich von denen der Gesamtbevölkerung. Dies trifft insbesondere auf die Bereiche Alter und Einkommen bzw. berufliche Stellung zu. Je älter die Bevölkerungsgruppe, um so weniger Menschen dieser Altersgruppe sind im Internet aktiv. Dagegen sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in den jüngeren Jahrgängen bereits deutlich unter 10% (jeweiliger Anteil an der geschlechtsspezifischen Altersgruppe)<sup>24</sup>. Waren vor wenigen Jahren nur 10-15% der Frauen im Internet, so kommen heute auf 5 Männer bereits 4 Frauen (über alle Altersgruppen), die regelmäßig online sind.<sup>25</sup> Auf das jeweilige Geschlecht bezogen sind 35% der Frauen und 49% der Männer online. In den Altersgruppen ab 40 nimmt der Anteil der Frauen im Internet gegenüber den altersgleichen Männern ab und gleichzeitig ist ab diesem Alter der Anteil der Frauen, die offline sind größer als der Anteil derer, die online sind. Bei beiden Geschlechtern gibt es allerdings kontinuierliche Nutzerzuwächse in allen Altersklassen.

Um die Dynamik der Entwicklung zu verdeutlichen, sei auf die wachsende Zahl der Internetnutzer (14-65jährige) in Deutschland von ca. 250.000 (1995) bzw. 5,7 Mio. (1998) auf 39 Mio. (2003)<sup>26</sup>, wovon 13,5 Mio. täglich im Internet sind<sup>27</sup>, verwiesen. Es wird damit gerechnet, dass diese Entwicklung in den nächsten Jahren anhält und damit die Neuen Medien schlussendlich ganz in alle Lebensbereiche eindringen und sie verändern. Die Zuwachsraten werden zwischen 15 und 20 Prozent betragen und sind das Ergebnis einer nachwachsenden Internetgeneration.<sup>28</sup> So sind bereits 76% der 14-19jährigen Internetnutzer. Zwei Drittel der Haushalte mit 6-13-jährigen Kindern verfügen über einen PC und 47% haben einen Internetzugang.<sup>29</sup> Wichtig ist, dass dabei erkannt wird, dass ca. 20 Prozent der nachwachsenden Generation keinen Zugang zur Informationsquelle des 21. Jahrhunderts haben. Die Gründe hierfür sind u.a. in den fehlenden Lesekenntnissen („literary skills“), deren Mangel sowohl in der OECD-Studie 1994/95 als auch in der PISA-Studie 2001 festgestellt wurde, und in den fehlenden wirtschaftlichen Möglichkeiten zu suchen.

<sup>22</sup> „Work Life Balance“, Bundesarbeitsblatt 9/2002. S. 12

<sup>23</sup> Information, Kommunikation, Medien 2001-2004, Branchenprognosen aus vier europäischen Ländern, KPMG2002

<sup>24</sup> Statistisches Bundesamt, Pressegespräch „Informationstechnologie in Haushalten und Unternehmen“ vom 06.02.2003

<sup>25</sup> Statistisches Bundesamt, Pressegespräch „Informationstechnologie in Haushalten und Unternehmen“ vom 06.02.2003

<sup>26</sup> DIW, Wochenbericht 30/2003

<sup>27</sup> Online Reichweiten Monitor 2003/I

<sup>28</sup> Stadtquartiere im Informationszeitalter, DIFU 2003

<sup>29</sup> Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest (MpFS), 2002, in: FocusOnline (www.focus.de) vom 19.09.2002

### B.II.2.2 Was sind Neue Medien?

Neue Medien sind weit mehr als Mobiltelefone und Internet. Sie umfassen Methoden und Instrumente, die eine Verknüpfung von Sprache, Text, Grafik, Bild, Ton, Animation und Video mit Hilfe digitaler Technologie (computerunterstützt) und neuartige Formen von Kommunikation ermöglichen.

Neue Medien eröffnen neue Formen der Informationsübertragung/ -speicherung/ -verarbeitung und erweitern die kommunikativen Möglichkeiten der Menschen. Sie beschleunigen die Informationsübertragung und ermöglichen eine schnellere Überbrückung des Raumes. Damit verlieren Entfernungen an Bedeutung.

Neue Medien helfen bei der Gestaltung von Arbeitsprozessen und eröffnen auch im privaten Bereich neue individuelle Möglichkeiten der Lebensgestaltung. Neue Medien erleichtern aber auch das unkontrollierte Sammeln von Daten über Personen und Organisationen.<sup>30</sup>

Zu den Neuen Medien gehören also das Internet, CD-ROMs, drahtlose Kommunikation, UMTS<sup>31</sup>, Satellitenkommunikation, Verkehrstelematik, computeranimierte Videosequenzen, digitales Fernsehen, digitale Mustererkennung zur Identifizierung, Spracherkennung, Bezahlung mit virtuellem Geld usw.

Alte Medien sind Radio, Zeitungen, Zeitschriften. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie unter anderem nur Teile der Informationen (Sprache, Bild...) gleichzeitig übertragen können. Weiterhin erfordern viele alte Medien eine persönliche Präsenz der Kommunizierenden.

Der Begriff und das Phänomen „Neue Medien“ umfassen demnach eine neue weitreichende Technologie, die in unserer Gesellschaft im privaten wie im öffentlichen Bereich vielfältige Wirkungen auslöst, welche die Arbeit, die Bildung, die Freizeit, den Verkehr, die Kultur, das Zusammenleben usw. umgestalten.

### B.II.2.3 Grundsätze der Leitlinie „Neue Medien“

Die vorliegende Leitlinie hat das Ziel, erneut den stadtentwicklungspolitischen Handlungsbedarf im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu bestimmen. Medienpolitik ist keine neue Ressortpolitik, sondern eine Querschnittsaufgabe, die im Rahmen der speziellen Fachpläne berücksichtigt werden muss und nur sinnvoll erfüllt werden kann, wenn ein integriertes Gesamtkonzept unter Beteiligung der betroffenen Referate entwickelt wird. Dementsprechend wurde die Erstellung des Entwurfs wie oben ausgeführt, von einer referatsübergreifenden Arbeitsgruppe unter Leitung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung begleitet.

Dabei gliedern sich die Ziele der Leitlinie Neue Medien in vier **Grundsätze**, die einen Grundkonsens darstellen, und die handlungsfeldbezogenen Ziele, die die Aufgaben in den stadtentwicklungspolitischen Handlungsfeldern auf dem Gebiet der Neuen Medien verdeutlichen. Die Ziele sind entsprechend der Nomenklatur der Landeshauptstadt München immer als angestrebter Zustand formuliert.<sup>32</sup>

#### Die Grundsätze sind:

- **Umfassende Grundversorgung mit Informationen und des öffentlichen Zugangs zu Informationen gewährleisten;**
- **Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger in der Wissensgesellschaft fördern;**

<sup>30</sup> Eigener Entwurf unter Verwendung von Bollmann, Stefan (Hrsg.): Kursbuch Neue Medien, Hamburg 1998

<sup>31</sup> UMTS = Universal Mobile Telecommunications System. Das System wird derzeit in Deutschland aufgebaut.

<sup>32</sup> Zielformulierung wie im Stadtratsbeschluss vom 27.10.1999 vorgesehen.



- **Förderung der Medienwirtschaft;**
- **Bewältigung städtischer Aufgaben durch die Neuen Medien;**

Leitbild ist nicht eine Reduzierung auf die digitale („virtuelle“) Stadt(-gesellschaft), in der fast alles nur in digitalen Welten stattfindet. Die Befürchtungen, dass die reale Stadt hinter ihrem virtuellen Abbild verschwindet, können weder zum jetzigen Zeitpunkt bestätigt werden, noch ist dies angesichts der abzusehenden Entwicklungen zu erwarten. Allerdings ist der kommunale Gestaltungsspielraum wie bereits ausgeführt in vielerlei Hinsicht beschränkt (z.B. auf das eigene Internetportal und dessen Gestaltung) und kann teilweise durch Kooperation und Kommunikation ausgeweitet werden. Kommunale Medienpolitik ist als ein integrierter Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik hierfür Voraussetzung.

#### **B.II.2.4 Leitlinien der Handlungsfelder der Stadtentwicklung**

Neben der Formulierung von allgemein gültigen Leitlinien ist es wichtig, die Konkretisierung in den verschiedenen betroffenen Handlungsfeldern der Landeshauptstadt München durchzuführen. Aus diesem Grund werden als Bestandteil der Leitlinie Neue Medien in den jeweiligen Handlungsfeldern Strategien entwickelt, die eine Weiterentwicklung des heute erreichten Entwicklungsstandes aufzeigen. Die Begründungen hierfür sind in der erweiterten Fassung der Leitlinie im Anhang 4 zu finden.

##### **1. Neue Stadtverwaltung – eGovernment**

- Die elektronische Kommunikation mit der Stadtverwaltung stellt eine von mehreren Zugangsmöglichkeiten zur Stadtverwaltung dar. Die konventionellen Formen wie beispielsweise das persönliche Gespräch und die Kommunikation auf dem Postweg, über Telefon und Telefax bleiben weiterhin gleichberechtigt erhalten.
- Über das „digitale Rathaus“ können Behördengänge weitgehend elektronisch und medienbruchfrei abgewickelt werden.
- Ein Höchstmaß an Datensicherheit und Datenschutz gewährleistet, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen zum „digitalen Rathaus“ haben.
- Es werden möglichst problemlos zu bedienende, kostengünstige, kompatible und einheitliche Standards und Komponenten eingesetzt, um die Akzeptanz des „digitalen Rathauses“ zu erhöhen.
- Das soziale, kulturelle, wirtschaftliche, touristische und politische Geschehen der Stadt wird über das Internet-Portal München aktuell, anschaulich und transparent kommuniziert. Der Weg zur stärkeren Bürgerbeteiligung ist eröffnet.
- Um allen Bevölkerungskreisen die Kommunikation mit der Stadtverwaltung auf dem elektronischen Weg zu ermöglichen und zu erleichtern, stehen der Öffentlichkeit an geeigneten Standorten geeigneter Dienststellen Zugangsmöglichkeiten zur Verfügung.<sup>33</sup>

##### **2. Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für den Medienstandort München**

- Der Spitzenplatz des Wirtschaftsstandorts München im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik, bei Medien und Telekommunikation ist dauerhaft ausgebaut.
- Die Bereiche Information, Kommunikation sowie Medien nehmen im Strukturwandel der Stadt zugunsten zukunftsorientierter Bereiche eine Schlüsselposition ein. Die Stadt trägt hierzu durch Anwendung und Förderung fortgeschrittener Technik und Nutzungen im eigenen Bereich bei.
- Die Stadt verfügt über ein breites Angebot an Qualifikations- und Fortbildungseinrichtungen in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnik, Medien und Telekommunikation auf den unterschiedlichen Qualifikationsebenen.

<sup>33</sup> Die Einrichtung öffentlicher Zugänge zum Portal München in geeigneten Dienststellen und im öffentlichen Raum ist nicht zuletzt eine Kostenfrage. Hier sind Formen des Zusammenwirkens mit Partnern zu suchen, um eine Möglichkeit der Finanzierung zu erreichen.

- Der Wirtschaftsraum München ist als Medien- und Kommunikationsstandort nachhaltig national und international positioniert. Lokale und internationale Netzwerke der Akteure in diesen Feldern sind mit Unterstützung der Stadt weiter ausgebaut.

### 3. Bildung

- Alle Kinder müssen während der Schulausbildung mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien vertraut gemacht werden und entsprechende Kompetenzen für einen kritisch auswählenden, sinnvollen, verantwortungsbewussten und kontrollierten Umgang mit ihnen erwerben.
- Kinder, die sich nicht zuhause die Grundkenntnisse spielerisch aneignen können, weil sich ihre Eltern die Anschaffung eines eigenen Computers nicht leisten können, werden gefördert.
- Mit den „neuen Medien“ wird selbständiges und selbstverantwortliches Lernen gefördert und gefordert.
- Pädagogisch betreute „Lernräume“ werden angeboten, in denen Kinder und Jugendliche auf das Leben und arbeiten in der Informationsgesellschaft durch eine standardisierte und umfassende EDV-Grundausstattung vorbereitet werden.
- Die Lehrkräfte werden im Wandlungsprozess vom Wissensvermittler zum helfenden Begleiter unterstützt.
- Der Qualifizierungsprozess der einzelnen Lehrkräfte ist im Bereich „Neue Medien“ nicht mehr vom zufälligen Engagement der Lehrkräfte abhängig.
- Die am Lernprozess Beteiligten wenden das Gelernte im Alltag an und reflektieren das Gelernte kritisch.

### 4. Nachhaltige Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wohnungsbau

- Die gravierende Veränderung der Rahmenbedingungen und die Beschleunigung der Entwicklung haben dazu geführt, dass die Prozesse der Stadtentwicklung durchgängig mit Neuen Medien unterstützt werden. Die Neuen Medien sind dabei eine Instrument zur besseren Bewältigung der Komplexität und den gewachsenen Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisationen nach kürzeren Reaktionszeiten, Moderationsleistungen im Planungsgeschehen und Flexibilisierung.
- Die Forderung des Leitbildes Nachhaltigkeit hat dazu geführt, die Potenziale zur Ressourcenschonung der Neuen Medien in der Stadtplanung so konsequent wie möglich einzusetzen.
- Das Informationsangebot des Referates für Stadtplanung und Bauordnung ist so ausgebaut, dass den Bürgern alle Informationen zugänglich gemacht werden, die für eine Beteiligung an öffentlichen Planungsprozessen und die Antragstellung von privaten Bauanträgen erforderlich sind.
- Bei neuen Siedlungsgebieten wird darauf geachtet, dass soweit möglich die Rahmenbedingungen für einen Anschluss/ Zugang aller Bewohner an das globale Datennetz geschaffen werden. Dabei werden sich entwickelnde neue Verfahren, die z.B. andere Technologien der Datenübertragung (Funkübertragung, optische Übertragung usw.) als heute übliche Telefonleitungen, berücksichtigt.
- Den Bürgern werden Informationen über den lokalen Wohnungsmarkt allgemein verständlich über die Neuen Medien zur Verfügung gestellt. Dies erhöht sowohl für Anbieter wie Nachfrager die Transparenz.
- Die städtischen Förderprogramme werden mit allen Konditionen allgemeinverständlich und nach Möglichkeit interaktiv (zur Feststellung der Förderfähigkeit) präsentiert.

## 5. Infrastrukturen – München als zentraler Knoten im globalen Datennetz

- Die Chancengleichheit im Zugang zum globalen Datennetz ist für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen mit Unterstützung der Stadt hergestellt.
- München ist als ein zentraler Server- und Verteilknoten im globalen Datennetz (Daten, Sprachkommunikation, Videobereich) fest etabliert.
- Der Raum München nimmt eine Pilotfunktion bei der Umsetzung von DVB in Bayern ein.
- Neben den traditionellen technischen Infrastrukturen sind geeignete Kommunikations-Infrastrukturen aufgebaut, die den rasch wachsenden Bedarf an Informationsaustausch von Sprach-, Daten, Bild- und Videosignalen abdecken, da die Funktionsfähigkeit der Stadt in zunehmendem Maße davon abhängt.

## 6. Integratives Mobilitätsmanagement

- Die direkte Abhängigkeit von Wirtschaftswachstum und zunehmenden Verkehrsproblemen ist entkoppelt, um die Mobilität im Ballungsraum München nachhaltig zu gewährleisten und unerwünschte Verkehrsfolgen zu verringern.
- Für die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendige Gewährleistung einer stadtverträglichen Mobilität in München haben alle Maßnahmen zur Verkehrsabwicklung, Verkehrsverminderung sowie zur Verkehrsverlagerung höchste Priorität. So geht es vor allem darum, mit Hilfe moderner Technik wie den neuen Medien die Koordination und Kooperation zwischen individuellen und öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Für die speziellen Anforderungen einzelner Zielgruppen, wie Personen mit Bewegungseinschränkungen, soll das Informationsangebot entsprechend gestaltet werden.

Ein flächendeckendes Parkinformationsangebot soll in Kombination mit bereits bestehenden Verkehrsdatenbanken eine Darstellung der strukturellen und aktuellen Parkraumsituation ermöglichen.

## 7. Kulturelle Dienste

- Die führende Stellung Münchens in wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Hinsicht ist so entwickelt, wie es der Bedeutung München als Stadt des Wissens und als Medienmetropole entspricht.
- Es findet ein professioneller Austausch zwischen Kunst, Bildung, Forschung und Wirtschaft statt.
- Die Kompetenz der Münchner Medienkünstler auch im erweiterten/ virtuellen Raum zu kommunizieren ist vorhanden bzw. wird gefördert.
- Die Medienbildung breiter Schichten der Bevölkerung umfasst auch die kulturell-ästhetische Bildung. Dabei wird die Fähigkeit zu einem kritischen und aufgeklärten Umgang mit den Medien, den von ihnen bestimmten Entwicklungen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen möglich.
- Die Münchner Stadtbibliothek, deren Angebot an Multimediaprodukten erweitert wurde und wird bzw. die Internetarbeitsplätze zur Verfügung stellt, ist ein zentraler kommunaler Faktor für die durch Medien vermittelbaren Lern- und Bildungsinhalte.

## 8. Soziale Dienste

- Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien tragen dazu bei, die Lebenssituation von Menschen mit Handicaps zu erleichtern. Sie können für Menschen mit eingeschränkter Mobilität zu einer Ausweitung der Kommunikationsbeziehungen führen. Viele alltägliche Verrichtungen werden mit Teleshopping und Telebanking erleichtert. Auch Informations- und Servicedienste, soziale und medizinische Beratung u.a. können besser koordiniert und damit in ihrer Effizienz erhöht werden.
- Alle Informationen über die sozialen Angebote und Leistungen sollen der Bürgerschaft zeitnah, verlässlich und umfassend zur Verfügung gestellt werden .

- Insbesondere ältere Menschen lernen aktiv mit dem Medium umzugehen, damit sie u. a. auch von den für sie wichtigen Informationen (z.B. über die soziale oder gesundheitliche Infrastruktur) aus dem Internet profitieren und mit anderen Nutzerinnen und Nutzern kommunizieren können.
- Alle Altersservicezentren, die einen Bedarf in ihrem Einzugsbereich sehen, installieren im Rahmen ihres Budgets Computer und führen Schulungen durch.
- Die Beratungsdienste werden zeitgemäß mit Internetanschlüssen versorgt, damit die Informationsangebote der verschiedenen öffentlichen und freien Träger vernetzt und diese für die eigene Beratungstätigkeit genutzt werden
- Im Rahmen der Jugendhilfe ist der Einsatz von neuen Kommunikationstechnologien Standard. Die Vermittlung von Medienkompetenz ist eine Querschnittsaufgabe der Jugendhilfe.

## 9. Umwelt- und Gesundheitsdienste

- Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) tauscht umwelt- und gesundheitsbezogene Daten, Fakten und Informationen mit externen Institutionen und der breiten Öffentlichkeit interaktiv aus.
- Die Daten zur Gesundheitssituation sowie zum Gesundheitsstand der Bevölkerung in München werden mit Unterstützung des vorhandenen Geographischen Informationssystems (GIS) aufbereitet.
- Die Daten werden mit Hilfe eines Kartenservers (Mapservers) kartographisch dargestellt. Dessen Funktionen werden auch für andere Referate bereitgestellt.
- Die Fachabteilungen des RGU überprüfen, inwieweit sich deren Informationsaustausch mit der Bevölkerung auch über die Neuen Medien abwickeln lässt, (z.B. Anträge online stellen, etc.)

### B.II.2.5 Die Stadtverwaltung als Anwender der Neuen Medien-Technologie – Leitprojekte

Die Stadtverwaltung hat von Anfang an die Entwicklung der Neuen Medien auch auf die Weise unterstützt, dass sie die neuen Medien in ihrem eigenen Tätigkeitsbereich eingesetzt hat. Es ist erkannt worden, dass damit die Effizienz und Wirtschaftlichkeit aller Aufgaben der kommunalen Verwaltung verbessert und die Kundenfreundlichkeit der Dienstleistungen gesteigert werden kann. Die Stadt hat damit eine Funktion als Vorbild und Schrittmacher wahrgenommen und ein Klima der kreativen Aufgeschlossenheit für die Neuen Medien erzeugt.

Deshalb wird anhand von vier Leitprojekten aufgezeigt, wie der Einsatz der Neuen Medien in der Stadtverwaltung einen besseren Informationsaustausch und eine bessere Kommunikation mit/ zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und auch innerhalb der Verwaltung ermöglicht.

#### **Leitprojekt 1: Elektronisches Informationsangebot - Bürgernahe Verwaltung – das digitale Rathaus (Portal München)**

Am 12.06.2002 hatte die Vollversammlung des Stadtrats entschieden, dass sich die Landeshauptstadt München an der Betriebsgesellschaft zur Realisierung des Internet-Portals München beteiligt. Auf dieser Basis wurde am 31.07.2002 die „Portal München Betriebs-GmbH & Co KG“ gegründet. Neben der Landeshauptstadt München beteiligen sich die Stadtwerke München GmbH, die Stadtsparkasse München, die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer. Als Geschäftsführerin und Komplementärin fungiert die ebenfalls neu gegründete „Portal München Verwaltungsgesellschaft mbH“.

Das Portal hat folgende inhaltliche Schwerpunkte:

- Schaffung eines gesellschaftlichen Abbildes der Landeshauptstadt München ("Digitale Stadt"), durch Einbeziehung der öffentlichen Stellen, der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und Vereine, der politischen Parteien, der Kunst, Bildungseinrichtungen, Verlage

- und ähnlicher Einrichtungen;
- Daseinsvorsorge für die Bürger des Wirtschaftsraums München durch Schaffung eines umfassenden und qualitativ hochwertigen Bürgerservices, eines Informationsangebotes und einer Kommunikationsplattform mit interaktiver Anwendung (Dialogverfahren);
- Förderung des Fremdenverkehrs und der Wirtschaft des Wirtschaftsraums München durch Angebot von Leistungen der Stadt, der Wirtschaft, insbesondere von kleineren und mittleren Unternehmen und von Vereinen und Verbänden im Rahmen eines prominenten Präsentationsforums von großer Öffentlichkeitswirkung.
- Förderung des Images des Wirtschaftsraums München sowie der Gesellschafter und der Gesellschaft durch ein zeitgemäßes, attraktives Web-Angebot;

## **Leitprojekt 2: Integratives Verkehrsmanagement**

Die Landeshauptstadt München nimmt im Rahmen der Initiative „Mobilität in Ballungsräumen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung am Leitprojekt „MOBINET“ teil. Ziel des Projektes ist es unter anderem ein bewussteres Mobilitätsverhalten des Einzelnen zu erreichen und eine angemessene Aufteilung zwischen dem Individual- sowie dem öffentlichen Verkehr zu erzielen. Bestandteile des Projektes sind:

- Beeinflussung der Verkehrsmittelwahl durch intermodale Angebote (Störfallstrategie, Machbarkeitsstudie Stadtumlandbahn, Direkt- und Sammelbusse, Verbesserung der Bike & Ride und Park- & Ride Angebote, Parkraummanagement)
- Optimierung im Hauptstrassennetz (Umsetzung verkehrabhängiger Steuerungen für die Bereiche Quartier-, Ring-, Sektor- und Netzsteuerung)
- Multimediainformationsdienste (Prototypische Realisierung von Fun-, Urban- und Parkinfo als Multimediainformationsdienste sowie Verbesserung der ÖV-Info)
- Innovative Konzepte für die mobile Gesellschaft (Telecenter, Shoppingbox, Innerbetriebliches Mobilitätsmanagement, MOBIKIDS, Call a Bike)
- Zentrale Funktionen mit Datenverbund und MOBINET Zentrale (Verkehrssteuerung, Leiten und Informieren als zentrale Funktionen)

Im Rahmen des Projekts MOBINET kommt dem Aufbau einer Verkehrszentrale München für viele Teilprojekte eine herausragende Bedeutung zu. Sie dient der zentralen Erfassung der Verkehrslage, soll Störungen analysieren helfen und den Verkehr möglichst optimal steuern und leiten.

So fungiert die MOBINET-Zentrale bereits heute als multimodales Verkehrsinformationscenter in dem sowohl alle relevanten Verkehrsdaten des Individualverkehrs als auch Störungsmeldungen des öffentlichen Personennahverkehrs auflaufen.

Das Projekt MOBINET wurde am 31.07.2003 offiziell abgeschlossen. Die im Probebetrieb getesteten Demonstratoren wurden anschließend z.T. unmittelbar in einen Dauerbetrieb überführt oder bis zu einer entsprechenden Entscheidung über das Projektende hinaus weiterbetrieben. Eine flächenhafte Ausweitung der Demonstratoren wird bei erfolgreichem Probebetrieb angestrebt.

Zusammen mit weiteren Partnern hat sich die Landeshauptstadt München am neuen Ideenwettbewerb „Verkehrsmanagement 2010“ des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit der Projektskizze „arrive- Angebote für eine mobile Region“ beworben. Bei einer positiven Entscheidung ist Mitte 2004 mit dem Beginn des auf eine Laufzeit von etwa dreieinhalb Jahren ausgelegten Projekts zu rechnen.

## **Leitprojekt 3: Schulen im Netz**

Die Landeshauptstadt München hat mit Ihren Beschlüssen des Schul-, Verwaltungs- und Personalausschusses vom 15.12.1999 und 31.05.2000 entscheidende Weichen für den Weg der Schulen zu einem von der Informations- und Kommunikationstechnik gestützten Unterricht

gestellt. Alle öffentlichen Münchner Schulen haben in den letzten beiden Schuljahren ihre pädagogischen Anforderungen an eine vernetzte Schule in pädagogischen Technologieplänen definiert. Momentan werden die Schulen nach diesen pädagogischen Plänen mit Computertechnik und Internetzugängen ausgestattet. Investitionen im Umfang von 119 Millionen € ermöglichen die Vernetzung der Schulen, die Installation und Wartung der Computer und nicht zuletzt die Schulung und Beratung der Lehrkräfte. Die Landeshauptstadt hat auch jährliche Folgekosten von 46 Millionen € für die Betreuung der technischen Einrichtungen und Ersatzbeschaffungen eingeplant.

Mit diesen großen Kraftanstrengungen der Stadt werden die meisten Hindernisse, die bis jetzt Kolleginnen und Kollegen gehindert haben, die neuen Technologien im Unterricht zu nutzen, beseitigt sein. Jetzt kommt es auf die Kreativität und das Interesse für Neuerungen bei Lehrerinnen und Lehrern und auch Schülerinnen und Schülern an. Die Neuen Medien sollen in den Unterrichtsalltag so selbstverständlich integriert werden, wie es außerhalb der Schule schon lange üblich ist.

Das zentrale Angebot findet man unter:

- <http://www.muc.kobis.de/>

Eine Linkliste zu allen beteiligten Einrichtungen:

- <http://www.muc.kobis.de/netzleben/index.htm>

#### **Leitprojekt 4: Informationstechnologie für Verwaltungsintegration – ZIMAS und Geodaten-Pool**

Trotz schwieriger Haushaltssituation - oder vielmehr gerade deswegen - begann die Stadtverwaltung in den letzten 3 Jahren große Integrationsprojekte in der Informationstechnologie. Allgemeingültige Standards und klare Dokumentationen werden die breite Nutzung der wertvollen städtischen Datenbestände für vielfältige Aufgaben in fast allen Referaten verbessern.

#### **ZIMAS**

Im Juli 2000 hat der Stadtrat die Weichen für die Modernisierung des städtischen Daten- und Informationsmanagements gestellt. Durch ZIMAS soll der Zugang zu statistischen Daten für die städtischen Dienststellen erleichtert und die Datenqualität optimiert werden.

Das Zentrale Informationsmanagement- und Analysesystem ZIMAS, ist als zentrales Data-Warehouse-System mit integrierten Analysewerkzeugen konzipiert. Interne und externe Quellen übermitteln Daten zu verschiedenen Themenbereichen wie Bevölkerung, Gesundheit, Kultur, Soziales, Umwelt, Wohnen, Wirtschaft und vieles mehr. Sie werden eindeutig beschrieben und in einer standardisierten Form in eine Datenbank eingestellt.

Der konsequente Einsatz der Netztechnologie wird den städtischen Anwendern die Nutzung des Systems erheblich erleichtern. Neben Standardtabellen stehen auch Analysemodule für eigene Auswertungen zur Verfügung. Die Ergebnisse lassen sich vom Anwender in verschiedenen Formaten zur Weiterverarbeitung exportieren.

#### **Geodaten- Pool**

Der Stadtrat beschloss am 24.07.2002 mit dem Pilotprojekt „Aufbau eines Geodaten-Pools“ ein weiteres dienststellenübergreifendes Verfahren.

Der Geodatenpool ist als Geodaten-Drehscheibe konzipiert. Er soll durch einen reibungslosen Datenaustausch die Stärken der verschiedenen in der Stadtverwaltung eingesetzten graphischen Informationssysteme (GIS und CAD) zur Geltung bringen. Flächen-, Linien- und Standortdaten werden in einer einheitlich strukturierten Form erfasst, die einem international anerkannten Standard entsprechen.

Die Informationen der Pilotphase stellen das Vermessungsamt und die Stadtentwicklungsplanung ein: vor allem Stadtgrundkarte, topographische Daten und Bauleitpläne. Nach der ersten

Phase werden die technischen Standards für eine Beteiligung am Geodaten-Pool offen gelegt, so dass auch andere Dienststellen Geoinformationen einstellen und abrufen können. Damit sollen auch Geodaten aus Umwelt, Verkehr, Sozioökonomie, Räumlicher Entwicklung sowie aus der Region den Erstbestand ergänzen.

Auch hier sind es die Web-Technologien, die es den städtischen Anwendern erlauben, sich ohne viel Ausbildungsaufwand Karten abzurufen oder zusammenzustellen. Exportfunktionen sorgen dafür, dass deren Weiterverarbeitung in städtischen Dokumenten möglich ist.

### **Leitprojekt 5: Kommunales Geodatenmanagement**

Das Vermessungsamt der Landeshauptstadt München ist Mitglied des Arbeitskreises „Kommunales Vermessungs- und Liegenschaftswesens“. Dieser Arbeitskreis und die KGSt befassen sich derzeit mit dem Thema „Kommunales Geodatenmanagement“. Gleichzeitig verfasst ein bundesweites Gutachtergremium einen Bericht mit dem Titel „Anforderungen an das Geodatenmanagement für kommunale Geoinformationssystem (GIS)“.

Dem Erfordernis einer Koordinierung beim Geodatenmanagement auf Bund-Länder-Ebene wurde durch die Einrichtung eines ständigen interministeriellen Ausschusses für Geoinformationswesen (IMAGI) beim Bundesminister Rechnung getragen.

Die Notwendigkeit eines kommunalen Geodatenmanagement wurde in den letzten Jahren durch die immer komplexer werdenden gegenseitigen Abhängigkeiten der Geoinformationen und die verbesserten technischen Möglichkeiten besonders deutlich. Verstärkt wurde diese Entwicklung z.B. durch:

- die Initiative GEOBASIS.NRW des Landes NRW mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Wert der Geodaten durch eine einheitliche Geodateninfrastruktur zu erschließen.;
- zwei Marktstudien im Auftrag des Landes NRW, die den Geodatenmarkt analysieren, Vorschläge für die Marktöffnung unterbreiten und dem Fachbereich Vermessung und Kataster eine Schlüsselrolle bei Geodatenmanagement sowie beim Aufbau eines kommunalen Geodatenportals zuweisen;
- die steigende Verfügbarkeit digitaler Geodaten;
- die verstärkte Nachfrage nach kommunalen Geodaten auch außerhalb der Stadtverwaltung, vor allem in digitaler Form und über das Internet durch ein einheitliches Portal.

Diese Entwicklung ist für den Arbeitskreis „Kommunales Vermessungs- und Liegenschaftswesens des Städtetags NRW Anlass eine Handlungsempfehlung herauszugeben, die organisatorische, inhaltliche und rechtliche Hinweise für die Einrichtung eines Geodatenmanagements enthält.

Aus diesen Ausführungen kann die Landeshauptstadt München Anhaltspunkte für die Einrichtung eines eigenen kommunalen Geodatenmanagements gewinnen. Das Projekt steht auch im Kontext eines effektiven und effizienten kommunalen Geodatenmanagements in der Beziehung Bund-Länder-Kommunen in engem Zusammenhang mit dem Projekt Geodatenpool.

### Weitere Projekte

Mit der konsequenten Förderung gesamtstädtischer Ansätze der Informationstechnologie zeigt die Stadt München, dass sie Rationalisierungsmaßnahmen zur Integration bewusst einsetzt. Nur so können Kosten gespart und gleichzeitig Verwaltungsarbeit mit einer verbesserten Durchgängigkeit strukturiert werden.

Dem dienen auch weitere gesamtstädtische Projekte wie das Neue Kommunale Rechnungswesen mit SAP-R/3, das städtische Intranet, ein Dokumentenmanagementsystem usw., die sich in Realisierungs- bzw. Erprobungsphasen befinden.

### **B.II.3 Leitlinie Kultur in München**

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf den Ergebnissen einer Arbeitsgruppe im Kulturreferat. Eine ausführlichere Fassung dieser Leitlinie findet sich in der Anlage 5.

#### **B.II.3.1 Grundsätze der Münchner Kulturpolitik**

Das Kulturreferat befindet sich derzeit in einem Wandlungsprozess, dessen Ergebnis die sich veränderten gesellschaftlichen Lebensbedingungen in einer Großstadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts und die damit einhergehenden Aufgaben der Kunst- und Kulturförderung widerspiegeln soll. In diesem Zusammenhang wird es von besonderer Bedeutung sein, zwei Bestrebungen zu vereinbaren. Einerseits haben sich, besonders im Rahmen postmoderner Entwicklungen und gesteigert seit den dramatischen Einflüssen von Globalisierung und der damit einhergehenden Hybridisierung von Lebensformen, die Grundlagen kulturellen Lebens destabilisiert und sind auf dem Weg, durch Dekontextualisierung in Vergessenheit zu geraten. Es ist also von großer Wichtigkeit, durch Erforschung, Sichtbarmachung und Vermittlung der Leistungen und zeitgemäßen Wirkungen des kulturellen Erbes gesellschaftlich verbindliche kulturelle Zusammenhänge ins Bewusstsein zu rücken.

Andererseits wird die urbane Gesellschaft wesentlich geprägt von der dynamischen und permanenten Auseinandersetzung mit Innovationen, Experimentellem, Neuem und Ungewohnten, sei es durch andere Kulturen, neue Technologien, ungewohnte Lebensformen oder sich verändernde Ästhetik. Daher ist es ebenso Aufgabe der Kultur- und Kunstförderung, diesem Bereich entsprechende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Wesentliche Bestandteile städtischer Kulturförderung sind also die Förderung und Produktion von Innovativem im Diskurs mit dem kulturellen Erbe, die Auseinandersetzung mit der spezifischen Geschichte und den sich ergebenden Veränderung der Münchner Stadtgesellschaft im Kontext internationaler und regionaler Bezüge sowie sowohl die Förderung von Künstlern und Kulturschaffenden, die in dieser Stadt wirken, als auch die Vermittlung kultureller Leistungen an eine breite Öffentlichkeit. Darüber hinaus ist es anzustreben, Münchner Kultur in die Welt und die Welt in die Münchner Kultur zu bringen.

Kultur sichert, prägt und wertet das Zusammenleben durch gesellschaftliche Vereinbarungen und ästhetische Formen. Kunst und Kultur sind für das individuelle und alltägliche Leben ebenso bedeutsam wie für das Gemeinwesen. Dies gilt nicht nur für die aktive, kreative Kulturleistung. Auch die kulturelle Teilhabe hat viele Aspekte und Wirkungen: Kunstgenuss und Lebensfreude, Erweiterung des Horizonts und Wahrnehmungsveränderung, Weiterbildung und Erkenntnisgewinn, soziale Integration und Identitätsbildung. Die Reichhaltigkeit und Qualität des kulturellen Angebots in München soll daher ins rechte Licht gerückt werden.

Die folgenden Ausführungen sind Teil des derzeitigen Arbeitsprozesses und stellen somit noch nicht die veränderte Konzeption dar; dies wird nach Abschluss des Veränderungsprozesses an anderer Stelle noch geschehen. Die Reihenfolge der folgenden Leitlinien bilden zudem keine inhaltliche Priorisierung ab.



## **B.II.3.2 Leitlinien der Münchner Kulturpolitik**

### **1. Förderung von Künstlerinnen und Künstlern:**

#### **Optimierung der Instrumente der Künstlerförderung**

Die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern ist unverzichtbare kulturpolitische Aufgabe. Kulturelle Vielfalt und Internationalität von Kunst, Künstlerinnen und Künstlern müssen das kulturelle Leben der Stadt prägen. Künstlerinnen und Künstler brauchen eine gezielte Förderung der Rahmenbedingungen von Produktion (Atelierförderung, Projektzuschüsse, Stipendien, Proben- und Aufführungsräume) und Kunstvermittlung (begleitende publizistische Maßnahmen, Veranstaltungskonzepte).

Künstlerinnen- und Künstlerförderung muss dabei im Sinne des gender-mainstreaming-Ansatzes die unterschiedlichen Bedürfnisse, Voraussetzungen und Lebenssituationen von Männern und Frauen in allen Bereichen der Kunst- und Kulturproduktion, -vermittlung und -vermarktung berücksichtigen.

Künstlerinnen- und Künstlerförderung muss aber auch das Kulturverständnis und die Ausdrucksformen der jungen Generation beachten. Interdisziplinäre Ansätze, die den Unterhaltungsbegriff sprengen und mit ihren Gestaltungskonzepten den Kunstdiskurs längst mit prägen, haben an Gewicht gewonnen. Junge Künstlerinnen und Künstler bringen teils Kompetenz im Umgang mit neuen Medien und technologieorientierten Produktionsweisen mit, die in den etablierten Kunsteinrichtungen kaum, wenn überhaupt, vorhanden sind; der virtuelle Raum ist als Kunst- und Interaktionsraum hierbei von besonderer Bedeutung. Er muss durch Vernetzungs- und Infrastrukturangebote verstärkt für kulturelle Nutzungen erschlossen werden.

Künstlerinnen- und Künstlerförderung heißt aber auch, Möglichkeiten, Räume und Öffentlichkeit für Kunst und Kultur zu schaffen. Dies gilt in besonderem Maße für die Unterstützung junger, noch nicht etablierter Künstlerinnen und Künstler und ihrer Ausdrucksformen. Interimistisch kulturell nutzbare Flächen und Räume, offene Strukturen und Freiräume, Vernetzungsangebote ohne normative Vorgaben und nicht leistbare dauerhafte finanzielle Verpflichtungen sind dafür eine zentrale Voraussetzung. Angesichts des hohen Verwertungsdrucks, der auf allen Flächen in München lastet, und der immer kleiner werdenden Zahl von Brachflächen ist es wichtig, Freiräume insbesondere für neue, noch nicht in den „Codex“ aufgenommene Kunstformen zu schaffen.

### **2. Internationalität und Kulturaustausch: Präsenz internationale Kultur in München und internationale Präsenz Münchner Kultur**

Aufgabe städtischer Kulturpolitik ist es, internationale Entwicklungen im Bereich von Kunst und Kultur in die Stadt zu bringen und den internationalen Ruf der Kulturstadt München zu fördern. Der Austausch künstlerischer Produktionen ist deshalb eine Querschnittsaufgabe für die Kulturpolitik der Metropole München.

Die Kooperation mit den Partnerstädten ist durch den zeitgemäßerer Kulturaustausch zu ergänzen und zu ersetzen. Der kulturelle Austausch innerhalb Europas - erweitert um die Regionen Mittel- und Osteuropas - ist für die großstädtische Kulturpolitik von besonderer Bedeutung und leistet damit einen Beitrag zum kulturellen Selbstverständnis eines Europas, das von gemeinsamen Werten getragen ist und die Vielfalt seiner Kulturen und Sprachen bewahrt. Weiterhin ist es angesichts der sich verändernden urbanen Gesellschaften und der daraus entstehenden Fragestellungen unabdingbar geworden, Kulturaustausch auch mit außereuropäischen Kulturen zu intensivieren.

**Festivals und Musik:** Besondere Bedeutung kommt den internationalen Festivals der Stadt und ihrer Partner zu: Sie gewährleisten die aktive Mitgestaltung Münchens am internationalen

Diskurs über neue Ausdrucks- und Gestaltungsmöglichkeiten und sichern die Anbindung der Münchner Künstlerinnen und Künstler an internationale Entwicklungen.

München ist eine **Musikstadt von Weltrang**. Hierfür stehen die hochrenommierten städtischen und staatlichen Musikinstitutionen wie die Münchner Philharmoniker, das Rundfunksymphonieorchester, die Bayerische Staatsoper, aber auch private Klangkörper und freie Ensembles sowie weltberühmte Künstlerpersönlichkeiten, die in dieser Stadt wirken oder immer wieder zu Gast sind. Ebenso ist die Stadt ein renommierter Produktionsstandort. Zahlreiche Schallplattenfirmen unterschiedlicher Größenordnung und programmatischer Ausrichtung sind hier ansässig. Dadurch arbeiten zahlreiche hochrangige Künstlerpersönlichkeiten regelmäßig in der Stadt.

**Münchens städtische Museen** leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den internationalen Ruf der Kunststadt München. Ein international renommierter Ort, an dem sich Präsentation und Diskurs zu einer Identität zusammenfügen, ist die **Städtische Galerie im Lenbachhaus** mit Kunstbau. Das **Museum Villa Stuck** schafft in seiner Eigenheit als Gesamtkunstwerk des Münchner Malerfürsten Franz von Stuck, aber auch als Jugendstilmuseum mit einer Raritätensammlung in der historischen Villa eine einzigartige Atmosphäre von Ausstellungs- und Forschungsort zu den Themen Jugendstil und Münchner Secession. Das **Münchner Stadtmuseum** ist das gewachsene Zentrum für die historische Stadtkultur. Als das „Objektgedächtnis“ der Stadt bewahrt es vielfältige Sammlungen, die den Kulturbesitz und das historische und aktuelle Selbstverständnis der Landeshauptstadt München repräsentieren. Das **Jüdische Museum München** befindet sich derzeit in der Vorbereitungsphase und wird 2006 eröffnet werden.

Im **Theaterbereich** sind die städtischen Institute wichtige Agenten im internationalen Kulturaustausch: Die **Münchner Kammerspiele** zählen bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts zu den renommiertesten Schauspielbühnen im deutschsprachigen Raum. Die **Schauburg**, das städtische Kinder- und Jugendtheater, zählt seit vielen Jahren zu den herausragenden Bühnen dieses Genres im deutschsprachigen Raum. Mit dem **Münchner Volkstheater** und dem **Deutschen Theater** fördert die Stadt zudem zwei weitere Theatereinrichtungen mit spezifischen Schwerpunktsetzungen.

### 3. Geschichtliches Potential: Entwicklung des kulturellen Gedächtnisses und des geschichtlichen Bewusstseins

Die Auseinandersetzung mit städtischer Geschichte in Form lebendiger und intensiver Erinnerungsarbeit ist für die Kultur einer Stadt von zentraler Bedeutung. Die Stadtgeschichte hat dabei die Aufgabe, das öffentliche Bewusstsein für historische Prozesse und Entwicklungen zu schärfen, die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu fördern und somit Inhalte des kulturellen Gedächtnisses für aktuelle Debatten fruchtbar zu machen.

Erinnerungsarbeit ist unerlässlich für die demokratische politische Kultur unserer Gesellschaft. In ihr ist das unterschiedliche und gegensätzliche Erinnern auch an Tabuisiertes, Unliebsames und Schmerzhaftes aufgehoben. Stadtgeschichte muss trotz ihrer lokalen Gebundenheit für globale Prozesse sensibilisieren und deshalb zur Auseinandersetzung mit dem Ungewohnten, dem Verdrängten und dem Fremden anregen. Vermeintlich Fremdes bzw. Fremdgewordenes durch die desaströsen Auswirkungen der NS-Diktatur in der regionalen Geschichte benötigt künftig mehr Präsenz und Raum, wofür exemplarisch die Errichtung des neuen Jüdischen Gemeindezentrums mit Synagoge und des städtischem **Jüdischen Museums** auf dem St.-Jakobs-Platz steht. Ausdruck eines kritischen Geschichtsbewusstseins sind weiterhin die Planungen zum **NS-Dokumentationszentrum**, ein weiteres wichtiges, in Vorbereitung befindliches kulturelles Projekt.

### 4. Entwicklung und Anwendung von Kriterien zur kulturellen Nachhaltigkeit

Für das Prinzip nachhaltiger Entwicklung ist Kultur in doppelter Hinsicht von Bedeutung: Im umfassenden Sinn als Gesamtheit der Lebensformen, Wertorientierungen und Normen bestimmter Gruppen, aber auch im engeren Verständnis als Produktion, als Gestaltung und Äußerung von Künstlern und Kulturschaffenden: sinnstiftend und Ausdruck freier, kreativer Entfaltung der Menschen. Nachhaltige Entwicklung als kulturellen Auftrag wahrzunehmen, umzusetzen und nach außen sichtbar zu machen: Diese Forderung gilt es in München umzusetzen. Hierfür sind kulturelle Nachhaltigkeitskriterien zu entwickeln, auf ihre operationalen Möglichkeiten hin zu überprüfen und schließlich in der Praxis anzuwenden. Eine wichtige Aufgabe wird es in den nächsten Jahren sein, im Dialog mit den verschiedenen Akteuren Münchens zur Agenda 21 Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe wahrzunehmen und stärker als bisher auch strukturell zu verankern.

## **5. Diskurs und Förderung von Urbanität, Begegnung der Kulturen und multipler Identitäten**

Die Stadt ist ein Spiegel gesellschaftlichen Wandels. Typische Charakteristika zeitgenössischer urbaner Räume sind das Zusammenleben unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen auf engem Raum und damit eine hohe Pluralität von Lebensstilen, Dynamik, hohes Tempo und ausgeprägte räumliche wie soziale Mobilität. Eng verbunden mit der Dynamik städtischen Lebens ist die Frage der Identität. Vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund liegen Heimat und Fremdheitserfahrungen oft nahe beieinander, was eine statische Interpretation von „Identität“ ausschließt: Nicht eine Identität, sondern verschiedene und sich immer wieder verändernde Identitäten sind das Merkmal vieler Stadtbewohnerinnen und -bewohner.

Eine der wichtigsten Aufgaben urbaner Kulturpolitik ist die Wahrung der Balance im Umgang mit der Vielzahl unterschiedlicher Bedürfnisse und kultureller wie sozialer Gegebenheiten: Eine vorbeugende Kulturpolitik, die den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sucht und die kulturelle Teilhabe fördert, kann Tendenzen der Exklusion und Ghettobildung bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie sie häufig in Großstädten auftritt, und damit den für Urbanität gefährlichen Prozess einer Provinzialisierung abmildern oder gar verhindern. Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Lebensformen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Ausbildung eigener Identität(en), für Toleranz und sozialen Frieden. Dies wird wesentlich befördert durch die Beschäftigung mit Werken der Kunst, die gesellschaftliche Zustände und Entwicklungen spiegeln und kritisch befragen, Geschichte(n) aufbewahren, mit Weltentwürfen und -interpretationen konfrontieren, die Begegnung mit anderen Kulturen, Epochen und Vorstellungen ermöglichen.

Besondere Bedeutung haben aber auch kulturelle Bewegungen, die sich mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzen und/oder als Vertreter von Minderheiten die Auseinandersetzung und den Dialog mit der Mehrheitsgesellschaft oder anderen Gruppen suchen. Ob Eine-Welt-Arbeit, Friedens- und Ökologiebewegung, Kultur der Schwulen und Lesben oder andere Bürgerbewegungen: Solche Begegnungen sensibilisieren die breite Bevölkerung für die Interdependenz und Zusammengehörigkeit der Kulturen und Lebensstile. Vielfalt und Fremdes werden zur Bereicherung.

## **6. Erhalt und Förderung der kulturellen Vielfalt**

Die großen Kunst- und Kulturinstitute leisten einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Vielfalt in München. Viele der Institute haben sich verstärkt der Aufgabe zugewandt, neue Zielgruppen zu erschließen, vor allem mit Angeboten an Jugendliche. Der Erhalt dieser Institute stellt deshalb einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der kulturellen Vielfalt in einer Großstadt wie München da. Ihnen fällt dabei zunehmend auch die Aufgabe zu, untereinander, aber auch mit anderen zu kooperieren.

Kulturelle Vielfalt äußert sich aber auch in der **Stadtteilkultur**, in partizipativen Strukturen, in Kulturnationen übergreifenden Projekten, im Experimentellen und Innovativen. Vielfalt schließt den Mut zum Risiko und damit notwendigerweise die Möglichkeit des Scheiterns ein. Gerade die noch nicht etablierte Kunst und Kultur bedürfen der Aufmerksamkeit und der Förderung im Rahmen des öffentlichen Kulturauftrages. Nicht nur die Orte der Hochkultur, sondern auch die Orte und Situationen, wo Künstlerinnen und Künstler, aber auch Bürgerinnen und Bürger selbst kulturschaffend tätig werden, müssen erhalten und gefördert werden.

## 7. Zeitgemäße Überarbeitung des Konzepts „Kultur für alle“

In München existiert ein dichtes Netz etablierter und alternativer Angebote und Einrichtungen zur Produktion und Präsentation von Kunst und Kultur. Durch die offene, mobile Kulturarbeit gelingt es, die Partizipation am kulturellen Leben der Stadt wesentlich zu intensivieren. In Zukunft muss aber vermehrt darauf eingegangen werden, dass sich einerseits die Zusammensetzung und Dynamik urbaner Gesellschaften seit den 70er Jahren verändert hat, andererseits die Erfahrungen des Konzepts der Soziokultur zeitgemäße Modifikationen erforderlich machen.

Inzwischen gibt es eine Vielzahl kleinerer Zentren, die vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger getragen sind. Das Spektrum kultureller Einrichtungen ist sowohl von den räumlichen Gegebenheiten als auch von den Inhalten und Zielgruppen her breit angelegt. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass eine Teilprofessionalisierung auch bei kleineren kulturellen Einrichtungen häufig unverzichtbar ist. Andererseits ist aufgrund der finanziellen Lage der Kommunen eine Ausweitung der Teilprofessionalisierung eher skeptisch zu beurteilen. In Zukunft müssen daher neue Wege gefunden werden, die Vielfalt kultureller Einrichtungen in den Stadtteilen durch andere Maßnahmen zu bewahren oder gar zu befördern, beispielsweise durch neue Formen der Kooperation oder der Drittmittelakquise.

**Bürgerschaftliches Engagement** ist eine tragende Säule in unserem Gemeinwesen; seine wichtigsten Organisationsformen sind Vereine, Verbände, Parteien, Selbsthilfegruppen, Beiräte und Initiativen. Dabei hat das Bürgerschaftliche Engagement viele Facetten entwickelt: neben dem traditionellen Ehrenamt gibt es nun die Freiwilligenarbeit, die Idee der Zeitspende und das eher projektorientierte Neue Ehrenamt, zur klassischen Spende, dem Stiftungswesen und Mäzenatentum traten weitere Formen finanziellen Engagements wie Sponsoring und Firmenpartnerschaften.

Diesen Änderungen im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements, vor allem in der „klassischen“ Verbands- und Vereinsszene, aber auch den neuen Herausforderungen auf dem Feld der kulturellen Bildung ist von Seiten der Kulturpolitik Rechnung zu tragen. Sie erfordern eine Analyse des Wandels und die Weiterentwicklung entsprechender Maßnahmen. Hierzu zählen neben Information und Beratung, neben der finanziellen und infrastrukturellen Förderung, der technischen Unterstützung auch die Einbindung von Freiwilligenagenturen, Know-How zum Freiwilligenmanagement sowie Qualifizierungsmaßnahmen für bürgerschaftliche Initiativen.

## 8. Kulturelle Bildung als kommunale Aufgabe

Die kulturelle Bildung nimmt ihren Ausgang bei der Vielfalt von Lebensformen und den durch sie repräsentierten Wertorientierungen. Sie ist auf kulturelle Verständigung ausgerichtet, die ohne einen Grundbestand gemeinsamer Erfahrungen, Werte und Überzeugungen nicht möglich ist. Kulturelle Differenzen und Konflikte sind Essenz einer urbanen Kultur. Damit diese jedoch nicht zur Ausgrenzung und Marginalisierung, schließlich zum Zerfall der Stadtgemeinschaft führen, müssen sie in einen normativen Grundkonsens der Anerkennung, der Anteilnahme und des Respekts eingebettet bleiben. Die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen, die Kenntnis der Geschichte des eigenen Landes und der eigenen Stadt, die Offenheit für fremde

Sprachen und ihre Erfahrungshorizonte, die Auseinandersetzung mit den Künsten und die eigene ästhetische Praxis spielen dabei eine wesentliche Rolle.

**Medien- und Wissenschaftsstadt München:** München ist die größte und wichtigste Verlagsstadt Europas. Dem entspricht das reiche literarische Veranstaltungsangebot, getragen auch von weit über die Stadtgrenzen hinaus renommierten Institutionen wie **Literaturhaus** und **Mocnencia**.

Im internationalen Vergleich gehört München zusammen mit New York, Tokio und London zu den bedeutendsten "Medien-Cluster" der Welt. Von diesen Standortvorteilen her hat München die besten Voraussetzungen, auch im Bereich der audiovisuellen Künste und der **Medienkunst** eine führende Position einzunehmen. Wichtigste Voraussetzung hierfür ist die Bereitstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur sowie von Angeboten zur Vernetzung lokaler mit internationalen Aktivitäten. München ist Deutschlands Universitätsstadt Nummer Eins durch zahlreiche Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen und zudem Sitz der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofergesellschaft. Ein verstärkter interdisziplinärer Austausch zwischen Kunst und Wissenschaft, die Einbeziehung künstlerischer Ästhetik und wissenschaftlicher Analytik in den kulturellen Prozess ist ebenfalls unverzichtbare und fruchtbare Kulturaufgabe.

Die **Münchner Stadtbibliothek** und die **Münchner Volkshochschule (MVHS)** leisten zur kulturellen Bildung einen elementaren Beitrag. Sie sind als größte Träger der außerschulischen und Erwachsenenbildung den Bürgerrechten verpflichtet und fördern die soziale Chancengleichheit. Sie verwirklichen den freien Zugang zu Information und Wissen, schaffen im Rahmen einer kulturellen Daseinsvorsorge die Voraussetzung, um am Geschehen und der Entwicklung einer demokratisch verfassten Kommune aktiv teilnehmen zu können. Die Münchner Stadtbibliothek und die MVHS orientieren sich an den allgemeinen Informationsinteressen, den individuellen Aus- und Weiterbildungszielen, dem kreativen Freizeit- und Unterhaltungsbedarf, den sozialen Aufgaben und einer allgemeinen und stadtteilnahen Kulturarbeit. Auch hier soll ein besonderes Augenmerk gelegt werden auf die sich neu ergebenden Herausforderungen an kulturelles urbanes Leben.

**Literaturvermittlung und Lesekompetenz:** München bietet ein reichhaltiges Angebot der Literaturvermittlung und zur Stärkung der Lesekompetenz. Die Angebote einer Vielzahl von Buchhandlungen und privaten literarischen Initiativen, Vereinen und Schreibwerkstätten ermöglichen kulturelle Teilhabe, die Entwicklung kreativer Fähigkeiten und dienen zugleich der Öffentlichkeitsarbeit für die Literatur. Die Bedeutung der Medienkompetenz, der Beschäftigung mit komplexen Texten und differenzierten sprachlichen Ausdrucksformen ist größer als je zuvor für den kritischen und kreativen Umgang mit der wachsenden multimedialen Informationsflut. Der Strukturwandel im Verlags- und Buchhandelswesen durch neue Medien und Konzentrationsbewegungen, die Veränderungen des Leseverhaltens und die Notwendigkeit für die Literatur, sich in einer visuell und auditiv orientierten Welt zu behaupten, erfordern hier ein verstärktes kommunales Engagement.

**Mediengesellschaft und Medienkompetenz:** Mit den neuen Informationstechniken wächst die Gefahr einer Zwei-Klassen-Gesellschaft der "besser" und der "schlechter" Informierten. Um allen Chancen zu bieten, muss über Bibliotheken, Volkshochschulen, Bürgerzentren und öffentliche Terminals die Zugänglichkeit der neuen Medien für alle sichergestellt werden. Künstlerinnen und Künstler, die sich mit neuen Medien/digitalen Techniken beschäftigen, können häufig auch einen Beitrag zur humanen und kritischen Gestaltung der neuen Medien und damit ihrer Einflüsse auf Mensch und Umwelt leisten. Da die neuen Medien Schlüsseltechnologien der Zukunft sind, hat die Kunst insbesondere in Verbindung mit kultureller Bildung hier eine ethische Aufgabe höchster Relevanz, die sich nur außerhalb der Industrie entfalten kann.

Gerade hier liegt auch die Chance, neue Erfahrungen, Selbstbildungsprozesse, Wahrnehmungsveränderungen vor allem auch bei jungen Menschen anzustoßen. Die Werke der Medienkunst – das erzählende und das dem Experimentalfilm entwachsende Video, die Videokulptur, die inszenierten multimedialen Räume, das interaktive Environment, die Klangskulptu-

ren, die Internetkunst – begegnen einerseits einem massiven Misstrauen. Andererseits lösen sie gerade bei der jungen „Mediengeneration“ Neugierde aus.

## 9. Orientierung am Kulturverständnis der jungen Generation

**Kinder- und Jugendkulturarbeit** in München versteht sich als übergreifender Ansatz an der Schnittstelle von Kultur, Schule und Sozialem. Zur Erreichung des im Gesamtkonzept „Kinder- und Jugendkulturarbeit Stadt“ beschriebenen Zieles einer „Kulturlandschaft Stadt“ stellt die Kommune Räume und Ressourcen bereit und bietet Anlässe für jugendliche Aktivitäten und Selbstbildungsprozesse. Sie unterstützt durch das „Koordinationsforum Kinder- und Jugendkultur“ Vernetzungsstrukturen zwischen Akteuren, Einrichtungen und Verwaltung. Dieser übergreifende Ansatz wird bundesweit als beispielhaft gesehen.

**Kinder und Jugendliche** entwickeln keine einheitlichen Bedürfnisse und Interessen. Sie bewegen sich in einer differenzierten Szene mit unterschiedlichen Peer Groups, Gegen- und Subkulturen mit teils spezifischen ästhetischen Mustern, eigener Sprache und Symbolik. Regionaltypische Besonderheiten im kulturellen Bereich müssen als solche positiv vermittelt werden. Sie bieten die Möglichkeit, von einer stabilen Basis aus kreative Prozesse anzustoßen. Da ihre Ausdrucksmittel relativ schnell erlernbar und unmittelbar erlebbar sind, kommen sie jugendlicher Flexibilität und Neugier entgegen. Auch Kindern und Jugendlichen werden heute eigene Rechte und Beteiligungsansprüche zuerkannt. Besonderes Augenmerk verdient hier die Notwendigkeit, ihnen Zugang zum Erwerb von Schlüsselkompetenzen des 21. Jahrhundert zu verschaffen und hierbei besonders einen kritischen Umgang mit Medien zu ermöglichen. Das erfordert neue Methoden der Didaktik und der Vermittlung. Die Kulturpolitik trägt dafür eine hohe Verantwortung.

Junge Menschen agieren teilweise in anderen Handlungsräumen als die Erwachsenen. Sie haben andere ästhetische Vorstellungen und Sichtweisen und suchen entsprechende Orte, in denen sie ihre kulturelle Identitäten ausleben können. Stichworte sind hier „Clubbing“ oder „Hallenkultur“, aber auch Veranstaltungsformen wie die „Blade Nights“. Durch entsprechende Angebote liegt hier auch die Chance kommunaler Kulturpolitik, neue Erfahrungen, Selbstbildungsprozesse, Wahrnehmungsveränderungen vor allem bei jungen Menschen anzustoßen.

Dies bezieht sich zum einen auf die aktive Förderung junger Künstlerinnen und Künstler. Kulturpolitik muss aber auch die junge Generation in ihrem Rezeptionsverhalten ernst nehmen. Offenheit gegenüber den besonderen ästhetischen Erfahrungen der jüngeren Generationen ist hier der wichtigste Leitfaden.

## 10. Innovationsförderung und Freiraum für Grenzgänge und Experimente in Kunst und Kultur

Die Künste sind in der Lage, Wahrnehmungsweisen zu verändern, neue Formen der Kommunikation zu initiieren, Utopien wach zu halten. Schwerpunkt der kommunalen Kulturpolitik muss sein, der Innovation und dem Experiment auch dort Raum zu geben, wo sie sich auf dem Markt nicht behaupten kann. Dies heißt Künstlerförderung in unterschiedlichen Formen, Realisierung von Projekten zeitgenössischer Kunst im öffentlichen Raum der Stadt, die Sicherung und der Ausbau notwendiger Infrastrukturen, die Förderung der kulturellen Bildung und der ästhetischen Praxis. Aber auch die großen Kunstinstitute sind gehalten, der zeitgenössischen Kunst im Kontext und im Diskurs des tradierten Kunstverständnisses Raum zu geben. Gerade hier findet auch kreative Auseinandersetzung mit den aktuellen Fragen statt. Daher verdient auch dieser innovative, experimentelle Bereich unbedingt öffentliche Förderung.

Als Ort der Auseinandersetzung mit junger zeitgenössischer Kunst in München hat sich die **lothringer13** etabliert.

In der Vielfalt der Münchner **Theaterlandschaft** ist die freie Szene ein unverzichtbarer und bereichernder Bestandteil. Ziel wird daher auch in Zukunft die Förderung aktueller und alternativer künstlerischer Ausdrucksformen der freien darstellenden Kunst auf hohem Niveau sein, um zeitgenössischer Kunst entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich von Theater, Tanz und Performance zu schaffen.

Die Beschäftigung mit **zeitgenössischer Musik** hat in München Tradition: Hier sind die musica viva-Reihe des Bayerischen Rundfunks, die Münchener Biennale sowie die Klangaktionen zu nennen. Aber auch die Münchner Philharmoniker und das Münchener Kammerorchester haben die zeitgenössische Musik zu einem zentralen Schwerpunkt ihrer künstlerischen Arbeit erklärt. Darüber hinaus gibt es eine umfangreiche, vielgestaltige freie Musikszene, in der die unterschiedlichsten spartenübergreifenden innovativen Projekte entwickelt werden. Auch Volksmusik und Volkstanz verändern und verbünden sich mit der um sie herum stattfindenden Kultur. Die Entwicklung der Improvisierten Musik wird in München viel zu einer Neustrukturierung nicht nur des Publikums, sondern auch der neuen Musikergeneration beitragen. Eine Infrastruktur mit entsprechenden Einrichtungen (z.B. t-u-b-e) sowie eine verstärkte interdisziplinäre Arbeit sind die Voraussetzung für einen reflektierten Umgang mit den neuen Technologien.

**Kunst und Kultur im öffentlichen Raum:** Der diskursive Ansatz in der zeitgenössischen Kunst und damit die bewusste Auseinandersetzung mit den Aspekten des Erlebens, der Vermittlung und Konfrontation von Kunst im öffentlichen Raum rückt vermehrt Themen wie Bürgerbeteiligung, Erweiterung des öffentlichen Raumes zu medialen Räumen, das Verhältnis privater-öffentlicher Raum, zukunftsweisende Stadtutopien oder interkulturelle und multimediale Inszenierungen des urbanen Raumes ins Bewusstsein. Auch Phänomene der Mobilität und die Nutzung des Stadtraumes sowie die Wahrnehmung der Stadt als Organismus und die Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte stehen im Mittelpunkt der künstlerischen Reflexion. Im Rahmen des bundesweit einmaligen Pilotprojektes „Freie Kunst im öffentlichen Raum“ erfolgt die systematische Beschäftigung mit der sich ständig veränderten Begrifflichkeit von Öffentlichkeit. Ab Frühjahr 2004 sind hierzu temporäre wie permanente Kunstprojekte als erste Ergebnisse eines interdisziplinären Auswahlverfahrens im Stadtraum für eine breite Öffentlichkeit erfahr- und erlebbar.

## **C Evaluierung - Umsetzung der Leitlinien durch Leitprojekte**

### **C.I Stand der Leitprojekte und wichtiger Handlungsprogramme**

#### **C.I.1 Leitprojekt Flächenmanagement**

##### **C.I.1.1 Zugrundeliegende Leitlinien und aktuelle Rahmenbedingungen**

Die Landeshauptstadt und die gesamte Region München mit ihren hervorragenden Standortmerkmalen sind einer außerordentlichen Wirtschafts- und Wachstumsdynamik ausgesetzt und werden auch weiterhin vor anhaltenden Herausforderungen stehen, die einen zielgerichteten Umgang mit der nicht vermehrbaren Ressource "Fläche" verlangen.

Mit dem Leitprojekt Flächenmanagement sollen die Leitlinien der "PERSPEKTIVE MÜNCHEN"

- Entwicklung zukunftsfähiger Siedlungsstrukturen durch qualifizierte Innenentwicklung
- Sicherung und Förderung von Beschäftigung und wirtschaftlicher Prosperität
- Verbesserung der Kooperation in der Region

durch eine an den Zielen der Stadtentwicklungs- und Regionalplanung orientierte Flächenpolitik gestützt werden.

Die Notwendigkeit des Leitprojektes Flächenmanagement zur Bewältigung von zukunftsfähigen Entwicklungsprozessen hat sich bestätigt und verstärkt: Vor dem Hintergrund umfangreicher, auch steigender Flächenansprüche und zunehmender Nutzungskonkurrenzen werden entwicklungsplanerische Rahmenkonzepte zur Flächensicherung und Standortvorsorge im Sinne des Leitprojektes Flächenmanagement immer wichtiger.

Die Flächenknappheit in der Kernstadt, Bodenpreisgefälle zum Umland, Wohnpräferenzen der Bürger, Standortwahl von Unternehmen, Anforderungen an Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur sowie zu Fehlallokationen führende steuerliche Anreize haben zur Suburbanisierung und engen funktionalen Verflechtungen in der Stadtregion geführt. Dabei stehen lokale Entscheidungen oft nicht im Einklang mit gesamtregionalen Erfordernissen und langfristig vorausschauender Flächenpolitik. So führten z.B. umfangreiche Gewerbegebietsausweisungen im Umland abseits der zentralen Orte und Entwicklungsachsen zu Konflikten wie erhöhtem Pendleraufkommen, Wohnungsmangel, Disparitäten in der Steuerkraft.

Die Landeshauptstadt München befindet sich mit dem Leitprojekt im Kontext mit Initiativen beispielsweise des Deutschen Städtetages, des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen ("Kommunales Flächenressourcen-Management") und einiger Gemeinden der Region München, die auf einem wachsenden Bewusstsein zur Begrenztheit von Raum und Flächen und zur Notwendigkeit sparsamer Flächeninanspruchnahme basieren.

##### **C.I.1.2 Strategisches Flächenmanagement – übergreifende Aufgaben**

Das Strategische Flächenmanagement ist eine Hauptaufgabe der Stadtentwicklungs- und Regionalplanung. Wichtig ist die wirksame Verknüpfung mit dem operativen Flächenmanagement. Dabei werden als übergreifende Aufgaben Leitlinien und Themenbereiche bezeichnet, die den jeweiligen Gesamttraum betreffen und die allgemeine Grundlagen beinhalten.

Ausgangslage, Handlungsspielräume und Schwerpunktsetzungen sind beim Städtischen Flächenmanagement durch die rechtlichen und planerischen Möglichkeiten grundsätzlich anders als beim Regionalen Flächenmanagement, wobei jedoch die Vernetzung zwischen beiden Bereichen von zunehmender Bedeutung ist.



### **Langfristige Siedlungsentwicklung**

Zentrale Schwerpunktaufgabe des Leitprojektes „Strategisches Flächenmanagement“ ist es, die gesamtstädtische Siedlungsentwicklung zu verfolgen und die langfristigen räumlichen Entwicklungsperspektiven und Rahmenbedingungen der Flächeninanspruchnahme in der Stadt zu thematisieren.

Die Situation ist dadurch gekennzeichnet, dass anhaltende Flächenansprüche baulicher Nutzungen, insbesondere der Wohn-, Büro-, Gewerbenutzungen und der Großeinrichtungen für Einzelhandel, Kultur und Sport, weiterhin zu umfangreicher Flächeninanspruchnahme und Nutzungskonkurrenzen führen. Zielkonflikte sind die Folge - sowohl durch einen starken Verdrängungswettbewerb zwischen den baulichen Nutzungen als auch durch Bebauungsansprüche, die sich auf Grün- und Freiflächen sowie auch auf Bereiche Regionaler Grünzüge richten. Dabei besteht der wesentliche Zielkonflikt darin, dass die umfangreiche Bau- und Planungstätigkeit der Nichtvermehrbarkeit der Gesamtfläche Münchens und der gesetzlichen Verpflichtung zum sparsamen Umgang mit Flächen gegenübersteht. So machte beispielsweise die Standortsuche nach einem neuen Fußballstadion im Jahr 2001 die engen räumlichen Spielräume besonders deutlich.

Wegen der besonderen Standortfaktoren Münchens ist, trotz der derzeitigen Phase wirtschaftlichen Abschwunges in Deutschland, auch künftig mit einer relativ hohen Entwicklungsdynamik im Ballungsraum München zu rechnen. Um jedoch das oberste Ziel – die Erhaltung der Attraktivität Münchens und der gesamten Region – zu verfolgen, sind Überlegungen zu Weichenstellungen und Strategien anzustellen. Hierzu wird eine Vertiefung und ein kontinuierlicher Dialog mit verschiedenen Experten und Interessensvertretern, insbesondere auch des Umlandes, angestrebt und in die Wege geleitet.

### **Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung der LH München**

Der Flächennutzungsplan, der die Art der Bodennutzung und damit die Grundzüge der beabsichtigten städtebaulichen und landschaftlichen Entwicklung flächendeckend in der Gesamtstadt darstellt, bildet - als vom Stadtrat beschlossener vorbereitender Bauleitplan - die fundamentale Grundlage für die räumliche Ordnung und somit für sämtliche Dispositionen bzgl. der Art der Nutzungen, insbesondere auch für die im Leitprojekt Flächenmanagement als Steuerungsinstrumente bezeichneten informellen Konzepte.

Als digitaler Plan ist er für alle städtischen Dienststellen verfügbar und abrufbar. Als CD-ROM (Plan in Planquadraten und Erläuterungen) steht er auch Externen zur Verfügung. Änderungen erfolgen im Netz unmittelbar.

### **Regionales Flächenmanagement**

Regionalplanung, wie sie in Bayern praktiziert wird, reicht allein zu einer wirksamen Koordinierung der Flächenpolitik in Stadtregionen kaum aus. Sie muss durch ein regionales Flächenmanagement für regionalbedeutsame Siedlungs- und Freiraumnutzungen flankiert werden. Dies setzt voraus, dass ein fairer Ausgleich von Vorteilen und Lasten erfolgt, der für alle beteiligten Partner einen Nutzen erwarten lässt. Hierfür Anstöße zu geben bzw. dies in Kooperationsprojekten zu verfolgen, ist eine wichtige Komponente des Regionalen Flächenmanagements. Vor allem bei der Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete und bei der Bewältigung der Verkehrslast wird eine verstärkte Stadt-Umland-Kooperation im Sinne eines regionalen Flächenmanagements mittlerweile von einigen regionalen Akteuren für erforderlich gehalten. Zudem fehlt für die Standortwahl von Großprojekten (wie z.B. für den Einzelhandel) und für wichtige Schlüsselthemen und -projekte wie z.B. Güterverteilzentren ein über die Planung hinausreichendes aktives Regionalmanagement. Auch hierfür sind informelle Kooperationen und vertrauensbildende Maßnahmen notwendig, um zu zielführenden Konzepten für ein gemeinsames Handeln zu kommen.

#### **C.I.1.3 Umsetzung und Sachstand – Städtisches Flächenmanagement**

Mit dem Leitprojekt werden Kooperationsformen der am Planungs- und Baugeschehen Beteiligten sowie Informationsniveau und -austausch verbessert.

Das städtische Flächenmanagement wird hinsichtlich seiner strategischen Ausrichtung vom Planungsreferat - Stadtentwicklungsplanung sowie insbesondere im Übergang zur operativen

Ebene auch von den einschlägigen städtischen Fachdienststellen wahrgenommen (z.B. Kommunalreferat: Kommunale Liegenschaften, Gemeinbedarfsvorsorge, Ausgleichsflächenkonzept; Referat für Arbeit und Wirtschaft: Wirtschaftsförderung; Planungsreferat – Stadtplanung: Bebauungsplanung).

Als Beispiel einer optimalen Verknüpfung des Strategischen und des Operativen Flächenmanagements sei das Instrument „Sozialgerechte Bodennutzung – der Münchner Weg“ genannt. Es leistet einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung von Bauland unter Berücksichtigung städtebaulicher, ökologischer und sozialer Qualitäten im Sinne der PERSPEKTIVE MÜNCHEN. Mit diesem Instrument konnten seit seiner Einführung – aufgrund von Beschlüssen des Münchner Stadtrates (23.03.1994; 27.07.1995; 10.12.1997) sowie im konstruktiven Zusammenwirken der städtischen Dienststellen mit Bauträgern und Investoren – wesentliche Grundlagen für die zeitnahe Realisierung einer bedarfsgerechten und qualitativ anspruchsvollen Stadtplanung geschaffen werden.

Das Leitprojekt gliedert sich in die 3 Handlungsfelder Steuerungsinstrumente, Informationssystem und Berichtswesen, womit an langfristigen Zielen orientierte informelle Konzepte und Rahmenvorgaben entwickelt werden.

Wesentliche Schwerpunkte lagen in der Weiterführung dieser Handlungsfelder.

### **Steuerungsinstrumente**

Mit den Steuerungsinstrumenten werden in einzelnen informellen Konzepten der räumlichen Entwicklungsplanung insbesondere die folgenden Ziele angestrebt:

- Flächenbereitstellung und Standortvorsorge für die Grundfunktionen Wohnen und Arbeiten ebenso wie für die Versorgung;
- Flächensicherung für weniger „konkurrenzfähige“, jedoch für Stadt und Gemeinwohl fundamental wichtige Nutzungen;
- Abgleich von Individual- und Gemeinwohlinteressen;
- Stärkung der Zentren- und Versorgungsstruktur;
- Berücksichtigung der Belange von Natur, Freiraum und Landschaft,
- verantwortungsbewusster und zukunftstauglicher Umgang mit Nutzungsänderungen.

Im Folgenden wird zum Stand der Arbeiten an den einzelnen Konzepten berichtet.

Sie werden laufend weiter entwickelt und ggf. durch neue Schwerpunkte und Ziele ergänzt:

#### Siedlungsflächenprogramme:

Mit den Siedlungsflächenprogrammen werden die zur Planung anstehenden Flächenpotenziale für die Grundfunktionen Wohnen und Arbeiten (Wohn-, Gewerbe- und Büronutzungen) auf gesamtstädtischer Ebene zusammengeführt. Dies bildet die Grundlage für eine geordnete Siedlungsentwicklung, zur nachhaltigen Sicherung und Entwicklung der Qualitäten Münchens als Wohnort und Wirtschaftsstandort.

Dazu werden Entwicklungstendenzen und Rahmenbedingungen kontinuierlich verfolgt.

Die Programmziele und Übersichten der Flächenpotenziale sowie die Prioritätensetzungen für die Flächenaktivierungen werden regelmäßig fortgeschrieben sowie in entsprechende Programme eingebracht, wie z.B. als Grundlage der Reihenfolge großer Siedlungsmaßnahmen des Mehrjahresinvestitionsprogramms.

Informationen und Darstellungen zu den Entwicklungsmöglichkeiten des Wohnungsbaues waren Bestandteil des Beschlusses „Wohnen in München, III“ vom 24.07.2001 und im Zusammenhang mit dem Bündnis für Wohnungsbau (2001/ 2002) von besonderer Bedeutung.

Die gesamtstädtischen Siedlungsflächenprogramme stellen eine laufende Basisarbeit dar.

## Zentrenkonzept – Entwicklungsperspektiven für den Einzelhandel:

Nachdem sich seit dem 1975 erstellten Zentrenkonzept einige Rahmenbedingungen gewandelt haben, wurde eine Fortschreibung für notwendig erachtet. Dabei sollten Standort- und Funktionsbestimmungen der Zentren i.S. des polyzentrischen Konzeptes, veränderte Ansprüche des Einzelhandels und seine Funktion für die Zentrenentwicklung sowie die nachfragegerechte Versorgung der Bevölkerung weiterentwickelt bzw. einbezogen werden.

Das Konzept wurde auf der Basis des Stadtratsbeschlusses zum Zentrenkonzept vom 15.12.1999 im Januar 2001 veröffentlicht.

Es erfährt derzeit eine teilräumliche wie auch branchenbezogene Differenzierung und Vertiefung. Im Vordergrund stehen dabei Probleme der Nahversorgung und der Fachmarktentwicklung. So wurden teilräumliche Zentrenkonzepte für die Stadtteilzentren Laim und Pasing (im Rahmen des Projekts Hauptbahnhof-Laim-Pasing), für den Münchner Südwesten und den Münchner Norden erstellt, sowie für den Südosten in Auftrag gegeben. Auf gesamtstädtischer Ebene ist im Jahr 2003 eine Analyse und Bewertung der Lebensmittelversorgung in München durchgeführt worden.

Das Zentrenkonzept bildet eine wichtige Grundlage zur Bewertung und verträglichen Steuerung von Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben des Einzelhandels, auch bei neuen Siedlungsvorhaben sowie für den Umgang mit Betriebswünschen.

## Gewerbeflächenentwicklungsprogramm:

Strukturveränderungen der Wirtschaft, Flächenansprüche höherwertiger Gewerbe- und sonstiger Nutzungen sowie Umstrukturierungsplanungen i.S. der entwicklungsplanerischen Zielsetzungen führen zu einer kontinuierlichen Reduzierung gewerblicher Bauflächen, die jedoch als räumliche Basis für die Entwicklungen der Wirtschaft mittel- und langfristig unverzichtbar sind. Insbesondere klassische Gewerbenutzungen sind erhöhtem Verdrängungsdruck ausgesetzt. Hierzu wurde Handlungsbedarf gesehen und ein gesamtstädtisches entwicklungsplanerisches Rahmenkonzept sowohl für die Fortentwicklung gewerblicher Siedlungsstrukturen als auch für die Standortvorsorge gewerblicher Nutzungen aufgestellt.

Die Erarbeitung erfolgte in einem mehrstufigen Verfahren, bei dem Gewerbeflächen sowohl für klassische als auch für höherwertige gewerbliche Nutzungen bestimmt wurden. (Stadtratsbeschlüsse vom 24.02.1999 und 23.11.2000). Eine zusammenfassende Darstellung des Gesamtprogramms wurde im Juni 2002 veröffentlicht.

Das Programm kann als entwicklungsplanerische Grundlage für städtebauliche Planungseckdaten, Bebauungsplanungen, Begutachtungen, Bauberatungen und Genehmigungen im Rahmen des geltenden Rechts dienen.

Derzeit wird ein Erfahrungsbericht zur Vorlage im Stadtrat erstellt. Zudem ist die Fortschreibung des Gesamtprogramms und der Aufbau einer Flächeninformationsdatei vorgesehen.

## Ausgleichsflächenkonzept:

Die Belange von Natur, Landschaft und Freiräumen sind mit den Belangen der Siedlungsentwicklung abzustimmen und in Einklang zu bringen. Dem gemäß gilt nach dem Bundesnaturschutzgesetz eine Eingriffsregelung, wonach Eingriffe in Natur und Landschaft zu vermeiden bzw. auszugleichen sind. Dieser Ausgleich kann aufgrund der seit 1998 geltenden neuen Rechtslage räumlich und zeitlich entkoppelt vom Eingriff umgesetzt werden, soweit weder im Umgriff von Bebauungsplänen noch im näheren Umfeld sinnvolle Ausgleichsflächen zur Verfügung stehen.

Zur Sicherung und zügigen Durchführung der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung ist es daher dringend erforderlich, ein stadtbezogenes Konzept für die möglichen Ausgleichsräume und Potenziale aufzustellen.

Am 25.04.2001 wurde vom Stadtrat als erster Schritt die Erarbeitung eines Pilotprojektes, das "1. Münchner Ökokonto", beschlossen (siehe auch C.I.3, 2.3 Grüngürtelprojektprojekt – Baustein Ökokonto).

Nach weiterer Ausgestaltung des Instruments Ökokonto und Beginn der Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung im Frühjahr 2003, ist das Ökokonto nunmehr in die Praxis eingeführt.

Nach erster Sondierung der Nachfrage planungsbegünstigter Investoren ist der Erfahrungsbericht des Planungs- und Kommunalreferats nun in 2004 im Stadtrat vorgesehen.

Als nächster Schritt ist die Vergabe eines Auftrages zu einem gesamtstädtischen Ausgleichsflächenkonzept vorgesehen. Nach Erarbeitung und Darstellung der Methodik und der möglichen Potenziale sollen wichtige Ausgleichsräume und ihre Funktionen bestimmt und Maßnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen werden. Damit sollen auch vordringlich die Entwicklung und Verbesserung des landschaftlichen Potentials im Münchner Grüngürtel einhergehen und somit wesentliche Bausteine zur Sicherung, Erhaltung und qualitativen Aufwertung dieser Frei- und Landschaftsräume entstehen.

Nachnutzung Post-/ Telekomflächen:

Nach der Privatisierung der ehemaligen Bundesinstitution Bundespost wurden Absichten der Nachfolgeorganisationen Telekom AG und Deutsche Post AG zur Auflassung einiger bisher von Postdiensten genutzter Flächen sowie Verwertungsabsichten sonstiger in ihrem Besitz befindlicher Grundstücke bekannt.

Im Sinne einer langfristig tragfähigen Flächenpolitik wird angestrebt, im Zusammenwirken mit den Unternehmen ein Gesamtkonzept sowohl für die Sicherstellung der Versorgung mit Postdiensten im Stadtgebiet als auch für an stadtentwicklungsplanerischen Zielen orientierte Umnutzungen zu erstellen. Bisher liegen lediglich Teilinformationen zum Grundbesitz vor, die u.a. im Rahmen informeller Gespräche gewonnen wurden. Für einige Einzelfälle erfolgten Prüfungen bzw. wurden Bebauungsplanungen eingeleitet. Bei der weiteren Erarbeitung des Gesamtkonzeptes wird der Umgang mit Zielkonflikten, die wegen der üblichen Bestrebungen der Grundbesitzer nach ökonomisch optimaler Verwertung auftreten, ggf. im Vordergrund stehen.

Flächenmanagement zur Gemeinbedarfsvorsorge – städtische Flächenreserven:

Die Gemeinden sind gesetzlich verpflichtet, die Grundversorgung der Bevölkerung mit sozialen und schulischen Einrichtungen sicherzustellen. Im Rahmen der Daseinsvorsorge sollte mit einer langfristig orientierten Bodenvorratspolitik eine ausreichende und auch für unvorhersehbaren Bedarf disponible Flächenreserve für Gemeinbedarfszwecke vorgehalten werden. Aufgrund der im Stadtgebiet der LHM nur noch in begrenztem Maß vorhandenen städtischen Flächenreserven, die zunehmend Nutzungskonkurrenzen und Zielkonflikten ausgesetzt sind, wurde sowohl bei der Stadtentwicklungsplanung als auch aus den Reihen des Stadtrates die Notwendigkeit gesehen, ein nachhaltiges Flächenmanagement aufzustellen.

Nach Vorprüfung etlicher, noch vorhandener und für Gemeinbedarf geeigneter Flächenreserven durch das Planungsreferat wurde daher in einem ersten Schritt eine vorläufige Flächenreserve Gemeinbedarf mit ca. 110 städtischen Grundstücken zwischen Planungsreferat und Kommunalreferat abgestimmt und ein Konzept zum künftigen Umgang mit dieser Flächenreserve gemeinsam erarbeitet (Grundsatzbeschluss der Vollversammlung vom 29.01.2003). Demnach ist vorgesehen, die für die Flächenreserve Gemeinbedarf bestimmten Grundstücke mit entsprechender Zweckbindung beim Allgemeinen Grundvermögen vorzuhalten und zwischen Planungs- und Kommunalreferat unter Einbeziehung der Fachreferate für soziale und kulturelle Infrastruktur und der Stadtkämmerei in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Aktualisierung des Gesamtbestands der „Flächenreserve Gemeinbedarf“ in Quantität und Qualität zu unterziehen.

Aufgrund der zunehmenden Ziel- und Nutzungskonflikte auch in Bezug auf das städtische Vorratsvermögen, sind die hierfür vorläufig bestimmten Grundstücke unter Berücksichtigung jeweiliger fachlicher Strategien und gesamtstädtischer Interessen zwischen allen beteiligten Fachdienststellen noch endgültig abzustimmen. Nach Abschluss der damit verbundenen umfangreichen Vorarbeiten sowie nach näherer Ausgestaltung des Instruments „Flächenmanagement zur Gemeinbedarfsvorsorge“ werden dem Stadtrat die Ergebnisse zum Flächenbestand, etwaige Zielkonflikte und künftige Rahmenbedingungen zur Verwendung der Flächenreserve Gemeinbedarf vorgestellt (gemeinsame Beschlussvorlage des Kommunal- und Planungsreferates).

## **Informationssystem**

Mit dem stufenweisen Aufbau eines referatsübergreifenden Flächeninformationssystems wird eine wesentliche Grundlage für ein Informationssystem des Leitprojektes Flächenmanagement geschaffen. Dazu hat der Stadtrat am 24.07.2002 ein Pilotprojekt Geodatenpool mit 3jähriger Laufzeit beschlossen. Es soll in einer Arbeitsgruppe mit Planungsreferat, Kommunalreferat - Vermessungsamt und Amt für Informations- und Datenverarbeitung entwickelt werden.

Ziel ist, dass die flächenbezogenen Grunddaten des Vermessungsamtes und die Datenbestände des Planungsreferates miteinander vernetzt werden und gleichzeitig eine enge Verzahnung mit der Grafikentwicklung erfolgt. Die Nutzer in den Referaten und Dienststellen mit ihrer unterschiedlichen Software werden auf die gleichen Geodatenbestände zugreifen und ihre stadtweit relevanten Geodaten einstellen können.

Damit wird eine einheitliche Geodatenbasis für alle Anwendungen geschaffen, die als Prototyp für einen begrenzten Nutzerkreis bereits zur Verfügung steht. Vergleich dazu auch die Ausführungen zum Leitprojekt Geodaten-Pool auf S. 80.

## **Berichtswesen**

Mit einem flächenbezogenen Berichtswesen soll die Umsetzung der Leitlinien für nachhaltige Siedlungsentwicklung, insbesondere Innenentwicklung und Qualitätsoptimierung, quantifiziert und bewusst gemacht bzw. rückgekoppelt werden.

Hierfür werden zunächst beispielhaft einige wesentliche relevante Indikatoren ausgewählt:

Planungstätigkeit:

- Flächenausweisungen für die Siedlungsentwicklung, differenziert nach Lage im Stadtgebiet bzw. Siedlungsgefüge
- Flächenausweisungen, differenziert nach Neubauflächen und Freiflächen des FNP, Wiedernutzungen von Flächen aufgelassener Nutzungen sowie Nachverdichtungen
- Siedlungsentwicklung in Bezug zum Öffentlichen Personennahverkehr
- Flächensparende Strukturen – Siedlungsdichte; Nutzungsmischung
- Anteile von Grün- und Freiflächen – Veränderungen; Qualitäten

Bautätigkeit:

- Art der Nutzung
- Baurecht

### **C.I.1.4 Umsetzung und Sachstand – Regionales Flächenmanagement**

Im Mittelpunkt der bisherigen Umsetzungsschritte standen die Handlungsfelder "Information" und "Kommunikation".

#### **Information und Kommunikation**

Zur Aufarbeitung regionaler Flächen- und Entwicklungsinformationen wurde mit der Klärung methodischer und technischer Anforderungen und Möglichkeiten begonnen. In Zusammenarbeit mit regional tätigen Verbänden und Dienststellen wird das Ziel verfolgt, einen digitalen Planungsatlas, der benutzerfreundlich und u.a. kompatibel zum Geodaten-Pool der Landeshauptstadt München ist, zu entwickeln. Die Verknüpfung der bei verschiedenen Stellen vorhandenen georeferenzierten Inhalte böte für alle Beteiligten erhebliche Synergieeffekte.

#### **Regionales Einzelhandelskonzept**

Entsprechend den Zielformulierungen sowohl des Regionalplans München als auch des Landesentwicklungsprogramms Bayern (Fortschreibung vom 01.04.2003) erstellt derzeit der Regionale Planungsverband in Zusammenarbeit mit Kommunen, darunter der LH München, dem Freistaat Bayern und weiteren regionalen Akteuren ein regionales Einzelhandelskonzept. Ziele sind einerseits Vorschläge für geeignete Standortbereiche sowie die struktur- und raumverträgliche Ansiedelung von Einzelhandelsgroßprojekten und andererseits die Entwicklung eines

Instrumentariums für ein – bisher fehlendes - interkommunal oder regional abgestimmtes Vorgehen. Dabei sollen auch Erfahrungen aus anderen Ballungsräumen einbezogen werden. Gleichzeitig sollen Aussagen zur wohnungsnahen Versorgung der Bevölkerung und zur Konfliktsituation zwischen zentralen Standorten und nicht integriertem großflächigen Einzelhandel getroffen werden. Die Grundlage für das regionale Einzelhandelskonzept bildet eine Bestandsaufnahme der vorhandenen zentralen Einzelhandelsstandorte in der Region München. Der Projektabschluss des regionalen Einzelhandelskonzeptes ist für Ende 2004 vorgesehen.

### **Beteiligung am Bundeswettbewerb Modellvorhaben der Raumordnung (MORO 2003 – 2006):**

Ein weiteres Beispiel regionaler Kooperation ist die Entscheidung der Landeshauptstadt München und von zunächst sieben Umlandkommunen, gemeinsam am Bundeswettbewerb des Bundesamtes für Raumordnung MORO 2003 – 2006 teil zu nehmen. Thematischer Schwerpunkt der Wettbewerbsteilnahme ist die nachhaltige Siedlungs(flächen-)entwicklung in der Wachstumsregion München. Anknüpfungspunkte sind dabei vor allem

- Auswirkungen von Großprojekten (z. B. Freiham, BUGA 2005, Neubau Fußballstadion)
- Umsetzung und Auswirkungen des Flughafengutachtens
- Standorte für Logistik- und Güterverteilzentren in der Region
- Hochschulstandorte und studentisches Wohnen
- Konzept für Grün-, Frei- und Ausgleichsflächen
- Funktion der Mittelzentren (auch hinsichtlich der Einzelhandelsversorgung)
- Wechselwirkungen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung; Verkehrsmanagement, Verkehrsentwicklungsplanung

Unabhängig davon, ob dem Wettbewerbsbeitrag der kommunalen Arbeitsgemeinschaft aus der Region München Erfolg beschieden sein wird und München von den Auswahlgremien des Bundes als Modellregion im Rahmen von MORO 2003-2006 deklariert wird, haben sich die am Wettbewerb Beteiligten auf eine Zusammenarbeit in dieser für die regionale Entwicklung zentralen Thematik verständigt.

## **C.1.2 Konzepte und Projekte für eine qualifizierte Innenentwicklung**

### **C.1.2.1 Zugrundeliegende Leitlinien**

Das Leitbild der Qualifizierten Innenentwicklung betont den Vorrang von Flächenrecycling und Nachverdichtung vor der weiteren Inanspruchnahme von Freiräumen in der Außenentwicklung.

Das zugrunde liegende Siedlungsmodell 'kompakt, urban, grün' hat eine an der Infrastruktur leistungsfähiger öffentlicher Verkehrsmittel orientierte Dichteentwicklung zum Ziel, sowie eine neue verdichtete Mischung der urbanen Funktionen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit, bei einer quantitativ und qualitativ verbesserten Freiraumausstattung im Bezug auf Erholung und Stadtökologie.

Durch die Verringerung des notwendigen Verkehrs in einer solchen Stadt der kurzen Wege und durch die geringere Flächeninanspruchnahme einer nachhaltigen Stadtentwicklung wird auch ein städtebaulicher Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion geleistet, zudem wird die Lärmemission gesenkt.

Es gilt, im Rahmen der Innenentwicklung die Wohnfunktion zu stärken und innerhalb gemischter Strukturen bei flächensparendem Bauen lebendige und urbane Quartiere mit menschlichem Maß zu schaffen, deren Attraktivität sich auch an der Vielfalt des Lebens in den gründerzeitlichen Stadtquartieren orientiert. Eine Innenentwicklung, die um die Akzeptanz der Nachfrager mit ihren individuellen Bedarfen bemüht ist, fördert eine hohe Qualität der neu zu schaffenden Wohn- und Freiraumstrukturen.

Die Prinzipien des Siedlungs- und Dichtemodells 'kompakt, urban, grün' werden auf die laufenden Projekte der Innenentwicklung übertragen und bei der Realisierung dieser Leitprojekte angewandt – vgl. hierzu im einzelnen die unten folgenden Projektbeschreibungen.

Die Leitlinien der qualifizierten Innenentwicklung sind auch Bestandteil des Zentrenkonzepts der Stadt München. Es sieht vor, durch die Aufwertung von Stadtteil- und Quartierszentren sowie die Begrenzung der Neuentwicklung nicht integrierter Handelseinrichtungen das dezentrale, wohnortnahe Versorgungsnetz zu stärken und die polyzentrische Siedlungsentwicklung zu festigen, auch um damit die Innenstadt mit ihrem starken Entwicklungsdruck im Einzelhandel zu entlasten.

Begleitet wird dies durch ein spezielles Maßnahmenkonzept zur Aufwertung der Innenstadt, in der die Wohnnutzung sowie Kultur- und Freizeitfunktionen gestärkt und die öffentlichen Räume und Freiflächen auch in sozialer und ökologischer Hinsicht aufgewertet werden sollen.

Die „Leitlinien für die Münchner Innenstadt und Maßnahmenkonzept zur Aufwertung“ wurden dem Stadtrat in einer eigenen Beschlussvorlage am 22.10.2003 vorgelegt und dienen als Grundlage für das jetzt beginnende Anhörungs- und Beteiligungsverfahren der Bezirksausschüsse und der weiteren Akteure. Die erzielten Ergebnisse werden dem Stadtrat vorgelegt und in die weitere Fortschreibung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN eingebracht.

Die Zielvorstellungen einer flächensparenden und die Freiräume schonenden Siedlungsentwicklung in dezentraler Konzentration sind auch auf das Umland zu übertragen, um die Zersiedelung zu bremsen und auch hier die Urbanisierung der zentralen Orte weiterzuentwickeln. Im Rahmen der seinerzeitigen Anhörung zur Fortschreibung des Regionalplans, Teil Regionales Siedlungs- und Freiraumkonzept, erfolgte eine Abstimmung mit den Zielen zur Qualifizierten Innenentwicklung der Landeshauptstadt München. Das Regionale Siedlungs- und Freiraumkonzept des Regionalplans München ist seit 01.12.2001 in Kraft und enthält sowohl überfachliche Grundsätze zur nachhaltigen Raumentwicklung der Region und ihrer Teilräume, die u.a. am Leitbild der dezentralen Konzentration und der Innenentwicklung orientiert sind, als auch dezidierte fachliche Ziele und Grundsätze, die eine flächensparende Siedlungsentwicklung propagieren.

Entsprechende Zielsetzungen bilden auch einen besonderen Schwerpunkt in der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms des Freistaates Bayern, das am 01.04.2003 in Kraft getreten ist.

### **C.1.2.2 Projekte und Konzepte**

Zur effizienten Abwicklung der Projekte wurde in einigen Fällen eine referatsübergreifende Projektorganisation eingeführt. Dies betrifft neben den im Folgenden beschriebenen auch die Projekte Riem, Freiham und Isar-Süd.

#### **Projekt zentrale Bahnflächen München: Hauptbahnhof-Laim-Pasing**

Hinsichtlich des Projektstands ist anzumerken, dass in der Stadtrats-Vollversammlung vom 23.05.2001 der Billigungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans mit integrierter Landschaftsplanung erfolgte. Auf dieser Grundlage ist inzwischen für den Bereich des Arnulfparks Baurecht geschaffen worden, für die Bereiche Pasing Bahnhof und Stückgutgelände, Nymphenburg Süd und Laim sind Aufstellungsbeschlüsse gefasst und nachfolgend B-Plan-Vorentwürfe erarbeitet worden, die bis 2005 zur Rechtskraft gebracht werden sollen. Für die Gebiete Birketweg und Paul-Gerhardt-Allee werden weitere Überarbeitungen der städtebaulichen und landschaftsplanerischen Konzepte vorgenommen. Für diese Gebiete wird das Baurecht voraussichtlich bis 2006 bzw. 2008 geschaffen, wenn es gelingt, die dort ansässigen Gewerbebetriebe zeitgerecht in Ersatzstandorte zu verlagern.

Entsprechend den Leitlinien der PERSPEKTIVE MÜNCHEN zur qualifizierten Innenentwicklung werden durch kompakte, flächensparende Baustrukturen die Voraussetzungen für ein ergänzendes Wohnungsangebot und neue Arbeitsplätze geschaffen sowie neue öffentliche

Grünflächen ermöglicht (insgesamt ca. 17.000 APL und Wohnungen für ca. 16.000 Einwohner). Die Strategie einer Mischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit wird durch je nach Standorteignung bereichsweise differenzierte Planungen verfolgt.

Dabei wird jedoch ein ausgewogenes Verhältnis von Wohnen und Arbeiten nicht in allen Teilbereichen erreicht werden können. Der Überhang an gewerblich nutzbaren Flächen in den Bereichen Containerbahnhof und Landsberger Straße wird mit einer eingeschränkten Eignung der Flächen für das Wohnen begründet. Beabsichtigte kleinräumige Mischungen von Wohnen und Arbeiten auf Blockebene (Mischgebietsausweisungen) stoßen regelmäßig auf Vermarktungsprobleme bei den Investoren. Von diesen wurden mehrfach Wünsche hinsichtlich einer klaren Nutzungsausweisung geäußert, entweder in Richtung Kerngebietsnutzung oder bei kleineren gewerblichen Anteilen im Mischgebiet in Richtung Wohnen. Lärmschutzprobleme lassen sich bei Blockrandbebauungen oft auch durch entsprechende Grundrissausbildung lösen, ohne dass in problematischen Randlagen Gewerbenutzungen vorgesehen werden müssen.

Sind Mischgebiete aus Immissionsschutzgründen unvermeidbar, so zeigt sich, dass für die Realisierung der Wohnanteile (z.B. Bereich Milchladehof/Landsberger Straße oder an der Stadtkante in Nymphenburg Süd) eine kritische Masse sowie entsprechende Standortqualitäten geschaffen werden müssen, die ein vermarktbare Wohnungsangebot ermöglichen. In beiden Fällen haben die immobilienwirtschaftlichen Erfahrungen zu Überarbeitungen der städtebaulichen Konzepte mit eindeutigen kleinräumigen Zuordnungen der Wohn- und Gewerbebauten geführt.

In Pasing wird das Stadtteilzentrum auf Flächen östlich des Bahnhofs um ca. 21.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche ergänzt und durch einen sog. „Rundlauf“ eine gute Verbindung zu den bestehenden Einkaufslagen ermöglicht, wodurch auch eine Attraktivitätssteigerung für die bestehenden Einkaufslagen und eine stärkere Kaufkraftbindung im Pasinger Zentrum insgesamt erreicht werden soll.

Auch in Nymphenburg Süd wird auf ehemaligen Bahnflächen in attraktiver Lage in der Nähe des S-Bahn-Haltepunkts Laim ein Nahbereichszentrum entstehen, welches die Nahversorgung sicherstellen wird. Zusätzlich werden kulturelle Angebote die Urbanität der zentralen Standorte stärken, sofern diese städtischerseits finanzierbar sind oder es gelingt, hierfür die Investoren auch zu einem finanziellen Engagement zu bewegen.

Die Strategie einer Stärkung von Stadtteil- und Quartierszentren wird an diesen Standorten voraussichtlich erfolgreich umgesetzt werden können, sofern auch die Erschließungsvoraussetzungen hierfür einschließlich des städtischen Anteils zeitgerecht finanziert werden können.

Der Gesamtraum wird eine deutliche stadtgestalterische Aufwertung erfahren, zu dem auch das Grünflächenangebot mit seinen parkartig gestalteten zusammenhängenden Grünflächen und den Verknüpfungen zu den bestehenden Parks (Hirschgarten, Nymphenburger Schlosspark, Würmgrünzug) einen wesentlichen Beitrag leistet. Die dezentral den Wohngebieten jeweils zugeordneten öffentlichen Grün- und -Freiflächen und die ökologischen Vorrangflächen (Pionierpark) übernehmen neben ihrer Erholungs- und Vernetzungsfunktion auch wichtige stadtgestalterische Aufgaben und tragen zu Naturschutz sowie klimatischem und ökologischem Ausgleich bei. Dabei wurden sehr frühzeitig größere Bereiche möglicher intensiver nutzbarer Freizeitflächen für die Altersgruppen der Schulkinder und Jugendlichen gekennzeichnet und können so in der nachfolgenden Bauleitplanung entsprechende Berücksichtigung finden. Diese Ziele konnten in den Konzepten umgesetzt werden, weil neben der erforderlichen Versorgung der neuen Siedlungsgebiete mit ausreichenden und sozial brauchbaren Grün- und Freiräumen und des notwendigen naturschutzfachlichen Ausgleichs auch die Immobilienentwicklung ein attraktives Umfeld für die Entstehung der neuen Adressen benötigt.

Die stadtverträgliche Verkehrsbewältigung soll im wesentlichen erreicht werden durch die Attraktivierung der S-Bahn (Taktverdichtung, Bau neuer Haltepunkte u.a. an der Friedenheimer Brücke, bessere Verknüpfung mit U- und Trambahn). Durch die Finanzlage der Stadt wird sich die Realisierung der übergeordneten Erschließungsvoraussetzungen länger hinziehen als ur-



sprünglich erwartet, so dass teilweise nur mit Zwischenlösungen eine stufenweise Realisierung einzelner Quartiere (z.B. am Birketweg und in Pasing) möglich sein wird.

Fazit: Es ist anzustreben, die Realisierungsvoraussetzungen (Stärken und Schwächen einzelner Quartiere bei der Konzeptentwicklung, Ausprägung der Mischung) stärker zu berücksichtigen und künftig noch gezielter einen quartierübergreifenden Nutzungsausgleich zu suchen, um dem Ziel eines strukturellen Ausgleichs von Arbeiten und Wohnen in der Stadt gerecht werden zu können. Bei den Verkehrsausbaumaßnahmen ist hinsichtlich der Finanzierung und Prioritätensetzung die Leistungsfähigkeit des städtischen Haushalts stärker zu berücksichtigen, ohne wesentliche Entwicklungsziele zur Disposition zu stellen.

### **Projekt Theresienhöhe**

Im städtebaulichen Ideenwettbewerb für die Neuordnung des ehemaligen Messengeländes wurde das Leitmotiv für eine qualifizierte Innenentwicklung 'kompakt-urban-grün' planerisch umgesetzt. Der Entwurf von Prof. Otto Steidle und Partner zeigt eine klare stadträumliche Struktur, angelehnt an die angrenzenden Quartiere mit einer großen Flexibilität in der Überplanung der einzelnen Baufelder. Die Baurechtschaffung auf Grundlage des Wettbewerbsergebnisses ist abgeschlossen, der Großteil der Grundstücke wurde verkauft, für die neue Bebauung wurden Realisierungswettbewerbe durchgeführt und die ersten Gebäude sind 2001 bezogen worden. Die Neugestaltung und Erweiterung des Georg-Freundorfer-Platzes wurde 2002 abgeschlossen und der Kunstwettbewerb für die Freifläche auf dem Bahndeckel, zu dem Künstlerinnen und Künstler, sowie Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten eingeladen waren, entschieden

Auf knapp 22 ha inzwischen privaten Bauflächen entstehen rund 1.500 Wohnungen (davon 50 % geförderter Wohnungsbau und München-Modell), 4.000 – 5.000 Arbeitsplätze, Einzelhandels- und Dienstleistungsflächen, eine Grundschule mit Kindergarten und Hort, ein Jugendzentrum sowie das Verkehrszentrum des Deutschen Museums in drei denkmalgeschützten Jugendstil-Messehallen.

Mit einer durchschnittlichen Geschossflächenzahl (GFZ) von 2,5 in den Kerngebieten und 1,55 in den Wohngebieten wird eine dem innerstädtischen, gut erschlossenen Standort entsprechende Dichte erreicht. Dem gegenüber stehen die hochwertigen Freiflächen des denkmalgeschützten Bavariaparks und des Georg-Freundorfer-Platzes sowie die Freifläche auf dem Bahndeckel, die sich noch in der Planung befindet und die Plätze zwischen Verkehrsmuseum und Bavariapark mit insgesamt ca. 11,2 ha öffentlichen Grün- und Freiflächen. Zusammen mit der großzügigen Durchwegung des Gebiets, der Esplanade an der Ganghoferstraße und den weiteren öffentlichen und privaten Flächen hat das Projekt Theresienhöhe eine ausgewogene Freiflächenbilanz .

Schon jetzt ist erkennbar, dass mit der Konzeption des Projekts Theresienhöhe, Nutzungsmischung bei hoher Dichte mit anspruchsvoll gestalteten Freiflächen zu realisieren, nach Fertigstellung der öffentlichen Flächen ein lebendiges Quartier mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen wird. Allerdings hat sich herausgestellt, dass in der Umsetzung der MK-Gebiete Wohn- und Büronutzung größtenteils in getrennten Baukörpern realisiert werden. Damit entsteht eine in Teilbereichen geringere Qualität der Wohnlagen, als sie bei horizontaler Schichtung der Nutzungen in dicht bebauten gemischten Gebieten möglich wäre.

Angesichts des weit fortgeschrittenen Standes des Projekts Theresienhöhe wurde mit Beschluss des Stadtrats vom 29.01.2003 die 1995 gegründete referatsübergreifende Projektstruktur aufgelöst, die Aufgaben werden seitdem im Rahmen der Linienorganisation weitergeführt.

## Projekt 'Rund um den Ostbahnhof'

Das Projektgebiet 'Rund um den Ostbahnhof' ist eine der letzten großen zusammenhängenden Flächen in Innenstadtnähe mit Bahnanbindung und sehr guter öffentlicher Verkehrerschließung, auf der grundlegende Umstrukturierungsmaßnahmen möglich sind.

Die Landeshauptstadt München hat im Jahr 2001 für das Projektgebiet einen offenen internationalen städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb ausgelobt. Die weitere Planung wird auf der Grundlage der mit dem 1. Preis ausgezeichneten Arbeit (Verfasser: 03-München Garkisch, Schmid, Wimmer, Prof. Aufmkolk) fortgeführt. Der nächste Schritt ist eine vertiefende Strukturplanung, mit der die Planungskonzepte für die verschiedenen Teilbereiche westlich und östlich der Bahn konkretisiert, und die Strukturzahlen für Wohnen, Arbeiten, Freiflächen und Infrastruktur festgelegt werden. Danach können die Verfahren der Bauleitplanung eingeleitet werden.

Leitbild der Planung ist eine innerstädtische, verdichtete Mischung von Dienstleistungen, modernem Gewerbe, Einzelhandel, Gastronomie- und Freizeitnutzungen und Wohnen. Der Vorteil der innenstadtnahen Lage soll verbunden werden mit neuen Qualitäten eines urbanen Stadtquartiers, das sich durch eine hohe Qualität öffentlicher Räume und Freiflächen und das enge räumliche Nebeneinander von Arbeiten, Wohnen und Freizeitangeboten auszeichnet.

Die zu entwickelnden Flächen im Projektgebiet 'Rund um den Ostbahnhof' sind im wesentlichen in privater Hand. Der Großteil von ihnen, insbesondere im Kernbereich östlich der Bahn, weist relativ hohe Bestandsbaurechte und entsprechend hohe Bodenwerte auf. Dies bedeutet, dass durch die Überplanung nur ein begrenzter Wertzuwachs realisiert werden kann. Der Spielraum zur Finanzierung der Strategie kompakt, urban, grün, ist daher beim Projekt 'Rund um den Ostbahnhof' sehr begrenzt.

Dies hat zur Folge, dass einzelne Komponenten der Planungsstrategie:

- stadtökologische Fragestellungen
- Schaffung von Wohnraum, zum Teil öffentlich gefördert
- Versorgung mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur
- Durchlässigkeit des Quartiers, Anbindung an benachbarte Stadtteile
- Schaffung von Flächen für klassisches Gewerbe (Gewerbehof),

die in Konkurrenz zueinander treten, bei diesem Projekt aller Voraussicht nach nicht alle in wünschenswertem Umfang optimiert werden können..

### C.1.2.3 Zusammenfassende Bewertung der Projekte zur Innenentwicklung

In der Bilanz zeigt sich, dass durch die Vielzahl der in den letzten Jahren in München angestoßenen und zum Teil auch bereits realisierten Projekte einer qualifizierten Innenentwicklung (das sind neben den hier beschriebenen noch weitere Projekte wie Ackermannbogen, Funkkaserne und Parkstadt Schwabing) wichtige Zielsetzungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung als Siedlungsmodell 'kompakt, urban, grün' erreicht werden konnten.

Unter anderem durch diese Projekte wurde der Flächenverbrauch reduziert und die vorhandene technische Infrastruktur der Stadt, bei notwendigen Ausbaumaßnahmen, besser ausgenutzt. Die Maßnahmen fügen sich mit den notwendigen Ergänzungen auch in das bestehende städtische Zentrenetz ein. Die neu entwickelte kompakte Stadt hat die qualifizierten Dichteziele standortabhängig differenziert realisiert und erreicht ihre höchsten Dichten im Umfeld der Haltestellen des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs.

Im Rahmen der Innenentwicklung durch Umnutzung vormals monostrukturierter Gewerbegebiete und Kasernenbereiche, für die eine Umstrukturierung ansteht, wird in größtmöglichem

Umfang versucht, Mischnutzungen vorzusehen und die Wohnnutzung zu stärken. Ergänzend erfolgte auch die räumliche Integration von zentralen Versorgungsleistungen (soziale Infrastruktur, Einzelhandel, Freizeit).

Während in den Gewerbegebieten der Versiegelungsgrad deutlich reduziert wurde, konnten die in den Kasernenarealen vielfach vorhandenen, für Erholung wie Ökologie wertvollen Grünflächen in die geplante Wohnnutzung mit einbezogen werden.

Die urbane Mischung von Wohnen und Arbeiten, sowohl in gemischt strukturierten Quartieren wie auch innerhalb von Kerngebieten, erweist sich als eine Zielsetzung, die oft nur mit besonderem Nachdruck und mit Abstrichen im Rahmen der jeweiligen Umstrukturierungsprojekte realisiert werden kann. Verstärktes Augenmerk ist dabei auf die jeweiligen Standorteignungen zu richten, um zu einem tragfähigen Ausgleich von Wohnen und Arbeiten zu kommen. Während bei größeren Arealen oft bessere Voraussetzungen für die Realisierung von Mischstrukturen vorliegen, sind besonders in kleineren Quartieren tragfähige Lösungen manchmal nicht akzeptabel darstellbar.

Wie bereits im Abschnitt Trends der räumlichen Entwicklung dargelegt, haben die Bemühungen um höhere Wohnanteile im Bereich der Innenentwicklung nicht ausgereicht, die aktuelle Tendenz einer gesamtstädtischen Zunahme von Büroflächenanteilen zu kompensieren oder auszugleichen. Damit verbunden wächst das Risiko eines für die wirtschaftliche Entwicklung Münchens unzureichenden Angebots von Wohnraum und einer unausgewogenen räumlichen Verteilung unterschiedlicher Nutzungen

Die wesentlichen Ziele der Grün- und Freiflächenversorgung und ökologischer Fragen wurden in den Projekten der qualifizierten Innenentwicklung auf hohem Niveau erfüllt, so die Schaffung von gut gestalteten und sozial brauchbaren Grün- und Freiflächen, von vielfältigen Grünvernetzungen auch in Richtung auf die umgebenden Stadtquartiere, die dadurch eine Aufwertung erfahren, sowie die Entwicklung vorhandener Biotope und erforderlicher Ausgleichsflächen und ihre Integration in funktionsfähige Freiraumkonzepte.

Insgesamt zeigt sich damit trotz einzelner noch offener Fragen, dass die Projekte der Innenentwicklung mit ihren hohen Anforderungen an die Inhalte wie auch an den Prozess der Planung zu tragfähigen, breit akzeptierten Ergebnissen geführt haben und hier hohe städtebauliche Qualitäten entstehen. Künftig sind (ab dem Jahr 2003) im Bereich der Innenentwicklung durch Umstrukturierung rund 400 ha an Bauflächen vorgesehen, das entspricht rund 40 % der gesamten ab 2003 geplanten Flächenpotenziale zur Baurechtschaffung für Wohnen und Bürogewerbe. Der Gesamtumfang der Umstrukturierungsgebiete beträgt dabei rund 625 ha. In der aktuellen Mittelfristplanung liegt der Anteil der Siedlungsplanungen im Bereich von Umstrukturierungsflächen mit rund 60 % noch höher.

Die vorhandenen Umstrukturierungsflächen werden allerdings nicht ausreichend sein, um den langfristigen Bedarf an baulicher Entwicklung decken zu können; vielmehr werden hierzu auch die im wirksamen Flächennutzungsplan vorgehaltenen Siedlungsflächenreserven am Stadtrand sukzessive in Anspruch genommen werden müssen.

Nach abgeschlossener Realisierung der wesentlichen Projekte der Innenentwicklung werden die hier erreichten städtebaulichen Qualitäten noch einmal im Zuge einer differenzierten Evaluierung der Maßnahmen abschließend zu beurteilen sein.

### **C.I.3 Konzepte und Projekte zur Freiflächensicherung**

#### **C.I.3.1 Zugrundeliegende Leitlinien:**

„Entwicklung zukunftsfähiger Siedlungsstrukturen durch qualifizierte Innenentwicklung“ (Leitlinienbeschluss v. 18.02.1998) und  
 „Langfristige Sicherung des Artenpotentials der wildwachsenden Pflanzen und wildlebenden Tiere in ihren Lebensräumen durch Erhalt und Aufbau eines Netzes naturnaher Flächen im gesamten Stadtgebiet, sowohl in den bebauten als auch in den unbebauten Bereichen“,  
 „Dauerhaft nachhaltiger Umgang mit der Ressource Boden zur Sicherung und Wiederherstellung seiner ökologischen Leistungsfähigkeit“,  
 „Dauerhafte Regenerierung und Sicherstellung der natürlichen Grundwasserressourcen, langfristige Sicherung der Oberflächengewässer“ (Beschluss zum Entwurf „Leitlinie Ökologie“ v. 21.03.2001).

Die Sicherung und der Ausbau des Angebots an Grün- und Freiflächen ist eine wichtige Zukunftsaufgabe der Stadt München. Landschafts- und Grünflächen in der Stadt sollen gesichert und qualitativ entwickelt werden. Durch die Strategie einer qualifizierten Innenentwicklung und damit verbunden auch der Aufbau einer kleinteiligen Grün- und Freiflächenversorgung innerhalb der Quartiere wird auch die Erhaltung der bedeutenden Frei- und Landschaftsräume, deren Entwicklung und naturräumliche Verbesserung unterstützt. Mit den Leitlinien zu Flora/Fauna, Boden und Wasser, die sich in ihrem flächenhaften Anspruch synergetisch überlagern, werden als Ziele die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, die damit verbundenen notwendigen Freiflächensicherungen, die Entwicklung und Vernetzung des Naturraumpotentials und der landschaftlichen Erholungsqualitäten als wesentliche Säulen einer nachhaltigen Stadtentwicklung formuliert.

#### **C.I.3.2 Stand und weiteres Vorgehen**

##### **C.I.3.2.1 Grüngürtelprojekt - Baustein Landwirtschaft**

Die nachhaltige Sicherung und Entwicklung der Frei- und Landschaftsräume am Stadtrand in Verknüpfung mit den Freiräumen der Umlandgemeinden ist wesentlicher Teil der Grün- und Freiflächensicherung. Die Flächen am Stadtrand sollen möglichst vor weiterer Bebauung geschützt, qualitativ aufgewertet, in ein stadtübergreifendes Landschaftskonzept eingebunden und zum sogenannten Münchner Grüngürtel entwickelt werden.

Besondere Potentiale für diese Freiflächensicherung und Freiflächenentwicklung bieten dabei die landwirtschaftlich genutzten Flächen am Stadtrand von München. Da die Landwirtschaft wichtige Funktionen zur Freiraumsicherung und –pflege übernimmt, ist es deshalb erklärtes Ziel, die landwirtschaftliche Nutzung in einer zukunftsverträglichen Form beizubehalten und im Grüngürtel ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Landwirtschaft, Erholung und Naturschutz zu ermöglichen. Dabei sollen im Sinne einer zukunftsverträglichen Landwirtschaft auch folgende Funktionen der landwirtschaftlichen Flächennutzung zum Tragen kommen:

- Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel
- Für Menschen in der Stadt erlebbare Landwirtschaft
- Pflege der Kulturlandschaft
- Erhalt der Artenvielfalt
- Landwirt als Energiewirt (CO<sub>2</sub>-Reduktion)
- Landwirt als Dienstleister (Landschaftspflege, Kompostierung)

Gemäß der Agrarstrukturellen Vorplanung von 1987 können den Naturhaushalt schonende Bewirtschaftungsformen in Verbindung mit der Produktion hochwertiger Nahrungsmittel und deren Direktvermarktung sowie Extensivierung, Pflege und Entwicklung des landschaftlichen Potentials (Artenvielfalt, Biotopverbund, Landschaftsbild) wesentliche Standbeine für eine zukunftsfähige, stabile Landwirtschaft im Verdichtungsraum München darstellen. In Verbindung mit Landschaftspflegemaßnahmen naturschutzrelevanter Flächen (Arten- und Biotopschutz)

stellt dabei der ökologische Landbau die optimale Form der Bewirtschaftung dar. Gleichzeitig wird durch naturverträgliche Nutzungen der landwirtschaftlichen Flächen ganz entscheidend auch die Entwicklung der Landschaft unter den Gesichtspunkten der Naherholung und des Naturschutzes mit befördert werden.

Bereits im Frühjahr 1998 wurde - aufbauend auf der Agrarstrukturellen Vorplanung und einem Konkretisierten Flächenfunktionsplan zu den landwirtschaftlichen Bereichen Münchens – vom Planungsreferat ein Team aus einem Agraringenieur und zwei Landschaftsplanern beauftragt, zur Umsetzung die Landwirte über die Ziele für den Grüngürtel zu informieren und sie auf der Basis von einzelbetriebliche Berechnungen zu beraten und zusammen mit den Landwirten erste Umsetzungsprojekte zu entwickeln.

Bisher wurden zusammen mit den Landwirten z.B. folgende Umsetzungsprojekte entwickelt:

### **Weidefleisch von Rindern und Schafen - erzeugt im Münchner Grüngürtel**

Ziel dieses Projektes ist es, mit der Weidehaltung eine Wirtschaftsform zu fördern, die durch extensive Grünlandnutzung einen besonders wertvollen Beitrag zur Schonung von Grundwasser und Boden, für die Lebensräume von Tieren und Pflanzen und für die Erholung im Münchner Grüngürtel leistet. Die wirksamste Fördermöglichkeit ist die Erhöhung der Wertschöpfung der Landwirte durch den Aufbau von Direktvermarktungsschienen an den Endverbraucher bzw. Gastwirt. An dem Projekt beteiligen sich bereits 5 Landwirte, 3 Metzgereien, 2 Gaststätten und 1 Kantine. Darüber hinaus ist der Anteil des direkt ab Hof vermarkteten Weidefleisches erfreulich gestiegen.

Zwei Metzgereibetriebe, drei Gaststätten und eine Kantine beteiligten sich 2002 und 2003 an der Vermarktungsaktion für Osterlämmer aus dem Münchner Grüngürtel.

### **Münchner Krautgärten**

Die Münchner Krautgärten sind eine auf Münchner Verhältnisse zugeschnittene Form des „betreuten Gabelandes“. Ein Landwirt stellt für interessierte Stadtbewohner eigene, früher landwirtschaftlich genutzte Flächen zur Verfügung. Jeder Pächter bewirtschaftet in der Zeit von Anfang Mai bis Mitte November seine zwischen 40 und 80 m<sup>2</sup> große Parzelle. Angebaut werden bis zu 20 verschiedene Gemüse- und Kräutersorten.

Bei der Standortwahl wird gezielt darauf geachtet, dass die Flächen siedlungsnah und möglichst in der Nähe von Geschosswohnungen liegen. Den Krautgärten kommt somit neben dem wirtschaftlichen Aspekt auch eine hohe soziale Bedeutung zu. Kontakte zwischen Landwirten und der Stadtbevölkerung entstehen.

Das bisherige Echo ist außerordentlich gut. Ein erstes Pilotprojekt wurde 1999 in Johanneskirchen mit 13 Parzellen gestartet. Mittlerweile gibt es bereits 253 Krautgartenparzellen in Johanneskirchen, Trudering, Alt-Riem, Neu-Riem und Pasing. Weitere Krautgärten sind im Jahr 2004 in Aubing und auf dem Bundesgartenschau Gelände geplant.

Ab 2005 sollen weitere Standorte in konzeptionell erarbeiteten Suchräumen, insbesondere im Münchner Westen und Norden, gefunden werden, da hier – trotz großer Nachfrage der dort ansässigen Bevölkerung - bis jetzt noch keine Krautgärten angeboten werden konnten.

### **„Kartoffeln erzeugt im Münchner Grüngürtel“**

Mit dieser Produktbezeichnung können Landwirte werben, wenn sie sich beim Anbau an folgende Qualitätsstandards halten:

- Kein Anbau auf Moorböden,
- kein Einsatz von gentechnisch manipulierten Sorten,
- prinzipielle Bereitschaft zu landschaftspflegerischen Leistungen.

Mittlerweile produzieren zwei Münchner Landwirte entsprechend diesem Qualitätsstandard „Grüngürtel-Kartoffeln“, die "ab Hof" verkauft werden.

### **Naturschutzprojekte**

Neben der Entwicklung von Projekten im Bereich Direktvermarktung, ist die Zusammenarbeit mit den Landwirten im Bereich Naturschutz ein weiteres wichtiges Vorhaben.

Bereits einige Grüngürtelbauern haben Aufgaben zur Pflege und Entwicklung von besonderen Flächen übernommen, wie z.B. an Bächen und auf Wiesen des Niedermoor-Gebietes im Münchner Westen.

Zur Pflege unzugänglicher, verbuschter Biotopbereiche in der Langwieder Heide und einer Isar-Brenne bei Freimann wird - in Zusammenarbeit mit einem Landwirt und im Rückgriff auf ganz traditionelle Bewirtschaftungsformen – eine Ziegenherde eingesetzt. Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung wird das Pilotprojekt "Münchner Goaßnblitz" vom Freistaat gefördert. Die durch Ziegen mögliche sukzessive Auflichtung erlaubt eine zunehmende Vergrasung der freigelegten Bereiche, ohne schlagartig ein offenes Saatbett für konkurrenzstarke Neophyten zu schaffen.

Über die bereits laufenden Projekte hinaus sollte die Möglichkeit geprüft werden, private Landwirte mit der Pflege größerer, geeigneter Flächen (z.B. Wiesenmahd) zu beauftragen, um bei diesen das Verständnis für naturnahe Lebensräume zu schärfen.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Begleitend zu den Projekten wurde eine intensive Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. Neben Pressemitteilungen und der ständig aktualisierten Ausstellung „Neues vom Grüngürtel“ wurden 1999, 2000 und 2002 „Münchner Bauerntage“ unter großer Beteiligung der Bevölkerung veranstaltet (in Aubing, Feldmoching, Johanneskirchen) an denen sich die Landwirte mit ihren Produkten und Aufgaben im Grüngürtel präsentieren.

Auch beim "Tag der Regionen", der jährlich im Herbst stattfindet, war das Projekt Landwirtschaft mit den Grüngürtelbauern vertreten, um auf lokaler Ebene mit den Agenda-Gruppen und kirchlichen Organisationen auf das Projekt aufmerksam zu machen. So wurde das "Lochhausener Weidefleischfest" sowie ein "Aubinger Kartoffelfest" begangen.

### **Umweltpädagogik**

Die Landwirtschaft (städt. Gut Riem u.a., private Landwirte) bietet Schulklassen, Kindern und Jugendlichen unter dem Motto „Klassenzimmer Bauernhof“ die Möglichkeit zu erlebnispädagogischen Hofbesuchen, fördert im spielerischen Lernen mit einprägsamen Erfahrungen und Erlebnissen das Verständnis für Produktion und Verarbeitung gesunder Lebensmittel im Einklang mit der Natur und schärft das Wissen um ihren Wert und die Bedeutung ihrer nachhaltigen Erzeugung für die Umwelt und die menschliche Ernährung. Die Resonanz und Nachfrage dieser vom Kommunalreferat – Landwirtschaftliche Betriebe und dem Schulreferat angebotenen Führungen ist außerordentlich groß.

#### **C.1.3.2.2 Grüngürtelprojekt - Baustein Radwege**

Im Rahmen des Umsetzungskonzeptes zum Flächenfunktionsgutachten „Perspektive Landwirtschaft“ verfolgt die LHM das Ziel, nicht nur Münchner Landwirte zu einer möglichst landschaftsgerechten Bewirtschaftung ihrer Produktionsflächen anzuregen und der Bevölkerung die landwirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln direkt vor Ort näher zu bringen, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern die Schönheit und Eigenart der Kulturlandschaft und der Freiräume in der Stadt sichtbar und attraktiv zu machen.

In diesem Rahmen wurde vom Planungsreferat Grünplanung ein Radwegekonzept für den Münchner Grüngürtel vorgeschlagen und ein Werkauftrag vergeben. Dabei sollen die Grün- und Freiräume für die Bevölkerung als Landschafts- und Erholungsraum besser bekannt und erlebbar gemacht werden.

Angestrebt wird ein Themen- bzw. Wegekonzept, das für die landschaftlich geprägten Freibereiche der Stadt Erlebnistouren vorsieht und dabei sowohl historisch-kulturelle Aspekte, ökologische und naturschutzfachliche Belange, Ziele einer ökologischen Landbewirtschaftung, aber auch Umwelt- und Freizeitaspekte verknüpft. Die speziellen Eigenarten der jeweiligen Landschaftsräume sollen herausgearbeitet werden und die Routen möglichst viele Zielgruppen ansprechen.

Das Themen – und Wegesystem, wird sowohl eng mit dem bebauten Bereich der Stadt und den ÖV-Haltestellen, als auch mit den Nachbargemeinden verknüpft.

Dieses städtische Konzept eines Grüngürtelradwegesystems konnte sehr gut mit einer im Jahr 2002 vom Planungsverband entwickelten Idee verknüpft werden, einen durchgehenden und Gemeinden verknüpfenden, so genannten BUGA-RadRing München 2005, aufzubauen. Unter diesen Rahmenbedingungen wurde im Jahr 2002 vom Planungsreferat im Rahmen des bestehenden Werkvertrages zum „Grüngürtel-Radring“ mit den beauftragten Werkauftragnehmern eine angepasste Konzeption erarbeitet, mit den Dienststellen der LH München abgestimmt, dem Planungsverbandes und den Vertreterinnen und Vertretern der Umlandgemeinden, sowie der BUGA München 2005 GmbH vorgestellt und ein integriertes Gesamtkonzept und ein kooperatives Vorgehen beschlossen.

Aufbauend auf den bisherigen Ergebnissen soll im Jahr 2004 eine Vertiefung der Themen- bzw. Erlebnisrouten erfolgen und mit den Touren Alte und Neue Parks und entlang der beiden Münchner Flüsse Würm und Isar, ergänzt werden. Darüber hinaus wurden Kontakte mit dem Dachauer Moosverein und dem Heideflächenverein geknüpft mit dem Ziel, zu Themen, wie dem historischen Kanalsystem, den Sichtachsen aus der Barockzeit oder den Heideflächen im Münchner Norden, gemeinsame und übergreifende Erlebnisrouten zu entwickeln. Geplant ist auch eine Information des Stadtrates und der Öffentlichkeit.

### **C.1.3.2.3 Grüngürtelprojekt - Baustein Ökokonto**

Mit Stadtratsbeschluss vom 25.04.2001 wurde das 1. Münchner Ökokonto „Pilotprojekt – Eschenrieder Moos“ eingerichtet. Das Eschenrieder Moos ist Teil der Niedermoorlandschaft des Münchner Westens und somit wesentlicher Bestandteil des Münchner Grüngürtels. Diese in München erhalten gebliebenen Flächen mit ihren Feucht- und Streuwiesen, ihren Bächen und Gräben, beherbergen noch heute eine Fülle an seltenen Pflanzen- und Tierarten. Ziel des städtischen Ökokontos ist es, einen stadteigenen Ausgleichflächenpool zu errichten. Auf den dort in städtischen Eigentum befindliche Grundstücken werden Entwicklungsmaßnahmen zur Vernetzung und Renaturierung durchgeführt und somit der Landschaftsraum in seinem Charakter und seiner Naturnähe gestärkt.

In Zusammenarbeit des Planungsreferates - Grünplanung mit dem Kommunalreferat und in Abstimmung mit dem Baureferat wurde ein Landschaftsplanerisches und naturschutzfachliches Entwicklungskonzept durch ein externes Landschaftsplanungsbüro erarbeitet, das zunächst ausgehend von einer Untersuchung des gesamten Eschenrieder Landschaftsraumes und seiner Entwicklungspotentiale dann dezidiert die konkreten Herstellungs- und Umsetzungsmaßnahmen auf den stadteigenen Ökokontoflächen formulierte. In mehreren Abstimmungsrunden wurden die ortsansässigen Landwirte und der Bauernverband über die geplanten Vorhaben informiert und mit ihnen einvernehmlich abgestimmt.

Aufgrund der sehr großen Kooperationsbereitschaft und Aufgeschlossenheit der Landwirtschaft ist es gelungen, dass die Stadt nicht nur weitere wesentliche Flächen zur Arrondierung des stadteigenen Flächenpools erwerben konnte, sondern auch 9 ortsansässige, große Landwirte sich mit Engagement dazu bereit erklärt haben, Herstellungs- bzw. Entwicklungspflegemaßnahmen im Auftrag des Kommunalreferates – Landwirtschaftliche Betriebe zu übernehmen.

Das städtische Ökokonto „Eschenrieder Moos“ umfasst ca. 67 ha. Mit den konkreten Umsetzungsmaßnahmen des Landschaftsplanerischen und naturschutzfachlichen Entwicklungskonzeptes, die zum einen vom Baureferat (kompliziertere Maßnahmen wie z.B. Bachrenaturierung), zum anderen von den Landwirten vor Ort durchgeführt werden, wurde im Frühjahr 2003 begonnen.

Die Entwicklung der Ökokontoflächen wird fachlich begleitet und dokumentiert werden.

Man kann schon jetzt nach Durchführung der ersten Herstellungs- und Pflegemaßnahmen durch die Landwirte sagen, dass hier ein gutes Beispiel für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft entstanden ist.

Über die Ergebnisse des Landschaftsplanerischen und naturschutzfachlichen Entwicklungskonzeptes, die Abstimmung mit der Landwirtschaft, erste Ergebnisse der Umsetzung sowie Umfang, Struktur und Ablauf des Ökokontos und das weitere Vorgehen wird der Stadtrat in einer gesonderten Beschlussvorlage (Kommunalreferat mit Planungsreferat) in 2004 informiert werden.

#### **C.I.3.2.4 Grüngürtelprojekt - Baustein Arten- und Biotopschutzprogramm**

Ein weiteres wesentliches Instrument zur Entwicklung und Pflege der naturräumlich besonders charakteristischen und wertvollen Landschaftsteile Münchens ist das Arten- und Biotopschutzprogramm (ABSP). Unter dem Gesichtspunkt des Artenschutzes werden hier die erforderlichen Ziele und Maßnahmen zum Schutz besonderer Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume zusammengestellt.

Die Erhebungen und Arbeiten zum Münchner ABSP sind weitestgehend abgeschlossen.

Mit Unterstützung des Freistaates Bayern und staatlicher Fördermittel ist ein erstes konkretes Umsetzungsprojekt für die Niedermoorgebiete des Münchner Westens angelaufen. Im Rahmen des „Bündnisses für Ökologie“ hat der Stadtrat dazu am 22.11.2001 den vom Planungsreferat und Referat f. Gesundheit und Umwelt erarbeiteten Beschluss „Bündnis für Ökologie – Leitprojekt: Lebendige Bäche in intakten Feuchtgebieten“ gefasst und damit festgelegt, dass die Landeshauptstadt München die Trägerschaft für das Umsetzungsprojekt des Arten- und Biotopschutzprogrammes (ABSP) übernimmt, ein Antrag auf Unterstützung für ein solches Projekt beim Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen beantragt wird und zur Umsetzung von Seiten der Stadt personelle und finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Federführend für die Umsetzung ist das Planungsreferat – untere Naturschutzbehörde. Dazu wurde im Frühjahr 2003 ein Werkvertrag vergeben, der zum Inhalt Information und Beratung der Landwirte sowie Koordination der Pflegemaßnahmen und Vertragsabwicklung der staatlich geförderten Pflegeverträge für private Landwirtschaftsflächen beinhaltet.

Seit Beginn des Umsetzungsprojektes im Frühjahr 2003 konnten bereits 18 Landwirte für naturschutzfachliche Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen auf ihren eigenen Flächen im Umfang von ca. 30 ha gewonnen werden.

#### **C.I.3.2.5 Grüngürtelprojekt - Baustein Landschaftsprojekt Münchner Norden**

Durch die Mitgliedschaft der Stadt München im Vorstand des Heideflächenverein Münchner Norden e. V. seit Juli 2003 wird eine intensiviertere Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Umsetzung von Zielen und Maßnahmen zur Aufwertung der Landschaftsräume im Münchner Norden gefördert und erwartet.

Der Heideflächenverein Münchner Norden wird zusammen mit der Landeshauptstadt München ein gemeinsames Projekt und die Vergabe eines Gutachtens "Landschaftsraum Münchner Norden" durchführen. Das Planungsreferat hält dieses weitreichende Kooperationsprojekt im Münchner Norden zum Wohle der Bevölkerung für sehr wichtig und begrüßt ausdrücklich die Erarbeitung eines gemeinsamen Gutachtens zusammen mit dem Heideflächenverein. Durch dieses Projekt, das auch mit den Zielen des Dachauer Moosvereins abgestimmt werden soll, wird eine Aufwertung des Landschaftsraumes zwischen Würm und Isar erreicht und die interkommunale Zusammenarbeit gefördert.

Wichtige Aufgaben sind neben der „In Wert-Setzung“ der historischen Kulturlandschaft im Münchner Norden und der hohen ökologischen Wertigkeiten auch eine Verbesserung des Landschaftsbildes und der naturnahen Erholungsmöglichkeiten.



Zudem wird bei dem Projekt ein Schwerpunkt die Stärkung und Entwicklung aller im nördlichen Stadtgebiet und außerhalb liegenden naturschutzfachlich und ökologisch landesweit bedeutsamen Heideflächen sein. Große Teile dieser Heideflächen sind als Flora-Fauna-Habitat-Gebiete geschützt. Wesentliche Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen Stärkung und Entwicklung der Heidelandschaft beitragen, sind die Neuentwicklung bzw. Renaturierung von ehemaligen Trockenstandorten im Umfeld der noch vorhandenen Heidestandorte sowie deren Vernetzung untereinander.

Nach Abschluss des Gutachtens und Information und Beteiligung der Öffentlichkeit der beteiligten Städte und Gemeinden können die Ergebnisse, Möglichkeiten und Chancen für den Landschaftsraum Münchner Norden anlässlich der Bundesgartenschau 2005, als eines der wichtigen dezentralen interkommunalen Projekte dargestellt werden.

#### **C.1.3.2.6 Grün- und Maßnahmenkonzept für die Münchner Innenstadt**

Das Münchner Innenstadtkonzept formuliert Leitlinien und Maßnahmen für die relevanten Themen Arbeiten und Dienstleistung, Wohnen, Freizeit, Kultur und Tourismus, Einzelhandel, Stadtgestalt, Verkehr, Grün- und Freiflächen, sowie zum Öffentlichen Raum.

Dabei spielt das Grün- und Freiflächenkonzept eine wichtige Rolle.

Die grüungeprägten öffentlichen Freiräume und die Plätze mit ihren historischen Bezügen sollen erhalten, weiterentwickelt und vernetzt werden (Straßen, Plätze, Grünverbindungen). Die Nutzungs- und Aufenthaltsqualitäten sind generell zu verbessern und die Belange von Kindern und Jugendlichen besonders zu berücksichtigen. Dabei können die Entsiegelung und Begrünung von Freiflächen im öffentlichen Bereich und in den Innenbereichen der Blockbebauung, neben der sozialen Funktion einer verbesserten Aneignung und Aufenthaltsqualität durch die Bürgerinnen und Bürger, auch aus ökologischen Gründen und Umweltaspekten in der hochversiegelten Innenstadt sinnvoll sein (Pflanzung von Großbäumen, Begrünung von Flachdächern).

Der Beschluss PERSPEKTIVE MÜNCHEN, „Leitlinien für die Münchner Innenstadt und Maßnahmenkonzept zur Aufwertung“, wurde zusammen mit den bereits erfolgten und in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen dem Stadtrat in einer eigenen Vorlage am 22.10.2003 vorgelegt. Die Leitlinien und das Konzept dienen als Grundlage für das jetzt beginnende Anhörungs- und Beteiligungsverfahren der Bezirksausschüsse und der weiteren Akteure. Die endgültige Beschlussfassung zum Münchner Innenstadtkonzept wird dem Stadtrat nach diesem Beteiligungsverfahren vorgelegt und die erzielten Ergebnisse in die weitere Fortschreibung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN eingebracht.

#### **C.1.3.2.7 Realisierungsprogramm „Reihenfolge großer Grünausbaumaßnahmen“**

Mit dem Ausbau von 14 großräumigen Grünverbindungen im Stadtgebiet soll ein nahezu 1.460 ha großes, leistungsfähiges innerstädtisches Grünsystem entstehen, das mit den regionalen Grünzügen des Außenraumes verbunden ist. Die 14 Grünzüge liegen zwischen den Siedlungsgebieten und sind nicht überbaute Flächen. Der dauerhafte Erhalt bzw. Ausbau dieser Flächen ist für ein funktionierendes stadtweites Freiflächensystem unabdingbar notwendig. Diese großen Grünzüge sind wesentliche Bausteine des städtischen Freiflächensystems, das, ausgehend von großen regionalen Grünzügen und dem Münchner Grüngürtel, über Grünbeziehungen im Stadttinneren, bis zu kleinräumigen schmalen örtlichen Grünverbindungen, einen durchgehenden Freiraumverbund als Zielvorstellung hat.

Durch ihre Größe und Lage im Stadtgebiet sind sie ganz wesentlich

- für die Gliederung der Gesamtstadt, das Stadtbild und das Stadtklima,
- für die Verbindung von Stadtteilen, aber auch von Stadt und Umland zur Verknüpfung eines durchgängigen Fuß- und Radwegenetzes
- für die Vernetzung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere
- für die Erholung für Bürgerinnen und Bürger.

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung ist ihr flächenmäßiger Erhalt als große zusammenhängende unbebaute Flächen und ihre qualitative wie auch quantitative Weiterentwicklung von besonderer Bedeutung.

Bezogen auf alle 14 Grünzüge liegt zwischenzeitlich folgender Ausbaustand vor:

Geplante Gesamtfläche aller Grünzüge:	1.457 ha
Vorhandene, zu erhaltende Flächen, wie naturnahe Flächen/Äcker/Wälder:	533 ha
Hergestellte und noch auszubauende öffentliche Grünflächen:	925 ha

Von den insgesamt 925 ha öffentlichen Grünflächen (s.o.) sind mittlerweile 450 ha ausgebaut, dies entspricht 48 %.

In den letzten 20 Jahren wurden diese Grundstücke, soweit sie sich von der Größe und der Verknüpfung zu den Wohngebieten eigneten, sukzessive durch das Baureferat - Gartenbau ausgebaut.

Da nur mehr wenige zusammenhängende Flächen in städtischem Besitz sind, der Grunderwerb sich schwierig gestaltet und für den Grunderwerb und Ausbau nur relativ geringe finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, ist der weitere Ausbau nicht leicht.

Ein Leitprojekt des „Bündnisses für Ökologie“ hat sich mit den Problemen beim weiteren Ausbau der 14 Grünzüge beschäftigt. Unter dem Motto: „Den Grünzug in Fahrt bringen!“ wurde auch die fehlende öffentliche Präsenz dieses Themas bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern hervorgehoben.

Verschiedene Veranstaltungen zur Information der Bürgerinnen und Bürger wurden bereits vom Baureferat in Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz, der Agenda-Gruppe des Münchner Westens und dem Ökologischen Bildungszentrum, wie z.B. zum Grünzug „Feldmochinger Anger“, zum Grünzug „Grünes Band Ost“, zum Landschaftspark Pasing-Laim-Blumenau-Hadern und zum Grünzug „Würm“, durchgeführt. Ein Faltblatt zum Thema „Den Grünzug in Fahrt bringen“ wurde begleitend veröffentlicht.

#### **C.1.4 Konzepte und Projekte für eine stadtverträgliche Mobilität - Verkehrsentwicklungsplan (VEP) für die Landeshauptstadt München**

##### **C.1.4.1 Zugrunde liegende Leitlinie**

„Erhaltung und Verbesserung der Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer – stadtverträgliche Verkehrsbewältigung“. Diese Leitlinie wurde im Beschluss des Stadtrates vom 18.02.1998 zur PERSPEKTIVE MÜNCHEN wie folgt konkretisiert:

- Für die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendige Gewährleistung einer stadtverträglichen Mobilität in München haben alle Maßnahmen zur Verkehrsminderung und zur Verkehrsverlagerung auf umweltgerechte Verkehrsmittel höchste Priorität. Dieser Vorrang ist die Grundvoraussetzung für die geplante Siedlungsverdichtung, die nur bei entsprechender Kapazität und Attraktivität des ÖPNV stadtverträglich verwirklicht werden kann.
- Zur Profilierung des Wirtschaftsraumes München ist die Verbesserung der Verkehrsbedingungen für den Wirtschaftsverkehr unabdingbar. Neben einer sinnvollen Ergänzung des Straßennetzes, der Errichtung von Güterverkehrs- und Güterverteilzentren sowie der Umsetzung eines kooperativen City-Logistik-Konzeptes ist auch hier der Ausbau des ÖPNV v.a. für eine Verkehrsverlagerung des nicht notwendigen Kfz-Verkehrs unerlässlich.
- Um die Belastungen aus dem Straßenverkehr so gering wie möglich zu halten, muss der notwendige Kfz-Verkehr stadtverträglich organisiert werden. Dazu gehören verkehrslenkende Maßnahmen für überörtliche und innerstädtische Verbindungen und der verstärkte

Telematik-Einsatz zur besseren Verkehrssteuerung ebenso wie beispielsweise die Unterstützung von Car-Sharing-Projekten, Fahrgemeinschaften oder des Taxiverkehrs.

#### **C.I.4.2 Stand der Bearbeitung**

Nachdem am 27.10.1999 der Vorentwurf des VEP vom Stadtrat zur Kenntnis genommen worden war, wurde am 15.03.2000 die Beteiligung der Öffentlichkeit beschlossen und im gesamten Jahr 2000 durchgeführt. Die Ergebnisse der öffentlichen Diskussion wurden der Vollversammlung des Stadtrates am 24.10.2001 in Form einer Dokumentation vorgelegt.

Nach der genaueren Auswertung der Ergebnisse der öffentlichen Diskussion hat das Planungsreferat auf der Grundlage des Vorentwurfs vier verschiedene Szenarien zur weiteren verkehrlichen Entwicklung erarbeitet, die sich an den vom Fachberater Prof. Beckmann vorgeschlagenen Planfällen orientieren. Die Szenarien sind wie folgt zu charakterisieren:

##### **Basisszenario:**

Realisierung vorhandener Planungen und Projekte gem. VEP-Vorentwurf mit entsprechenden Aktualisierungen

##### **TestszENARIO 1:**

Wie Basisszenario, aber mit weiterreichenden infrastrukturellen und betrieblichen Maßnahmen unter Betonung der Rolle des Motorisierten Individualverkehrs

##### **TestszENARIO 2:**

Wie Basisszenario, aber mit weiterreichenden infrastrukturellen und betrieblichen Maßnahmen unter Betonung des Öffentlichen Personennahverkehrs

##### **TestszENARIO 3:**

Wie Basisszenario, aber unter Betonung betrieblicher, organisatorischer, preis- und ordnungspolitischer Maßnahmen, um die angestrebten Verkehrsverlagerungen zum ÖPNV bzw. zum Rad- und Fußverkehr zu erreichen.

Nach der Zustimmung durch den Stadtrat am 24.10.2001 wurden die vom PIR detailliert ausgearbeiteten Szenarien und die darin vorgeschlagenen Maßnahmenbündel mit Hilfe von externen Gutachtern auf ihre grundsätzliche Machbarkeit sowie die verkehrlichen, umweltrelevanten und kostenmäßigen Auswirkungen hin untersucht. Dabei wird ein Verkehrssimulationsmodell zur Berechnung der quantitativen Wirkungen verwendet.

Auf der Basis dieser Berechnungen wird von den Gutachtern ein Ausführungsvorschlag (Handlungs- und Maßnahmenkonzept) entwickelt, der nach einer erneuten öffentlichen Diskussion dem Stadtrat als neuer Verkehrsentwicklungsplan Ende 2004 zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

#### **C.I.4.3 Weitere Handlungsprogramme und –konzepte**

Parallel zur Erarbeitung des neuen Verkehrsentwicklungsplanes für die LH München wurden zwischenzeitlich weitere, für die verkehrliche Entwicklung Münchens wichtige Konzepte und Programme erarbeitet. Diese beziehen sich vor allem auf die Bereiche Mittlerer Ring, Parken, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Am Beispiel des Nahverkehrsplanes der LH München, des Handlungsprogramms Mittlerer Ring und des Gesamtkonzeptes zum Ausbau der P+R- und B+R-Anlagen werden diese Konzepte im folgenden kurz erläutert.

a) Nahverkehrsplan der LH München (NVP), Definition von Qualitätsstandards

Ergänzend zu den bisher bereits im NVP enthaltenen Aussagen zum weiteren Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur hat die Vollversammlung des Stadtrates am 01.10.2003 die künftigen Bedienungs- und Qualitätsstandards im Münchner ÖPNV festgelegt. Dabei handelt es sich zum einen um die sog. „Qualitätsstandards Netz“, bei denen – basierend auf einer Einteilung des Stadtgebietes in 4 Gebietstypen und gebietstyp-/verkehrsmittelabhängiger Haltestelleneinzugsbereiche – Mindestanforderungen für die Bedienungshäufigkeiten bei U-Bahn, Straßenbahn und Bus (S-Bahn nachrichtlich) sowie die maximalen Fahrzeugauslastungen definiert wurden. Zum anderen wurden „weitere kundenrelevante Standards“ festgelegt, die die Anforderungen an Fahrzeuge, Fahrpersonal, Haltestellen, Anschlusssicherung und Betriebs-/Servicequalität beschreiben.

Die festgelegten Standards bauen auf dem derzeit bereits erreichten hohen Qualitätsniveau des Münchner ÖPNV auf und liegen somit deutlich über den Mindestanforderungen der „Leitlinie zur Nahverkehrsplanung“ des Freistaates Bayern.

Auch wenn der NVP keine unmittelbare Bindungswirkung für die Verkehrsunternehmen hat, so stellt er doch entsprechend den gesetzlichen Grundlagen (Personenbeförderungsgesetz, Bay.ÖPNV-Gesetz) den Rahmen dar, innerhalb dessen die Verkehrsunternehmen ihre Linienverkehre gestalten können.

Die festgelegten Qualitätsstandards bilden somit eine wesentliche Grundlage für die künftige Beurteilung von Planungen der MVG mbH durch die Landeshauptstadt, wie z.B. des jährlich Leistungsprogramms und der Planungen im Rahmen des Projektes „topbus“.

#### b) Handlungsprogramm Mittlerer Ring 2001-2005

Über die Umsetzung des vom Stadtrat am 13.12.2000 verabschiedeten Handlungsprogramms Mittlerer Ring (HAPRO-MR) wurde der Stadtrat am 27.02.2002 und am 07.05.2003 informiert. Ausgehend von den durch die hohe Verkehrsbelastung ausgelösten Problemen dient das Programm in verschiedenen Bereichen der Verbesserung der städtebaulichen Qualität am Mittleren Ring. Es wurden folgende Aktivitäten und Maßnahmen ergriffen bzw. eingeleitet:

- Information der Öffentlichkeit über das HAPRO-MR durch eine Ausstellung, zwei Kolloquien sowie zwei Broschüren
- Einberufung des Ring-Konsiliums, eines interdisziplinären, mit externen Fachleuten, Frau Stadtbaurätin, Frau Baureferentin und dem Herrn Umweltreferenten besetztes Beratergremium unter Leitung von Prof. F. Stracke, zur Begleitung der Aktivitäten am Mittleren Ring sowie einer referatsübergreifenden Arbeitsgruppe
- Entwicklung eines Lärmschutzbaukastens an konkreten Projekten zur zeitnahen Verbesserung der Wohnqualität am Mittleren Ring
- Zuschussprogramm „Wohnen am Ring“: Förderung von Lärmschutzmaßnahmen von Grundeigentümern und Bauherren als Sofortprogramm
- Durchführung vorbereitender Untersuchungen in Gebieten am Mittleren Ring Südost im Rahmen des Programms Soziale Stadt zur Abgrenzung möglicher zukünftiger Sanierungsgebiete
- Durchführung von Untersuchungen zur Ergänzung des Sanierungsgebietes Milbertshofen mit förmlicher Festlegung als „Sanierungsgebiet Petuelring“
- Untersuchungen über prinzipielle Verkehrslösungen im Bereich Tegernseer Landstraße/Chiemgaustraße (MR Südost)
- Abschluss der Konfliktuntersuchungen zum Lärminderungsplan Mittlerer Ring und Aufstellen der Maßnahmenpläne
- Durchführung städtebaulicher Untersuchungen und erarbeiten von Konzepten und Maßnahmen in den Bereichen Vogelweideplatz, Lärmschutz-Bebauung Richard-Strauss-Straße und Luise-Kiesselbach-Platz
- Durchführung eines Studentenwettbewerbs zur Erarbeitung von Ideen zum Thema „Stadtbalkon Donnersbergerbrücke“
- Vergabe einer vorbereitenden Studie zur Durchführung eines Workshops des Ring-Konsiliums zu Entwicklungen im öffentlichen Raum am Mittleren Ring.

Die Maßnahmen zur städtebaulichen Integration des Mittleren Rings als wichtigster Verkehrsschlagader Münchens dienen sowohl dem Ziel, den notwendigen Kfz-Verkehr im Innenstadtbereich Münchens gebündelt und stadtverträglich zu führen als auch einer Verbesserung der Gesamtsituation in den Bereichen, die nicht von den Ring-Tunneln profitieren.

### c) Gesamtkonzept Park + Ride- und Bike + Ride-Anlagen in München

Das Gesamtkonzept, das am 24.10.2001 vom Stadtrat verabschiedet wurde, bildet die Grundlage für den weiteren Ausbau der P+R- und B+R-Anlagen in München.

Danach ist in den kommenden Jahren die Erhöhung der Anzahl der P+R – Plätze in München von ca. 6.000 heute auf ca. 11.000 vorgesehen. Die Anzahl der B+R – Plätze soll im Stadtgebiet von heute 18.000 auf zukünftig 27.000 erhöht werden.

Derzeit werden im Rahmen des Gesamtkonzepts folgende Projekte verfolgt:

- Harthaus (+250 Stellplätze)
- Daglfing (100 Stellplätze)
- Moosach (300 Stellplätze)

Des Weiteren sind derzeit rund 500 zusätzliche Bike+Ride-Plätze in Planung bzw. Realisierung, davon allein 300 am U-Bahnhof Kieferngarten. Entsprechend dem o. g. Beschluss konnten hier alle Abstellplätze überdacht werden. 54 Abstellplätze sind zudem in einem abschließbaren Bereich angeordnet, sodass auch hochwertigere Fahrräder für den Weg zur ÖPNV-Haltestelle verwendet werden können.

Der Ausbau der P+R und B+R – Plätze im Stadtgebiet und im Umland ist eine wesentliche Voraussetzung zur Erreichung der Leitlinie, möglichst viele Verkehre insbesondere aus dem Umland vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV zu verlagern.

## **C.1.5 Handlungsprogramm „Wohnen in München, III“**

### **C.1.5.1 Zugrundeliegende Leitlinien und Vorgaben**

Die Vollversammlung des Stadtrates hat am 24.07.2001 das wohnungspolitische Handlungsprogramm „Wohnen in München, III“ für die Jahre 2001 – 2005 beschlossen.

Es basiert auf einer Analyse des Wohnungsmarktes in München unter Berücksichtigung der Flächenpotenziale und der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen und enthält Zielvorgaben und Maßnahmen für die Wohnungsneubau- und die Wohnungsbestandspolitik.

Hiermit wurde den am 18.02.1998 verabschiedeten Leitlinien „Sicherung des Sozialen Friedens durch Soziale Kommunalpolitik“ (Leitstrategie: „Sicherung der Wohnungsversorgung“) und „Entwicklung zukunftsfähiger Siedlungsstrukturen durch qualifizierte Innenentwicklung (Leitstrategie: „Ausweisung von Wohnbauflächen und Stärkung des Wohnens durch Nutzungsmischung“) Rechnung getragen.

### **C.1.5.2 Wesentliche Vorgaben und Maßnahmen :**

- Erhöhung der Zielzahl des Neubauvolumens von 6000 Wohnungen auf 7000 Wohnungen pro Jahr im mehrjährigen Durchschnitt. Als eine der hierfür erforderlichen Voraussetzungen sind die laufenden Planungen zur Schaffung von Baurecht fortzuführen und zu beschleunigen.

- Im mehrjährigen Durchschnitt sollen 1800 Wohnungen pro Jahr im öffentlich geförderten Wohnungsbau entstehen, darunter 400 WE in Eigentumsmaßnahmen und 100 Genossenschaftswohnungen.

Zielgruppe sind die Einkommensgruppen gemäß § 9 Wohnraumförderungsgesetz sowie Haushalte deren Einkommen um bis zu 60 % über den dort angegebenen Grenzen liegt, ergänzt um eine sog. Kinderkomponente.

- Die Fördergrenzen für Haushalte mit zwei und mehr Kindern bei den Eigentumsmaßnahmen sollen deutlich angehoben werden, um auch Familien im mittleren Einkommenssegment zu halten

- Die von der Stadt München aufzuwendenden Mittel sollen gegenüber den Vorjahren um rund. 53 Mio. € pro Jahr erhöht werden.

- Um den Mietwohnungsbau zu beleben, wird das „München Modell“ auch für den Mietwohnungsbau aktiviert.

- Maßnahmen im Wohnungsbestand sind: der Erlass von Erhaltungssatzungen, die Sanierung und der Aufkauf von Belegungsbindungen.

### **C.I.5.3 Umsetzung des Handlungsprogramms**

Bei den von der Stadt zu beeinflussenden Parametern wurden die Zielvorgaben im Wesentlichen erreicht.

Die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erfüllung der quantitativen Ziele des Beschlusses wurden geschaffen.

Derzeit ist Baurecht für rd. 13.000 WE vorhanden, darunter in den Jahren 2001 und 2002 neugeschaffenes Baurecht für 5 200 WE .

Im Jahr 2002, dem ersten vollen Jahr, in dem das Handlungsprogramm abgewickelt wurde, konnten 1.720 WE gefördert werden, davon 1.390 Mietwohnungen und 330 Eigentumsmaßnahmen. Die Stadt hat hierfür 61,0 Mio. € eigene Mittel aufgewendet.

Das „München Modell Miete“ wurde formuliert und umgesetzt; rd.350 WE wurden realisiert (in der o.g. Gesamtzahl enthalten).

Acht Erhaltungssatzungen wurden zum Ablauf der Rechtskraft überprüft. Die Untersuchungen haben ergeben, dass die Voraussetzungen für einen Neuerlass nicht mehr in allen Teilbereichen der Gebiete gegeben waren. z.T. wurden die Satzungsgebiete aber auch vergrößert.

Eine förmliche Festlegung eines neuen Sanierungsgebietes ist im Berichtszeitraum nicht erfolgt.

Ein Ankauf von Belegungsrechten scheiterte bislang an den Vorstellungen der Verfügungsberechtigten bezüglich Preis und Mieterschaft.

Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen ist in den Jahren 2001 und 2002 weit unter den Vorjahreszahlen und der Zielzahl geblieben, es wurden lediglich rd. 3.500 WE und 3.300 WE fertiggestellt (während der Durchschnitt in den Jahren 1991 – 2000 bei rd. 5.900 WE lag). Es ist damit zu rechnen, dass die Wohnungsbautätigkeit aufgrund der wirtschaftlichen, steuerlichen und demografischen Rahmenbedingungen bis zum Jahr 2005 auf dem gegenwärtigen Niveau von rd. 3000 – 4000 WE verharret.

(vgl. im Einzelnen die beiden Bekanntgaben im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung vom 07.05.03 und vom 09.07.03, „Wohnen in München, III – Erfahrungsbericht“)

#### **C.I.5.4 Rahmenbedingungen auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt**

Insbesondere die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist in den letzten beiden Jahren deutlich schlechter geworden. Die ökonomisch bedingte Nachfrage nach Wohnraum hat sich deshalb verringert. Die Erst- und Wiedervermietungs-Mieten, die von 1997 bis Anfang 2002 gestiegen waren, gehen seither zurück. Der Wendepunkt in der Beschäftigungssituation ist noch nicht erreicht (siehe hierzu A I und CII).

Beeinträchtigt wird der Wohnungsmarkt ferner durch die seit Herbst 2002 anhaltenden Diskussionen um die bundesrepublikanischen Förderbestimmungen sowohl für das Wohneigentum als auch für den Mietwohnungsbau. Dies führte z.T. zu einem Vorzieheffekt, z.T. zu einem Attentismus in Bezug auf Investitionsentscheidungen sowohl bei privaten als auch bei gewerblichen Investoren.

Die LHM hat sich an der Diskussion intensiv beteiligt und eine Regionalisierung der Regelungen vorgeschlagen.

Am 21.02.2003 wurden vom „Münchner Bündnis für Wohnungsbau“ regionalisierte Regelungen gefordert und folgender Appell an die Bundespolitik gerichtet:

Für Ballungsräume mit erhöhtem Wohnungsbedarf, die nach den Mieten-Stufen 5 und 6 des Wohngeldgesetzes bestimmt werden, wird

- für den Mietwohnungsbau eine Sonderabschreibung oder alternativ eine Investitionszulage gewährt.
- für die Eigenheimzulage eine regionale Staffelung eingeführt, sowohl was deren Höhe als auch was die Einkommensgrenzen betrifft.
- für den Sozialwohnungsbau ein Sonderprogramm aufgelegt.

Die o.g. Elemente der Wohnungsbauförderung werden auf Bundesebene z.T. noch diskutiert. Was die Eigenheimzulage anbelangt, so werden ab dem 01.01. 2004 Neubauten und Bestandserwerb einheitlich gefördert und zwar mit einem – für den Neubau halbierten - Fördergrundbetrag von max. 1250 € p.a. und einer (leicht aufgestockten) Kinderzulage von 800 €, jeweils für acht Jahre. Die Einkommensgrenzen für die Gewährung der Eigenheimzulage wurden um rd. 17 % abgesenkt auf 70.000 € (Alleinstehende) bzw. 140.000 € (Verheiratete), jeweils als Zweijahreseinkommen betrachtet.

#### **C.I.6 Stadtteilentwicklung**

##### **C.I.6.1 Zugrundeliegende Leitlinie**

Der Stadtrat hat am 18.02.1998 die Leitlinie zur „**Stärkung der Stadtteile durch Stadtteilentwicklung**“ beschlossen. Zur exemplarischen Umsetzung der Leitlinie wurde das Planungsreferat aufgefordert, das Leitprojekt „Stadtteilentwicklung als Stadtteilmanagement“ durchzuführen.

##### **C.I.6.2 Stand der Bearbeitung**

###### **Ausgangslage**

Mit Beschluss des Stadtrates vom 21.03.2001 wurde das o.g. Leitprojekt durch ein „Rahmenkonzept zur Stadtteilentwicklung in München“ konkretisiert und das weitere Vorgehen festgelegt.

Dabei wurde auch auf die Beziehung zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ eingegangen. Das Leitprojekt „Stadtteilentwicklung“ der PERSPEKTIVE MÜNCHEN basiert auf dem Ziel, mittels einer integrierten Vorgehensweise bereits frühzeitig sozialräumlichen Segregationstendenzen entgegenzuwirken. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ verfolgt dieselbe Zielsetzung im Rahmen der förmlichen Stadtsanierung nach dem besonderen Städtebaurecht.

Die Stadtteilentwicklung wirkt einerseits als eigenständiges bzw. ergänzendes Programm außerhalb der Sanierungsgebiete und in Stadtteilen, in denen Städtebaufördermittel nicht eingesetzt werden; kann aber auch zur Vorbereitung von späteren Sanierungsgebieten beitragen.

Beide Programme verfolgen dabei einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem bauliche, sozio-kulturelle und v.a. arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zusammen gesehen werden. Dabei sollen Eigeninitiative und das Engagement der Bevölkerung gestärkt, örtliche Kooperationen aufgebaut und die Ressourcen gebündelt werden. Generell sollen die wichtigen Funktionen des Stadtteils und die soziale Bindung gestärkt werden. Ein wichtiges Ziel ist dabei, die junge Generation in Gesellschaft, Ausbildung und Arbeitsmarkt, in das soziale Gefüge des Stadtteils und damit der gesamten Stadt zu integrieren.

Zur Umsetzung des Leitprojektes wurde das Planungsreferat im Rahmen des o.g. Beschlusses vom 21.03.2001 beauftragt, für den **Stadtteil Hadern** ein **Modellprojekt der Stadtteilentwicklung** mit einer aktivierenden Bürgerbeteiligung (Stadtteilwerkstatt) und ergänzenden städtebaulichen Untersuchungen durchzuführen und entsprechende Werkverträge zu vergeben. Damit sollte eine Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ vorbereitet werden.

### **Vorbereitende Untersuchungen**

Die städtebaulichen Untersuchungen wurden um sozialräumliche und ökonomische Kriterien ergänzt und nach einer begrenzten Ausschreibung vom Büro Böhm, Glaab, Sandler & Partner durchgeführt. Die Untersuchung ist abgeschlossen.

Die einzelnen Ergebnisse wurden dem Stadtrat am 25.06.2003 im Rahmen der Vorlage zu „Untersuchungen nach § 141 BauGB“ vorgestellt. Grundsätzlich wurde für Teile des Stadtbezirks v.a. für Kleinhadern, Blumenau Nord, Blumenau Süd, Neuhadern und Teile von Großhadern sozialräumlicher Handlungsbedarf festgestellt.

Als generellen Planungsansatz schlagen die Gutachter ein Konzept aus „Dezentralität und Verknüpfung“ vor. Der Konzeptansatz greift die Verschiedenartigkeit und Ausstattungsvielfalt mehrerer dezentraler Zentren als besonderen Charakter Haderns auf und zielt auf eine bessere Verknüpfung vorhandener Zentren und Flächenressourcen mit defizitären Siedlungsbereichen ab. Dabei bekommen die städtebaulichen Entwicklungsflächen, wie die Fläche am Stiftsbogen, Max-Lebsche-Platz, ehemalige Brennerei und Hönigschmiedplatz einen zentralen Stellenwert. Ein weiteres wichtiges Ziel ist, die Versorgungslage und die Qualität der Naherholungsflächen für die unterversorgten Wohngebiete zu verbessern.

Zwei Wegerouten (Idee der „Perlenschnüre“) sollen diesen Konzeptansatz stützen: Zum einen eine Verknüpfung und Ausbau zentraler und urbaner Zonen entlang der Route Max-Lebsche-Platz, Ortskern Großhadern, Ortskern Kleinhadern, Hönigschmiedplatz und zum anderen eine Verknüpfung vorhandener Grünflächen und Entwicklung von weiteren Erholungszielen entlang des westlichen Ortsrandes zwischen Waldfriedhof und Lochhamer Schlag. Diese Idee der Grünflächenverknüpfung findet sich auch im noch auszubauenden „Grünzug Lochhamer Schlag-Fürstenried“ im Realisierungsprogramm „Reihenfolge großer Grünausbaumaßnahmen“ des Baureferates.

Des Weiteren schlagen die Gutachter eine Reihe von ergänzenden Maßnahmen im sozialen und ökonomischen Bereich vor.



Das Planungsreferat und die referatsübergreifende Lenkungsgruppe „Soziale Stadt“ kommen nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis, dass ein unbestrittener Handlungsbedarf vorliegt, ein Einsatz des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ auch im Vergleich zu anderen möglichen Gebieten, etwa am Mittleren Ring jedoch nicht weiter verfolgt werden sollte. Dies wurde dem Stadtrat mit o.g. Beschluss vom 25.06.2003 mitgeteilt.

### **Bezirksausschuss und Kooperationspartner**

Das Planungsreferat hat von Anfang an großen Wert auf die Einbindung des örtlichen Bezirksausschusses in den Prozess der Stadtteilentwicklung gelegt. Anders lässt sich ein solcher Prozess auch nicht erfolgreich durchführen. Der Bezirksausschuss hat dazu eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet und ist mit dieser wichtigster Kooperationspartner. Aber auch andere Akteure, wie Vertreter der Kirchen, der örtlichen Wirtschaft, von REGSAM, der lokalen Agenda 21 und den Wohnungsbaugesellschaften sind wichtige Partner. Dies gilt v.a. für das weitere Verfahren der aktivierenden Bürgerbeteiligung.

Der Prozess der Stadtteilentwicklung zeigt auch eine gewisse Eigendynamik im Stadtteil. In diesem Zusammenhang ist auch die Durchführung des ersten Münchner Habitat-Tages in Hadern zu sehen, an der rund 20 lokale Organisationen und Initiativen teilnahmen. Ähnliche Aktivitäten vor Ort zeigten sich auch in Veranstaltungen im Rahmen des Projektes „Stadt 2030“. Diese und andere Aktivitäten zeigen die Bereitschaft vor Ort, sich am Prozess der Stadtteilentwicklung zu beteiligen.

#### **C.1.6.3 Durchführung einer Stadtteilwerkstatt und weitere Schritte**

Die im o.g. Stadtratsbeschluss vom 21.03.2001 geforderte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der weiteren örtlichen Akteure in Form einer aktivierenden Bürgerbeteiligung mittels einer Stadtteilwerkstatt wurde im Frühjahr 2003 begonnen. Die Durchführung der Stadtteilwerkstatt fand am 21.11. und 22.11.2003 statt. Die gefundenen Ideen wurden im Rahmen von „Runden Tischen“ am 15.01.2004 konkretisiert. Mit der Vorbereitung und Durchführung dieses Beteiligungsverfahrens wurde Heinle & Stadler Marketing aus Geretsried nach einer begrenzten Ausschreibung beauftragt. An der Auswahl war auch der örtliche Bezirksausschuss beteiligt.

Generell wird es in Hadern darum gehen, auf der Basis eines Handlungskonzeptes die vielseitigen Aktivitäten im Stadtbezirk (PERSPEKTIVE MÜNCHEN, Habitat, Stadt 2030) zu bündeln und die örtlichen Akteure aus den Bereichen Wirtschaft, Wohnungsbau, Kirchen, Regsam u.a. einzubinden. Ziel ist es auch, die Förderung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement zu unterstützen und gegebenenfalls einzelne Projekte und punktuelle Maßnahmen im baulichen- bzw. Freiraumbereich je nach Verfügbarkeit der Mittel in den Budgets der jeweils zuständigen Referate durchzuführen.

Es ist vorgesehen, das „Modellprojekt Stadtteilentwicklung Hadern“ mit der Beendigung des Werkvertrages zu einem sinnvollen Abschluss zu führen, der es den unterschiedlichen örtlichen Akteuren erlaubt, daraus Nutzen für die weitere Entwicklung Haderns zu ziehen.

#### **C.1.7 Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit**

Eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit ist für eine zukunftsweisende, konsensorientierte Stadtentwicklung unabdingbar. Sollen Bürgerinnen und Bürger ernsthaft ermutigt werden, mit Politik, Verwaltung und anderen wichtigen Akteuren der Stadtentwicklung in den Dialog zu treten und sich engagiert zu beteiligen, bildet eine offene Informations- und Diskussionskultur in der Stadt eine unverzichtbare Basis. Dies ist bereits im Beschluss zur PERSPEKTIVE MÜNCHEN vom 18.02.1998 bzw. im Bericht zur Stadtentwicklung 2000 vom 26.07.2000 ausgeführt worden.

Mittels verschiedener Kommunikationsmedien und –mitteln wird seit 1995 versucht, möglichst viele Münchner und Münchnerinnen – von Jugendlichen bis zu Seniorinnen und Senioren - über die Zukunft der Stadt zu informieren, mit ihnen darüber in den Dialog zu treten und zur Partizipation einzuladen. Unter anderem wurden Veröffentlichungen in Print und Digital (CD-ROM, Internet) erstellt, Veranstaltungen und Ausstellungen sowie Stadtrundfahrten zu stadtentwicklungsbedeutsamen Themen und Zielen organisiert und durchgeführt. Hier zeigen sich am steigenden Interesse die Erfolge der kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit. So haben beispielsweise die Ausstellung „Werkstatt Stadt“ im Januar/ Februar 2003 täglich ca. 300 Bürgerinnen und Bürger besucht, insgesamt 12.500 Besucher.

### **Themen und Formen der Öffentlichkeitsarbeit**

Im Rahmen der Leitprojekte der PERSPEKTIVE MÜNCHEN wurden folgende Formen der Planungsinformation und –beteiligung angeboten:

- Vorentwurf Verkehrsentwicklungsplan (VEP) als Leitprojekt der PERSPEKTIVE MÜNCHEN: Flyer und Broschüre zur Diskussion des Vorentwurf; Plakatierung der Informationen; Angebot einer Informations- und Diskussionsplattform im Internet; Versand der Informationen an alle Nachbargemeinden und Träger öffentlicher Belange; Vier Foren „Mobilität für München“ – Diskussionsveranstaltungen mit Experten aus Forschung, Wirtschaft und Politik; Sechs Veranstaltungen „vor Ort“ in den Teilbereichen des VEP
- Zentrale Bahnflächen als Leitprojekt der PERSPEKTIVE MÜNCHEN: Broschüre, Flyer (insg. 3) zur FNP-Änderung bzw. Aufstellung des Bebauungsplan (z.T. auch digital im Internet); vier Erörterungsveranstaltungen in den versch. Stadtbezirken (gemäß §3.1 BauGB); Ausstellung im Foyer des PlanTreff
- Leitlinie Ökologie: Veröffentlichung des Entwurfs zur Leitlinie Ökologie in Form einer Broschüre und eines Flyers (beide auch digital im Internet); Ausstellung des Entwurfs der Leitlinie Ökologie im Gasteig und im Gesundheitszentrum an der Dachauer Straße; Versand des Entwurfs der Leitlinie Ökologie an eine breite, fachliche Öffentlichkeit sowie Schulen

Darüber hinaus wurden die verschiedenen Themen auf zahlreichen (nicht städtischen) Veranstaltungen vorgestellt und in verschiedenen Medien publiziert.

Im Rahmen der projektunabhängigen Öffentlichkeitsarbeit sind zu nennen:

- Betreuung der Informationsstelle für Stadtentwicklung – PlanTreff sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Fachleute
- Informationsveranstaltungen für Besuchergruppen aus dem In- und Ausland und Schulklassen aus München und dem ganzen Bundesgebiet
- Diverse Publikationen zu Themen der Stadtentwicklung
- Schülerinnen- und Schülerwettbewerb „München statt Manhattan – oder wie hätten wir's denn gern?“, der jährlich ausgeschrieben wird, um Jugendliche für das Thema Stadtentwicklung zu interessieren
- „Mit der Stadtbaurätin zu den Brennpunkten der Stadtentwicklung“, halbjährliche Rundfahrten zu ausgewählten, aktuellen Orten der Stadtentwicklung

### **Ausstellungen und Veranstaltungen**

Von breiter Öffentlichkeitswirkung waren u.a. die Ausstellungen:

- „Werkstatt Stadt – eine Werkstattpräsentation Münchner Planungen und Projekte“ in Zusammenarbeit mit Investoren und Bauträgern im Jahr 2003 mit ca. 11.000 Besucherinnen und Besuchern, Rathausgalerie
- „Wohnen in München“ im Jahr 2002 mit ca. 11.000 Besucherinnen und Besuchern, Rathausgalerie, und zwei Begleitveranstaltungen zu den Themen „Wie wohnen unsere Nachbarn in Skandinavien und Niederlande?“ (je ca. 200-250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer), Stadtmuseumssaal
- „Mittlerer Ring – Pläne und Projekte“ im Jahr 2001 mit ca. 10.000 Besucherinnen und Besuchern, Rathausgalerie

- Ausstellungsstand im Rahmen der Weltkonferenz „URBAN 21“ im Juli 2000 in Berlin mit über 4000 internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmer
- „100 Jahre Wohnungsbau in Berlin“ im Jahr 2000, TU München
- „Wien, Architektur/ Stadterhaltung, Stadterneuerung – Der Stand der Dinge III“ in Zusammenarbeit mit der Obersten Baubehörde im Bayrischen Staatsministerium des Innern im Jahr 2000, Foyer der Obersten Baubehörde
- „Frauen in der Technik von 1900-2000“ im Jahr 2001, Gasteig
- „standort wohnen – Hamburger Wohnungsbau von 1990-2000, Ausgewählte Projekte“ in Zusammenarbeit mit der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern und der Stadt Hamburg, Stadtentwicklungsbehörde, im Jahr 2001, Foyer der Obersten Baubehörde
- „Metamorphose München“ in Zusammenarbeit mit der TU München in den Jahren 2001 und 2002, Foyer des PlanTreff
- „8 Architekten – 8 Stadien“ in Zusammenarbeit mit FC Bayern München und TSV 1860 im Jahr 2002, Stadtmuseum
- „Deutsches Museum – Naturwissenschaft und Technik im Fluss“ in Zusammenarbeit mit der TU München im Jahr 2002, Foyer des PlanTreff
- „Unsere Nachbarn im Osten“, auch Veranstaltungsreihe (insg. 8 Abende), in Zusammenarbeit mit dem Institut für Länderkunde, Leipzig und den Generalkonsulaten der Länder Ungarn, Bosnien und Herzegowina, Ukraine, Tschechische Republik, Russische Föderation, Republik Polen, Republik Kroatien, Rumänien; unterstützt durch die EU-Kommission im Jahr 2002, Foyer des PlanTreff

Des Weiteren wurde die PERSPEKTIVE MÜNCHEN auf diversen Fachveranstaltungen im europäischen In- und Ausland vorgestellt. Der Planungsansatz der PERSPEKTIVE MÜNCHEN findet nach wie vor weit über München hinaus großes Interesse, was sich u.a. an vielen Anfragen und Kontakten zeigt.

### **Neue Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit**

Wie bereits im Beschluss vom 23.07.03 ausgeführt müssen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen der Haushaltskonsolidierung mit den Einschränkungen im personellen und finanziellen Bereich neue effektive und differenzierte Formen der Zusammenarbeit diskutiert und vereinbart werden, um das bisher verfolgte Ziel der umfassenden Information und die bisherigen Qualitätsstandards möglichst zu sichern.

Dies gilt sowohl für grundsätzliche Informationen zur Stadtentwicklung wie auch für gezielte Projektinformationen und Beteiligungsformen zu den Leitprojekten.

Besondere Bedeutung kommt den grundsätzlichen Informationen zu, weil so komplizierte Zusammenhänge und Entscheidungen transparent und verständlich werden. Seit Beginn der PERSPEKTIVE MÜNCHEN haben aber die Akteure von damals in vielen Fällen gewechselt, so dass es zweckmäßig ist, aktuelle Informationen zu grundlegenden Themen unter Berücksichtigung gegenwärtiger Entwicklungen zur vermitteln. Deshalb sollen die Grundinformationen der PERSPEKTIVE MÜNCHEN in einer Art Baukastensystem neu und übersichtlich aufbereitet werden und kontinuierlich ergänzt bzw. überarbeitet werden. Darüber hinaus wird vorgeschlagen:

### **Informationsreihe „WerkstattGespräche“**

Mit einer Informationsreihe, „Werkstatt-Gespräche“ sollen in den nächsten Jahren gesamtstädtische, grundsätzliche Themen der Stadtentwicklung diskutiert werden. Eingeladene Zielgruppen sind interessierte Bürgerinnen und Bürger, die Bezirksausschüsse sowie alle Akteure der Stadtentwicklung. Die Themen werden, je nach Anlass, in Form von moderierten „Streitgesprächen“ und/ oder kurzen Vorträgen durch Experten vorgestellt; anschließend findet eine offene Diskussion des Themas statt. Gewünscht ist ein lebendiger, kontroverser Diskurs mit allen Beteiligten und keine Expertenrunde. Die Veranstaltung hat Werkstattcharakter.

Folgende Themen (Inhalte stichpunktartig) werden für die ersten vier Veranstaltungen vorgeschlagen:

1. „München - Stadtgestalt im Wandel“

Wie wird München in 10, 20 Jahren aussehen? Wohin entwickelt sich das Münchner Stadtbild? Welche Richtung ist sinnvoll? Warum Hochhäuser? Werbeflächen im Stadtbild. Neue Architektur und traditionelles Stadtbild. Rechtliche, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, etc.

2. „München – Kompakt, urban, grün“

Dichteentwicklung im Wohnungsbau zwischen Urbanität und Freiflächenbedürfnissen. Grundstückspreisentwicklung und Verwertungsbedingungen im Wohnungsbau. Chancen der Schaffung familienfreundlichen Wohnraums im Münchner Stadtgebiet. Realisierung angemessener Wohnanteile in gemischt strukturierten Entwicklungsbereichen - Wohnungen versus Büros.

3. „München – Mobilität in Stadt und Region“

Versinkt München im Stadt-Umland-Verkehr? Kann der Ausbau des Öffentlichen-Personen-Nahverkehrs die Verkehrsprobleme in München und seiner Umgebung lösen? Welche Beiträge können Telematik im Straßenverkehr oder das Parkraummanagement leisten?

4. „München – Innenstadt und Stadtteilzentren“

Passagen und Höfe – Spannungsfeld im bedingt öffentlichen Raum. Kommerzialisierung der Innenstadt. Erhalt der Nahversorgung in den Stadtteilen. Expansionspolitik der Lebensmitteldiscounter. Stadtteilzentren in Konkurrenz mit Malls auf der grünen Wiese.

Die Themen sollten generalisiert betrachtet werden und sich weniger an Einzelbeispielen orientieren.

**Infoblätter „WerkstattReport“**

Begleitend zur Informationsreihe werden entsprechend aufbereitete Infoblätter zu jedem Thema in handlicher Form erstellt. Die Faltblätter können Fakten, Positionen aber auch Fragestellungen zu den einzelnen Themen beinhalten.

Der „WerkstattReport“ wird im Vorfeld der Veranstaltungen sowohl als Printexemplare als auch im Internet angeboten, bzw. per E-Mail verschickt.

**Informationstreffen „StadtteilTreff“ im PlanTreff**

Ab 2004 sollen verstärkt auch stadtteilbezogene Informations- und Diskussionsforen im PlanTreff stattfinden. Dabei geht es sowohl um vorbereitende Information von Seiten der Verwaltung als auch um Probleme und Fragestellungen von Seiten der Bezirksausschüsse. Nebenbei wird der persönliche Kontakt und das gegenseitige Kennen lernen der Personen hinter den Namen gefördert.

Die Einladung erfolgt für mehrere benachbarte Bezirksausschüsse und entsprechend der Gliederung der Bezirke in den Hauptabteilungen II und IV. stadtbezirksübergreifend oder entsprechend der Planungsgruppen im Referat. Anwesend sind von Seiten der Stadt jeweils Vertreter aller Hauptabteilungen. Die Ergebnisse der Treffen werden dokumentiert und im Internet zur Verfügung gestellt.

**Exkursionen „Mit der Stadtbaurätin in die Stadtteile“**

Aufgrund der überaus positiven Erfahrungen sollen künftig auch stadtteilbezogene Exkursionen analog „Mit der Stadtbaurätin zu den Brennpunkten der Stadtentwicklung“ mit Stadträtinnen/ Stadträten, bzw. den Bezirksausschüssen durchgeführt werden. Dabei kann die Routengestaltung gemeinsam festgelegt werden. So können auch die Bezirksausschüsse auf ihre „Brennpunkte“ aufmerksam machen und immer wiederkehrende Konfliktpunkte vor Ort diskutieren.

## **C.II „Zukunft der Arbeit in München“ – Umsetzung der Handlungsempfehlungen**

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 24.07.2001 wurden das „Referat für Stadtplanung und Bauordnung, das Sozialreferat, das Referat für Arbeit und Wirtschaft, das Schulreferat und die Gleichstellungsstelle ... beauftragt“, die im „Bericht zur Stadtentwicklung 2000“ formulierten Handlungsempfehlungen (s. dort S. 35 – 41) „auf ihre Umsetzbarkeit zu überprüfen, unter besonderer Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Maßnahmen zu ergänzen und umzusetzen. Über den Stand der Umsetzung ist ... zu berichten.“

### **C.II.1 Zur Arbeitsmarktsituation in München**

Im Folgenden soll die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt in München knapp beleuchtet werden ( zu strukturellen Details und zur wirtschaftlichen Situation generell siehe Gliederungspunkt A.I.2 „Rahmenbedingungen - Wirtschaftliche Entwicklung“; siehe ferner: A.II.1 „Folgen des soziodemografischen Wandels und Herausforderungen für die Stadtentwicklung“).

Sie soll beschrieben werden anhand von Daten zur Arbeitslosigkeit, zu den offenen Stellen und zu den vorhandenen Arbeitsplätzen.

Bei den Zahlen zur Arbeitslosigkeit, den offenen Stellen und den Arbeitsplätzen wird im Folgenden, wenn nicht anders angegeben, auf Zahlen des Arbeitsamtsbezirks München zurückgegriffen, weil hierfür vergleichsweise differenzierte Daten zur Verfügung stehen. Dieser Bezirk umfasst aber neben der Stadt München auch den Landkreis München sowie die Landkreise DAH, FFB, STA und EBE; bezogen auf die Einwohnerzahl dieses Raumes beträgt der Anteil der Stadt München rd.60 %.

In der Presse wird gleichwohl bei der Nennung der Zahlen für den Arbeitsamtsbezirk immer – fälschlich - von den Arbeitslosen in München gesprochen.

#### **Arbeitslosigkeit**

„Die Suche nach qualifiziertem Personal ist in fast allen Branchen das beherrschende Thema“  
 „Die Suche wird immer aufwändiger“.

Diese Feststellungen stehen auf S. 3 der vom Arbeitsamt München herausgegebenen Monatszeitschrift „Der Arbeitsmarkt“, allerdings in der Ausgabe vom Februar 2001. Damals wurden 47.473 Arbeitslose registriert, für die Stadt München 29.877; der Anteil der Stadt an den Arbeitslosen des Arbeitsamtsbezirks belief sich also auf 62,9%.

Zwei Jahre später hat sich die Lage deutlich geändert. Im Februar 2003 war mit 72.931 Arbeitslosen ein seit 1998 nicht mehr erreichter Höchststand zu verzeichnen, die Arbeitslosenquote betrug 6,2 % (auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen) bzw. 7,2 % (Basis aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen). In der LHM waren es 49.342 Arbeitslose (67,9 %), d.h. die Arbeitslosigkeit hat in der Stadt stärker zugenommen als in den o.g. Umland-Landkreisen.

Das Tempo, in dem die Arbeitslosenzahl seit Februar 2001 gestiegen ist, ist erheblich und ist ein zusätzliches Erschwernis, neben der Veränderung an sich. Die Arbeitslosigkeit hat sich auch, anders als in den letzten zwanzig Jahren, im Frühjahr nicht abgeschwächt (April 2003: 72.332).

#### **Offene Stellen**

- Im Stellenpool des Arbeitsamtes wurden im Februar 2003 nur mehr 11 283 Stellen angeboten, rd. 16 500 (60 %) weniger als im Februar 2001. Der Rückgang der Stellenangebote hat

alle ausgewiesenen Berufsgruppen erfasst; auch für Ingenieure, Chemiker, Physiker liegen rd. 50 % weniger Stellenangebote vor.

Im Februar 2003 betrug die Relation „Arbeitslose zu offene Stellen“ 6,4 : 1, zwei Jahre davor 1,7 : 1.

### **Zahl der Arbeitsplätze**

Die Zahl der Arbeitsplätze, dargestellt durch die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort, ist in München in den 90er Jahren zunächst erheblich gesunken - von rd 939.000 in 1992 auf 866.000 in 1997, danach hat sie eine beschleunigte Zunahme erfahren, auf rd.909.000 im Jahr 2000.

Dabei ist der Anteil der abhängig Erwerbstätigen von rd. 92 % auf rd.90 % zurückgegangen, die der Selbständigen hat also leicht zugenommen.

Die Zahl der sv(sozialversicherungspflichtig)-Beschäftigten entwickelte sich in den letzten Jahren in München wie folgt:

Im Jahr 2000: 676.000, in 2001: 696.000, in 2002: 695.000.

Im Jahr 2000 betrug also der Anteil der sv-Beschäftigten an allen Beschäftigten rd.75 %.

Unterstellt man einen gleich hohen Anteil auch für die Jahre 2001 und 2002, dann ist die Zahl aller Beschäftigten, also der Arbeitsplätze, in München auf rd. 928.000 bzw. rd. 927.000 gestiegen – bei gleichzeitiger Zunahme der Zahl der Arbeitslosen und einem Sinken der offenen Stellen.

Das bedeutet nichts anderes, als dass das Arbeitskräfteangebot in München – ebenso wie im Bereich des Arbeitsamts-Bezirks - in den letzten Jahren durch Zuwanderungen und durch Einpendler, ggf. auch durch eine gestiegene Erwerbsquote der Frauen, in einem Umfang zugenommen hat, dass das gestiegene Arbeitsplatzangebot das noch stärker gestiegene Arbeitskräfteangebot nicht vollständig absorbieren konnte! Dabei darf freilich nicht übersehen werden, dass die Zahlen zum Arbeitsplatzangebot nicht nach Vollzeit- und Teilzeit-Arbeitsplätzen aufgelöst sind .

Zu den Erwerbsquoten:

In den alten Bundesländern ist die Erwerbsquote bei den Männern (15- 65 Jahre) von 85,3 % in 1975 auf 80,5 % in 1998 gesunken, bei den Frauen (15 –65 Jahre) ist sie im gleichen Zeitraum stark gestiegen von 47,3 % auf 61,9 % (in den neuen Bundesländern 73,5 %):

Drastisch gesunken ist im angegebenen Zeitraum (1975 /1998) die Erwerbsbeteiligung der 60 –65 Jährigen, von rd. 60 % auf rd. 30 %.

Für München weist der Mikrozensus für die Männer von 15 – 65 Jahren eine Erwerbsquote von 82,7 % (1998) bzw. von 82,0 % (2002) aus, bei den Frauen beläuft sich die Quote auf 69,6 bzw.69,4 %.

### **Prognostische Ansätze**

Für München und für die gesamte Region 14 liegt eine Arbeitsplatzprognose der Prognos AG, Basel, aus dem Jahr 2000 vor. Sie weist, ausgehend von 1998 - für das Prognosejahr 2005 eine Steigerung der Arbeitsplatzzahl in München von: +2,2 %, und per 2010 eine weitere Zunahme um +0,5 % aus. Danach wird per 2015 eine Abnahme von 1,0 % erwartet. Für die gesamte Region 14 rechnet Prognos mit folgenden Raten: +3,5 %, +2,3 %, +0,8%.

Das von der Bayerischen Staatsregierung vorgelegte „Landesentwicklungsprogramm Bayern 2003“ enthält eine Status-quo-Prognose der Arbeitsplatzentwicklung in den Regionen. Für die Region 14 wird darin, ausgehend von 1997, per 2010 ein Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze um –0,8% ausgewiesen, für das folgende Jahrzehnt bis 2020 wird eine Abnahme von – 0,1% prognostiziert.

Bade kommt in seiner Prognose der Regionalen Erwerbstätigkeit 2001 bis 2007 zu dem Ergebnis, dass „einige süddeutsche Regionen wie die Großräume München, .... große Chancen (haben), ihren Anteil an allen Erwerbstätigen wesentlich zu steigern“.

In ihrer Gemeinschaftsdiagnose zur Lage der deutschen Wirtschaft vom Frühjahr 2003 gehen die sechs Wirtschaftsinstitute davon aus, dass die „Wirkungen der Reform der Arbeitsmarktpolitik...in diesem und im nächsten Jahr gering sind.“ Die Vorschläge der Bundesregierung in der „Agenda 2010“ zum Kündigungsschutz werden von den Instituten begrüßt.

In einer Studie des ifo-Instituts aus dem Jahr 2001 zum Fachkräftebedarf in Deutschland bis zum Jahr 2015 wird eine wachsende Nachfrage nach haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen prognostiziert, der aber kein ausreichendes Angebot an Arbeitskräften gegenüber stehen wird. .

Eine Expertise, die 1999 im Auftrag der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen (Berlin) erstellt wurde, beschäftigt sich ebenfalls mit der „Entwicklung des Qualifikations- und Arbeitskräftebedarfs in den personenbezogenen Dienstleistungsberufen“. Sie kommt u.a. zu dem Befund, „dass der Tendenz nach von einem Frauenarbeitsmarkt und einem Feld der Frauenberufsbildung gesprochen werden kann, denen auch volkswirtschaftlich eine wesentliche Rolle zukommt.“

## **C.II.2 Einflussmöglichkeiten der LH München auf die Beschäftigungslage**

### **Determinanten für Wachstum und Beschäftigung**

Als Faktoren, die das wirtschaftliche Wachstum und die Beschäftigung fördern gelten die Investitionen der Unternehmen in Sachkapital und in Humankapital, die Investitionen der Unternehmen und staatlicher und privater Institutionen in Forschung und Entwicklung, die Investitionen des Staates in die technische und soziale Infrastruktur, die Geldwertstabilität und offener Außenhandel.

Wachstumshemmend sind eine hohe Staatsverschuldung, hohe Steuern und Sozialabgaben sowie Rigiditäten und Inflexibilitäten auf dem Arbeitsmarkt.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung schlägt in seinem Jahresgutachten 2002/03 zur Verbesserung der unbefriedigenden Wachstums- und Beschäftigungssituation ein 20-Punkte-Programm vor, das aus drei Komponenten besteht: Die Arbeitsnachfrage der Unternehmen stärken; die Anspruchslöhne senken und den Niedriglohnbereich ausbauen; den Abstimmungsmechanismus am Arbeitsmarkt verbessern. Es geht also über die Vorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz-Kommission) hinaus, die auf den Kern des derzeitigen Beschäftigungsproblems, nämlich wie Arbeitsplätze zustande kommen, nicht eingehen.

### **Maßnahmenspektrum der LH München**

Die wirtschaftliche Situation in der Stadt und im Umland ist zwar in hohem Maße exogen bestimmt. Gleichwohl kann die LHM einige der o.g. fördernden Determinanten beeinflussen und nachteilige Folgen der Arbeitslosigkeit präventiv bekämpfen oder abschwächen.

Bei ihren Maßnahmen – sei es als Arbeitgeberin, sei es bei ihrer Wirtschaftspolitik - ist die LHM den Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU und den Empfehlungen des Rates der EU verpflichtet, die die Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsaufgabe definiert hat. D.h. es ist den unterschiedlich hohen Risiken der beiden Geschlechter, arbeitslos zu werden bzw. zu bleiben zu begegnen. Variable Arbeitsverhältnisse und die Vereinbarkeit von

Familie und Beruf sind zu fördern, die Übergänge von Familien- und Erwerbsphasen sind zu sichern.

- Die LHM kann sowohl das Arbeitsplatzangebot als auch die Arbeitskräfteangebot beeinflussen.

Das Arbeitsplatzangebot kann sie fördern durch die Ausweisung von Gewerbeflächen (vgl. 3.), durch Investitionen in die Infrastruktur, durch Unterstützung der Unternehmen bei Sicherung des Standorts bzw. Binnenverlagerungen sowie bei Unternehmensgründungen (vgl. 2.) und durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Clusterbildung, für Forschung und Entwicklung (vgl. 1.) und für die Wohnungssituation (vgl. 3.).

Das Arbeitskräfteangebot kann die LHM nach Menge, Qualität und Struktur fördern durch die Unterstützung der Ausbildung auf allen schulischen Ebenen (vgl. 2.) und durch Hilfen im Bereich der sozialen Infrastruktur (vgl. 2.), die die Arbeitsaufnahme für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Kindern erleichtern bzw. erst ermöglichen.

- Die LHM kann und muss die Folgen der Arbeitslosigkeit abmildern.

Je gravierender strukturelle Arbeitsmarktungleichgewichte sind, desto mehr muss sich die LHM im zweiten Arbeitsmarkt (vgl. 2.), bei der gezielten Vermittlung von Sozialhilfeempfängern und bei der Integration Benachteiligter engagieren (vgl. 2.).

D.h. die Verteilungswirkungen auf dem Arbeitsmarkt und hinsichtlich der Einkommen müssen bewältigt werden u.a. um den sozialen Frieden zu erhalten, was wiederum der wirtschaftlichen Prosperität dient.

### **C.II.3 Die Handlungsempfehlungen – ihre Relevanz und ihre Umsetzung**

Die Handlungsempfehlungen sind im „Bericht zur „Stadtentwicklung 2000“ in fünf Maßnahmenbereiche gebündelt :

Standortpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Flächen- und Wohnungspolitik, Stadtteilentwicklung und Regionale Kooperation.

Diese Einteilung soll im Folgenden aus Gründen der Vergleichbarkeit beibehalten werden, auch wenn dabei Überschneidungen in den Politikbereichen in Kauf genommen werden müssen.

Die im Bericht formulierten Empfehlungen, die ihrerseits auf dem Gutachten des IMU-Instituts „Zukunft der Arbeit in München“ basieren, werden dem jeweiligen Kapitel in knapper Form – kursiv – vorangestellt.



### **C.II.3.1 Zur Standortpolitik**

*München soll seine spezifischen Standortvorteile, das sind vorhandene Cluster wirtschaftlicher Aktivitäten und die weichen Standortfaktoren, weiter stärken. Auch die lokal und regional ausgerichteten Teile der Wirtschaft sollen gefördert werden.*

#### **Cluster Management**

Cluster, als räumlich begrenzte Ansiedlung gleicher oder ähnlicher Einrichtungen führen dazu, dass die unternehmerischen Aktivitäten, aber auch Aktivitäten entsprechender Forschungseinrichtungen, nicht beziehungslos nebeneinander stehen. Die enge Verbindung, und der damit verbundene Austausch von Informationen, Wissen und von Personal, führen zu Synergieeffekten die im Wettbewerb Vorteile schaffen, die ihrerseits weitere Unternehmen anlocken.

Aufgabe der Stadt ist es, mögliche oder sich entwickelnde Cluster zu definieren, zu unterstützen und zu fördern, möglichst in mehreren Sektoren. Beispiele in München sind der Medienbereich, die Finanzdienstleistungen und der Fahrzeug- und Maschinenbau.

Die hierzu erforderlichen Maßnahmen - Untersuchungen, Berichte, Gespräche und Arbeitskreise – werden von der LHM auch durchgeführt. Das RAW steht in ständigem Kontakt zu Kammern, Verbänden und Unternehmen. Mit dem vom RAW geleiteten Wirtschaftsbeirat wird eine Plattform zum Informationsaustausch geboten.

Das Planungsreferat beschäftigt sich ebenfalls eingehend mit Cluster und kooperiert erfolgreich mit der Bio M AG. Die Ergebnisse einer gemeinsamen Befragung zum Thema Bio-Cluster sowie die sich daraus ergebenden Folgerungen - z.B. für den geplanten Life Sciences Park in Freiam - die ein referatsübergreifender Arbeitskreis bearbeitet, werden dem Stadtrat in einer gesonderten Bekanntgabe zeitgleich mit dieser PM-Fortschreibung vorgestellt.

Ein Schwerpunkt städtischer Wirtschaftsförderung ist die Weiterentwicklung des Medienclusters München. Die Stadt München entwickelt u.a. zusammen mit privaten Anbietern geeignete Angebote, wie z. B. Media Works Munich am Ostbahnhof. Die Stadt sieht den Mediensektor längerfristig weiter als Wachstumssektor an und wird die für den Cluster wichtige Infrastruktur, die Vermittlung von Flächen bzw. Nutzern den Ausbildungsbereich und weiche Standortfaktoren, wie den Kulturbereich, besonders fördern. Siehe im Einzelnen die Neuauflage der Medienstudie, die dem Stadtrat im November 2003 vorgestellt wurde.

Wichtiges Element ist weiterhin die gezielte Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), um für den Wirtschaftsstandort München die breite Diversifikation zu erhalten. Hier sind die Technologie- und Gründerzentren ein wichtiges Förderinstrumentarium.

Jüngstes Beispiel für den Erfolg dieser Clusterorientierung ist die Ansiedlung des Hauptsitzes für das Industrie-Konsortium des Europäischen „Galileo-Projektes“ im Raum München. Das Projekt, das bis 2008 ein eigenes europäisches Satellitennetz aufbauen soll, um die Abhängigkeit vom bisherigen GPS zu mindern, soll in Europa mehrere Zehntausend neue Arbeitsplätze entstehen lassen, davon einen großen Teil im Großraum München. Die Entscheidung zu Gunsten der Region München wurde mit der bereits vorhandenen Konzentration des nötigen Know-hows, von Betrieben und relevanter Einrichtungen aus dem Bereich der Luft- und Raumfahrt begründet. Dies ist offensichtlich ein Erfolg der diesbezüglichen Verzahnung der Förderungsbemühungen von Stadt und Freistaat.

Schließlich wird die Bedeutung eines Wirtschaftsstandortes zunehmend von seinen Qualitäten als Wissenschaftsstandort geprägt. Mit seinen Hochschulen und zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie den Patentämtern hat München hier national und international eine herausragende Position. Diese Konzentration von wissenszentrierten Einrichtungen erleichtert und unterstützt den Zugang und die Verwaltung von Wissen, den Austausch von Informationen und die Entwicklung von Innovationen. Existenzgründungen aus den Hochschulen

heraus spielen demzufolge eine immer größere Rolle. Dieser Entwicklung trägt die Stadt Rechnung durch Beteiligung an zahlreichen dieser Netzwerke wie der Gründer RegioM oder dem Businessplan Wettbewerb.

### **Pflege weicher Standortfaktoren**

Die Standortentscheidungen – Bleiben, Erweitern, Abwandern, Zuwandern - der Unternehmen werden zwar zunächst von den harten Standortfaktoren, also der Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren und ihrer relativen Preise, bestimmt.

Bei den betrieblichen Entscheidungen werden aber auch sog. weiche Standortfaktoren berücksichtigt.

Die weichen Standortfaktoren wie die geographischen Standortvorteile, die gestalterische und kulturelle Stadtqualität, die Wohnungssituation, die Freizeitmöglichkeiten, vorhandene Kreative Milieus, das gesellschaftliche Klima, die soziale Situation sowie die soziale und schulische Infrastruktur in einer Stadt bestimmen die Attraktivität für die Bevölkerung, damit auch für ggf. zuwandernde und benötigte (qualifizierte) Arbeitnehmer. Darüber hinaus gibt es auch für Unternehmen selbst weiche Faktoren wie den Zeitraum für planungsrechtliche Genehmigungen, die Nähe zu wissenschaftlichen Institutionen, das politische Interesse für ortsansässige Unternehmen, die Mobilität innerhalb der Stadt und die Verkehrsanbindung nach außen u.dgl., die eine Ansiedlungs- Erweiterungs- Umsiedlungs- oder Verbleibsentscheidung beeinflussen.

München gilt nicht nur als dynamischer Wirtschaftsstandort, sondern auch als attraktive Stadt mit einer hohen Lebensqualität. Die LHM ist ständig bestrebt, mit dem gesamten politischen Instrumentarium aller Ressorts diesen Stand zu sichern

### **Stärkung der lokalen Ökonomie**

Lokale Ökonomie ist vor allem durch räumlich enge Verflechtungen von Absatz- und Zulieferbeziehungen und durch Wohnortnähe der Beschäftigten und der Inhaber von Betrieben definiert. Unter Stärkung der lokalen Ökonomie versteht man den Ansatz, Betriebe, die zur Versorgung der Bevölkerung und Unternehmen vor Ort notwendig, aber nur unzureichend in der Lage sind mit global agierenden Unternehmen zu konkurrieren, zu unterstützen.

Die LHM hat den Vorteil starker lokaler Ökonomien bereits früh erkannt und richtet ihre Politik darauf aus, die städtische Wirtschaft auf ein breites Fundament zu stellen, und sich nicht nur an wenige Großunternehmen zu binden.

- Eine der wichtigsten Maßnahmen der Wirtschaftsförderung im Sinne der Erhaltung klassischer Gewerbenutzungen in der Stadt ist das Gewerbehofprogramm der Stadt München. Damit soll dem Bedarf kleinerer und mittlerer Betriebe zu wirtschaftlich tragbaren Konditionen begegnet werden, was sich auch an Existenzgründer und Unternehmer mit innovativen Ideen richtet. Zudem sollen hiermit Flächen für Betriebe angeboten werden, die für die Nahbereichsversorgung in den Stadtteilen notwendig sind.

Seit Mitte der 80er Jahre hat die LHM Gewerbehöfe eingerichtet.

Z.Z. gibt es fünf von der MGH – Münchner Gewerbehof- und Technologiezentrumsgesellschaft mbH verwaltete Gewerbehöfe mit rd. 54.000 qm vermietbarer Gesamtfläche und ein Technologiezentrum mit rd. 10.700 qm Mietfläche.

Die MGH ist eine Beteiligungsgesellschaft der Landeshauptstadt München, der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern (IHK) und der Handwerkskammer für München und Oberbayern.

Ziele sind die Förderung und der Erhalt von Klein- und Mittelbetrieben sowie die Unterstützung von Existenzgründern.

Die Gewerbehöfe bieten den Betrieben folgende Vorteile:

- Bedarfsgerechte Mietflächen ab 50 qm für Klein- und Mittelbetriebe des Handwerks, der Industrie und des Großhandels wie sie der Münchner Immobilienmarkt nicht anbietet.
- Günstige Mietkonditionen und langfristige Mietverträge.
- Passende Infrastruktureinrichtungen (hohe Deckenbelastbarkeiten, Lastenaufzüge, breite Flure, Aufzugsvorräume, Anlieferzonen etc.)
- Arbeiten ohne nachbarschaftliche Konflikte trotz Lärmemissionen
- Möglichkeit zur Zusammenarbeit und Nutzung gemeinsamer Einrichtungen
- Hoher Bekanntheitsgrad des Standorts

Die MGS – Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH hat ebenfalls einen Gewerbehof errichtet, an der Haager Straße, als Ersatzstandort für sanierungsbetroffene Betriebe in Haidhausen.

Für sanierungsbetroffene Betriebe des Westends plant die MGS einen Gewerbehof in der Adi-Maislinger-Straße.

- Die LHM verkauft fallweise Gewerbeflächen und zwar nicht im Wege eines Ausschreibungsverfahrens nach Höchstgebot, sondern zum Verkehrswert. Auf Basis eines Kriterienkatalogs werden die nachfragenden Betriebe bewertet und der Zuschlag erteilt. Grundsätzlich wird in Planungsverfahren darauf geachtet, dass sich auch extensives Gewerbe ansiedeln kann. Durch diese Praxis wird u.a. die geringere Produktivität einiger Bereiche, die aus Gründen der Komplementarität für das Funktionieren der Münchner Wirtschaft erforderlich sind, berücksichtigt. Auf der Basis eines Kriterienkatalogs werden die nachfragenden Betriebe bewertet und der Zuschlag erteilt.

Beispiele hierfür sind die Gewerbegebiete im Moosfeld und am Josef-Dollinger-Bogen.

- Soweit baurechtlich zulässig werden Zwischennutzungen ermöglicht. Sie setzen Umstrukturierungsflächen (Industriebrachen) voraus. Anders als z.B. in Berlin sind solche Flächen aber in München nur in geringem Maß vorhanden bzw. sie werden rasch wieder „endgültig“ genutzt.

Gleichwohl gab und gibt es auch in München Beispiele für Zwischennutzungen: „Hauptbahnhof-Laim-Pasing“, Kasernengelände, Kunstpark-Ost beziehungsweise dessen Nachfolger (Kultfabrik) am Ostbahnhof.

- Im Rahmen des Programms "Soziale Stadt" (s. Abschnitt 4) wird der hier diskutierte Aspekt zur Aufwertung des Viertels allgemein und speziell unter beschäftigungspolitischen Aspekten genutzt. Im Untersuchungsgebiet Mittlerer Ring Südost wurde erstmals eine Untersuchung zur lokal eingebetteten Ökonomie durchgeführt, deren Ergebnisse in Folge einer Potentialanalyse vorliegen und die in weitere Planungen einfließen können.

- Lokale Ökonomie ist nicht auf die kommunalen Grenzen beschränkt. Eine intensive und gute Zusammenarbeit mit dem Umland, eine Präsentation als Wirtschaftsregion bringt beiden Seiten Vorteile. Hierunter fallen auch die Aktivitäten der Stadt München im „Verein Wirtschaftsraum Südbayern München – Augsburg - Ingolstadt (MAI)“, der auch den Ansatz verfolgt, die Interessen und Anliegen der regional und lokal am Wirtschaftsleben beteiligten Akteure zu bündeln.

### **C.II.3.2 Arbeitsmarktpolitik**

*Erfolge in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sind zugleich als Erfolge in der Sozialpolitik und in der Haushaltspolitik zu werten. Deshalb müssen die Angebote von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und von Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes verstetigt, vernetzt und quantitativ und qualitativ weiterentwickelt werden. Ferner ist der Ausbildung und der beruflichen Ausbildung hohe Priorität einzuräumen. Und es sind die soziale Infrastruktur und sonstige Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu verbessern, um den Frauen eine gleichwertige Beteiligung am Arbeitsmarkt zu ermöglichen.*

Kommunale Arbeitsmarktpolitik hat die Aufgabe, die Beschäftigungsfähigkeit und damit auch die Vermittlung von Arbeitssuchenden zu verbessern, die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und deren Beschäftigte an den sozioökonomischen Wandel zu fördern und Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen.

Arbeitslosigkeit schlägt sich über den Wegfall von Lohn- und Einkommensteueranteilen, aber auch über die Zahlungen von Transfereinkommen aus kommunalen Budgets in den städtischen Finanzen nieder. Ihre Bekämpfung ist somit nicht nur unter sozialpolitischen Aspekten eine der herausragenden kommunalen Aufgaben, sondern auch um der Kommune den notwendigen finanzpolitischen Spielraum zu erhalten.

### **Betriebliche Ansätze**

Mit dem Programm „Unterstützung des Strukturwandels“ fördert das RAW Erwerbstätige und Unternehmen, sich auf Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und deren Auswirkungen vorausschauend einzustellen. Es beinhaltet pilot- und modellhafte Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte, die darauf abzielen, zukunftsorientierte Bereiche zu unterstützen und die negativen sozialen Folgen bei Verlust veralteter Arbeitsplätze abzufedern sowie präventiv Arbeitslosigkeit durch betriebsbezogene Maßnahmen, wie Bewerbungstraining und Hilfen in eine neue Beschäftigung zu vermeiden. Beispielhaft sollen Projekte genannt werden, die durch das Bundesinstitut für Berufsbildung und den Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanziert wurden wie „Bildungsconsulting für Betriebsräte in KMU“ und der Ausbau der (neutralen) „Weiterbildungsberatung“.

Die Verbund Strukturwandel (VSW GmbH) ist eine Beratungs- und Qualifizierungsgesellschaft des RAW. Sie unterstützt Unternehmen und ihre Beschäftigten, wenn Umstrukturierungen geplant sind und sich Beschäftigungsprobleme und Personalabbau abzeichnen. Sie berät über Möglichkeiten betriebsbezogener Beschäftigungspolitik, moderiert betriebsinterne Prozesse, klärt die Potentiale von Beschäftigten und erarbeitet Finanzierungskonzepte zur Durchführung von Maßnahmen.

Darüber hinaus führt der VSW regelmäßig in Zusammenarbeit mit Betrieben branchenspezifische Weiterbildungsmaßnahmen welche durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanziert werden, durch.

Das in 2002 begonnene EQUAL Projekt „Arbeitskräfteentwicklung im Großraum München“ widmet sich der Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitnehmern. Mittels innovativer Modelle sollen neue Wege erprobt werden, um Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen. Durch ihre strategische Ausrichtung auf den Schwerpunkt der Anpassungsfähigkeit werden sowohl die Interessen und Bedürfnisse der arbeitsmarktrelevanten Zielgruppen (Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit Bedrohte, Stille Reserve) anerkannt als auch die Bedarfe der Unternehmen berücksichtigt. Der Gesichtspunkt der passgenauen Qualifizierung und damit die Chance auf bessere Vermittlung spielt eine herausragende Rolle. In drei operativen Bereichen – „Pfleger“, „Informationstechnologie“ und „Neue Mobilität“ – werden über einen Zeitraum von gut drei Jahren von 17 Partnern insgesamt 15 Modellprojekte durchgeführt. Erfolgreiche Modelle sollen in das bestehende Förderinstrumentarium im Bereich Bildung und Beschäftigung, wie z.B. das SGB III übertragen werden. Das Projekt wurde vom Referat für Arbeit und Wirtschaft entwickelt und im Rahmen der 11. Beschäftigungskonferenz vorgestellt; zur Umsetzung wurde die equalmünchen GmbH gegründet.

Der Ansatz, über Existenzgründungen den Arbeitsmarkt zu entlasten, ist ein von der Hartz-Kommission aufgegriffenes, in München aber bereits seit längerem umgesetztes Konzept. Mit dem Münchner Existenzgründungsbüro (MEB) - getragen vom RAW und der IHK - wird potentiellen Unternehmensgründern ein qualifiziertes, ausdifferenziertes Beratungsangebot unterbreitet. Die Anfragen und Beratungen haben vom Januar bis Mai 2003 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um rd. 25 % zugenommen.

### **Vermittlung arbeitsfähiger Sozialhilfeberechtigter in den allgemeinen Arbeitsmarkt**

Bereits vor der Entwicklung des ‚Hartz-Konzepts‘ hatte die Stadt München ein erstes Jobcenter eingerichtet.

Die gemeinsam vom Sozialreferat und dem Arbeitsamt betriebenen Jobcenter - bislang bestehen drei, weitere drei sind für 2003 geplant - bieten Beratung und Vermittlung in den allgemeinen und in den zweiten Arbeitsmarkt sowie in qualifizierende Maßnahmen je nach Anspruchsvoraussetzung für alle Münchner Bürger und Firmen „wohnortnah“ an. Sie sind in die entstehenden Sozialbürgerhäuser integriert, die soziale Hilfe „aus einer Hand“ gewährleisten. Ein weiteres Jobcenter wird zum Jahresanfang 2004 im Wohnungs- und Flüchtlingsamt entstehen, um sowohl den wohnungslosen Bürgerinnen und Bürgern wie den Migrantinnen / Migranten die gleichen Chancen einer beruflichen Integration zu bieten.

Für Sozialhilfeberechtigte ohne Anspruchsberechtigung beim Arbeitsamt ermöglicht das Amt für Soziale Sicherung eine Lohnkostenförderung (LKF). Sie leistet bei unbefristeter Anstellung im allgemeinen Arbeitsmarkt im ersten Halbjahr monatlich 50 % des Arbeitgeberbruttos bzw. 1000 € als Maximalsumme.

Die Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von sozialhilfebeziehenden Flüchtlingen erfolgt über Vermittlungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte des Wohnungs- und Flüchtlingsamtes. Über die Koordination von Deutsch- und Berufsvorbereitungskursen bei den verschiedenen Bildungsträgern soll die Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt erleichtert werden. Zur Zeit werden insgesamt 1.158 Personen (450 Frauen und 708 Männer) gefördert.

Der Bundestag hat im Oktober 2003 ein 4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) vorgelegt. Im Rahmen dieses Gesetzes sollen die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammengeführt werden. Ab 01.01. 2005 soll an erwerbslose Hilfebezieher das sog. Arbeitslosengeld II bezahlt werden; in München werden das, nach gegenwärtigen Zahlen, rd. 57 000 Empfänger und Empfängerinnen sein. Bundestag und Bundesrat haben dem im Vermittlungsausschuss gefundenen Kompromiss am 19.12.2003 zugestimmt. Strittig war vor allem die organisatorische Regelung, d.h., ob Bearbeitung und Auszahlung des Arbeitslosengelds II durch die Arbeitsämter oder durch die Kommunen erfolgen sollen. Schon im November 2003 haben das Sozialreferat, das Referat für Arbeit und Wirtschaft und das Arbeitsamt das Kooperationsprojekt „Hartz IV München“ ins Leben gerufen um, unter Einbeziehung des jeweiligen spezifischen Know-hows, eine für beide Behörden beherrschbare Lösung zu finden. Im Rahmen der „Projektgruppe Hartz IV“ werden zwei Themenbereiche bearbeitet, nämlich die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der neuen Grundsicherung für Arbeitslose (Arbeitslosengeld II) und die Ausgestaltung der künftigen kommunalen Beschäftigungspolitik.

### **Zweiter Arbeitsmarkt**

Der erste Baustein zur Förderung von Personen, die auf dem ersten, dem allgemeinen Arbeitsmarkt als benachteiligt gelten, ist das seit 1985 bestehende „klassische“ Beschäftigungsprogramm der Arbeitsförderungsinitiative (AFI): in 2003 wird in 33 Projekten die berufliche und soziale Integration von ca. 600 Personen gefördert. Mittels Beschäftigungs-, Ausbildungs- Qualifizierungs- Beratungs- und Vermittlungsmaßnahmen werden deren individuelle Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Bei rd. 50 % der betreffenden Personen gelingt es, sie so zu qualifizieren, dass sie nach ihrem Ausscheiden aus der AFI entweder in Arbeit oder in Ausbildung oder in Umschulung sind. Die AFI hat ein Finanzvolumen von rd. 27 Mio €; dies bei einem hohen Drittanteil; auf jeden städtischen € kommen 1,13 € von dritter Seite (vgl. im

Einzelnen die Beschlussvorlage im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft vom 06.02.2003). Bestandteil der AFI sind auch die unter 2.4 genannten Projekte der Berufsbezogenen Jugendhilfe (BBJH). Eng verknüpft ist die AFI mit dem zweiten Baustein, dem Programm Hilfe zur Arbeit.

Die Freimanner Werkstatt GmbH ist eine gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft in der Betreuung des RAW mit dem Auftrag, den Übergang von Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern. Hier werden sozialhilfebeziehende Frauen in den Abteilungen Bürokommunikation (in 2002 Aufbau eines Call Centers) und Textil befristet auf 43 Plätzen beschäftigt und geschult. In der Abteilung „Büro für Beratung und Arbeitsvermittlung“ (B/B/V) werden Sozialhilfeempfängerinnen Sozialhilfeempfänger mittels befristeter Arbeitsverträge in Dienststellen und Betrieben der Stadtverwaltung auf dort eingerichteten 360 Arbeitsplätzen vermittelt

Die Fachstelle „Hilfe zur Arbeit“, der zweite Baustein, hat insgesamt rund 600 zusätzliche und gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten innerhalb der Stadtverwaltung, einschließlich der Eigenbetriebe, eingerichtet. Weitere rund 900 Arbeitsgelegenheiten bestehen bei externen Partnern (auch innerhalb der AFI) wie dem weißen Raben, der Diakonie, der Arbeiterwohlfahrt und den ihr angeschlossenen Betrieben sowie bei vielen gemeinnützigen GmbH oder e.V. Die hier in das Berufsleben zu integrierenden Menschen sind alle sozialhilfeberechtigt.

Das Amt für Soziale Sicherung (AfSS) nutzt die Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Bayerischen Arbeitsmarktfonds intensiv, um eine firmennahe Qualifizierung zu ermöglichen. So gelang es, insgesamt acht Maßnahmen des ESF und eine des Arbeitsmarktfonds zu erhalten.

Darüber hinaus besteht eine enge Kooperation zwischen dem AfSS, dem Arbeitsamt (Reha-Abteilung), dem Bezirk Oberbayern, der Landesversicherungsanstalt (LVA), den Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) und Soziale Dienste e.V., um alkohol-krankte Menschen wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern.

### **Ausbildung und berufliche Weiterbildung**

- An den Berufsschulen der Landeshauptstadt München wurden im Schuljahr 2002/03 fast 44.000 Jugendliche ausgebildet. Ein großer Teil der Auszubildenden kommt aufgrund von Sprengelbildungen aus dem Umland. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ist ziemlich ausgewogen: 46% sind junge Frauen. Rd. 6.500 Jugendliche, also rd.15 %, haben nicht die deutsche Staatsbürgerschaft: Hierunter bilden die Schülerinnen und Schüler aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien mit 28% und der Türkei mit 27% die größten Gruppen.

- Die Münchener Betriebe bieten nach wie vor ein breit gefächertes Angebot von betrieblichen Ausbildungsplätzen an. Es konnten nicht alle Ausbildungsplätze besetzt werden. Von den für das Ausbildungsjahr 2002/03 dem Arbeitsamt München 16.155 gemeldeten Ausbildungsplätzen blieben 933 Lehrstellen unbesetzt. Dabei ist zu beachten, dass dem Arbeitsmarkt nicht alle Ausbildungsplätze gemeldet werden.

(Siehe hierzu auch: „Berufliche Erstausbildung in München – Bestandsaufnahme, Analyse, Perspektiven, Fortschreibung 2003“, hrsg. vom RAW, Heft Nr.148).

- Dass es offene Lehrstellen gibt, hat im Wesentlichen zwei Ursachen: Die hohen Lebenshaltungskosten in der LHM, vor allem die Wohnkosten, die die Zuwanderung von Lehrlingen bremsen, und Ausbildungs- und Leistungsdefizite bei potentiellen ansässigen Bewerbern i.V. mit steigenden Anforderungen durch die Betriebe.

Für diese Jugendlichen wurden berufsvorbereitende Bildungsangebote konzipiert. Sie werden von verschiedenen Trägern wie z.B. dem Arbeitsamt, oft in Kooperation mit dem Schulreferat, angeboten und stellen für diese Jugendlichen, die noch keine „Ausbildungsreife“ haben, durchaus eine Lösung dar. Derzeit gibt es ein Angebot der LHM von 13 Klassen des Berufsvorbereitungsjahres, mit verschiedenen Schwerpunkten, und 6 Klassen des Berufsgrundschuljahres. Das Schulreferat wird das Engagement im Bereich des Berufsvorbereitungsjahres verstärken. Das Angebot ist ab dem Schuljahr 2003/2004 von 13 auf 16 Klassen erhöht worden.

- Allerdings ist die Tendenz zu beobachten, dass auch durchaus ausbildungsreife Jugendliche, insbesondere mit Hauptschulabschluss oder mit gutem qualifizierenden Hauptschulabschluss, die o.g. berufsvorbereitenden Angebote wahrnehmen, weil sie keinen Ausbildungsplatz erhalten haben. Sie fallen praktisch dem Verdrängungswettbewerb zum Opfer, weil immer mehr Betriebe Realschulabsolventen oder Abiturienten bevorzugen, auch für Berufe, die noch vor kurzer Zeit eine Domäne der Hauptschulabsolventen waren. Für diese Jugendlichen stellen diese Angebote aber im besten Fall lediglich eine Überbrückung dar.

- Besondere Schwierigkeiten haben ausländische Schulabgänger. Sie haben im Durchschnitt schlechtere Abschlüsse, höhere Abbruchquoten und stehen sozialen Dienstleistungen reservierter gegenüber, einem Bereich also, der ein vergleichsweise großes Stellenangebot liefert. (Zum Beitrag der ausländischen Bevölkerung zur Wirtschaft Münchens und der Region siehe die diesbezügliche vom RAW herausgegebene Studie aus dem Jahre 2002)

Das bedeutet, dass vor allem männliche Jugendliche auf neue Berufsfelder und Ausbildungsberufe hingeführt werden müssen, insbesondere auf personenbezogene Dienstleistungsberufe.

Damit kann gleichzeitig das relevante Arbeitskräfteangebot erhöht und die gesellschaftliche Polarisierung abgeschwächt werden.

- Mit dem vom Stadtrat in 1999 beschlossenen „Münchner Jugendsonderprogramm“ ist auf kommunaler Ebene ein Förderprogramm etabliert worden, mit dem es möglich ist, auf die ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Probleme Jugendlicher adäquater reagieren zu können. Hier fördert das RAW die berufliche Integration durch vernetzte Projekte und Aktivitäten in den Bereichen Beschäftigung, Ausbildung, Qualifizierung, Beratung und Vermittlung. Beispielhaft seien genannt die „Agentur Wohnwerk“, welche Hilfestellung bei der Wohnraumsuche von Azubis leistet, das Projekt „Wohnen und Arbeit für junge Wohnungslose“ und das Projekt „Jugendbörse“, welches in Zusammenarbeit mit Schulen den Übergang in Ausbildung befördert.

Im Rahmen der „Berufsbezogenen Jugendhilfe“ bietet das Sozialreferat –Fachstelle Hilfe zur Arbeit Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose und benachteiligte Jugendliche und Junge Erwachsene bis 27 Jahren an. Im Zusammenhang mit sozialpädagogischer Hilfestellung zur persönlichen und sozialen Stabilisierung sowie zur Integration in das Arbeitsleben wird eine breite Palette von Berufsfeldern angeboten. Finanzielle Unterstützung erfährt die LH München bei diesem Programm durch Mittel, die das Arbeitsamt, die Europäische Union, der Bund und das Land zur Verfügung stellen, sowie durch Eigenmittel und erwirtschaftete Erlöse der Betriebe.“ bietet die Fachstelle „Hilfe zur Arbeit“. (s. ferner Anlage 6)

## **Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern (gender mainstreaming)**

### **Entlohnung von Frauen und Männern**

- Es ist nach wie vor in weiten Bereichen so, dass Frauen in der gleichen Position schlechter entlohnt werden als Männer und dass sie selbst in weiblich dominierten Berufen überproportional stark in den unteren Einkommensgruppen vertreten sind.

Exemplarisch sei verwiesen auf die Untersuchung von IMU „Frauen in der Medienwirtschaft - Chancen und Hemmnisse zur Frauenerwerbstätigkeit in einer prosperierenden Zukunftsbranche“, deren Ergebnisse dem Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft am 09.07.2002 vorgestellt wurden (u.a. wurde ermittelt, dass Mitte der neunziger Jahre Männer im leitenden Verwaltungsbereich der Medienwirtschaft im Durchschnitt 14 Prozent mehr verdienten als Frauen in den gleichen Positionen). Weiteres Datenmaterial findet sich auch in der im Abschnitt 1.4 genannten Expertise der Berliner Senatsverwaltung.

- Die LHM als Arbeitgeberin, wie generell der Öffentliche Dienst, ist diesbezüglich vorbildlich: gleiche Bezahlung und überdies äußerst flexible Teilzeitmodelle.

- Die LHM appelliert bei ihren Kontakten mit den Unternehmen in Arbeitskreisen, Beschäftigungskonferenzen etc. immer wieder an die Unternehmen, die personalwirtschaftlichen Instrumente für eine Verbesserung der Chancengleichheit einzusetzen.

### **Maßnahmen der LH München im Bereich der sozialen Infrastruktur**

Vor allem durch die Einrichtung von Kinderkrippen, Kindergärten, Horten und Tagesstätten und geeignete organisatorische Maßnahmen sorgt die LHM für die Möglichkeit, dass Frauen und Männer Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung in Einklang bringen können

Darüber hinaus engagiert sich die Landeshauptstadt in ihrem Einflussbereich, den städtischen Kindergärten, Horten, Tagesheimen und Schulen immer stärker, um schon bei Kindern und Jugendlichen durch konzeptionelle Ansätze und über Projekte zur Selbstbehauptung und Rollenfindung bei Mädchen, aber auch bei Jungen, die Chancengleichheit von Mädchen / Frauen zu verbessern. Die Ansatzpunkte sind Orientierungshilfen zur Identitätsfindung, Respekt vor sich selbst und anderen (dem anderen Geschlecht, Minderheiten), Selbstbehauptungstraining u.ä.. Deutschkurse für Mütter ausländischer Kinder sollen das Selbstbewusstsein und die Eigenständigkeit ausländischer Frauen stärken. Gleichzeitig wird das Personal von Kindertagesstätten, Tagesheimen und Schulen in Richtung gender mainstreaming geschult (s. ferner Anlage 6).

### **Weitere Unterstützungsangebote der LHMünchen**

Die LHM hat ein breit gefächertes System von Beratungs- und Unterstützungsangeboten aufgebaut, das u.a. die Gleichstellung von Frauen und Männern zum Ziel hat.

In allen Programmbereichen des MBQ bietet das RAW für verschiedene Gruppen von Frauen und Mädchen Projekte und Maßnahmen an (siehe Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft vom 06.02.2003). Beispielhaft seien genannt:

Zur Berufsfindung von Mädchen und zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen wird die Beteiligung der LHM am bundesweiten „Girls Day“ organisiert, wird die Agentur „Mädchen in Wissenschaft und Forschung“ der TUM mitfinanziert und das Münchner „Cross-Mentoring-Programm“ (unter Beteiligung z.B. von BMW Group, Deutsche Bank AG, etc.) durchgeführt. Des weiteren berät ein „Expertinnenberatungsnetz“ von ehrenamtlich Tätigen potenzielle weibliche Führungskräfte. Für besonders benachteiligte Frauen gibt es Angebote wie „Berufswegeplanung für ausländische Frauen“ und Beschäftigungsmöglichkeiten bei der „Hauswirtschaftlichen Dienstleistungsgenossenschaft eG“. Das vom RAW anfinanzierte Projekt „Karla Start“, welches sich speziell an junge, obdachlose Frauen wendet und diesen berufliche Orientierung, Computertrainings und Arbeitsvermittlung anbietet, wurde hierfür vor zwei Jahren mit dem Anita-Augspurg-Preis ausgezeichnet. Die Teilnehmerinnen können künftig auch eine von der IHK anerkannte Prüfung als „Bürokauffrau“ ablegen. Das Projekt wurde in 2003 in die Förderung des Europäischen Sozialfonds überführt.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt ist eine der vier Säulen der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Das EQUAL-Projekt „Arbeitskräfteentwicklung im Großraum München“ verfolgt deshalb auch einen ausdrücklichen gender-mainstreaming-Ansatz: alle beteiligten Partner wurden zu Programmbeginn in dem Thema geschult; in allen Projekten wird der Ansatz verfolgt (s. ferner Anlage 6).

### **C.II.3.3 Flächen- und Wohnungspolitik**

*Bei der Flächenpolitik ist dem Umstand Rechnung zu tragen, dass sich Produktivitäten und Einkommen unterschiedlich entwickeln, dass aber eine Stadt auch auf weniger produktive Nutzungen angewiesen ist, auch für diese sind also Flächen zu sichern. Auf dem Wohnungsmarkt muss dem Defizit an billigem Wohnraum begegnet werden.*



## **Gewerbliche Flächenpolitik**

- Eine vorausschauende Flächenpolitik ist die fundamentale Voraussetzung für die Förderung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes München: Mit der städtebaulichen Planung werden die räumlichen Grundlagen für wirtschaftliche Prosperität und für die Sicherung vorhandener und die Ansiedelung neuer Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen.

Mit der Flächenpolitik werden in München die beiden Ziele verfolgt:

- Entwicklung neuer Gebiete: Schaffung neuen Baurechts sowohl für Büro- und Verwaltungsnutzungen als auch für Betriebe neuer Technologien sowie für klassische Gewerbenutzungen.  
- Sicherung und Entwicklung bestehender Gewerbe- und Industriegebiete - Gewerbeflächenentwicklungsprogramm.

Entsprechend der stadtentwicklungsplanerischen Zielsetzung, Nutzungsmischungen für Wohnen und Arbeiten anzustreben, werden bei allen größeren Neuplanungen Flächen für Wohnnutzungen und für die Ansiedelung von Arbeitsplätzen vorgesehen, was u.a. zu urbanen Strukturen beitragen soll.

Baurechtschaffungen sowohl für neue Arbeitsplatzschwerpunkte als auch für einzelne Standorte im Stadtgebiet werden kontinuierlich betrieben, so dass jeweils Baurecht für unmittelbare Realisierungen zur Verfügung steht: So war Ende 2002 in Bebauungsplanbereichen Baurecht für rd. 1,5 Mio. m<sup>2</sup> Bruttogeschossflächen für Büro- und Verwaltungsnutzungen sowie für 500.000 – 600.000 qm Gewerbenutzungen vorhanden, die noch nicht fertiggestellt, jedoch teilweise im Bau waren.

Wesentliche Impulse für die Entwicklung neuer Standorte für Arbeitsplatzansiedelungen erfolgten durch Verlagerung und Neubau großer überörtlicher Einrichtungen und Aufgabe bisheriger Nutzungen, wie beispielsweise Verlagerung von Flughafen, Messegelände und Rangierbahnhof sowie die Aufgabe von industriellen und gewerblichen Nutzungen. So sind die großen Maßnahmen Messestadt Riem, Theresienhöhe und Parkstadt Schwabing (Neusser Straße) im Bau, mit dem Bereich Arnulfpark wird auch der erste Abschnitt der Zentralen Bahnflächen in Kürze begonnen. Zudem wird die Entwicklung von zwei weiteren Schwerpunkten für die verschiedensten Wirtschaftsbereiche ab Mitte des Jahrzehnts eine hohe Bedeutung haben: die Standortentwicklung der Firma Siemens im Münchner Süden, „Isar Süd“, sowie das Neubaugebiet Freiham im Westen.

Mit dem Gewerbeflächenentwicklungsprogramm wurde ein Rahmenkonzept für den Umgang mit bestehenden Gewerbeflächen aufgestellt und in zwei Stufen vom Stadtrat beschlossen (24.02.1999; 23.11.2000).

(Siehe im Einzelnen auch die Abschnitte C.I.1, „Flächenmanagement“ und C.I.2, „Innenentwicklung“)

- Von beachtlicher positiver Relevanz für den Arbeitsmarkt sind auch bedeutsame zukunftssichernde Projekte und Planungen wie: Bau der Allianz-Arena, der Tunnelbau am Leuchtenbergring, die Bundesgartenschau 2005 in Riem, der Bau des Medienzentrums für die Fußballweltmeisterschaft 2006.

## **Wohnungspolitik**

Siehe hierzu in dieser Vorlage unter dem Gliederungspunkt C. I.5. Handlungsprogramm „Wohnen in München, III“, inkl. Stand der diesbezüglichen steuerpolitischen Diskussion/ erfolgter Neuregelungen.

### **C.II.3.4 Stadtteilentwicklung**

*Die Stadt sollte die Einrichtung von Anlaufstellen fördern, die die Initiativen im Stadtteil koordinieren und Information und Beratung zu Alltagsproblemen der Bürgerinnen und Bürger leisten.*

Stadtteilentwicklung ist eines der Leitprojekte der „PERSPEKTIVE MÜNCHEN“ - s. Beschluss der VV vom 21.03. 2001, „Rahmenkonzept zur Stadtteilentwicklung in München“ (Siehe im Einzelnen C.I.6., „Stadtteilentwicklung“)

- Die theoretischen und empirischen sozialräumlichen Studien, die Grundlage für das Leitprojekt Stadtteilentwicklung waren, bilden u.a. auch eine Grundlage für das Bund-Länder-Programm „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (Programm „Soziale Stadt“).

In den förmlich festgelegten Sanierungsgebieten kann auf hinreichende Fördermittel zurückgegriffen werden: In den Jahren 1999 bis 2002 standen für München rund 11,5 Mio. € (100%) an Städtebaufördermitteln zur Verfügung. Damit ist eine zügige Umsetzung der integrierten Handlungskonzepte im investiven und nichtinvestiven Bereich sichergestellt.

Das Programm wird derzeit in den Sanierungsgebieten HasenbergI und Milbertshofen umgesetzt. Zum Stand der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ wird auf den Beschluss der Vollversammlung vom 23.07.2003 zu „Soziale Stadt 2003“ verwiesen.

- Als weiteres kommunales Handlungsfeld wird die Unterstützung des bürgerschaftliches Engagements vorgeschlagen. Das bürgerschaftliche Engagement ist der selbstbestimmte und zielgerichtete Einsatz für nachhaltige Verbesserungen sowohl im persönlichen Lebensumfeld als auch im Gemeinwesen. Es ist nur als Ergänzung zur Erwerbsarbeit, aber nicht als deren Ersatz zu sehen. Es stellt zwar einen wichtigen Teil sozialer Netzwerke dar. Ein Nachweis dafür, dass Arbeitslose via bürgerschaftliches Engagement wieder einen (dauerhaften) Arbeitsplatz finden, konnte bisher nicht erbracht werden. Unter den bürgerschaftlich Engagierten sind vielmehr im Wesentlichen Personen, die einen Arbeitsplatz haben. Im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements werden Leistungen erbracht, die die Gesellschaft über den Markt nicht finanzieren kann bzw. nicht gewillt ist, zu finanzieren.

### **C.II.3.5 Regionale Kooperation**

*Aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtung von München und seinem Umland ist eine regionale Kooperation in der Flächenpolitik, Gewerbeansiedlung, Wirtschaftsförderung und Verkehrsplanung zwingend.*

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat in der Vollversammlung am 01.10.2003 eine umfassende Beschlussvorlage, – „Region München – Entwicklungstrends und Kooperationsstrategien“ zur regionalen Kooperation vorgelegt, in der dieses Thema sowohl rückblickend als auch vorausschauend ausführlich behandelt wurde (u.a. mit einem Anhang zu demographischen, wirtschaftlichen und räumlichen Daten und einem weiteren Anhang zu den rechtlich-institutionellen Grundlagen). (Siehe auch A.I.5, Regionale Kooperation)

#### **Fazit :**

- Die Gestaltungsmöglichkeiten einer Kommune in Bezug auf den Arbeitsmarkt sind zwar begrenzt. Wesentlich sind die ökonomischen, steuerlichen und rechtlichen bundesrepublikanischen Rahmenbedingungen sowie internationale Einflüsse.

Gleichwohl bleibt noch ein Bündel von Maßnahmen, mit dem auch eine Kommune die Arbeitsmarktsituation in ihrem Gebiet beeinflussen kann. Dies wird von der LHM getan.

- Die Handlungsempfehlungen wurden und werden von der LHM umgesetzt (und zeigen Wirkung):
  - Erhöhung des Arbeitskräfteangebots durch Bildungs-, soziale Infrastruktur-, Wohnungspolitik sowie durch Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.
  - Erhöhung des Arbeitsplatzangebots durch Gewerbeflächenplanung und –ausweisung, Investitionen, Mobilitätsverbesserungen und Marketing für München.
  - Vermeidung bzw. Nachsorge von Arbeitslosigkeit durch Schulung, Beratung und Betreuungprojekte.
- Erschwerend wirkt sich aus, dass der städtische Haushalt zunehmend durch eklatante Einnahmeausfälle schwer belastet ist und die finanziellen Spielräume deshalb eng geworden sind. Dies betrifft im Prinzip alle Maßnahmen, also nicht nur die Förderprogramme, sondern auch die Beratungs- und Vermittlungstätigkeit (Verwaltungskosten) der LHM.

Wie sich diese Situation entwickeln wird, lässt sich derzeit noch nicht abschließend beziffern.

- Immerhin muss bei dem Vorziehen der letzten Stufe der Steuerreform um ein Jahr, wie es das Haushaltsbegleitgesetz 2004 vorsieht, mit einem Steuerausfall von rd. 70 Mio € im nächsten Jahr gerechnet werden.

In die gleiche Richtung, also den Haushalt belastend, wirkt die Intention der Bundesanstalt für Arbeit (BA), die Höhe zu vergebender Fördermittel u.a. abhängig zu machen von der in dem betreffenden Gebiet festgestellten Arbeitslosenquote (die in München vergleichsweise niedrig ist) und die sog. 70 %-Regel strikt zu beachten (wonach nur Instrumente gefördert werden, die gewährleisten, dass eine entsprechende Teilnehmerquote im Arbeitsmarkt Fuß fassen kann).

- Eine Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen versprechen zwar die von der „Kommission zur Regelung des kommunalen Finanzausgleichs“ vorgelegten Vorschläge. Sie sind allerdings von der Bundesregierung bislang nicht i.S. der Forderungen des Deutschen Städtetages aufgegriffen worden. Es hat sich vielmehr eine heftige Kontroverse zwischen den Städten und der Bundesregierung entwickelt, in die sich auch, mit wiederum jeweils anderen Vorstellungen, die Wirtschaftsverbände und die Oppositionsparteien eingeschaltet haben. Ob und in welcher tatsächlichen Ausgestaltung die neuen Regelungen Gesetzeskraft erlangen werden (mit oder ohne Gewerbesteuer, gar Verlust des Hebesatzrechtes der Gemeinden udgl.), ist noch nicht abzusehen.

Eine Entlastung des städtischen Haushalts wurde zunächst auch von der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum sog. Arbeitslosengeld II erwartet (Verringerung der Ausgaben für Sozialhilfe). Inzwischen wird diese Einschätzung relativiert. Zwar wird der Bund die bisherige Hilfe zum Lebensunterhalt in Höhe von 150 bis 170 Mio € übernehmen. Andererseits muss die Kommune die Mietkosten für die künftigen Bezieher des Arbeitslosengelds II zahlen, was angesichts des hohen Mietniveaus in München besonders belastend ist.

Die in 2002 durch die Vorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz-Kommission) ausgelöste Reformdiskussion und die daraus bereits vollzogenen, bzw. noch bevorstehenden gesetzlichen Änderungen stellen die kommunale Arbeitsmarktpolitik vor große Herausforderungen. Diese resultieren z.B. aus zu erwartenden - aber noch nicht präzisierten - Änderungen bei einzelnen Förderinstrumenten des SGB III und aus den noch unklaren Regelungen hinsichtlich der Zuständigkeit und der Definition von erwerbsfähigen und nicht-erwerbsfähigen Arbeitslosen im Verhältnis Kommune und

Arbeitsamt; damit ist eine Gefährdung der gewachsenen kommunalen beschäftigungspolitischen Trägerstruktur nicht ausgeschlossen.

Zur weiteren Umsetzung der Reformen, z.B. der Idee der JobCenter, sind aber die bereits jetzt vorhandenen Träger notwendiger Bestandteil; Kommune und Arbeitsamt müssen hier gemeinsam weiter an Lösungen arbeiten.

- Ungeachtet der Haushaltssituation bleiben als Daueraufgaben für die LHM:
  - Die Gewerbeflächenentwicklung wie beschrieben fortzuführen,
  - Den Wohnungsbau nach Menge und Struktur zu fördern,
  - Die soziale und technische Infrastruktur wo erforderlich zu verbessern, zumindest zu stabilisieren.

Verstärkt muss sich die Stadt künftig folgenden **Handlungsfeldern** widmen:

- Die regionale Kooperation ist zu verbessern, da Stadt und Umland immer mehr ein Wirtschaftsraum sind und im Standortwettbewerb zu anderen in- und ausländischen Räumen stehen; die Integrationsleistung für Zuwanderer zu erhöhen (als wesentlicher Ansatz wird hierbei der Sprachunterricht gesehen) und
- Wirtschafts-, Schul-, Sozial-, Flächen- und Wohnungspolitik der LHM sind noch stärker zu verzahnen, um die wechselseitigen Anforderungen, Bedürfnisse und Möglichkeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch besser in Einklang zu bringen (vom Hauptschulabschluss, der zumindest einen beruflichen Start ermöglicht, bis hin zu Wohnungen für ausländische Gastdozenten).

### **C.III Weiterentwicklung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN – Ausblick auf die nächste Fortschreibung**

Die PERSPEKTIVE MÜNCHEN ist entsprechend ihrem strategischen Charakter kein starres Regelwerk, sondern ein flexibler Orientierungsrahmen, der veränderten Anforderungen entsprechend prozesshaft weiterentwickelt werden muss.

Die bisherigen Fortschreibungen der PERSPEKTIVE MÜNCHEN (einschließlich der vorliegenden) waren inhaltlich in etwa nach einem 3-gliedrigem Schema strukturiert (vgl. Abb.1):

- Trendanalysen und Berichte über Schwerpunktthemen
- Neue Leitlinien bzw. Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zu bestehenden Leitlinienentwürfen
- Evaluierung der Leitlinien durch Berichte über den Stand der Leitprojekte

Diese Gliederung brachte es mit sich, dass die „Berichte zur Stadtentwicklung“ inhaltlich sehr komplex waren.

Es wird deshalb vorgeschlagen, die PERSPEKTIVE MÜNCHEN weiterzuentwickeln (vgl. Abb.2), im Hinblick auf

- a) eine inhaltliche und zeitliche Entzerrung der einzelnen Bereiche und
- b) eine Anpassung der Instrumente.

Zu a) Inhaltliche und zeitliche Entzerrung der einzelnen Bereiche

Die o.g. Bereiche Analysen, Themenschwerpunkte, Leitlinien, Leitprojekte und Evaluierung sollen künftig nicht mehr in einem einzigen Bericht vorgelegt werden, sondern entzerrt in einzelnen „Bausteinen“. Damit gehen keine Inhalte verloren und auch das Verständnis bezüglich der Ergebnisse und Aussagen zu den Bausteinen bleibt erhalten. Im Gegenteil – mit der Ent-

zerrung wird die PERSPEKTIVE MÜNCHEN überschaubarer, aktueller und damit auch lese- und diskussionsfreundlicher und das Aufzeigen von Zielkonflikten transparenter.

Die Fortschreibung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN soll im Rahmen eines eigenen –Evaluierungsberichtes („PM – Bilanz“) erfolgen. Dieser Bericht dient mittels geeigneter Maßstäbe der Evaluierung der Leitlinien der PERSPEKTIVE und ist damit auch als ein Teil des strategischen Controlling im Rahmen des gesamtstädtischen Ziel systems sowie im Rahmen eines Benchmarking der 10 größten deutschen Städte anzusehen.

Zwischenzeitlich werden je nach Aktualität und Notwendigkeit Berichte zu Schwerpunktthemen der Stadtentwicklung („PM – Analysen“) und gegebenenfalls zu neuen Leitlinien erarbeitet.

#### Zu b) Anpassung der Instrumente

Die Weiterentwicklung des Instrumentariums soll zu einem Mix aus langfristig-strategischen und kurzfristig-operativen Elementen führen. So soll künftig ergänzend zu den o.g. Schwerpunktthemen der Bezug der PERSPEKTIVE zu aktuellen, langfristig wichtigen Themen (etwa einzelne Aspekte des demografischen Wandels oder Folgerungen aus EU-Entscheidungen etc.) durch kurze, aktuelle Berichte („PM – Aktuell“) erhöht werden.

Hinzu kommen neue und ergänzende Angebote zur Beteiligung der (Stadtteil-)Öffentlichkeit. Im Rahmen dieser Vorlage wurden dazu entsprechende Ausführungen in Kapitel C.I.7 gemacht, auf die hiermit verwiesen wird.

Die integrierte Sichtweise der PERSPEKTIVE MÜNCHEN und die Zusammenschau der einzelnen Bereiche bzw. „Bausteine“ soll durch die künftige Vorgehensweise gewahrt werden. So ist nach längeren Zeitabständen vor dem Hintergrund neuerer gesellschaftlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen eine entsprechende Überprüfung der Leitbilder und Leitlinien der PERSPEKTIVE MÜNCHEN vorgesehen.

Demnach werden künftig folgende **wesentliche Bausteine der PERSPEKTIVE MÜNCHEN** erarbeitet und dem Stadtrat sowie der interessierten Öffentlichkeit vorgelegt (vgl. auch Abb.2):

1. **PM – Analysen** (differenzierte Themenberichte, Analysen, Trends, empirische Untersuchungen, z.B. „Münchner Bürgerbefragung“, Regionsbericht „Region München – Entwicklungstrends und Kooperationsstrategien“)
2. **PM – Aktuell** (Kurzberichte zu aktuellen Themen)
3. **PM – Konzepte und Handlungsprogramme** (z.B. weitere neue Leitlinien „Wohnen in München, III“, Handlungsprogramm „Mittlerer Ring“, Zentrenkonzept)
4. **PM – Bilanz** (Evaluierung der Leitlinien und Leitprojekte)

Abb.1: Bisherige Struktur der PM

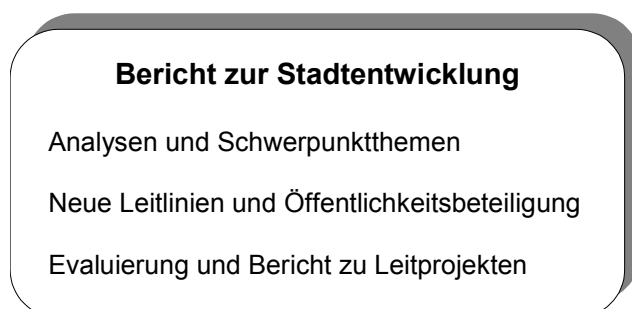
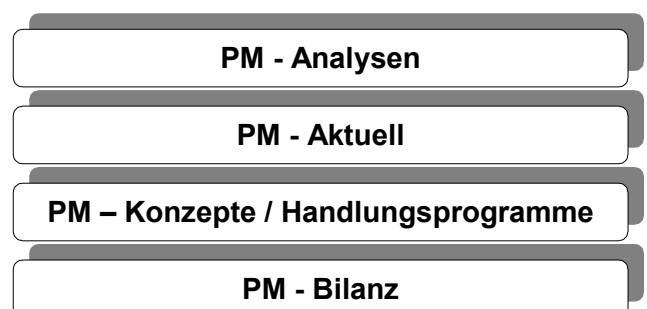


Abb.2: Künftige Struktur der PM



Den jeweiligen Bausteinen zugeordnet werden passende Produkte der Öffentlichkeitsarbeit.

Im Jahr 2004 sind Themenberichte (PM- Analysen) zu den „Konsequenzen der europäischen Integration für die Stadtentwicklung“ und zum „Wissenschaftsstandort und Hochschulentwicklung in München“ geplant. Im gleichen Jahr soll die Vorlage der neuen Leitlinien zur „Bildung“ und zum „Sport in München“ in den Stadtrat eingebracht werden, ebenso der Bericht zur Öffentlichkeitsbeteiligung zur neuen Leitlinie „Neue Medien“.

Die Stadtkämmerei hat die Vorlage zur Kenntnis genommen. Alle übrigen städtischen Referate, die Gleichstellungsstelle für Frauen, der Ausländerbeirat und die Stadtwerke München GmbH haben die Vorlage mitgezeichnet.

Die Bezirksausschüsse wurden zur vorliegenden Vorlage noch nicht satzungsgemäß nach § 1 Abs.2 und Absatz 6 (Katalog des Planungsreferates, Ziffer 2) der Bezirksausschusssatzung angehört. Dies soll nach Kenntnis durch den Stadtrat geschehen. Die Stellungnahmen der Bezirksausschüsse werden dann dem Stadtrat mit einer Äußerung des Planungsreferates vor Beschlussfassung zur Kenntnis gebracht. Anschließend soll der „Bericht zur Stadtentwicklung 2003“ verabschiedet werden.

Die Bezirksausschüsse 1-25 haben einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Zöllner und den zuständigen Verwaltungsbeiräten, Herrn Stadtrat Brannekämper, Frau Stadträtin Lindner-Schädlich, Frau Stadträtin Tausend und Herrn Stadtrat Podiuk ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## II. Antrag der Referentin

Ich beantrage Folgendes:

1. Der „Bericht zur Stadtentwicklung 2003“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat nimmt vorerst von den folgenden Ziffern 3 – 16 Kenntnis und beauftragt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, nach Anhörung der Bezirksausschüsse dem Stadtrat mit einer Äußerung des Planungsreferates zu deren Stellungnahmen vorzutragen und in diesem Zusammenhang den „Bericht zur Stadtentwicklung 2003“ zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Bericht zu „Folgen des soziodemografischen Wandels und Herausforderungen für die Stadtentwicklung“ (Kap. A II im Vortrag der Referentin) wird zur Kenntnis genommen. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, zusammen mit den sachlich berührten Referaten auf der Basis des vorgelegten Berichtes das Thema weiter zu bearbeiten und dem Stadtrat zu gegebener Zeit konkrete Handlungsvorschläge vorzulegen. Die Arbeiten dazu werden bereits jetzt begonnen.
4. Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Öffentlichkeitsphase zur Leitlinie Ökologie zur Kenntnis.
  - Die Leitlinie Ökologie (mit der Langfassung) des Stadtratsbeschlusses vom 21.03.2001 (s. Anlage 7) wird als Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt München beschlossen.
  - Die Ziffer 2 dieses Beschlusses ist damit erledigt. Die Antragspunkte 3, 4 und 5 des Stadtratsbeschlusses vom 21.03. 2001 bleiben aufgegriffen
  - Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und das Referat für Gesundheit und Umwelt werden beauftragt, die im Rahmen der Öffentlichkeitsphase zur Leitlinie Ökologie eingegangenen Vorschläge bei den weiteren Bearbeitungsschritten in der Diskussion zu berücksichtigen.
5. Die Ausführungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung für die Leitlinie „Sicherung des inneren Friedens durch kommunale Sicherheits-, Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik“ werden zur Kenntnis genommen.  
Die Leitlinie in der Fassung des Beschlusses vom 24.07.2001 bleibt vorerst als Entwurf bestehen. Das Kreisverwaltungsreferat wird gebeten, nach Abschluss der Diskussion die Leitlinie im Benehmen mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung dem Stadtrat zum endgültigen Beschluss vorzulegen.
6. Den neuen Leitlinienentwürfen
  - Sicherung des Freizeitwertes der Stadt München
  - Neue Medien
  - Kultur in München
 wird als Grundlage einer Öffentlichkeitsbeteiligung zugestimmt.  
Die Entwürfe der Leitlinien werden bereits jetzt dem Verwaltungshandeln als vorläufiger Orientierungsrahmen zugrunde gelegt.
7. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, in Abstimmung mit den fachlich berührten Referaten, nach Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung für die Leitlinienentwürfe „Neue Medien“ und „Sicherung des Freizeitwertes der Stadt München“ dem Stadtrat zu berichten, die Leitlinien zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen sowie geeignete Leitprojekte vorzuschlagen.
8. Das Kulturreferat wird beauftragt, in Abstimmung mit den fachlich berührten Referaten für den Leitlinienentwurf „Kultur“ die Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen, dem Stadtrat anschließend darüber zu berichten und die Leitlinie im Benehmen mit dem Referat für

Stadtplanung und Bauordnung zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen sowie geeignete Leitprojekte vorzuschlagen.

9. Das Schul- und Kultusreferat bleibt beauftragt, in Abstimmung mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung und den weiteren sachlich betroffenen Referaten und Dienststellen die Leitlinien zu den Themen „Bildung“ und „Sport“ zu erarbeiten und dem Stadtrat diese im Jahr 2004 im Entwurf vorzulegen.
10. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung bleibt beauftragt, in Abstimmung mit den weiteren sachlich betroffenen Referaten die Umsetzung der Leitprojekte und Handlungsprogramme
  - Konzepte und Projekte für eine qualifizierte Innenentwicklung
  - Konzepte und Projekte für eine stadtverträgliche Mobilität – Verkehrsentwicklungsplan
  - Flächenmanagement
  - Wohnen in München, III
  - Stadtteilentwicklung
  - Konzepte und Projekte zur Freiflächensicherung und –entwicklungin der in Ziffer C.I des Vortrages dargestellten Weise umzusetzen und weiterzuentwickeln.
11. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung bleibt beauftragt, die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit zur PERSPEKTIVE MÜNCHEN weiter zu verstetigen und nach Maßgabe der Ziffer C.I.7 des Vortrages im Rahmen der personellen Möglichkeiten und der im Budget des Referates für Stadtplanung und Bauordnung verfügbaren Haushaltsmittel weiterzuentwickeln.
12. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung bleibt beauftragt, unter Einbeziehung der fachlich tangierten Referate ein System der Indikatoren zur Messung der Umsetzung der Leitlinien der Stadtentwicklung weiterzuentwickeln, probeweise anzuwenden und dem Stadtrat zu gegebener Zeit darüber zu berichten.
13. Von den Ausführungen zur Umsetzung der Empfehlungen der Studie „Zukunft der Arbeit in München“ in Ziffer C.II des Vortrages wird Kenntnis genommen. Die Ziffer 2 des Beschlusses vom 24.07.2001 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
14. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, gemäß Ziffer C.III der Vorlage die Methodik und Instrumente der PERSPEKTIVE MÜNCHEN weiterzuentwickeln und die PERSPEKTIVE MÜNCHEN entsprechend laufend fortzuschreiben. Ein erster Evaluierungsbericht („PM-Bilanz“) soll dem Stadtrat 2006 vorgelegt werden.
15. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, eine Kurzfassung des „Berichtes zur Stadtentwicklung 2003“ in geeigneter Weise zu veröffentlichen.
16. Die Ziffern 2, 3.4 (für die Leitlinie Ökologie), 4 (zum Thema Freizeit), 9 (siehe Anlage 8) und 10 im Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 24. 07. 2001 sind damit erledigt. Die Ziffern 3.4 (für die Leitlinien Neue Medien und Kultur), 4 (zum Thema Sport), 5, 6, 7 und 8 im vorgenannten Beschluss bleiben aufgegriffen.



### III. Beschluss

nach Antrag

Über den Beratungsgegenstand wird durch die Vollversammlung endgültig entschieden.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Prof. Thalgott  
Stadtbaurätin

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenographischen Sitzungsdienst

an das Direktorium HA II/V 1

an das Direktorium HA II/V 2

an das Direktorium HA II/V 3

an das Revisionsamt

an die Stadtkämmerei

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

V. WV Planungsreferat SG 3 zur weiteren Veranlassung.

zu V. 1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdruckes mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. An die Bezirksausschüsse 1-25
3. An die Gleichstellungsstelle für Frauen
4. An das Baureferat
5. An das Kommunalreferat
6. An das Kulturreferat
7. An das Personal- und Organisationsreferat
8. An das Kreisverwaltungsreferat
9. An das Referat für Arbeit und Wirtschaft
10. An das Referat für Gesundheit und Umwelt
11. An das Schul- und Kultusreferat
12. An das Sozialreferat
13. An die Stadtwerke München GmbH
14. An das Direktorium – Geschäftsstelle des Ausländerbeirats
15. An das Planungsreferat HA I
16. An das Planungsreferat HA II
17. An das Planungsreferat HA III
18. An das Planungsreferat HA IV
19. An das Planungsreferat SG 3  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
  
20. Mit Vorgang zurück zum Planungsreferat HA I/21

Am .....  
Planungsreferat SG 3

I.A.